

Abschlussbericht

zum Forschungsauftrag des Bundesministeriums
für Gesundheit und Soziale Sicherung

Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens

Fassung vom 18.1.05

Andreas Ammermüller

Andrea M. Weber

Peter Westerheide

Ansprechpartner:

Dr. Peter Westerheide

Telefon: 0621 / 1235-146

Telefax: 0621 / 1235-223

E-Mail: westerheide@zew.de

Kurzfassung

Das vorliegende Gutachten analysiert die Höhe und Verteilung des Vermögens der privaten Haushalte in Deutschland. Die Untersuchung gliedert sich in drei Teile: Im ersten Abschnitt wird das materielle Vermögen der privaten Haushalte untersucht. Dabei wird im Einzelnen unterschieden zwischen Geldvermögen, Immobilienvermögen, Gebrauchsvermögen und Betriebsvermögen. Im zweiten Teil der Arbeit wird ergänzend die Höhe und Verteilung des Sozialvermögens in Form von Ansprüchen an die gesetzliche und die betriebliche Alterssicherung behandelt. Im dritten Teil wird die Verteilung des Humankapitals analysiert: Wesentliche Elemente dieser Untersuchung stellen die Analyse der Bildungsverteilung und deren Bewertung vor dem Hintergrund der erzielbaren Bildungsrenditen und der investierten Ausbildungskosten dar.

Die Höhe und Entwicklung des materiellen Vermögens der privaten Haushalte

Bislang stehen für Deutschland keine Datenquellen zur Verfügung, die eine umfassende Analyse des privaten materiellen Vermögens über alle Vermögenskategorien sowohl im Querschnitt als auch in der zeitlichen Entwicklung erlauben. Die in der vorliegenden Arbeit vorgenommenen Analysen zur Entwicklung der Verteilung des materiellen Vermögens basieren in der Hauptsache auf Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes. Da in den EVS lediglich die Geld- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte erhoben werden, wurde ergänzend die im Jahr 2002 erhobene Vermögensbilanz des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ausgewertet, die Informationen auch zu den von den privaten Haushalten gehaltenen Beteiligungen an Betriebsvermögen sowie zu Teilen des Sachvermögens enthält. Ebenfalls ergänzend wurden die aggregierten Ergebnisse der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank und ihrer Ergänzungsrechnungen betrachtet, in deren Rahmen sowohl die Entwicklung des Geld- und Immobilienvermögens als auch des Sachvermögens der privaten Haushalte beobachtet wird.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Vermögensverteilung ist darauf hinzuweisen, dass alle Ergebnisse mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, die im Wesentlichen auf eine gegenüber den Vorjahren veränderte Definition der Immobilienschulden in der EVS 2003 und weitere methodische Probleme zurückgehen.

– Die Entwicklung des privaten Geld- und Immobilienvermögens

In der Erhebung 2003 der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe weisen die privaten Haushalte im Durchschnitt für das gesamte Bundesgebiet ein materielles Nettogesamtvermögen (definiert als Summe von Immobilienvermögen und Geldvermögen) von rund 133.000 Euro aus. Im Verlauf der letzten zehn Jahre sind die Nettovermögen der Haushalte damit im Durchschnitt in nominaler Rechnung um knapp 26 Prozent angestiegen. Der Median des Nettovermögens liegt mit 50.000 Euro allerdings erheblich niedriger. Zudem zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Während die westdeutschen privaten Haushalte im Durchschnitt über ein Geld- und Immobilienvermögen von rund 149.000 Euro verfügen, umfassen die Vermögen der ostdeutschen Haushalte mit knapp 60.000 Euro im Durchschnitt nur 40 Prozent des Vermögens der westdeutschen Haushalte. Jedoch hat sich der Abstand zwischen ost- und westdeut-

schen Haushalten im Zeitverlauf erheblich verringert. Die Vermögen der ostdeutschen Haushalte sind in den vergangenen 10 Jahren um rund 63 Prozent gewachsen. Mit knapp 19 Prozent blieben die Zuwachsraten der westdeutschen Privatvermögen deutlich dahinter zurück. Damit ist eine hohe und im Vergleich der ersten und der zweiten Hälfte der zurückliegenden 10 Jahre nur geringfügig verminderte Anpassungsgeschwindigkeit der Vermögen in Ost- und Westdeutschland zu konstatieren: Im Zeitraum von 1993 bis 1998 hat sich die Lücke zwischen ost- und westdeutschen Durchschnittsvermögen je Haushalt um etwas mehr als 8,7 Prozent verringert, im Zeitraum von 1998 bis 2003 um rund 7,3 Prozent.

Mittelwert und Median der Gesamtvermögen je Haushalte (Geld- und Immobilienvermögen) im Vergleich (in 1.000 Euro)

	1993		1998		2003	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Deutschland						
Bruttovermögen	121,1	35,6	133,7	45,6	161,3	67,0
Schulden	15,0	0,0	20,0	0,0	27,9	0,0
Nettovermögen	106,2	32,4	113,7	38,5	133,4	49,8
Alte Bundesländer						
Bruttovermögen	143,3	79,4	151,3	74,8	179,0	93,5
Schulden	17,9	0,0	22,2	0,0	30,2	0,0
Nettovermögen	125,4	60,0	129,2	56,1	148,8	63,6
Neue Bundesländer						
Bruttovermögen	40,1	10,6	56,3	16,8	76,1	25,2
Schulden	3,7	0,0	10,6	0,0	16,6	0,0
Nettovermögen	36,4	10,1	45,6	15,4	59,6	21,8

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Berücksichtigung privat verliehener Gelder, Bargeld und Sichteinlagen.

– Die Verteilung des privaten Geld- und Immobilienvermögens

Eine Analyse der Vermögensverteilung für Deutschland zeigt eine erhebliche Ungleichverteilung des privaten Vermögens. Die Haushalte in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung verfügen über etwas weniger als 4 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die 20 Prozent vermögensstärksten Haushalte rund zwei Drittel des gesamten privaten Geld- und Immobilienvermögens auf sich vereinen. Bei getrennter Betrachtung der Verteilung in Ost- und Westdeutschland wird erkennbar, dass die Vermögensverteilung in Ostdeutschland etwas ungleichmäßiger als in Westdeutschland ist. Allerdings haben sich die Unterschiede zwischen der westdeutschen und der ostdeutschen Vermögensverteilung im Zeitverlauf deutlich verringert. Während die ostdeutsche Vermögensverteilung tendenziell gleichmäßiger geworden ist, ist für die westdeutsche Verteilung eine Tendenz zu einer stärkeren Ungleichverteilung festzustellen.

So haben die Vermögen der Haushalte in Westdeutschland in der Zehnjahresperspektive im unteren Drittel der Verteilung – auf allerdings niedrigem Niveau – in prozentualer Betrachtung deutlich abgenommen. In der Mitte der Verteilung sind im Allgemeinen geringe Zuwächse zu verzeichnen, während bei den höheren Vermögen stärkere Zuwächse zu konstatieren sind. In Ostdeutschland ist dagegen in der Zehnjahresperspektive ein substanzieller Aufbau von Vermögen über einen breiten Bereich der Vermögens-

verteilung zu beobachten. Die Zunahme am oberen Rand der Verteilung fällt dagegen relativ gering aus.

Die Entwicklung der gesamtdeutschen Verteilung weicht deutlich von der Entwicklung der westdeutschen Verteilung ab, was angesichts des hohen Anteils der westdeutschen Vermögen am gesamtdeutschen privaten Vermögen auf den ersten Blick überrascht. Ursächlich für die starken Abweichungen zwischen west- und gesamtdeutscher Verteilung sind die erheblichen Zuwächse des Vermögens in der oberen Hälfte der ostdeutschen Vermögensverteilung, die – wegen des geringeren Durchschnittsniveaus der ostdeutschen Vermögen – insbesondere die Mitte der gesamtdeutschen Vermögensverteilung beeinflussen.

Eine nach sozialen Gruppen differenzierende Analyse der Vermögensverteilung zeigt erhebliche Unterschiede in den Durchschnittsvermögen: Arbeitnehmerhaushalte verfügen im bundesdeutschen Durchschnitt über ein Vermögen von rund 120.000 Euro, Selbstständige dagegen über rund 300.000 Euro privates Geld- und Immobilienvermögen. Die durchschnittlichen Vermögen der Arbeitnehmerhaushalte haben im Zeitraum von 1993 bis 2003 mit durchschnittlich rund 20 Prozent rund doppelt so stark zugenommen wie die Privatvermögen der Selbstständigenhaushalte. Der stärkste durchschnittliche Vermögenszuwachs ist bei den Nichterwerbstätigen-Haushalten festzustellen. Hinter dieser Entwicklung verbergen sich vor allem deutlich steigende Vermögen von Rentnern und Pensionären. Die Vermögen von Arbeitslosen stagnieren dagegen in der langfristigen Betrachtung. Vom gesamten privaten Geld- und Immobilienvermögen entfallen rund 46 Prozent auf Arbeitnehmerhaushalte, 16 Prozent auf Selbstständigenhaushalte und 38 Prozent auf Nichterwerbstätigenhaushalte. Unter den Nichterwerbstätigen stellen Rentner und Pensionäre mit rund 35 Prozent Anteil am Privatvermögen die größte Gruppe dar.

– Die Verteilung einzelner Vermögensarten und ihre Entwicklung

Die EVS 2003 weist für Gesamtdeutschland ein mittleres Nettogeldvermögen aller Haushalte von etwas mehr als 40.000 Euro aus. Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich erhebliche Unterschiede: Während die westdeutschen Haushalte im Mittel über ein Nettogeldvermögen von rund 44.000 Euro verfügen, ist das Geldvermögen der ostdeutschen Haushalte mit rund 23.000 Euro nur etwas mehr als halb so hoch. Eine sehr viel geringere Differenz zeigt sich bei der Verschuldung in Konsumentenkrediten. Hier weisen ostdeutsche Haushalte ein annähernd gleich hohes Durchschnittsniveau wie westdeutsche Haushalte auf. Im Durchschnitt aller Haushalte – derjenigen mit Restschulden aus Konsumentenkrediten und derjenigen, die keine Konsumentenkredite aufgenommen haben – ist das Niveau der Verschuldung mit rund 1.500 Euro (West) bzw. 1.360 Euro (Ost) vergleichsweise gering. Nach den Ergebnissen der EVS 2003 besitzen im Westen rund 16 Prozent der Haushalte Konsumentenkredite, im Osten sind es knapp 20 Prozent. Für die Haushalte, die tatsächlich Konsumentenkredite zu tilgen haben, zeigt sich allerdings ein erhebliches Maß an Verschuldung: Danach haben die Haushalte mit Konsumentenkrediten in Westdeutschland eine durchschnittliche Restschuld von mehr als 9.000 Euro zu tilgen, für die ostdeutschen Haushalte ergibt sich eine durchschnittliche Verschuldung von rund 7.000 Euro.

Auch wenn nach wie vor ein erheblicher Unterschied im Geldvermögen der west- und ostdeutschen Haushalte besteht, so ist doch im Zeitverlauf eine deutliche Annäherung zu konstatieren: 1993 umfassten die Nettogeldvermögen der ostdeutschen Haushalte im

Durchschnitt nur ungefähr ein Drittel des Nettogeldvermögens der westdeutschen Haushalte. Seither ist nach den Daten der EVS das Bruttogeldvermögen der ostdeutschen Haushalte im Durchschnitt um rund 112 Prozent gewachsen, während die Verschuldung in Konsumentenkrediten um knapp 82 Prozent zugenommen hat. Daraus ergibt sich ein Wachstum der ostdeutschen Nettogeldvermögen je Haushalt um rund 114 Prozent. Im gleichen Zehnjahreszeitraum nahmen die Brutto- und die Nettogeldvermögen der westdeutschen Haushalte im Mittel lediglich um rund 39 Prozent zu.

Die Geldvermögensstrukturen haben sich in Ost- und Westdeutschland grundsätzlich in die gleiche Richtung entwickelt. In beiden Regionen nahm insbesondere die Anlage in Aktien und in sonstigen Wertpapieren, zu denen auch die Investmentfonds zählen, erheblich zu. In Ostdeutschland ist darüber hinaus ein erhebliches Wachstum des in Kapitalversicherungen angelegten Vermögens zu konstatieren. Die Bankeinlagen verzeichnen im Zehnjahresvergleich ein – gemessen am Wachstum des gesamten Geldvermögens – durchschnittliches Wachstum im Westen, im Osten nehmen sie unterdurchschnittlich zu. Nur sehr verhalten sind im Westen die Bauspareinlagen gewachsen, während im Osten eine zwar substanzielle, aber gemessen am gesamten Geldvermögen doch unterdurchschnittliche Zunahme zu konstatieren ist. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland war die Anlage in festverzinslichen Wertpapieren über die letzten 10 Jahre über alle Haushalte betrachtet rückläufig.

Die Verteilung des Nettogeldvermögens ist im Vergleich der Jahre 1993, 1998 und 2003 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ungleichmäßiger geworden. Bei gesamtdeutscher Betrachtung ist das Nettogeldvermögen der Haushalte im fünften Zehntel der Vermögensverteilung zwischen 1993 und 2003 um rund 27 Prozent gestiegen, während im obersten Zehntel ein Wachstum von etwas mehr als 60 Prozent zu verzeichnen ist. Am unteren Rand der Verteilung ist die Nettoverschuldung deutlich angestiegen: Während die Haushalte des ersten Dezils 1993 im Durchschnitt noch mit rund 2800 Euro netto verschuldet waren, betrug die Nettoverschuldung im Jahr 2003 mehr als 6000 Euro. Betrachtet man allein die Verteilung der westdeutschen Nettogeldvermögen, so sind bei den 40 Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Vermögen Vermögensrückgänge zu beobachten, während die Nettogeldvermögen in den höheren Dezilen positive und mit dem Durchschnittsvermögen zunehmende Wachstumsraten aufweisen. In Ostdeutschland ist dagegen bereits in der Mitte der Vermögensverteilung ein substanzieller Vermögensaufbau zu beobachten. Allerdings sind auch in den neuen Bundesländern die Geldvermögen der wohlhabenderen Haushalte deutlich stärker gestiegen als diejenigen der weniger vermögenden Haushalte.

Eine Analyse der Verteilung des Nettogeldvermögens nach sozialen Gruppen zeigt deutliche Strukturverschiebungen im Zeitverlauf: So ist insbesondere im Vergleich von 1998 zu 2003 der Anteil der Nichterwerbstätigen am gesamten Geldvermögen deutlich angestiegen. Ursächlich dafür ist der steigende Anteil des Geldvermögens, der sich im Besitz von Rentnern bzw. Pensionären befindet. Mit einem Anteil von rund 36 Prozent auf gesamtdeutscher Ebene stellen sie nach den Arbeitnehmern und Angestellten (mit rund 45 Prozent) die größte Gruppe der Geldvermögensbesitzer dar. Die Geldvermögensanteile der Arbeitnehmer sind im Gegenzug entsprechend gesunken. Der Anteil der Selbstständigen am Nettogeldvermögen hat in Ostdeutschland zugenommen, in Westdeutschland stagniert er dagegen in langfristiger Betrachtung.

– *Immobilienvermögen*

Bei der Interpretation der EVS-Ergebnisse im Hinblick auf die Entwicklung des Immobilienvermögens und seiner Verteilung ist nochmals auf die besondere statistische Unsicherheit dieser Ergebnisse hinzuweisen. Die Daten der EVS 2003 enthalten einen vergleichsweise hohen Anteil an fehlenden bzw. unplausiblen Angaben für das Immobilienvermögen, der in den früheren Erhebungen nicht ausgewiesen wurde. Die Entwicklung der Vermögensverteilung reagiert sehr sensitiv auf unterschiedliche Verfahrensweisen bei der Ersetzung dieser fehlenden Werte. Darüber hinaus wurde in der EVS 2003 die Definition der Restschulden auf Immobilienbesitz geändert, so dass die Ergebnisse mit früheren Resultaten nur eingeschränkt vergleichbar sind.

Nach den Ergebnissen der EVS 2003 verfügen die bundesdeutschen Haushalte im Durchschnitt aller Haushalte über ein Bruttoimmobilienvermögen von knapp 120.000 Euro. Diesem Bruttoimmobilienvermögen stehen Hypothekenschulden von durchschnittlich etwas mehr als 26.000 Euro gegenüber, so dass sich ein durchschnittliches Nettoimmobilienvermögen von rund 93.000 Euro ergibt. Bezogen auf die Haushalte, die tatsächlich über Immobilienbesitz verfügen, ergibt sich ein deutlich höherer Wert von rund 191.000 Euro für das Nettoimmobilienvermögen.

Die Eigentümerquote stagniert in der langfristigen Betrachtung in Westdeutschland bei rund 51 Prozent. In Ostdeutschland ist dagegen der Anteil der Haushalte mit Immobilienbesitz von 27,4 Prozent in 1993 auf 39,2 Prozent 2003 angestiegen. Damit verbunden war allerdings auch ein deutlicher Anstieg des Anteils der Haushalte, die noch Restschulden aus Immobilienkrediten zu tilgen haben. Er liegt 2003 bei 50,7 Prozent der ostdeutschen Immobilieneigentümer (1993: 37,6 %). Trotz dieses deutlichen Anstiegs liegt der Anteil der verschuldeten Immobilieneigentümer noch unter demjenigen der westdeutschen Haushalte (55,1 %).

In Bezug auf die durchschnittlichen Immobilienvermögen je Haushalt sind nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen westdeutschen und ostdeutschen Haushalten festzustellen: Bezogen auf die Haushalte mit Immobilieneigentum betrug das durchschnittliche Nettoimmobilienvermögen der ostdeutschen Haushalte nur rund 45 % des Immobilienvermögens der westdeutschen Immobilieneigentümer. Die Ost-West-Relation der Nettoimmobilienvermögen hat sich, bezogen auf alle Haushalte, wegen der in Ostdeutschland deutlich gestiegenen, im Westen aber langfristig konstanten bzw. leicht rückläufigen Eigentümerquote deutlich von 27,5 Prozent in 1993 auf 35 Prozent in 2003 erhöht.

Die Verteilung des Immobilienvermögens nach sozialen Gruppen hat sich im Zeitverlauf weniger stark geändert als beim Geldvermögen. Die größte Gruppe der Immobilienbesitzer stellen mit einem Anteil von rund 47 Prozent die Arbeitnehmer dar. Zweitgrößte und – wie auch beim Geldvermögen im Zeitverlauf wachsende – Gruppe sind die nichterwerbstätigen Immobilienbesitzer, die sich im Wesentlichen aus Rentnern und Pensionären zusammensetzen. Allerdings bestehen hier Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Insgesamt gesehen hat die Gruppe der Nichterwerbstätigen einen geringeren Anteil am gesamten Immobilienvermögen der ostdeutschen Haushalte als im Westen. Innerhalb dieser Gruppe nehmen die Arbeitslosen jedoch einen deutlich höheren Anteil als im Westen ein.

Die Verteilung des Immobilienvermögens ist im Vergleich zu 1998 und 1993 in Westdeutschland sowohl bei Betrachtung über alle Haushalte als auch bei alleiniger Betrachtung der Immobilieneigentümer – nach dem Ausweis der vorliegenden, nicht unmittel-

bar vergleichbaren Daten – ungleichmäßiger geworden. In Ostdeutschland ist dagegen – bezogen auf alle Haushalte – wegen der steigenden Eigentümerquote eine Nivellierung der Verteilung festzustellen. Innerhalb des größer gewordenen Segments der Eigentümerhaushalte ist dagegen eine leicht zunehmende Konzentration der Verteilung des Nettoimmobilienvermögens festzustellen, die auf die Verschuldung der neu hinzugekommenen Immobilieneigentümer zurückzuführen ist. Der zeitliche Vergleich ist aber mit erheblichen methodischen Problemen behaftet, da die ausgewiesenen Veränderungen in der Verteilung vermutlich stark durch die veränderte Definition der Restschulden beeinflusst werden.

– *Produktivvermögen*

Auf der Basis der vorliegenden Daten ist eine umfassende zeitvergleichende Betrachtung der privaten Beteiligung am Produktivvermögen nicht möglich. Personen- bzw. haushaltsbezogene Angaben zur Höhe des Produktivvermögens, definiert als Besitz von und Beteiligungen an Betriebsvermögen, liegen aktuell nur im Querschnitt für das Jahr 2002 im Rahmen der im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) erhobenen persönlichen Vermögensbilanz vor. Auf der Basis dieser Erhebung verfügen 6,2 Prozent der deutschen Haushalte über Produktivvermögen (6,4 Prozent in Westdeutschland und 5,4 Prozent in Ostdeutschland). Eine Querschnittsanalyse zeigt erhebliche Unterschiede der durchschnittlichen Produktivvermögen zwischen west- und ostdeutschen Haushalten. Nach Ersetzung fehlender Angaben im SOEP-Datensatz resultiert ein durchschnittliches Vermögen von knapp 275.000 Euro für die westdeutschen Haushalte und rund 80.000 Euro für die ostdeutschen Haushalte mit Produktivvermögen. Betrachtet man nur Haushalte mit einem positiven Produktivvermögen, so ergibt sich für Westdeutschland ein durchschnittliches Vermögen von rund 305.000 Euro, für die ostdeutschen Haushalte dagegen ein Wert von etwas mehr als 91.000 Euro.

Eine Analyse der Verteilung innerhalb des Segments der Haushalte mit Produktivvermögen zeigt auch hier eine starke Konzentration des Produktivvermögens. Danach befinden sich 85 Prozent (auf der Basis der Ursprungsdaten) bzw. 77 Prozent (auf Basis der aufbereiteten Daten) des hier erfassten Produktivvermögens in Form von Unternehmensbeteiligungen oder Unternehmensbesitz im Besitz von lediglich 20 Prozent der Haushalte mit Produktivvermögen. Für Ostdeutschland weisen die Daten eine etwas gleichmäßigere Verteilung des Produktivvermögens im Segment der Haushalte mit Produktivvermögen aus.

Eine nach Geschlechtern differenzierende Betrachtung der Beteiligung am Produktivvermögen zeigt deutliche Unterschiede: Zum einen besitzen Frauen zu erheblich geringeren Anteilen Betriebsvermögen als Männer. Zum anderen ist auch die durchschnittliche Höhe des Besitzes an Produktivvermögen geringer: Im Mittel beträgt das durchschnittliche Produktivvermögen der Frauen nur knapp 40 Prozent desjenigen der Männer. Nach Ersetzungen fehlender Werte erhöht sich die Relation auf knapp 50 Prozent.

– *Ursachen für die Veränderung der materiellen Vermögensverteilung*

Die Analysen zur Entwicklung der Vermögensverteilung haben verdeutlicht, dass die Vermögensverteilung in Westdeutschland im Verlauf der letzten 10 Jahre etwas ungleichmäßiger geworden ist, während in Ostdeutschland tendenziell eine gleichmäßigere Vermögensverteilung zu beobachten ist. Während sich die Veränderungen in Ost-

deutschland durch die besondere Ausgangssituation und die Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den beiden Landesteilen erklären lassen, bedarf die Entwicklung in Westdeutschland einer tieferen Analyse. Die beobachteten Veränderungen können prinzipiell auf eine Reihe von verschiedenen Einflussfaktoren zurückgeführt werden, die im Einzelnen untersucht wurden: Zum einen korrespondiert die Änderung in der Vermögensverteilung mit Änderungen in der Einkommensverteilung und in der Sozialstruktur. Dies deutet darauf hin, dass Änderungen in der Sparfähigkeit und Sparneigung eine Ursache für Änderungen der Vermögensverteilung darstellen. Aber auch Änderungen in der Alterstruktur und in der Haushaltsgrößenstruktur haben vermutlich zur ungleichmäßiger werdenden Entwicklung der westdeutschen Vermögen beigetragen. Darüber hinaus haben unterschiedliche Wertveränderungen verschiedener Anlagearten zumindest im Geldvermögen eine Zunahme der Ungleichverteilung bewirkt. Möglicherweise haben auch zunehmende Immobilieneigentumsquoten von Haushalten mit niedrigen Ausgangsvermögen zu einer ungleichmäßigeren Entwicklung der Vermögensverteilung beigetragen. Dagegen zeigen sich auf der Basis der in der EVS vorliegenden Daten keine Anhaltspunkte dafür, dass Immobilienerbschaften die Vermögensverteilung in Richtung größerer Ungleichmäßigkeit beeinflusst haben. Letztlich kann ein erheblicher Anteil der ausgewiesenen Verteilungsänderung auch auf rein statistischen Effekten beruhen, da die zugrunde liegenden Daten der EVS nicht unmittelbar miteinander vergleichbar sind und auch durch Korrekturrechnungen keine vollständige Vergleichbarkeit hergestellt werden kann.

Die Höhe und Verteilung des Sozialvermögens

Die Ergebnisse zur Verteilung des Sozialvermögens zeigen auf, dass das Alterssicherungsvermögen in Form von Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung eine erhebliche Größenordnung hat. Betrachtet man allein die durchschnittlichen kapitalisierten Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), so haben sie in den alten Bundesländern eine ähnliche Größenordnung wie das in den jeweiligen Altersgruppen erworbene materielle Vermögen. In den neuen Bundesländern sind die kapitalisierten Ansprüche an die GRV sogar im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie die vorhandenen materiellen Nettovermögen.

Eine Verteilungsanalyse der Ansprüche an die GRV zeigt, dass diese erheblich gleichmäßiger verteilt sind als die materiellen Nettovermögen. Angesichts der hohen Relation von kapitalisierten Ansprüchen an die GRV zu materiellen Nettovermögen muss davon ausgegangen werden, dass eine alleinige Betrachtung der materiellen Vermögensverteilung die Ungleichheit der Verteilung des Vermögens in einem umfassenderen Sinn – also inklusive der Alterssicherungsansprüche – deutlich überzeichnet. Hervorzuheben ist zudem, dass die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern bei Einbeziehung auch der Ansprüche an die GRV nivelliert werden.

Eine zusätzliche Betrachtung der betrieblichen Alterssicherung zeigt, dass sie vermutlich nicht dazu beiträgt, die aus den GRV-Anwartschaften resultierende Verteilung der Alterseinkommen bzw. Sozialvermögen zu nivellieren. Sowohl der Abdeckungsgrad als auch die Höhe der Ansprüche korrelieren im Allgemeinen positiv mit der Höhe der Ansprüche in der GRV. Darüber hinaus sind starke Unterschiede zwischen Unternehmensgrößen und Wirtschaftszweigen und auch zwischen Alten und Neuen Bundesländern zu konstatieren. Die Verteilung der Ansprüche an die betriebliche Altersversorgung ist von einem hohen Anteil geringer Ansprüche geprägt.

Abschließend wurde die Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Sozialvermögens in einer erweiterten Definition durch die im SOEP befragten Personen betrachtet. Im Ergebnis ist festzustellen, dass das Sozialsystem im Urteil der Befragten insbesondere im Krankheitsfall eine gute finanzielle Absicherung ermöglicht, da ein hohes Zufriedenheitsniveau und eine geringe Abhängigkeit von der Höhe des materiellen Vermögens zu beobachten ist. Dagegen zeigt sich hinsichtlich der Absicherung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit ein positiver Zusammenhang mit der Höhe des materiellen Vermögens. Die finanzielle Absicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit wird – unabhängig von der Höhe des materiellen Vermögens – als recht gering angesehen.

Die Verteilung des Humankapitals

Die Studie befasst sich im dritten Hauptteil mit der Entwicklung und Verteilung des Humankapitals in Deutschland, die getrennt nach Geschlecht, Region, Nationalität und Alter betrachtet werden. Dabei wird auch nach den einzelnen Fachrichtungen im Hochschulstudium differenziert, und der Einfluss des individuellen Hintergrunds auf den Humankapitalerwerb wird untersucht. In einem zweiten Schritt werden die formalen Qualifikationen durch die geschätzten Bildungsrenditen einerseits (ertragsorientierte Perspektive) und die Kosten der Ausbildung (kostenorientierte Perspektive) andererseits bewertet.

– Die qualifikatorische Verteilung des Humankapitals

Die Ergebnisse zeigen, dass die Verteilung der Bildungsabschlüsse nach verschiedenen Merkmalen, wie dem Geschlecht, der Region (Ost- und Westdeutschland) und der Nationalität variiert. Männer erreichen ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. In der westdeutschen Bevölkerung sind die Anteile der Personen in den unteren Bildungskategorien tendenziell höher als in der ostdeutschen Bevölkerung, während die Ostdeutschen stärker auf dem Qualifikationsniveau der Lehre und des Abiturs vertreten sind. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind in den Alten Bundesländern größer als in den Neuen Bundesländern. Weiterhin unterscheidet sich das Bildungsniveau nach der Nationalität. Bei den fünf größten Bevölkerungsgruppen mit einer anderen Nationalität ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten, während bei Deutschen die Lehre der häufigste Abschluss ist.

Betrachtet man die Entwicklung über die Zeit, so wird die sich vollziehende Bildungsexpansion deutlich. Der Anteil der akademischen Abschlüsse nimmt kontinuierlich zu, während der Anteil der Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss sinkt. Dabei nehmen die Unterschiede bezüglich der Bildungsabschlüsse zwischen männlichen und weiblichen Personen im Zeitablauf ab. Die starke Bildungsexpansion bei Frauen, die hier für den Zeitraum 1985-2002 beobachtet wurde, ist mit der Schätzung einer höheren jährlichen Bildungsrendite für Frauen im Beobachtungszeitraum kompatibel. Demnach hatten Frauen einen höheren Anreiz, in Bildung zu investieren, da diese Investition eine relativ hohe Rendite auf dem Arbeitsmarkt erwirtschaftet. Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, dass die Bildungsexpansion vorwiegend in Westdeutschland stattfindet. Jedoch bleibt das Bildungsniveau in Ostdeutschland auf einem relativ hohen Niveau stabil, an das sich Westdeutschland in den vergangenen Jahrzehnten angenähert hat. Eine getrennte Betrachtung nach Geburtskohorten spiegelt die Bildungs-

expansion wider, da jüngere Geburtskohorten ein höheres Bildungsniveau als ältere Kohorten aufweisen.

Die Betrachtung der Verteilung der Hauptfachrichtungen von Hochschulabschlüssen zeigt, dass der größte Anteil der Absolventen (fast ein Viertel) Fächer aus dem Bereich des Ingenieurwesens studiert hat. Weiterhin sind die Absolventenanteile in den Gesellschaftswissenschaften und in Studiengängen mit einer sprachlichen oder kulturellen Ausrichtung relativ hoch. Bei Frauen ist die letztgenannte Studienausrichtung am häufigsten, gefolgt vom Lehramt. Der größte Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland liegt im Anteil der Ingenieure, der in Ostdeutschland deutlich größer ist, sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen.

Der Einfluss des individuellen Hintergrundes auf den Humankapitalerwerb ist bedeutend, sodass es signifikante Unterschiede im Humankapitalerwerb unterschiedlicher sozialer Gruppen gibt. Jedoch scheint sich die soziale Ungleichheit im Bildungserwerb über die Zeit hinweg abzuschwächen. Auch wenn der Humankapitalerwerb durch Schülerleistungen gemessen wird, ergeben sich Unterschiede zwischen Gruppen. So erzielen Mädchen bessere Leistungen als Jungen, zumindest im Teilbereich der Lesefähigkeiten. Schüler ohne Immigrationshintergrund und Schüler, deren Eltern einen hohen Bildungsabschluss haben, zeigen bessere Leistungen. Die Unterschiede zwischen den Gruppen scheinen sich mit zunehmendem Alter der Schüler zu verstärken.

– *Die Bewertung von Humankapital durch Bildungsrenditen*

Bezüglich der Bewertung des Humankapitals auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich, dass die realen Bruttoeinkommen und Stundenlöhne sich stark nach der Qualifikation unterscheiden. Die Löhne sind dabei für Männer höher als für Frauen und in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Über die letzten zehn Jahre hinweg lässt sich ein genereller Aufwärtstrend in den Löhnen aller Qualifikationsgruppen erkennen. Die Lohnrelationen zwischen den Gruppen verändern sich jedoch nur gering.

Die Bildungsrendite misst den Wert einer Investition in Bildung, indem sie die jährliche Rendite widerspiegelt, die in Folge einer verbesserten Qualifikation durch höhere Löhne auf dem Arbeitsmarkt erzielt wird. Dabei kann zwischen der durchschnittlichen jährlichen Rendite, die ein beliebiges zusätzliches Ausbildungsjahr erwirtschaftet und der Rendite eines speziellen formalen Bildungsabschlusses unterschieden werden. Die Bewertung von Ausbildung durch Bildungsrenditen erscheint am sinnvollsten, da sie den tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt erzielten Preis der Investition in Bildung in einer vergleichbaren Form darstellt. Insgesamt schwankte die Bildungsrendite in Westdeutschland im Zeitverlauf zwischen acht und zehn Prozent (1985-2002), in Ostdeutschland zwischen sieben und acht Prozent (1992-2002). Während die Renditen der Frauen in Westdeutschland im Zeitverlauf zunächst über den Renditen der Männer lagen, scheint zur Jahrtausendwende eine Änderung eingetreten zu sein, sodass Männer in Westdeutschland eine leicht (aber signifikant) höhere Rendite als Frauen verzeichneten. Für das letzte Jahr des Beobachtungszeitraums errechnet sich allerdings für Frauen wieder eine leicht höhere Rendite.

Vergleicht man Bildungsrenditen für Ost- und Westdeutschland, so liegen die Renditen der westdeutschen Erwerbsbevölkerung über jenen der Ostdeutschen. Dabei ist es auffällig, dass die qualifikatorische Rendite für den Lehrabschluss in den Neuen Bundes-

ländern deutlich unter der in den Alten Bundesländern liegt, zugleich aber ein größerer Anteil der ostdeutschen Bevölkerung in diese Qualifikation investiert hat.

Die Schätzung von Bildungsrenditen nach Hauptfachrichtungen im Studium steht mit dem bestehenden Muster der geschlechtsspezifischen Verteilung von Studenten in diesen Studiengängen im Einklang, da weibliche Studierende in den von ihnen bevorzugten Studienfächern (Lehramt, Sprach- und Kulturwissenschaften), männliche Studierende in anderen Fachgebieten (z.B. Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften) eine höhere Bildungsrendite aufweisen. Ferner ergeben die Berechnungen der Renditen nach Hauptfachrichtungen, dass die Bildungsrenditen besonders für Frauen in Westdeutschland höher sind als in Ostdeutschland.

– *Die Bewertung von Humankapital durch Bildungskosten*

Die Ergebnisse der zusätzlich ausgewiesenen kostenbasierten Bewertung von Hochschulabschlüssen weichen zum Teil deutlich von den ermittelten Bildungsrenditen ab, wobei beide Ansätze allerdings nicht direkt miteinander vergleichbar sind. So fallen die vor allem bei Männern relativ hohen Bildungsrenditen bei den Gesellschaftswissenschaften auf, die im Gegensatz zu den mitunter geringen Aufwendungen stehen. Im Bereich der Kunst und Kunstwissenschaft hingegen entsprechen die vor allem an Kunsthochschulen relativ hohen Aufwendungen je Absolvent nicht den vergleichsweise geringen Bildungsrenditen für die Fachrichtungen Kunst und Musik.

Abschließend wird die Verteilung des Humankapitals, gemessen an den öffentlichen Bildungsausgaben und den entgangenen Einkommen, ausgewiesen. Dabei werden über die Lohnkosten neben dem entgangenen Einkommen auch die entgangenen Steuern und Abgaben berücksichtigt. Das so gemessene „Humankapital“ variiert zwischen 14.400 Euro für Personen, die nur die Grundschule besucht haben und 528.000 Euro für Humanmediziner. Personen mit einer Lehrausbildung besitzen nach dieser Berechnung ein Humankapital von 137.000 Euro. Der durchschnittliche Wert des Humankapitals liegt in dieser kostenbasierten Betrachtung für die gesamte betrachtete Bevölkerung bei 148.800 Euro. Für Erwerbstätige liegt dieser Wert erwartungsgemäß höher bei 158.050 Euro und für Erwerbslose bei 120.500 Euro.

Inhaltsübersicht

1	Einleitung	13
2	Materielles privates Vermögen.....	14
3	Sozialvermögen	147
4	Humankapital	165
5	Anhang.....	211

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	13
2	Materielles privates Vermögen.....	14
2.1	Datenquellen.....	14
2.2	Geldvermögen	19
2.2.1	Entwicklung des privaten Geldvermögens im Aggregat	19
2.2.2	Geldvermögensdaten in der EVS.....	23
2.2.3	Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenshöhe im West-Ost- Vergleich.....	31
2.2.4	Die Verteilung des Geldvermögens und ihre Entwicklung	37
2.3	Analyse des Immobilienvermögens	52
2.3.1	Entwicklung des Immobilienvermögens im Aggregat.....	52
2.3.2	Immobilienangaben in der EVS.....	54
2.3.3	Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenshöhe im West-Ost- Vergleich.....	62
2.3.4	Die haushaltsbezogene Verteilung und ihre Entwicklung	69
2.4	Analyse des Produktivvermögens	81
2.4.1	Die Entwicklung der privaten Beteiligungen am Produktivvermögen im Aggregat.....	81
2.4.2	Die Verteilung des Betriebsvermögens nach Vorhandensein.....	85
2.4.3	Die Verteilung des Betriebsvermögens nach der Höhe des Besitzes.....	89
2.5	Analyse des Gebrauchsvermögens	98
2.6	Die Entwicklung des privaten materiellen Vermögens in der Gesamtbetrachtung	101
2.6.1	Die Entwicklung des Gesamtvermögens im Aggregat	101
2.6.2	Die Verteilung des privaten Vermögens in der Gesamtbetrachtung.....	103
2.6.3	Die Verteilung des Gesamtvermögens und ihre Entwicklung	107
2.7	Analyse möglicher Ursachen für die Änderung der Vermögensverteilung ..	125
2.8	Vergleich der EVS-Ergebnisse mit den Ergebnissen des Vermögensbilanz des SOEP 2002	138
2.8.1	Zur Vergleichbarkeit der SOEP-Daten mit den EVS-Daten.....	138
2.8.2	Die Höhe und Verteilung des gesamten Nettovermögens auf der Basis der Vermögensbilanz des Sozioökonomischen Panels	142
2.9	Zusammenfassung	145

3	Sozialvermögen	147
3.1	Ansprüche an die Systeme der gesetzlichen Alterssicherung	148
3.2	Ergänzende Ansprüche an die Systeme der betrieblichen Alterssicherung ..	156
3.3	Einschätzungen privater Haushalte zu ihrer sozialen Sicherungssituation ...	160
3.4	Zusammenfassung	163
4	Humankapital	165
4.1	Einleitung	165
4.2	Verteilung und Entwicklung der formalen Qualifikationen und Fähigkeiten	166
4.2.1	Status quo der Verteilung der formalen Qualifikation.....	166
4.2.2	Zeitliche Entwicklung der Verteilung formaler Qualifikationen.....	170
4.2.3	Einfluss des individuellen Hintergrunds auf den Humankapitalerwerb	176
4.3	Bewertung der formalen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt.....	180
4.3.1	Bildungsrenditen	184
4.4	Kostenbasierte Bewertung des Humankapitals	192
4.4.1	Gesamtwirtschaftliche Kosten der Bildung	192
4.4.2	Verteilung der Kosten nach Bildungsabschlüssen.....	196
4.4.3	Verteilung der Kosten des Humankapitals.....	203
4.5	Zusammenfassung	208
5	Anhang.....	211
5.1	Ergänzende Tabellen Materielles Vermögen	211
5.2	Exkurs Korrekturrechnung für Restschulden von Hypotheken.....	229
5.3	Ergänzende Tabellen Sozialvermögen	233
5.4	Ergänzende Tabellen Humankapital.....	235
5.5	Theoretischer Hintergrund zu den Bildungsrenditen.....	245

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Charakteristika der verwendeten EVS-Stichproben.....	18
Tabelle 2: Quote der Nettogeldvermögensbildung (Geldsparquote).....	20
Tabelle 3: Entwicklung des Geldvermögens der privaten Haushalte	21
Tabelle 4: Veränderung des Geldvermögens der privaten Haushalte in nominaler und realer Rechnung	21
Tabelle 5: Fehlende Werte im Geldvermögen in der EVS 2003	25
Tabelle 6: Fehlende Werte im Geldvermögen in der EVS 1998.....	25
Tabelle 7: Vergleich ursprünglicher Mittelwerte und Mittelwerte nach Ersetzung fehlender Werte im Geldvermögen EVS 1998 und EVS 2003	26
Tabelle 8: Veränderung der Mittelwerte in den Dezilen des Nettogeldvermögens (Vergleich der Imputationen)	27
Tabelle 9: Erfassungsgrad des Geldvermögens in der EVS relativ zum Ausweis der Finanzierungsrechnung	30
Tabelle 10: Mittelwert und Median der Geldvermögen im Vergleich	34
Tabelle 11: Relation der durchschnittlichen Geldvermögensbestände Ost/West.....	34
Tabelle 12: Veränderungsraten der Mittelwerte des Geldvermögens	34
Tabelle 13: Durchschnittliche Höhe der Geldvermögensbestände (alle Haushalte)	35
Tabelle 14: Anteil der Besitzer und durchschnittliche Höhe der Geldvermögensbestände in Euro für Besitzer	35
Tabelle 15: Veränderung der Geldvermögensbestände, bezogen auf alle Haushalte.....	36
Tabelle 16: Veränderung der Geldvermögensbestände, bezogen auf Besitzer	36
Tabelle 17: Verschuldung in Konsumentenkrediten	36
Tabelle 18: Veränderung der Verschuldung in Konsumentenkrediten	36
Tabelle 19: Dezilverteilung des Nettogeldvermögens (Mittelwerte und Veränderung).....	39
Tabelle 20: Dezilverteilungen des Nettogeldvermögens (kumuliert).....	40
Tabelle 21: Gini-Koeffizienten für das Geldvermögen im Zeitvergleich	40
Tabelle 22: Durchschnittliche Geldvermögen und Anteile am Gesamtgeldvermögen nach sozialen Gruppen	41
Tabelle 23: Simulierte Entwicklung des Geldvermögens	44
Tabelle 24: Haushaltstypklassifizierung für vergleichende Verteilungsanalysen.....	46
Tabelle 25: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (18-29 Jahre).....	49
Tabelle 26: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (30-49 Jahre).....	49
Tabelle 27: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (50 Jahre und älter).....	50
Tabelle 28: Mittelwerte der Geldvermögen nach Geschlecht	51
Tabelle 29: Entwicklung des Wohnungsvermögens der privaten Haushalte	53

Tabelle 30: Angaben zu Immobilienvermögen in der EVS 2003	59
Tabelle 31: Vergleich der Nettoimmobilienvermögen für alle Haushalte	59
Tabelle 32: Vergleich der Immobilienvermögen der Haushalte mit Immobilienvermögen – Mittelwerte der Dezile	60
Tabelle 33: Erfassungsgrad des Immobilienvermögens in der EVS im Vergleich zur Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank.....	60
Tabelle 34: Vergleich der Entwicklung der Immobiliengesamtvermögens Bundesbank (FR) und EVS	61
Tabelle 35: Anteil der Haushalte mit Immobilienschulden nach Quintilen des Nettogesamtvermögens	61
Tabelle 36: Anteil der Hypothekenschulden am Gesamtvermögen (brutto).....	61
Tabelle 37: Durchschnittliches Immobilienvermögen, Mittelwerte je Haushalt.....	64
Tabelle 38: Anteil der Haushalte mit Immobilien und Immobilienkrediten an allen Haushalten	64
Tabelle 39: Relation der durchschnittlichen Immobilienvermögensbestände Ost/West	65
Tabelle 40: Nettoimmobilienvermögen – Verteilung nach sozialen Gruppen	65
Tabelle 41: Nettoimmobilienvermögen – Mittelwerte nach sozialen Gruppen	66
Tabelle 42: Nettoimmobilienvermögen – Mittelwerte nach sozialen Gruppen (Haushalte mit Immobilien)	66
Tabelle 43: Immobilieneigentumsquoten nach sozialen Gruppen	67
Tabelle 44: Veränderungsraten des durchschnittlichen Immobilienvermögens je Haushalt	68
Tabelle 45: Immobilieneigentumsquoten nach Quintilen des Nettogesamtvermögens	71
Tabelle 46: Mittelwerte der Dezile des Nettoimmobilienvermögens für Haushalte mit Immobilienvermögen	72
Tabelle 47: Kumulierte Dezilverteilungen des Nettoimmobilienvermögens.....	73
Tabelle 48: Gini-Koeffizienten für Bruttoimmobilienvermögen, Hypothekenschulden und Nettoimmobilienvermögen über alle Haushalte	75
Tabelle 49: Anteil der Haushalte je Typ mit Immobilienbesitz und mit Hypothekenschulden	77
Tabelle 50: Höhe des Nettoimmobilienvermögens nach Haushaltstypen und Quintilen.....	79
Tabelle 51: Höhe des Nettoimmobilienvermögens nach Haushaltstypen und Quintilen.....	79
Tabelle 52: Immobilienbesitz von Männern und Frauen nach Altersgruppen	80
Tabelle 53: Produktivvermögen privater Haushalte in Mrd. Euro	83
Tabelle 54: Schätzungen zum Produktivvermögen der privaten Haushalte im Vergleich	84

Tabelle 55: Vorhandensein von Betriebsvermögen auf Basis verschiedener Kriterien für 2002.....	87
Tabelle 56: Anzahl und Anteil der Haushalte mit Betriebsvermögen im Vorjahr	87
Tabelle 57: Anzahl und Anteil der Haushalte mit Betriebsvermögen insgesamt nach Dezilen des Haushalts-Nettoeinkommens	88
Tabelle 58: Alleinunternehmer oder Beteiligter Unternehmer 2002.....	89
Tabelle 59: Personen mit Betriebsvermögen.....	91
Tabelle 60: Mittelwerte des Betriebsvermögens in verschiedenen Abgrenzungen.....	91
Tabelle 61: Gini-Koeffizienten des Betriebsvermögens	91
Tabelle 62: Vergleich Gini-Koeffizienten in verschiedenen Abgrenzungen	92
Tabelle 63: Gini-Koeffizienten des Nettovermögens im Vergleich mit und ohne Betriebsvermögen.....	92
Tabelle 64: Verteilung des Betriebsvermögens über die Haushalte mit Betriebsvermögen (Basisdaten).....	93
Tabelle 65: Verteilung des Betriebsvermögens über die Haushalte mit Betriebsvermögen (nach Ersetzung fehlender Werte).....	94
Tabelle 66: Anteil des Betriebsvermögens an den Nettogesamtvermögen der nach dem Nettogesamtvermögen geordneten Haushalte	95
Tabelle 67: Differenzierung nach Geschlecht und Alter	97
Tabelle 68: Ausweis aggregierter und durchschnittlicher Gebrauchsvermögensbestände	100
Tabelle 69: Zusammensetzung des Gebrauchsvermögens nach letztem Ausweis in der VGR	100
Tabelle 70: Entwicklung des Gesamtvermögens der privaten Haushalte	101
Tabelle 71: Veränderungsraten des Gesamtvermögens der privaten Haushalte	102
Tabelle 72: Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.....	102
Tabelle 73: Mittelwert und Median der Gesamtvermögen je Haushalt (Geld- und Immobilienvermögen) im Vergleich	106
Tabelle 74: Anzahl Haushalte und aggregiertes Nettovermögen in der EVS	106
Tabelle 75: Relation der durchschnittlichen Gesamtvermögensbestände je Haushalt Ost/West.....	106
Tabelle 76: Veränderungsraten der Mittelwerte des Gesamtvermögens.....	106
Tabelle 77: Überblick über die Zusammensetzung des Privatvermögens nach Quintilen des Nettogesamtvermögens 2003	108
Tabelle 78: Überblick über die Zusammensetzung des Privatvermögens nach Quintilen des Nettogesamtvermögens 1993	109
Tabelle 79: Geld- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte Mittelwerte der Dezile.....	113

Tabelle 80: Dezilverteilungen im Vergleich: Anteile am gesamten Nettovermögen....	114
Tabelle 81: Gini-Koeffizienten im Zeitvergleich	115
Tabelle 82: Vermögensverteilung nach sozialen Gruppen im Überblick.....	116
Tabelle 83: Mittelwerte des Nettovermögens nach sozialen Gruppen	117
Tabelle 84: Anzahl und Anteil der sozialen Gruppen an der Gesamtzahl der Haushalte	118
Tabelle 85: Mittelwerte der Vermögensbestände und ihre Veränderung im Überblick	120
Tabelle 86: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (18-29 Jahre).....	121
Tabelle 87: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (30-49 Jahre).....	121
Tabelle 88: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (50 Jahre und älter).....	122
Tabelle 89: Unterschiede der Durchschnittsvermögen von Männern und Frauen auf Basis des SOEP	123
Tabelle 90: Entwicklung der Unterschiede der Durchschnittsvermögen zwischen allein lebenden Männern und Frauen (EVS)	124
Tabelle 91: Übersicht Mittelwerte der Quintile 2003.....	126
Tabelle 92: Übersicht Veränderung gegenüber 1993	126
Tabelle 93: Übersicht Veränderung gegenüber 1998	126
Tabelle 94: Veränderung der Durchschnittseinkommen in den Quintilen im Zeitverlauf	128
Tabelle 95: Anteile der Haushalte in der kombinierten Einkommens- und Vermögensverteilung	128
Tabelle 96: Altersstruktur nach Quintilen des Gesamtvermögens	132
Tabelle 97: Höhe und Veränderung der Durchschnittsvermögen nach Altersklassen	132
Tabelle 98: Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Quintilen	133
Tabelle 99: Durchschnittsvermögen der Haushalte nach Haushaltsgröße	133
Tabelle 100: Veränderung der Haushaltsgrößenstruktur in Westdeutschland	134
Tabelle 101: Anteil der Haushalte mit Erbschaften.....	134
Tabelle 102: Mittelwerte der Vermögen SOEP und EVS im Vergleich	141
Tabelle 103: Quintilverteilung im Vergleich, alle Haushalte.....	141
Tabelle 104: Gini-Koeffizienten EVS und SOEP im Vergleich	142
Tabelle 105: Nettovermögensverteilung nach Quintilen im SOEP.....	144
Tabelle 106: Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung und materielle Nettovermögen im Vergleich	151

Tabelle 107: Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung und materielle Nettovermögen im Vergleich	152
Tabelle 108: Gini-Koeffizienten Rentenanwartschaften und Vergleich mit Verteilung materieller Vermögen.....	154
Tabelle 109: Anteil der Personen mit betrieblicher Altersvorsorge in Relation zur Höhe der GRV-Ansprüche	159
Tabelle 110: Eigene betriebliche Altersversorgung Männer und Frauen der Geburtsjahre 1936 bis 1955 mit Bezug einer Versichertenrente aus der GRV, projizierte Zahlbeträge im Rentenalter (65)	160
Tabelle 111: Status Quo der Bildungsverteilung, 2002, getrennt nach Geschlecht und Region	167
Tabelle 112: Bildungsverteilung getrennt nach Nationalität, 2000.....	170
Tabelle 113: Bildungsverteilung für unterschiedliche Geburtskohorten.....	175
Tabelle 114: Verteilung der Hauptfachrichtungen von Hochschulabschlüssen im Jahr 2000	176
Tabelle 115: Ergebnisse der Schülerleistungsstudien IGLU und PISA (Teilbereich Lesekompetenz) für Deutschland, nach Geschlecht, Herkunft und Bildung der Eltern	179
Tabelle 116: Jährliche Durchschnittsrendite nach Qualifikationsniveau im Jahr 2002	187
Tabelle 117: Jährliche Bildungsrendite nach Kategorien von Hauptfachrichtungen im Jahr 2000	189
Tabelle 118: Jährliche Bildungsrendite nach genauen Hauptfachrichtungen im Jahr 2000	190
Tabelle 119: Vergleich der Ergebnisse der Schätzungen der Bildungsrenditen mit und ohne Selektionskorrektur, 2002.....	191
Tabelle 120: Vergleich der Ergebnisse der Schätzungen der Bildungsrenditen mit und ohne Selektionskorrektur, 2002 (nach Geschlecht).....	191
Tabelle 121: Gesamtwirtschaftliche Bildungsausgaben der Jahre 2000 und 2001 nach der Durchführungsbetrachtung	194
Tabelle 122: Teilnehmer und jährliche Bildungsausgaben im schulischen Bereich im Jahr 2000	197
Tabelle 123: Ausgaben (einschließlich Schulverwaltung) für öffentliche Schulen je Schüler im Jahr 2000 nach Ländern und Ausgabearten	199
Tabelle 124: Laufende Grundmittel je Student und je Absolvent nach Hochschularten und Fächergruppen im Jahr 2001	200
Tabelle 125: Anzahl Studierende und – sofern bekannt – Fachstudienzeit (in Semestern) nach Hochschularten und Fächergruppen im Jahr 2001.....	202
Tabelle 126: Humankapital nach Bildungsniveau, 2000.....	204
Tabelle 127: Verteilungsmaße des Humankapitals, 2000	206

Tabelle 128: Humankapital je Person nach Alter, Geschlecht, Region und Erwerbsstatus.....	207
Tabelle 129: Wohneigentumsquoten in der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 sowie im Mikrozensus 1998 und 2002.....	214
Tabelle 130: Überblick über die Zusammensetzung des Privatvermögens nach Quintilen des Nettogesamtvermögens 2003 (ohne negative Immobilienvermögen).....	215
Tabelle 131: Deskriptive Statistiken Vermögenswerte – Basisdaten.....	216
Tabelle 132: Deskriptive Statistiken Vermögenswerte – imputierte Daten.....	218
Tabelle 133: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (18-29 Jahre), Alte Bundesländer.....	219
Tabelle 134: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (30-49 Jahre), Alte Bundesländer.....	219
Tabelle 135: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (50 Jahre und älter), Alte Bundesländer.....	220
Tabelle 136: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (18-29 Jahre), Neue Bundesländer.....	220
Tabelle 137: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (30-49 Jahre), Neue Bundesländer.....	221
Tabelle 138: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (50 Jahre und älter) Neue Bundesländer.....	221
Tabelle 139: Nettoimmobilienvermögen nach Haushaltstypen, Alte Bundesländer (alle Haushalte).....	222
Tabelle 140: Nettoimmobilienvermögen nach Haushaltstypen, Neue Bundesländer (alle Haushalte).....	222
Tabelle 141: Nettoimmobilienvermögen nach Haushaltstypen, Alte Bundesländer (Haushalte mit Immobilien).....	223
Tabelle 142: Nettoimmobilienvermögen nach Haushaltstypen, Neue Bundesländer (Haushalte mit Immobilien).....	223
Tabelle 143: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (18-29 Jahre), Alte Bundesländer.....	224
Tabelle 144: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (30-49 Jahre), Alte Bundesländer.....	224
Tabelle 145: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (50 Jahre und älter), Alte Bundesländer.....	225
Tabelle 146: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (18-29 Jahre), Neue Bundesländer.....	225
Tabelle 147: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (30-49 Jahre), Neue Bundesländer.....	226
Tabelle 148: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (50 Jahre und älter), Neue Bundesländer.....	226

Tabelle 149: Haushaltsstruktur nach sozialen Gruppen	227
Tabelle 150: Haushaltsstruktur nach sozialen Gruppen - zusammengefasst.....	228
Tabelle 151: Tilgungsverlauf eines Beispieldarlebens.....	230
Tabelle 152: Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung 2002 (in 1.000 Euro) nach Alter am 31.12.2002.....	233
Tabelle 153: Gini-Koeffizienten Rentenanwartschaften und Nettovermögen SOEP nach Alter am 31.12.2002.....	234
Tabelle 154: Status Quo der Bildungsverteilung, 2000,.....	235
Tabelle 155: Entwicklung der Bildungsverteilung in Westdeutschland	236
Tabelle 156: Entwicklung der Bildungsverteilung in Westdeutschland nach Geschlecht	236
Tabelle 157: Entwicklung der Bildungsverteilung in Ostdeutschland	237
Tabelle 158: Entwicklung der Bildungsverteilung in Ostdeutschland nach Geschlecht	237
Tabelle 159: Einflussfaktoren des Sekundarschulabschlusses	238
Tabelle 160: Koeffizienten aus der geordneten Probitschätzung zu den Einflussfaktoren des Sekundarschulabschlusses	239
Tabelle 161: Entwicklung des realen Bruttoerwerbseinkommen nach Qualifikation...240	
Tabelle 162: Entwicklung des realen Stundenlohns nach Qualifikation.....	240
Tabelle 163: Entwicklung des realen Stundenlohns nach Qualifikation, Frauen.....	241
Tabelle 164: Entwicklung des realen Stundenlohns nach Qualifikation, Männer	241
Tabelle 165: Entwicklung des realen Stundenlohns nach Qualifikation, Alte Bundesländer	242
Tabelle 166: Entwicklung des realen Stundenlohns nach Qualifikation, Neue Bundesländer.....	242
Tabelle 167: Die Entwicklung der jährlichen Bildungsrenditen	243
Tabelle 168: Exemplarisch: Ergebnisse für die Schätzung der Lohngleichung für das Jahr 2002	243
Tabelle 169: Jährliche private Bildungsrenditen nach Geschlecht und Region	244
Tabelle 170: Lohnkosten nach Qualifikationsstufen 2000	244

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung des Geldvermögens	20
Abbildung 2: Anlagestruktur des Geldvermögens	22
Abbildung 3: Vergleich der kumulierten Dezilverteilungen mit und ohne Imputation fehlender Werte.....	28
Abbildung 4: kumulierte Verteilung des Nettogeldvermögens.....	41
Abbildung 5: Geldvermögensstruktur im zweiten, fünften und zehnten Dezil der Geldvermögensverteilung (Alte Bundesländer)	43
Abbildung 6: Geldvermögensstruktur im zweiten, fünften und zehnten Dezil der Geldvermögensverteilung (Neue Bundesländer).....	44
Abbildung 7: Vorhandensein von Geldvermögensarten nach Haushaltstypen	48
Abbildung 8: Entwicklung des Immobilienvermögens der privaten Haushalte.....	53
Abbildung 9: Kumulierte Dezilverteilungen des Immobilienvermögens im Vergleich..	60
Abbildung 10: Kumulierte Dezilverteilung Immobilienvermögen	74
Abbildung 11: Vorhandensein von Immobilienvermögen nach Haushaltstypen (alte Bundesländer)	78
Abbildung 12: Vorhandensein von Immobilienvermögen nach Haushaltstypen (neue Bundesländer)	78
Abbildung 13: Verteilung des Produktivvermögens über alle Haushalte	96
Abbildung 14: Verteilung des Produktivvermögens über die Haushalte mit Produktivvermögen.....	96
Abbildung 15: Kumulierte Dezilverteilung im zeitlichen Vergleich	115
Abbildung 16: Zusammensetzung der Quintile des Nettovermögens nach dem Sozialstatus des Haushaltsvorstands im Zeitverlauf.....	129
Abbildung 17: Altersgruppenstruktur in Westdeutschland	131
Abbildung 18: Zusammensetzung der Nettovermögensquintile nach Altersgruppen...	131
Abbildung 19: Entwicklung der Gini-Koeffizienten für die GRV-Anwartschaften über die Jahrgänge 1972 - 1943	154
Abbildung 20: Entwicklung der Gini-Koeffizienten für die materiellen Netto-Vermögen über die Jahrgänge 1972 - 1943	155

Abbildung 21: Vorhandensein einer betrieblichen Altersversorgung von Arbeitern und Angestellten im Vergleich der Mikrozensus 1992, 1995, 1997 und 2001	157
Abbildung 22: Anteil von Arbeitnehmer und Angestellten mit betrieblicher Altersvorsorge nach der Höhe des Nettoeinkommens.....	159
Abbildung 23: Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung im Krankheitsfall nach Quintilen des Nettovermögens	161
Abbildung 24: Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit nach Quintilen des Nettovermögens.....	162
Abbildung 25: Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung im Alter nach Quintilen des Nettovermögens.....	162
Abbildung 26: Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung im Pflegefall nach Quintilen des Nettovermögens	163
Abbildung 27: Entwicklung der Bildungsverteilung im früheren Bundesgebiet	171
Abbildung 28: Bildungsverteilung für Westdeutschland nach Geschlecht.....	172
Abbildung 29: Bildungsverteilung in den Neuen Bundesländern.....	173
Abbildung 30: Entwicklung der Bildungsverteilung in den Neuen Bundesländern	174
Abbildung 31: Reales Bruttoeinkommen nach Qualifikation	181
Abbildung 32: Reale Stundenlöhne nach Qualifikation.....	181
Abbildung 33: Reale Stundenlöhne nach Qualifikation und Geschlecht	183
Abbildung 34: Entwicklung der Bildungsrenditen.....	186
Abbildung 35: Zusammenhang zwischen geschätztem Korrekturfaktor und Relation Annuitätensumme zu Darlehensschuld.....	231
Abbildung 36: Dezilverteilung der Hypothekenschulden 1998 und 2003 (Variante 2 und 2a) im Vergleich	232

1 Einleitung

Der vorliegende Bericht hat eine umfassende Bestandsaufnahme des Vermögens privater Haushalte und der Entwicklung seiner Verteilung zum Gegenstand. Um ein umfassendes Bild über die Vermögen privater Haushalte – definiert als „heutigen Wert der künftigen Verfügungsmöglichkeit über Güter und Leistungen“¹ – zu erhalten, müssen neben materiellem Vermögen in Form von Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen sowie langlebigen Gebrauchsgütern auch die Möglichkeiten zur künftigen Einkommenserzielung einbezogen werden. Aus diesem Grund müssen in einer erweiterten Betrachtung des privaten Vermögens auch das Humankapital – definiert als Potenzial zur Erzielung künftiger Arbeitseinkommen – und das Versorgungsvermögen, das im Wesentlichen die Ansprüche an Alterssicherungssysteme umfasst, berücksichtigt werden.

In der vorliegenden Untersuchung wird in drei Hauptteilen auf diese Bereiche – das materielle Vermögen, das Sozialvermögen in Form von Ansprüchen an die Alterssicherungssysteme und das Humankapital – eingegangen. Im ersten Hauptteil wird – im Wesentlichen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes 1993 bis 2003 – die Entwicklung des privaten materiellen Vermögens analysiert. Da die EVS keine Informationen zum Betriebsvermögen der privaten Haushalte enthalten, wird ergänzend die im Jahr 2002 erhobene Vermögensbilanz des Sozio-oekonomischen Panels zur Auswertung herangezogen. Weitere Informationen auf aggregierter Ebene zu Geld-, Immobilien-, Gebrauchs- und Sachvermögen der privaten Haushalte liefern die Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank und die in ihrem Rahmen durchgeführten Nebenrechnungen.

Der zweite Teil der Arbeit stellt ergänzend die Verteilung der Ansprüche an die Alterssicherungssysteme dar. Grundlage sind hier die Statistiken zu Rentenanwartschaften des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR). Diese Daten werden durch Informationen aus der Untersuchung „Altersvorsorge in Deutschland“ (AVID 96) sowie durch Analysen zur Einschätzung der sozialen Sicherungssituation anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels ergänzt.

Im dritten Hauptteil der Arbeit wird das Humankapital analysiert: Grundlage ist eine Analyse der Bildungsverteilung, die anschließend sowohl aus ertragsorientierter Sicht (mittels Bildungsrenditen) als auch aus kostenorientierter Sicht (mittels Ausbildungskosten) bewertet wird. Die Analysen basieren im Wesentlichen auf Auswertungen des Mikrozensus und des Sozio-oekonomischen Panels.

¹ Engels/Slabotny/Zickler (1974), S. 29.

2 Materielles privates Vermögen

2.1 Datenquellen

Die folgenden Abschnitte stellen die Entwicklung des materiellen privaten Vermögens im Sektor der privaten Haushalte dar. Dargestellt wird jeweils zunächst die Entwicklung des Vermögens in einzelnen Vermögenskategorien auf aggregierter Ebene für den gesamten privaten Sektor. Anschließend wird die Verteilung innerhalb des privaten Sektors und – soweit entsprechende Längsschnittsinformationen vorliegen – deren Entwicklung im Zeitverlauf analysiert.

Den Auswertungen zum materiellen Vermögen der privaten Haushalte liegen im Wesentlichen drei Datenquellen zugrunde. Grundlage für die Entwicklung der aggregierten Vermögensbestände sind die Ergebnisse der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank für den Zeitraum von 1992 bis 2002². Basis für die verteilungsbezogenen Analysen sind vor allem die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes aus den Erhebungsjahren 1993, 1998 und 2003. Ergänzend wird – insbesondere zur Erfassung der Verteilung des Produktivvermögens – das Sozio-ökonomische Panel herangezogen, in dessen Rahmen 2002 eine ausführliche Vermögensbilanz erstellt wurde.

Nachstehend werden in einem kurzen Überblick die wichtigsten Merkmale der verwendeten Datenquellen beschrieben

– *Finanzierungsrechnung*

Die Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank umfasst eine Vermögensrechnung für den Sektor der privaten Haushalte inklusive der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Sie ergänzt das Bild der auf die Erstellung von Gütern und Dienstleistungen und den Einkommenskreislauf ausgerichteten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um die Darstellung derjenigen Vorgänge, die in der Finanzsphäre stattfinden. In ihrer sektoralen Gliederung folgt sie dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 1995: Dementsprechend werden dem Sektor der privaten Haushalte in der Finanzierungsrechnung auch Einzelunternehmer und Selbstständige, deren unternehmerische Aktivitäten sich nicht von den Transaktionen der Privatpersonen trennen lassen, zugerechnet. Ebenfalls dem Sektor der privaten

² Deutsche Bundesbank (2003), Monatsberichte (diverse Ausgaben). Ergänzende Daten wurden von der Deutschen Bundesbank zur Verfügung gestellt. Die Autoren danken Dr. Elmar Stöß (Deutsche Bundesbank) für seine wertvolle Unterstützung bei der Datenrecherche.

Haushalte wird in dieser Abgrenzung der Erwerb privaten Wohneigentums zugerechnet, der in früherer Abgrenzung der VGR im Unternehmenssektor erfasst wurde.

Die Finanzierungsrechnung beruht auf Angaben der Finanzintermediäre über die bei ihnen unterhaltenen Guthaben und aufgenommenen Schulden, sie ist in Bezug auf Vollständigkeit und Genauigkeit als zuverlässiger anzusehen als die Ergebnisse von Haushaltsbefragungen zu den Vermögensverhältnissen der privaten Haushalte. Auch wenn im Rahmen der Finanzierungsrechnung Schätzungen vorgenommen werden müssen, kann sie daher als Richtgröße für den tatsächlich vorhandenen Geldvermögensbestand angesehen werden.³

Gegenüber der EVS als wichtigster Mikrodatenquelle zur Verteilung der Vermögen im Sektor der privaten Haushalte weist die Finanzierungsrechnung allerdings eine Reihe von Abgrenzungsunterschieden aus, so dass die Ergebnisse der beiden Datenquellen nur in bereinigter Form miteinander verglichen werden können. Diese Abgrenzungsunterschiede betreffen – neben der Einbeziehung der bereits erwähnten privaten Organisationen ohne Erwerbszweck – insbesondere die Einbeziehung von Bargeld und Sichteinlagen, die Berücksichtigung von Ansprüchen aus der betrieblichen Altersversorgung und aus berufsständischen Versorgungswerken sowie die Einbeziehung von Altersrückstellungen in der Krankenversicherung. Darüber hinaus ist die Finanzierungsrechnung im Gegensatz zu den EVS nach dem Nettoprinzip organisiert, d.h. dass intrasektorale Verbindlichkeiten und Forderungen saldiert ausgewiesen werden. In den EVS werden dagegen auch Ansprüche gegen andere private Haushalte im Inland als Vermögensbestandteile ausgewiesen.

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse der Finanzierungsrechnung sollen die Entwicklung des privaten Vermögens und seiner Bestandteile in der Summe widerspiegeln. Soweit es auf der Basis der verfügbaren Angaben möglich war, werden die Vermögen und Schulden der privaten Haushalte ohne Berücksichtigung der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ausgewiesen. Weitere Bereinigungen zum Zwecke der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der EVS wurden im Allgemeinen nicht durchgeführt, da die umfassenderen Ergebnisse der Finanzierungsrechnung die Entwicklung der privaten Vermögen vollständiger beschreiben als der enger abgegrenzte Vermögensbegriff der EVS.

³ Die in der Literatur zuweilen vertretene These, dass die Finanzierungsrechnung die Geldvermögen der Privaten prinzipiell überschätze, da dem privaten Sektor alle Positionen zugeschlagen würden, die anderen Sektoren nicht eindeutig zuzuordnen sind (vgl. Schüssler/Buslei/Lang (2000), S. 26), wird von der Deutschen Bundesbank nicht gestützt. Eine solche Residualfunktion komme eher dem Unternehmenssektor zu (Telefonat mit Dr. Elmar Stöß, Deutsche Bundesbank, 5.3.2004).

– *Einkommens- und Verbrauchsstichproben*

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine Haushaltsbefragung, die seit 1962/63 regelmäßig in ca. fünfjährigem Abstand durchgeführt wird. Sie ist eine Quotenstichprobe, die auf der Basis des jeweils aktuellen Mikrozensus hochgerechnet wird. Den folgenden Auswertungen liegen die Vermögensangaben der privaten Haushalte zum 1. Januar 2003 zugrunde, zum zeitlichen Vergleich wurden die Angaben aus den Erhebungen 1998 und 1993 herangezogen. Die EVS-Daten liegen als anonymisierte Mikrodatenfiles vor, die eine 80-98-prozentige Teilstichprobe der Originalstichprobe darstellen.⁴ Die vorliegenden Stichproben umfassen zwischen 40.230 und 57.143 bundesdeutsche Haushalte (vgl. zu den Charakteristika der Stichproben Tabelle 1).

Bedauerlicherweise weisen die Abgrenzungen einzelner Vermögenskategorien in diesen drei Erhebungsjahren Unterschiede auf, so dass für einen Vergleich erhebungsübergreifende und weniger als in den Einzelerhebungen differenzierte Vermögenskategorien gebildet werden müssen.⁵ Darüber hinaus unterscheiden sich auch die Erhebungszeitpunkte: Die Grundvermögen wurden in der EVS 1993 im Schlussinterview (zum 31.12.1993), 1998 und 1993 jeweils im Einführungsinterview (zum 1.1. des Erhebungsjahres) erhoben. Die Geldvermögen wurden 1993 im Schlussinterview (zum 31.12.1993), 1998 im Rahmen der vierteljährlichen Anschreibungen (jeweils zum Ende eines Quartals) und 2003 im Einführungsinterview (zum 1.1.2003) erhoben. Daraus ergeben sich näherungsweise gleiche Zeiträume von durchschnittlich rund 4,5 Jahren zwischen den Erhebungszeiträumen 1993, 1998 und 2003 für das Geldvermögen, während in Bezug auf das Grundvermögen nur 4 Jahre zwischen der EVS 1993 und der EVS 1998, aber 5 Jahre zwischen der EVS 1998 und der EVS 2003 liegen.

Ein wesentliches Problem für den Zeitvergleich stellt der unterschiedliche Ausweis fehlender Vermögenswerte in den Mikrodatensätzen 1993, 1998 und 2003 dar. Während die Stichprobe 1993 keine fehlenden Werte ausweist, enthält die Stichprobe 1998 fehlende Werte im Geldvermögen: Das Vorhandensein einer Vermögenskategorie wird in diesen Fällen bejaht, ohne dass ein Vermögenswert angegeben wird. Die Stichprobe

⁴ Die Auswahlsätze variieren in Abhängigkeit von der Anzahl der in der Stichprobe enthaltenen Erhebungsteile. Im Zuge der Anonymisierung werden vom Statistischen Bundesamt teilweise Zusammenfassungen bei ausgesuchten Merkmalen vorgenommen, so dass die univariate Verteilung nicht weniger als 5000 Fälle (hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung) umfasst. Darüber hinaus werden bei ausgewählten Vermögensbeträgen die fünf niedrigsten und die fünf höchsten Ausprägungen mit dem Mittelwert dieser Ausprägungen ausgewiesen sowie die übrigen Ausprägungen im untersten und obersten Dezil dieser Merkmale mit einem Zufallsfehler von bis zu +/- 1 Prozent des jeweiligen Wertes überlagert.

⁵ Übersicht 1 (im Anhang) fasst die Erläuterungen, die in den Fragebögen der einzelnen Erhebungen zu den Vermögenskategorien gegeben wurden, zusammen. Übersicht 2 (im Anhang) beschreibt die für die vergleichende Übersicht in dieser Arbeit gebildeten Geldvermögenskategorien.

2003 weist fehlende Werte sowohl für das Geldvermögen als auch für das Immobilienvermögen aus, darüber hinaus enthält sie auch Fälle ohne jegliche Angaben zum Vermögen. Die Unterschiede zwischen den Stichproben sind zum einen auf mögliche Unterschiede in der Erfassungsqualität zurückzuführen.⁶ Zum anderen wurde bei der Aufbereitung der Stichprobe 2003 von Seiten des Statistischen Bundesamtes grundsätzlich auf die Imputation fehlender Werte verzichtet.⁷

Der Vergleich der einzelnen Stichproben wird dadurch erschwert, dass die Imputation fehlender Werte in den früheren Erhebungen durch das Statistische Bundesamt nicht dokumentiert ist. Insbesondere im Bereich der Immobilienvermögen ergeben sich aus der Verwendung unterschiedlicher Imputationsverfahren erhebliche Unterschiede für die Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenshöhe und auch der Vermögensverteilung. Aus diesen Gründen werden – soweit dies erforderlich ist – in den folgenden Kapiteln sowohl die unbereinigten Angaben als auch auf Imputationen fehlender Werte basierende Angaben für die privaten Vermögensbestände ausgewiesen und Unterschiede in den Ergebnissen ausführlich erörtert. In der Gesamtbetrachtung wird schließlich eine Variante mit einer umfassenden Ersetzung fehlender Werte verwendet: Bei der Beurteilung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass der Vergleich mit früheren Erhebungen auf der Annahme ähnlicher Korrekturen insbesondere in der EVS 1993 durch das Statistische Bundesamt beruht.

Ein weiteres wesentliches Problem für den Zeitvergleich der EVS-Daten stellt die in 2003 von den Vorerhebungen abweichende Definition der Restschuld aus Immobilienkrediten dar. Diese Problematik wird im Abschnitt Immobilienvermögen ausführlich erläutert.

Besonders einkommensstarke Haushalte sind in der EVS nicht berücksichtigt, da keine repräsentative Erhebung dieses Bevölkerungsteils möglich ist. Die Abschneidegrenze lag in den Erhebungen 1993 und 1998 bei jeweils 35.000 DM Nettomonatseinkommen, für die Stichprobe 2003 bei 18.000 Euro Nettomonatseinkommen. Die Abschneidegrenze ist damit über einen Zeitraum von 10 Jahren nicht verändert worden, was angesichts der allgemeinen Einkommenssteigerungen in diesem Zeitraum bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden muss.⁸

⁶ Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes wurden in der Erhebung 1993 in erheblich größerem Umfang persönliche Interviews durchgeführt als in den späteren Erhebungen.

⁷ Eine Ausnahme stellen lediglich Imputationen von Rückkaufswerten bei Lebensversicherungen dar, sofern kein Rückkaufswert angegeben wurde, aber andere Einzelangaben zu den Versicherungsverträgen vorhanden waren.

⁸ Vgl. zur Problematik der konstanten Abschneidegrenze in Bezug auf die Immobilieneigentumsquoten Stein (2003), S. 190.

Tabelle 1: Charakteristika der verwendeten EVS-Stichproben

1993			1998			2003		
Anzahl der einbezogenen Haushalte								
Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
40.230	31.774	8.456	49.720	39.393	10.327	57.143	45.772	11.371
Auswahlsatz der anonymisierten Mikrostichprobe im Vergleich zur Originalstichprobe								
80 Prozent			80 Prozent			98 Prozent		
Abschneidegrenze für Haushalte mit hohen Nettomonatseinkommen								
35.000 DM			35.000 DM			18.000 Euro		

– *Sozio-oekonomisches Panel*

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine Panel-Befragung, die seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführt wird. Es beinhaltet Personen-, Haushalts- und Familiendaten, wobei Schwerpunkte der Erhebung auf den Bereichen Bevölkerung und Demographie, Ausbildung und Qualifikation sowie Arbeitsmärkte und berufliche Dynamik liegen. Insgesamt umfasst der Datensatz 2002 Befragungsergebnisse für 23.892 Personen in 12.692 Haushalten. Für Analysen zur Vermögensverteilung eignet sich insbesondere die in der Welle 2002 erhobene persönliche Vermögensbilanz, in der Angaben zur Höhe des Geld-, Immobilien-, Betriebs- und Sachvermögens (in Form von Gold, Schmuck, Münzen und wertvollen Sammlungen) der privaten Haushalte verfügbar sind.

Das Geldvermögen ist im Vergleich zur EVS allerdings nur grob kategorisiert; unterschieden werden lediglich zwei Blöcke: Geldanlagen (z.B. Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien oder Investmentanteile) und Lebensversicherungen/private Rentenversicherungen/Bausparverträge. Außerdem wurde die Höhe der Restverschuldung durch Kredite erhoben. Geldanlagen, Konsumentenkredite und Sachvermögen werden erst ab einer Untergrenze von 2500 Euro je Haushalt erfasst.

Auch der SOEP-Datensatz musste zur Bereinigung um fehlende Werte umfassend aufbereitet werden. Wegen des höheren Anteils fehlender Werte ergeben sich durch diese Aufbereitung deutlich höhere Steigerungen der Vermögenswerte als in der EVS. Die entsprechenden Unterschiede zwischen Basisdaten und aufbereiteten Daten werden jeweils aufgezeigt.

2.2 Geldvermögen

2.2.1 Entwicklung des privaten Geldvermögens im Aggregat

Die Entwicklung des privaten Geldvermögens für den gesamten Sektor der privaten Haushalte ist durch eine deutliche Verlangsamung des Wachstums seit dem Jahr 2000 gekennzeichnet (siehe Abbildung 1, Tabelle 3 und Tabelle 4). In nominaler Rechnung haben die Nettogeldvermögen 2000 um 1,6 Prozent und 2001 um 3 Prozent zugenommen. Im Jahr 2002 war dagegen schon in nominaler Rechnung überhaupt kein Zuwachs zu verzeichnen. In den Jahren von 1992 bis 1999 waren dagegen erheblich höhere Wachstumsraten von im Durchschnitt mehr als 7 Prozent p.a. zu beobachten.

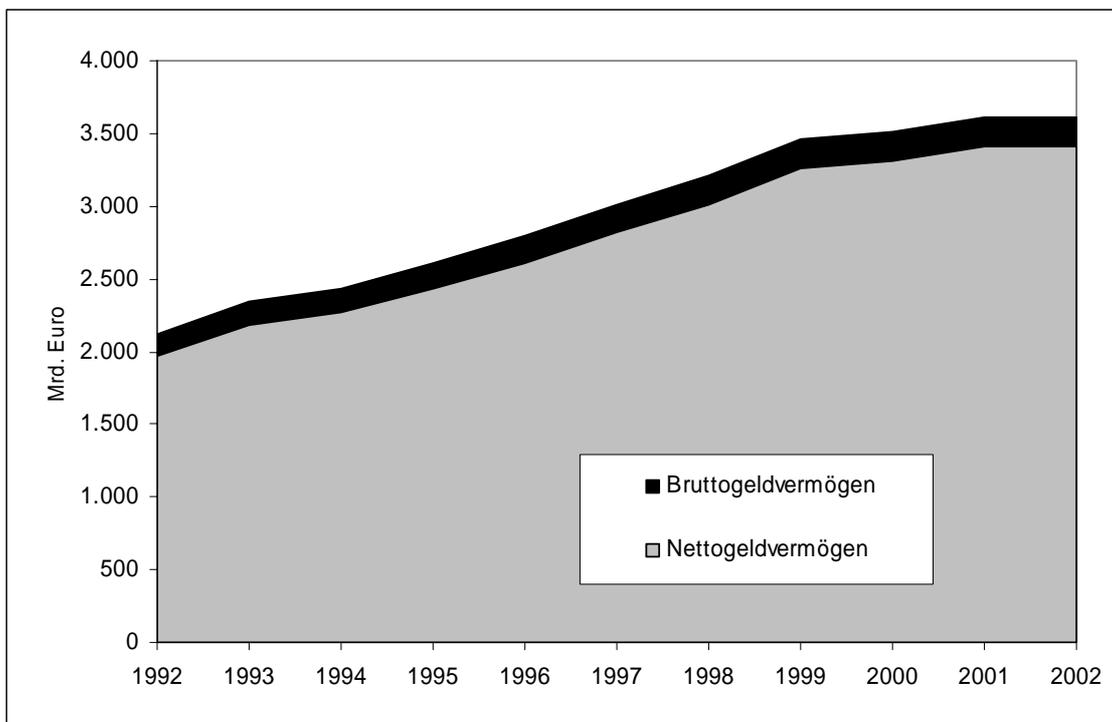
Diese Verlangsamung der Vermögensbildung ist nicht auf eine verminderte Spartätigkeit der privaten Haushalte zurückzuführen: Die Quote der Nettogeldvermögensbildung der privaten Haushalte ist in den letzten Jahren im Gegenteil deutlich von 5,7 Prozent (2000) auf 8,4 (2002) Prozent angestiegen und liegt damit über dem Durchschnitt der 90er Jahre (siehe Tabelle 2). Auch die Entwicklung der Verschuldung ist nicht für die zuletzt langsame Entwicklung der privaten Nettogeldvermögen verantwortlich zu machen. Über den gesamten privaten Sektor betrachtet ist die Verschuldung in Konsumentenkrediten seit 1999 ebenfalls im Durchschnitt deutlich langsamer gewachsen als in den Vorjahren.

Ursache für die langsame bzw. stagnierende Entwicklung des Geldvermögens in den letzten Jahren sind vielmehr die bewertungsbedingten Rückgänge des in Aktien und Investmentzertifikaten angelegten Geldvermögens der privaten Haushalte. In realer, d.h. um Änderungen des Konsumentenpreisindex bereinigter Rechnung ist es daher zu einem deutlichen Rückgang des privaten Geldvermögens um 1,2 Prozent im Jahre 2002, nachdem bereits im Jahre 2000 ein realer Rückgang um 0,5 Prozent zu verzeichnen war. Lediglich 2001 konnte das Geldvermögen in realer Rechnung um 1,4 Prozent gesteigert werden.

Auch die Entwicklung der Anlagestrukturen ist in doppelter Hinsicht von den bewertungsbedingten Veränderungen im Geldvermögen geprägt: Zum einen ändert sich die Anlagestruktur aufgrund der Bewertungsrückgänge beim Wertpapierbesitz automatisch, zum anderen reagierten die Anleger auf die Aktienmarktschwäche auch mit einer Bevorzugung im Vergleich zur Aktienanlage sicherer Geldanlagen. So hat der in langfristiger Betrachtung bis 2001 sinkende Anteil von Bargeld und Bankeinlagen im Jahr 2002 wieder zugenommen. Rentenwerte gewannen ebenfalls an Gewicht im privaten Portfolio. Darüber hinaus ist auch der Anteil der Anlagen in Versicherungen sowohl in 2002 als auch im längerfristigen Trend deutlich gestiegen. Hier spielen auch zunehmende

Bestrebungen der privaten Haushalte zum Aufbau einer eigenen kapitalgedeckten Altersvorsorge eine zunehmend bedeutsame Rolle.

Abbildung 1: Entwicklung des Geldvermögens



Quelle: Deutsche Bundesbank, ZEW-Berechnungen. Ohne Wohnungsbaukredite, gewerbliche Kredite und ohne Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 2: Quote der Nettogeldvermögensbildung (Geldsparquote)*

1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
7,50%	6,70%	4,60%	4,90%	5,20%	5,20%	5,50%	5,40%	5,70%	7,20%	8,40%

Quelle: Bundesbank, Sachverständigenrat, ZEW-Berechnungen. Nettogeldvermögensbildung in % des verfügbaren Einkommens, inkl. der Zunahme betriebl. Pensionsansprüche.

Tabelle 3: Entwicklung des Geldvermögens der privaten Haushalte (in Mrd. Euro)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttogeldvermögen	2.114	2.347	2.430	2.612	2.794	3.011	3.209	3.457	3.516	3.615	3.617
Verpflichtungen (ohne Berücksichtigung von Wohnungsbaukrediten)	368	400	432	453	472	484	521	538	548	540	535
Darin:											
gewerbliche Kredite*	227	236	266	275	291	294	321	341	346	338	331
Konsumentenkredite und sonstige Verbindlichkeiten	141	164	166	178	181	190	200	197	202	202	204
Nettogeldvermögen (Bruttogeldvermögen abzgl. Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten und sonstige Verbindlichkeiten)	1.973	2.183	2.264	2.434	2.613	2.821	3.009	3.260	3.314	3.413	3.413

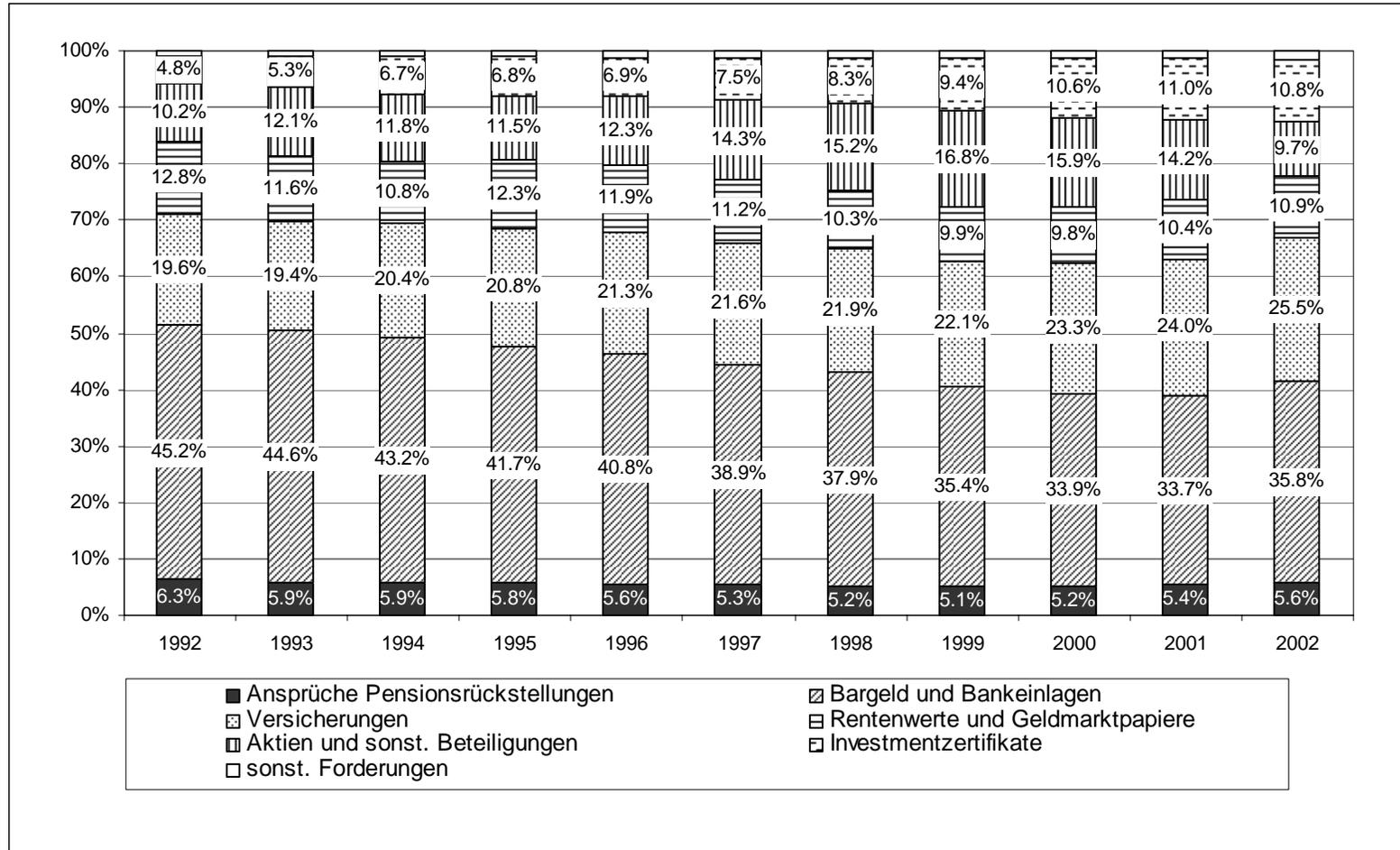
Quelle: Deutsche Bundesbank, ZEW-Berechnungen. *inkl. der Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck, für 1992, 1994 und 1996 geschätzt.

Tabelle 4: Veränderung des Geldvermögens der privaten Haushalte in nominaler und realer Rechnung

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Veränderungsrate										
Bruttogeldvermögen	11,0%	3,5%	7,5%	7,0%	7,8%	6,6%	7,7%	1,7%	2,8%	0,1%
Verschuldung (Konsumentenkredite und sonstige Verbindlichkeiten)	16,1%	1,1%	7,4%	1,7%	4,9%	5,3%	-1,5%	2,5%	0,0%	1,0%
Nettogeldvermögen	10,7%	3,7%	7,5%	7,4%	8,0%	6,7%	8,3%	1,6%	3,0%	0,0%
Veränderungsrate, um Veränderungen des Konsumentenpreisindex bereinigt										
Bruttogeldvermögen	6,5%	1,0%	5,9%	5,6%	7,6%	4,5%	6,1%	-0,4%	1,2%	-1,1%
Verschuldung (Konsumentenkredite und sonstige Verbindlichkeiten)	11,4%	-1,4%	5,8%	0,5%	4,7%	3,2%	-3,0%	0,4%	-1,6%	-0,2%
Nettogeldvermögen	6,1%	1,1%	5,9%	6,0%	7,8%	4,6%	6,7%	-0,5%	1,4%	-1,2%

Quelle: Deutsche Bundesbank, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 2: Anlagestruktur des Geldvermögens



Quelle: Deutsche Bundesbank, ZEW-Berechnungen, ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.

2.2.2 Geldvermögensdaten in der EVS

2.2.2.1 Das Problem fehlender Werte

Der zeitliche Vergleich der Entwicklung des Vermögens in den EVS wird durch die im Zeitverlauf nicht kontinuierliche Behandlung fehlender Werte durch das Statistische Bundesamt erschwert. In den Datensätzen der EVS 1998 und 2003, die den folgenden Auswertungen zugrunde liegen, wurden fehlende Werte für Bestandteile des Geldvermögens seitens des Statistischen Bundesamtes offen ausgewiesen. Der Differenzierungsgrad dieses Ausweises ist allerdings unterschiedlich. Während in der EVS 2003 fehlende Werte nach einzelnen Kategorien des Geldvermögens differenziert ausgewiesen werden, geschah dies für die Stichprobe 1998 nur summarisch. Darüber hinaus werden in der EVS 1998 nur die Fälle als fehlend ausgewiesen, in denen das Vorhandensein einer Vermögenskategorie bejaht, aber kein Vermögenswert angegeben wurde. Fälle ohne jegliche Angaben verzeichnet die EVS 1998 im Gegensatz zur EVS 2003 nicht.

Mit der Einschränkung dieser Unterschiede in der Differenzierung erleichtert der offene Ausweis fehlender Werte in den beiden Stichproben jedoch den Zeitvergleich, da fehlende Werte nach einem einheitlichen Verfahren ersetzt werden können. Der Mikrodatsatz zur EVS 1993 weist im Gegensatz zu den späteren Erhebungen allerdings keine fehlenden Werte auf: Auch hier wurden Bereinigungen und Ersetzungen fehlender Werte durch das Statistische Bundesamt vor der Weitergabe der Daten vorgenommen. Allerdings sind diese Eingriffe nicht im Einzelnen dokumentiert, in den Erläuterungen zur EVS 1993 wird lediglich auf Schätzungen von Rückkaufswerten für das Versicherungsvermögen hingewiesen. Vergleiche der späteren Erhebungen mit der EVS 1993 sind aus diesem Grund mit möglichen Verzerrungen behaftet.⁹

Um einen Zeitvergleich zu ermöglichen und ein aussagefähiges Bild der Verteilung zu erhalten, wurden die fehlenden Werte für die folgenden Analysen durch Mittelwerte des Vermögens von Haushalten mit ähnlichen Charakteristika, die die entsprechenden Vermögenskategorien besitzen, ersetzt. Die Haushalte wurden dabei nach den Kriterien Nettoäquivalenzeinkommen, Vorhandensein von Immobilienvermögen und Alter des Haushaltsvorstandes sowie nach Region (West- bzw. Ostdeutschland) so segmentiert,

⁹ Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes kamen unplausible oder fehlende Werte in der EVS 1993 allerdings in geringerem Maße als in den späteren Erhebungen vor, da ein größerer Anteil der Erhebung mittels Interviewern durchgeführt wurde, was die Antwortqualität tendenziell erhöht. Darüber hinaus wurden in der EVS 1993 zusätzlich zu den genauen Vermögenswerten Klassen von Vermögenswerten erhoben, die bei fehlenden Angaben exakter Werte zur Ersetzung genutzt werden konnten. Verbleibende fehlende Werte wurden vermutlich weitgehend durch Werte vergleichbarer Haushalte ersetzt. Über die Methodik des Imputationsverfahrens liegen keine generalisierbaren Informationen vor.

dass sich insgesamt 48 unterschiedliche Gruppen ergeben.¹⁰ Tabelle 7 zeigt die Veränderungen in den durchschnittlichen Beständen des Geldvermögens und der Konsumenkredite auf. Dabei werden für die EVS 2003 zwei Ersetzungsmodi unterschieden. Im ersten Fall werden nur die fehlenden Werte ersetzt, für die das Vorhandensein einer Geldvermögenskategorie bekannt ist (Imputation I), im zweiten Fall werden auch Fälle ohne jegliche Angabe zu Vermögenswerten ersetzt (Imputation II). Nach den vorliegenden – wenngleich nur rudimentären – Informationen über die Kategorisierung und die Methodik der Ersetzung fehlender Werte in der EVS 1993 und 1998 liefert die eingeschränkte Ersetzung fehlender Werte ein besseres Abbild der Entwicklung von 1998 zu 2003, während die umfassendere Ersetzung sich besser für den Vergleich von 1993 zu 2003 eignet.

Im Ergebnis erhöhen sich die durchschnittlichen Brutto- und Nettogeldvermögen durch die Imputation fehlender Werte um rund 2 Prozent in der EVS 1998. Für die Stichprobe 2003 ist eine Steigerung um durchschnittlich rund 4 Prozent zu verzeichnen, wenn die umfassende Imputation verwendet wird. Die Steigerung beträgt dagegen lediglich 1 Prozent, wenn sich die Imputation auf Fälle mit Kategorienangabe beschränkt. Unter der Annahme, dass der Anteil fehlender Werte ohne jegliche Angabe in den Erhebungen 1998 und 2003 ungefähr gleich hoch war, deuten diese Unterschiede auf eine Überschätzung des durchschnittlichen Geldvermögens durch die umfassende Imputation 2003 hin, dagegen auf eine eher geringfügige Unterschätzung durch die auf Fälle mit Kategorienangabe beschränkte Imputation. Wegen des Fehlens zusätzlicher Angaben, die bei der Aufbereitung der Daten 1998 durch das Statistische Bundesamt verwendet wurden, lässt sich diese Unschärfe nicht weiter verringern.¹¹

Ein Vergleich der Dezilverteilungen zeigt, dass die Ersetzungen fehlender Werte auch auf die Verteilung des Geldvermögens deutliche Auswirkungen haben. Tabelle 8 verdeutlicht, dass insbesondere die umfassende Ersetzung fehlender Werte des Geldvermögens in der Erhebung 2003 merkliche Änderungen in der unteren Hälfte der Verteilung

¹⁰ Die Haushalte wurden nach der Höhe ihres Nettoäquivalenzeinkommens (berechnet nach der sog. „alten“ OECD-Skala) in drei gleich große Gruppen (Tertile) unterteilt. Die Altersklassen wurden der Gruppierung der Haushaltstypen (siehe Abschnitt 2.2.4.2) entsprechend gebildet (Alter des Haushaltsvorstands: unter 30 Jahre, 30- bis 49 Jahre, 50-64 Jahre, 65 Jahre und älter). Vgl. zu einer ähnlichen Vorgehensweise bei der Ersetzung fehlender Werte Stein ((2003), S. 402). Abweichend von der hier verwendeten Methode unterteilt Stein zusätzlich in zwei Haushaltsgrößengruppen, allerdings verwendet er nur zwei Altersgruppen und differenziert nicht nach Ost- und Westdeutschland. Da die Haushaltsgröße sowohl mit dem Äquivalenzeinkommen als auch mit dem Alter korreliert ist, wurde hier auf die zusätzliche Einbeziehung von Haushaltsgrößengruppen verzichtet.

¹¹ Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes wurde 1998 bei Fällen ohne jegliche Angabe anhand des Haushaltsbuchs geprüft, ob Ausgaben zur Bildung von Geldvermögen vorhanden waren. Sofern dies der Fall war, wurden das Vorhandensein der entsprechenden Geldvermögenskategorie angenommen, aber kein Wert hinzugeschätzt. Alle anderen Fälle wurden Null gesetzt.

bewirkt. Dies ist bei der Interpretation der Entwicklung der Verteilung im zeitlichen Vergleich zu berücksichtigen.

Tabelle 5: Fehlende Werte im Geldvermögen in der EVS 2003

	Bauspar- verträge	Spargut- haben	Sonstige Anlagen bei Ban- ken und Sparkas- sen	Wertpa- piere	Verliehe- nes Geld an Privat- personen	Konsu- men- tenkredite	Versiche- rungen
Anzahl Haushalte (ungewichtet)							
Nicht vorhanden	29.091	13.408	32.405	30.654	50.636	46.965	20.718
Vorhanden	27.384	42.665	23.208	25.845	4.899	9.565	35.640
Vorhanden, ohne weitere Angaben	155	432	306	165	27	89	317
Ohne Angaben	513	638	1.224	479	1.581	524	468
Summe	57.143	57.143	57.143	57.143	57.143	57.143	57.143
Anteil an allen Haushalten (ungewichtet)							
Vorhanden, ohne weitere Angaben	0,3%	0,8%	0,5%	0,3%	0,1%	0,2%	0,6%
Ohne Angaben	0,9%	1,1%	2,1%	0,8%	2,8%	0,9%	0,8%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 6: Fehlende Werte im Geldvermögen in der EVS 1998

	Geldvermögen	Konsumentenkredite	Versicherungen
Anzahl Haushalte (ungewichtet)			
Nicht vorhanden	3.703	39.328	17.780
Vorhanden	45.640	9.724	30.651
Vorhanden, ohne weitere Angaben	377	668	1.289
Summe	49.720	49.720	49.720
Anteil an allen Haushalten (ungewichtet)			
Vorhanden, ohne weitere Angaben	0,8%	1,3%	2,6%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 7: Vergleich ursprünglicher Mittelwerte und Mittelwerte nach Ersetzung fehlender Werte im Geldvermögen EVS 1998 und EVS 2003

	EVS 1998			EVS 2003				
	Basis- daten	mit Impu- tation	Ände- rung	Basis- daten	mit Imputa- tion I	Ände- rung	mit Imputa- tion II	Ände- rung
Deutschland								
Bruttogeldvermögen	31.901	32.574	2,1%	40.128	40.537	1,0%	41.765	4,1%
Konsumentenkredite	1.310	1.413	7,9%	1.378	1.389	0,8%	1.481	7,5%
Nettogeldvermögen	30.591	31.160	1,9%	38.750	39.148	1,0%	40.284	4,0%
Bausparverträge	2.450	2.472	0,9%	2.542	2.557	0,6%	2.620	3,1%
Aktien	2.714	2.743	1,1%	2.765	2.782	0,6%	2.844	2,9%
Rentenwerte	1.757	1.777	1,1%	1.882	1.894	0,7%	1.952	3,7%
Sonst. Wertpapiere	3.161	3.194	1,0%	5.665	5.703	0,7%	5.848	3,2%
Bankeinlagen	12.365	12.494	1,0%	15.604	15.827	1,4%	16.562	6,1%
Versicherungen	9.453	9.893	4,7%	11.671	11.774	0,9%	11.939	2,3%
Alte Bundesländer								
Bruttogeldvermögen	35.351	36.112	2,2%	43.303	43.761	1,1%	45.157	4,3%
Konsumentenkredite	1.332	1.445	8,5%	1.378	1.391	0,9%	1.496	8,5%
Nettogeldvermögen	34.019	34.668	1,9%	41.925	42.369	1,1%	43.661	4,1%
Bausparverträge	2.633	2.658	0,9%	2.686	2.702	0,6%	2.770	3,1%
Aktien	3.074	3.108	1,1%	3.160	3.180	0,6%	3.254	3,0%
Rentenwerte	1.964	1.986	1,1%	2.148	2.162	0,7%	2.228	3,7%
Sonst. Wertpapiere	3.568	3.604	1,0%	5.917	5.958	0,7%	6.125	3,5%
Bankeinlagen	13.263	13.398	1,0%	16.540	16.790	1,5%	17.618	6,5%
Versicherungen	10.849	11.359	4,7%	12.853	12.969	0,9%	13.161	2,4%
Neue Bundesländer								
Bruttogeldvermögen	16.208	16.460	1,6%	23.351	23.566	0,9%	24.107	3,2%
Konsumentenkredite	1.170	1.223	4,5%	1.315	1.321	0,5%	1.359	3,4%
Nettogeldvermögen	15.038	15.237	1,3%	22.036	22.245	0,9%	22.747	3,2%
Bausparverträge	1.590	1.604	0,9%	1.952	1.967	0,8%	2.009	2,9%
Aktien	721	728	1,0%	721	726	0,6%	736	2,1%
Rentenwerte	838	847	1,1%	653	659	0,9%	679	4,1%
Sonst. Wertpapiere	1.654	1.670	1,0%	2.939	2.960	0,7%	3.020	2,7%
Bankeinlagen	8.574	8.670	1,1%	11.134	11.247	1,0%	11.602	4,2%
Versicherungen	2.832	2.939	3,8%	5.951	6.007	0,9%	6.061	1,8%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Vermögenswerte in Euro. Ohne Berücksichtigung von Bargeld, Sichteinlagen und privat verliehenem Geld.

Tabelle 8: Veränderung der Mittelwerte in den Dezilen des Nettogeldvermögens
(Vergleich der Imputationen)

	EVS 1998			EVS 2003				
	Basisdaten	Imputation	Differenz	Basisdaten	Imputation I	Differenz	Imputation II	Differenz
Deutschland								
1	-4.847	-4.867	0,4%	-6.449	-6.391	-0,9%	-6.151	-4,6%
2	396	530	33,7%	107	157	46,7%	306	186,0%
3	2.838	3.270	15,2%	2.314	2.601	12,4%	3.244	40,2%
4	6.387	7.012	9,8%	6.584	6.958	5,7%	7.943	20,6%
5	10.893	11.636	6,8%	12.333	12.784	3,7%	14.093	14,3%
6	16.832	17.643	4,8%	20.038	20.588	2,7%	22.113	10,4%
7	24.965	25.819	3,4%	30.541	31.059	1,7%	32.762	7,3%
8	37.033	37.835	2,2%	46.286	46.769	1,0%	48.631	5,1%
9	58.452	59.195	1,3%	73.748	74.306	0,8%	76.073	3,2%
10	152.998	153.542	0,4%	202.024	202.693	0,3%	203.848	0,9%
Alte Bundesländer								
1	-4.908	-4.941	0,7%	-6.711	-6.646	-1,0%	-6.378	-5,0%
2	380	518	36,5%	111	163	46,8%	326	193,7%
3	3.073	3.584	16,6%	2.429	2.745	13,0%	3.495	43,9%
4	7.067	7.865	11,3%	7.097	7.523	6,0%	8.694	22,5%
5	12.308	13.229	7,5%	13.429	13.971	4,0%	15.598	16,2%
6	19.271	20.255	5,1%	22.063	22.669	2,7%	24.520	11,1%
7	28.539	29.535	3,5%	33.813	34.379	1,7%	36.394	7,6%
8	42.116	42.975	2,0%	51.083	51.637	1,1%	53.669	5,1%
9	65.548	66.349	1,2%	80.562	81.135	0,7%	82.939	3,0%
10	166.804	167.342	0,3%	215.390	216.159	0,4%	217.392	0,9%
Neue Bundesländer								
1	-4.128	-4.136	0,2%	-5.489	-5.409	-1,5%	-5.285	-3,7%
2	400	508	27,0%	123	169	37,4%	289	135,0%
3	2.189	2.424	10,7%	2.027	2.216	9,3%	2.583	27,4%
4	4.442	4.754	7,0%	5.095	5.289	3,8%	5.729	12,4%
5	7.236	7.556	4,4%	8.884	9.171	3,2%	9.835	10,7%
6	10.734	11.041	2,9%	13.948	14.190	1,7%	14.848	6,5%
7	14.859	15.134	1,9%	20.362	20.692	1,6%	21.363	4,9%
8	20.692	20.938	1,2%	28.931	29.241	1,1%	29.865	3,2%
9	30.501	30.638	0,4%	43.587	43.808	0,5%	44.590	2,3%
10	63.514	63.562	0,1%	102.918	103.126	0,2%	103.761	0,8%

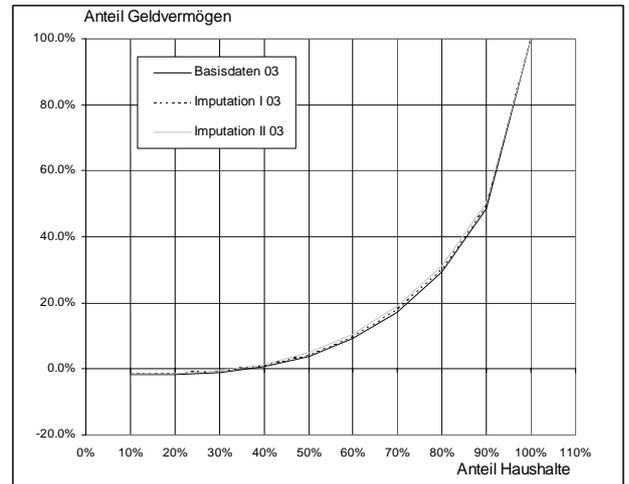
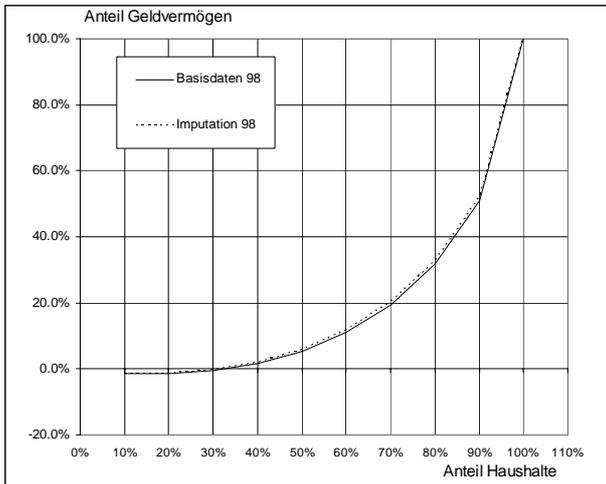
Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Vermögenswerte in Euro. Ohne Berücksichtigung von Bargeld, Sichteinlagen und privat verliehenem Geld.

Abbildung 3: Vergleich der kumulierten Dezilverteilungen mit und ohne Imputation fehlender Werte

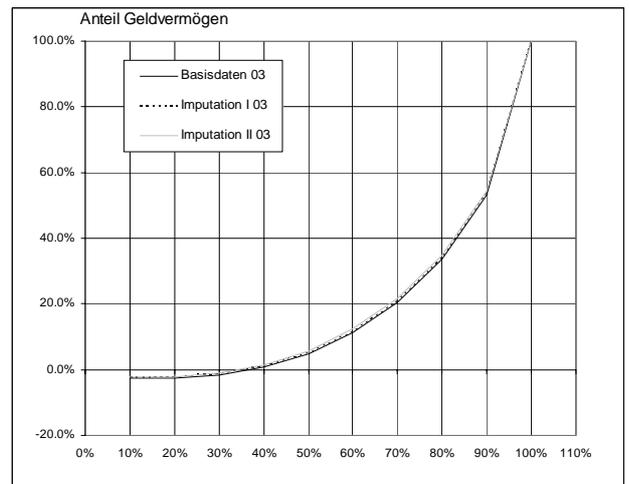
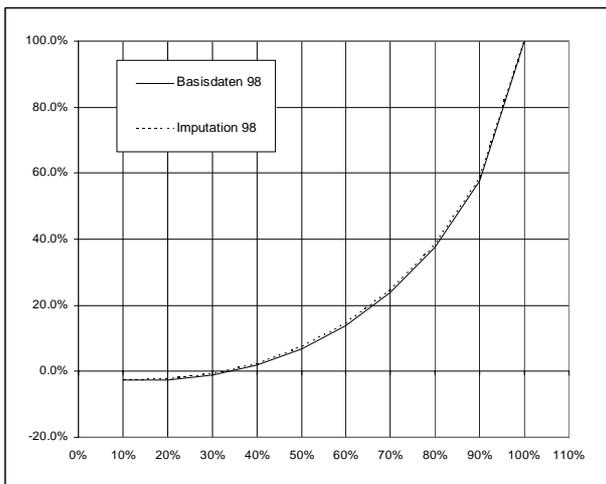
1998

2003

Alte Bundesländer



Neue Bundesländer



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

2.2.2.2 Die Erfassung des Geldvermögens in der EVS im Zeitvergleich

Zieht man die Ergebnisse der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank als Referenz heran, so weisen die Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1993, 1998 und 2003 unterschiedliche Erfassungsgrade des Geldvermögens auf. Deutliche Unterschiede zeigen sich in Bezug auf das gesamte Brutto- und Nettogeldvermögen vor allem zwischen der Erhebung 1998 und den 1993 bzw. 2003 erhobenen Stichproben. Demnach wurde das Geldvermögen im Jahre 1998 zu deutlich geringeren Anteilen erfasst als dies in den anderen Erhebungsjahren der Fall gewesen ist. Möglicherweise ist dies mit der in diesem Jahr bislang einmalig durchgeführten Erhebung der Geldvermögensbestände in den vierteljährlichen Anschreibungen im Haushaltsbuch zu begründen, in deren Rahmen z.B. jährlich anfallende Ertragsgutschriften bei Versicherungen, Sparverträgen etc. untererfasst sein könnten.

Unterschiede zwischen den Erhebungen zeigen sich jedoch auch in Bezug auf den Erfassungsgrad einzelner Komponenten des Geldvermögens: So fällt auf, dass das in Rentenwerten angelegte Vermögen im Vergleich zur Erhebung 1993 in den Folgerhebungen zu einem deutlich geringeren Teil erfasst ist. Mit Abgrenzungsunterschieden des Aggregats lässt sich dies nicht erklären: Danach müsste der Erfassungsgrad des in Rentenwerten angelegten Vermögens in der EVS 1993 geringer als in den späteren Erhebung sein, da Anleihen ausländischer Emittenten und Industrieobligationen in der EVS 1993 im Aggregat der sonstigen Wertpapiere und Beteiligungen enthalten sind, später aber dem Aggregat Renten- und Geldmarktpapiere zugerechnet werden. Einen im Vergleich zur Erhebung 1993 sinkenden Erfassungsgrad weist auch das Versicherungsvermögen auf.¹²

Demgegenüber fällt in der EVS 2003 der im Zeitvergleich hohe Erfassungsgrad von Bankeinlagen und Aktienvermögen auf. Da sich die Portfoliostrukturen der privaten Haushalte in Abhängigkeit von der Höhe des Gesamtvermögens typischerweise unterscheiden, sind diese Unterschiede in der Erfassung der Geldvermögenskategorien bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen.

Insgesamt gesehen erfasst die EVS nur etwas mehr als 50 Prozent der nach der um Abgrenzungsunterschiede korrigierten Finanzierungsrechnung vorhandenen Geldvermögensbestände und weniger als 30 Prozent der Konsumentenkredite. Das hohe Maß der Untererfassung lässt sich prinzipiell auf verschiedene Ursachen zurückführen: So werden in der EVS die Vermögensbestände der Haushalte mit einem Monatseinkommen

¹² Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass nur eine approximative Bereinigung der Versicherungsverrechnung in der Finanzierungsrechnung um die enthaltenen Ansprüche aus betrieblicher Altersversicherung vorgenommen werden konnte, die nicht auf Daten der Bundesbank selbst beruht.

oberhalb von 35.000 DM (1993 und 1998) bzw. 18.000 Euro (2003) nicht nachgewiesen. Darüber hinaus können Bewertungsunterschiede, die Unkenntnis über die tatsächlichen Vermögensverhältnisse aller Haushaltsmitglieder und schließlich auch bewusste Untergabe eine Rolle spielen – etwa weil den Befragten die Vertraulichkeit der Daten nicht gesichert erscheint und sie steuerliche Konsequenzen richtiger Angaben befürchten.

Eine Korrektur um die im Vergleich zur Finanzierungsrechnung ausgewiesene Untererfassung soll im Folgenden gleichwohl nicht durchgeführt werden, da zum einen auch die Finanzierungsrechnung erhebliche statistische Unsicherheiten aufweist und darüber hinaus keinerlei Anhaltspunkte zu Unterschieden im Erfassungsgrad in verschiedenen Bereichen der Geldvermögensverteilung bestehen. Allerdings gilt es, bei der Interpretation der Ergebnisse die durch die Untererfassung bedingten Unsicherheiten zu berücksichtigen.

Tabelle 9: Erfassungsgrad des Geldvermögens in der EVS relativ zum Ausweis der Finanzierungsrechnung

	1993	1998	2003 I1	2003 I2
Bankeinlagen (inkl. Bausparguthaben)	55,6%	58,9%	76,4%	79,7%
Rentenwerte und Geldmarktpapiere	32,2%	19,8%	17,9%	18,4%
Aktien	24,7%	26,7%	56,5%	57,7%
Sonstige Beteiligungen und Investmentzertifikate	35,7%	31,2%	37,9%	38,9%
Versicherungen	94,6%	68,1%	62,4%	63,3%
Bruttogeldvermögen insgesamt	53,5%	46,9%	55,2%	56,8%
Konsumentenkredite	22,2%	27,6%	26,5%	28,2%
Nettogeldvermögen	56,3%	48,4%	57,4%	59,0%

Quelle: Deutsche Bundesbank, EVS, Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorge, GDV, ZEW-Berechnungen. Ergebnisse der Finanzierungsrechnung näherungsweise korrigiert um enthaltene Ansprüche aus betrieblicher Altersvorsorge und Altersrückstellungen der privaten Krankenversicherung, ohne Bargeld und Sichteinlagen, ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck, ohne sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten.

Übersicht Geldvermögensaggregate in der EVS (Mrd. Euro)

	1993	1998	2003 Imp. I	2003 Imp. II
Bankeinlagen (inkl. Bausparguthaben)	474,0	550,5	683,5	713,1
Rentenwerte und Geldmarktpapiere	88,5	65,3	70,4	72,6
Aktien	45,9	100,9	103,4	105,7
sonstige Beteiligungen und Investmentzertifikate	81,0	117,5	212,0	217,4
Versicherungen	311,8	363,9	437,7	443,9
Bruttogeldvermögen	1001,2	1198,1	1507,1	1552,7
Konsumentenkredite	34,2	52,0	51,6	55,1
Nettogeldvermögen	967,0	1146,1	1455,4	1497,6

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Bargeld, Sichteinlagen und privat verliehenes Geld.

Übersicht Veränderungsraten der Geldvermögenskategorien in der EVS

	1993/ 1998	1998/ 2003 I1	1998/ 2003 I2	1993/ 2003 Imp. I	1993/ 2003 Imp. II
Bankeinlagen (inkl. Bausparguthaben)	16%	24%	30%	44%	50%
Rentenwerte und Geldmarktpapiere	-26%	8%	11%	-20%	-18%
Aktien	120%	3%	5%	125%	130%
sonstige Beteiligungen und Investmentzertifikate	45%	80%	85%	162%	168%
Versicherungen	17%	20%	22%	40%	42%
Bruttogeldvermögen	20%	26%	30%	51%	55%
Konsumentenkredite	52%	-1%	6%	51%	61%
Nettogeldvermögen	19%	27%	31%	51%	55%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Bargeld, Sichteinlagen und privat verliehenes Geld.

2.2.3 Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenshöhe im West-Ost-Vergleich

Die EVS 2003 weist für Gesamtdeutschland ein mittleres Nettogeldvermögen (hier und im Folgenden definiert als Bruttogeldvermögen abzüglich Konsumentenkredite ohne Berücksichtigung von Wohnungsbaukrediten) aller Haushalte von etwas mehr als 40.000 Euro aus (s. Tabelle 10).¹³

Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich erhebliche Unterschiede: Während die westdeutschen Haushalte im Mittel über ein Nettogeldvermögen von rund 44.000 Euro verfügen, ist das Geldvermögen der ostdeutschen Haushalte mit rund 23.000 Euro nur etwas mehr als halb so hoch. Eine sehr viel geringere Differenz zeigt sich bei der Verschuldung in Konsumentenkrediten. Hier weisen ostdeutsche Haushalte ein annähernd gleich hohes Durchschnittsniveau wie westdeutsche Haushalte auf. Im Durchschnitt aller Haushalte ist das Niveau der Verschuldung in Konsumentenkrediten allerdings mit

¹³ Die folgenden Ausführungen beziehen sich – soweit nicht anders angegeben – auf die Ergebnisse nach umfassender Ersetzung fehlender Werte (Imputation II).

rund 1.500 Euro (West) bzw. 1350 Euro (Ost) aber vergleichsweise gering. Dementsprechend unterscheidet sich die Relation der ostdeutschen zu den westdeutschen Nettogeldvermögen nur unwesentlich von der Relation der Bruttogeldvermögen. Für die Haushalte, die tatsächlich Konsumentenkredite zu tilgen haben, zeigt sich allerdings ein erhebliches Maß an Verschuldung: Danach haben die Haushalte mit Konsumentenkrediten in Westdeutschland eine durchschnittliche Restschuld von mehr als 9.000 Euro zu tilgen, für die ostdeutschen Haushalte ergibt sich eine durchschnittliche Verschuldung von rund 7.000 Euro.

Betrachtet man die Veränderung des durchschnittlichen Geldvermögens im Zeitverlauf, so ist ein erhebliches Wachstum zu konstatieren (siehe Tabelle 12). Auf gesamtdeutscher Ebene sind die durchschnittlichen Bruttogeldvermögen zwischen 1998 und 2003 nach den Ergebnissen der EVS um rund 28 Prozent gewachsen, für die Nettogeldvermögen ergibt sich, wegen eines geringeren Anstiegs der Verschuldung, sogar ein etwas höherer Anstieg. Diese Veränderung steht allerdings nicht im Einklang mit der Entwicklung der aggregierten Zahlen aus der Finanzierungsrechnung. Nach diesen Daten hat das Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum lediglich um 12,7 Prozent zugenommen. Die hohen Veränderungsrate in der EVS 2003 im Vergleich zur EVS 1998 sind vermutlich überzeichnet und zumindest teilweise auf die im vorstehenden Abschnitt diskutierten Unterschiede im Erfassungsgrad und bei der Ersetzung fehlender Werte zurückzuführen.

Der Vergleich der Wachstumsraten der Geldvermögen zwischen den Stichproben 1993 und 2003, die auf das gesamte Geldvermögen bezogen einen ähnlichen Erfassungsgrad aufweisen, mit der Finanzierungsrechnung zeigt dagegen keine erheblichen Abweichungen: Die Finanzierungsrechnung weist im Vergleich der Jahresendstände 1993 und 2002 eine Veränderung des Bruttogeldvermögens von rund 54 Prozent aus, dem steht eine Veränderung der in der EVS für das Aggregat der privaten Haushalte nachgewiesenen Bruttogeldvermögensbestände von rund 55 Prozent im Aggregat aller privaten Haushalte und von knapp 50 Prozent im Durchschnitt der privaten Haushalte gegenüber. Diese Unterschiede deuten darauf hin, dass der Vergleich zwischen der EVS 1993 und der EVS 2003 aussagekräftiger für die Entwicklung der Vermögens und seiner Verteilung ist als der Vergleich mit der Stichprobe 1998.

Auch wenn nach wie vor ein erheblicher Unterschied im Geldvermögen der west- und ostdeutschen Haushalte besteht, so ist doch im Zeitverlauf eine deutliche Annäherung zu konstatieren: 1993 umfassten die Nettogeldvermögen der ostdeutschen Haushalte im Durchschnitt nur ungefähr ein Drittel des Nettogeldvermögens der westdeutschen Haushalte (vgl. Tabelle 11). Seither ist nach den Daten der EVS das Bruttogeldvermögen der ostdeutschen Haushalte im Durchschnitt um rund 112 Prozent gewachsen, wäh-

rend die Verschuldung in Konsumentenkrediten nur um knapp 82 Prozent zugenommen hat. Daraus ergibt sich ein Wachstum der ostdeutschen Nettogeldvermögen je Haushalt um rund 114 Prozent. Im gleichen Zehnjahreszeitraum nahmen die Brutto- und die Nettogeldvermögen der westdeutschen Haushalte im Mittel lediglich um rund 39 Prozent zu. Bereinigt man die Vermögenszuwächse um Veränderungen des Konsumentenpreisindex, so ergibt sich auf gesamtdeutscher Ebene ein Zuwachs der Nettogeldvermögen um knapp 30 Prozent in den letzten 10 Jahren. Dem liegt eine Veränderung der realen Durchschnittsgeldvermögen der westdeutschen Haushalte um rund 21 Prozent zugrunde, während die Geldvermögen der ostdeutschen Haushalte in realer Rechnung um etwa 86 Prozent zugenommen haben.

Die Geldvermögensstrukturen haben sich in Ost- und Westdeutschland grundsätzlich in die gleiche Richtung entwickelt (vgl. Tabelle 13 - Tabelle 15). In beiden Landesteilen nahm insbesondere die Anlage in Aktien und in sonstigen Wertpapieren, zu denen auch die Investmentfonds zählen, erheblich zu. In Ostdeutschland ist darüber hinaus ein erhebliches Wachstum des in Kapitalversicherungen angelegten Vermögens zu konstatieren. Die Bankeinlagen verzeichnen im Zehnjahresvergleich ein – gemessen am Wachstum des gesamten Geldvermögens – durchschnittliches Wachstum im Westen, im Osten nehmen sie unterdurchschnittlich zu. Nur sehr verhalten sind im Westen die Bauspareinlagen gewachsen, während im Osten eine zwar substanzielle, aber gemessen am gesamten Geldvermögen doch unterdurchschnittliche Zunahme zu konstatieren ist. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland war die Anlage in festverzinslichen Wertpapieren über die letzten 10 Jahre über alle Haushalte betrachtet rückläufig.

Eine Analyse der Entwicklung nur für die Besitzer der einzelnen Geldvermögenskategorien zeigt ein etwas differenzierteres Bild bezüglich der Wertpapieranlagen (vgl. Tabelle 16): So sind die durchschnittlichen Aktienvermögen im 10-Jahresvergleich nur moderat gestiegen, während sich die Besitzquoten auf gesamtdeutscher Ebene verdoppelt haben. Die in festverzinslichen Wertpapieren angelegten Vermögen sind dagegen deutlich gewachsen, aber die Besitzquoten haben sich in etwa halbiert.

Der Anteil der Haushalte mit Konsumentenkrediten ist nach dem Ausweis der EVS in der langfristigen Betrachtung über die letzten 10 Jahre in Westdeutschland leicht rückläufig, in Ostdeutschland hat er dagegen geringfügig zugenommen (vgl. Tabelle 17). Nach den Ergebnissen der EVS 2003 besitzen im Westen rund 16 Prozent der Haushalte Konsumentenkredite, im Osten sind es knapp 20 Prozent. Über alle Haushalte betrachtet hat die Verschuldung in der Zehnjahresperspektive im Westen um 46 Prozent zugenommen, im Osten dagegen um etwas mehr als 80 Prozent (vgl. Tabelle 18). Für die Haushalte mit Konsumentenkrediten ergibt sich in im Zehnjahresvergleich ein Wachstum der Verschuldung um knapp 55 Prozent in Westdeutschland und um knapp 73 Pro-

zent im Ostdeutschland Allerdings ist der Vergleich aufgrund unterschiedlicher Erfassungsgrade der Konsumentenkredite in den EVS-Erhebungen 1993 einerseits und 1998 sowie 2003 andererseits mit Verzerrungen behaftet. Im Vergleich zu den Folgerhebungen weist die EVS 1993 einen deutlich geringeren Erfassungsgrad der Konsumentenkredite auf (siehe Tabelle 9).

Tabelle 10: Mittelwert und Median der Geldvermögen im Vergleich (1.000 Euro)

	1993		1998		2003	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Deutschland						
Bruttogeldvermögen	28,1	14,3	32,6	15,3	41,8	19,0
Konsumentenkredite	1,0	0,0	1,4	0,0	1,5	0,0
Nettogeldvermögen	27,2	13,5	31,2	14,3	40,3	17,9
Alte Bundesländer						
Bruttogeldvermögen	32,5	18,0	36,1	17,5	45,2	20,7
Konsumentenkredite	1,0	0,0	1,4	0,0	1,5	0,0
Nettogeldvermögen	31,5	17,3	34,7	16,5	43,7	19,8
Neue Bundesländer						
Bruttogeldvermögen	11,4	7,3	16,5	10,2	24,1	13,2
Konsumentenkredite	0,7	0,0	1,2	0,0	1,4	0,0
Nettogeldvermögen	10,6	6,7	15,2	9,2	22,7	12,1

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Bargeld, Sichteinlagen und privat verliehenes Geld.

Tabelle 11: Relation der durchschnittlichen Geldvermögensbestände Ost/West

	1993	1998	2003
Bruttogeldvermögen	35,0%	45,6%	53,4%
Sonstige Schulden	72,8%	84,6%	90,9%
Nettogeldvermögen	33,8%	44,0%	52,1%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Bargeld, Sichteinlagen und privat verliehenes Geld.

Tabelle 12: Veränderungsrate der Mittelwerte des Geldvermögens

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03
Veränderungsrate									
Bruttogeldvermögen	15,8%	28,2%	48,5%	11,1%	25,0%	38,9%	44,6%	46,5%	111,8%
Schulden	47,1%	4,8%	54,2%	40,6%	3,5%	45,6%	63,5%	11,2%	81,8%
Nettogeldvermögen	14,7%	29,3%	48,3%	10,1%	25,9%	38,7%	43,3%	49,3%	113,9%
Veränderungsrate, um Veränderungen des Konsumentenpreisindex bereinigt									
Bruttogeldvermögen	7,1%	20,8%	29,4%	2,7%	17,8%	21,0%	33,7%	38,0%	84,5%
Schulden	36,0%	-1,2%	34,3%	30,0%	-2,4%	26,8%	51,2%	4,8%	58,4%
Nettogeldvermögen	6,1%	21,8%	29,2%	1,8%	18,7%	20,8%	32,5%	40,7%	86,4%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Bargeld, Sichteinlagen und privat verliehenes Geld.

Tabelle 13: Durchschnittliche Höhe der Geldvermögensbestände
(alle Haushalte, in Euro)

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	EVS 93	EVS98	EVS 03	EVS 93	EVS98	EVS 03	EVS 93	EVS98	EVS 03
Bausparguthaben	2.155	2.472	2.620	2.425	2.658	2.770	1.205	1.604	2.009
Aktien	1.290	2.743	2.844	1.591	3.108	3.254	111	728	736
Renten	2.487	1.777	1.952	2.947	1.986	2.228	750	847	679
Sonstige Wertpapiere	2.276	3.194	5.848	2.569	3.604	6.125	1.103	1.670	3.020
Bankeinlagen	11.159	12.494	16.562	12.159	13.398	17.618	7.193	8.670	11.602
Versicherungen	8.758	9.893	11.939	10.809	11.359	13.161	1.019	2.939	6.061

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Sichteinlagen.

Tabelle 14: Anteil der Besitzer und durchschnittliche Höhe der Geldvermögensbestände
in Euro für Besitzer

	1993			1998			2003		
	Deutshl.	Alte Bl.	Neue Bl.	Deutshl.	Alte Bl.	Neue Bl.	Deutshl.	Alte Bl.	Neue Bl.
Bauspar- guthaben	40,2%	42,1%	33,9%	43,8%	45,1%	38,4%	40,5%	41,4%	36,8%
	5.362	5.762	3.557	5.642	5.897	4.173	6.475	6.693	5.459
Bankein- lagen	91,7%	92,1%	90,0%	82,2%	82,5%	81,7%	80,9%	81,5%	79,2%
	12.164	13.202	7.994	15.193	16.247	10.612	20.465	21.623	14.656
Aktien	10,0%	12,0%	3,1%	17,1%	18,3%	11,9%	21,1%	22,8%	12,9%
	12.876	13.267	3.590	16.019	16.965	6.133	13.466	14.246	5.707
Renten	15,1%	16,8%	9,0%	8,5%	8,7%	7,5%	8,2%	8,7%	6,0%
	16.457	17.571	8.362	20.889	22.763	11.218	23.711	25.500	11.306
Sonstig- Wertpap.	18,7%	18,6%	17,7%	20,4%	20,8%	19,1%	30,8%	31,5%	27,4%
	12.157	13.830	6.243	15.651	17.324	8.730	19.014	19.459	11.037
Versiche- rungen	58,9%	59,3%	55,7%	56,3%	56,5%	55,1%	55,9%	55,6%	57,2%
	14.861	18.233	1.831	17.571	20.089	5.336	21.375	23.690	10.602

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Sichteinlagen.

Tabelle 15: Veränderung der Geldvermögensbestände, bezogen auf alle Haushalte

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03
Bausparguthaben	14,7%	6,0%	21,6%	9,6%	4,2%	14,2%	33,2%	25,2%	66,7%
Aktien	112,7%	3,7%	120,5%	95,3%	4,7%	104,5%	557,6%	1,0%	564,3%
Renten	-28,6%	9,9%	-21,5%	-32,6%	12,2%	-24,4%	12,9%	-19,8%	-9,4%
Sonstige Wertpapiere	40,3%	83,1%	157,0%	40,3%	70,0%	138,4%	51,4%	80,8%	173,7%
Bankeinlagen	12,0%	32,6%	48,4%	10,2%	31,5%	44,9%	20,5%	33,8%	61,3%
Versicherungen	13,0%	20,7%	36,3%	5,1%	15,9%	21,8%	188,3%	106,2%	494,5%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Sichteinlagen.

Tabelle 16: Veränderung der Geldvermögensbestände, bezogen auf Besitzer

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03
Bausparguthaben	5,2%	14,8%	20,8%	2,3%	13,5%	16,2%	17,3%	30,8%	53,5%
Aktien	24,4%	-15,9%	4,6%	27,9%	-16,0%	7,4%	70,8%	-7,0%	58,9%
Renten	26,9%	13,5%	44,1%	29,6%	12,0%	45,1%	34,2%	0,8%	35,2%
Sonstige Wertpapiere	28,7%	21,5%	56,4%	25,3%	12,3%	40,7%	39,8%	26,4%	76,8%
Bankeinlagen	24,9%	34,7%	68,2%	23,1%	33,1%	63,8%	32,7%	38,1%	83,3%
Versicherungen	18,2%	21,6%	43,8%	10,2%	17,9%	29,9%	191,4%	98,7%	479,1%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Sichteinlagen.

Tabelle 17: Verschuldung in Konsumentenkredit (in Euro)

	1993			1998			2003		
	Deutschl.	Alte Bl.	Neue Bl.	Deutschl.	Alte Bl.	Neue Bl.	Deutschl.	Alte Bl.	Neue Bl.
Alle Haushalte	961	1.027	748	1.413	1.445	1.223	1.481	1.496	1.359
Besitzquote	17,7%	17,4%	18,7%	19,0%	18,3%	22,4%	17,0%	16,4%	19,6%
Nur Besitzer	5.439	5.908	4.007	7.427	7.901	5.448	8.732	9.137	6.919

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 18: Veränderung der Verschuldung in Konsumentenkredit

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03
Alle Haushalte	47,1%	4,8%	54,2%	40,6%	3,5%	45,6%	63,5%	11,2%	81,8%
Nur Besitzer	36,5%	17,6%	60,5%	33,7%	15,6%	54,6%	36,0%	27,0%	72,7%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

2.2.4 Die Verteilung des Geldvermögens und ihre Entwicklung

2.2.4.1 Die Entwicklung der Verteilung des Geldvermögens für alle Haushalte

Eine Analyse der Dezilverteilung (vgl. Tabelle 19 und Tabelle 20 sowie Abbildung 4) zeigt, dass die Verteilung des Nettogeldvermögens im Vergleich der Jahre 1993, 1998 und 2003 ungleichmäßiger geworden ist. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Aufbereitungen für den Datensatz der EVS 2003. Legt man die umfassende Imputation fehlender Werte zugrunde, so ist das Nettogeldvermögen der Haushalte auf gesamtdeutscher Ebene im fünften Dezil zwischen 1993 und 2003 um rund 27 Prozent gestiegen, während im obersten Dezil ein Wachstum von etwas mehr als 60 Prozent zu verzeichnen ist. Am unteren Rand der Verteilung ist die Nettoverschuldung deutlich angestiegen: Während die Haushalte des ersten Dezils 1993 im Durchschnitt noch mit rund 2.800 Euro netto verschuldet waren, betrug die Nettoverschuldung aus Konsumentenkrediten im Jahr 2003 mehr als 6.000 Euro. Bei Betrachtung der weniger umfassenden Ersetzung ergeben sich deutlich größere Unterschiede insbesondere für die Zuwächse in der Mitte der Verteilung. Nach den oben angeführten Argumenten eignet sich diese Verteilung eher für den Vergleich mit der EVS 1998. Auch hier ist ein stärkeres Wachstum am oberen Ende als in der Mitte der Verteilung zu beobachten.

Betrachtet man die Verteilung der westdeutschen Nettogeldvermögen wiederum in der umfassenden Ersetzung, so sind bis zum 4. Dezil in der 10-Jahresperspektive negative Veränderungen zu beobachten, während die Nettogeldvermögen in den folgenden Dezilen mit dem Rang des Dezils zunehmende positive Wachstumsraten aufweisen. In Ostdeutschland zeigen sich nur in den ersten zwei Dezilen negative Veränderungen, während bereits in der Mitte der Vermögensverteilung ein substanzieller Vermögensaufbau zu beobachten ist. Allerdings sind auch im Osten die Vermögen der wohlhabenderen Haushalte deutlich stärker gestiegen als diejenigen der weniger vermögenden Haushalte. Im 10. Dezil haben sich die Vermögen im Zeitraum von 1993 – 2003 im Durchschnitt um rund 156 Prozent erhöht, während im fünften Dezil eine Steigerung von 71 Prozent zu verzeichnen war.

Tabelle 21 zeigt die Entwicklung der Gini-Koeffizienten: Danach hat der Gini-Koeffizient des Nettogeldvermögens für Gesamtdeutschland auf 67,4 Prozent (von 65,9 Prozent in 1998 und 63,2 Prozent in 1993) zugenommen. Für Westdeutschland ist eine etwas geringere Zunahme im Zeitverlauf als für die Neuen Bundesländer festzustellen.

Die zum Vergleich aufgenommene Variante 1 mit weniger umfassender Ersetzung fehlender Werte zeigt über alle Regionen einen etwas stärkeren Anstieg.¹⁴

Eine Analyse der Verteilung des Nettogeldvermögens nach sozialen Gruppen zeigt deutliche Strukturverschiebungen im Zeitverlauf (siehe Tabelle 22): So ist insbesondere im Vergleich von 1998 zu 2003 der Anteil der Nichterwerbstätigen am gesamten Geldvermögen deutlich angestiegen. Ursächlich dafür ist der steigende Anteil des Geldvermögens, der sich im Besitz von Rentnern bzw. Pensionären befindet. Mit einem Anteil von rund 36 Prozent auf gesamtdeutscher Ebene stellen sie nach den Arbeitnehmern und Angestellten (mit rund 45 Prozent) die größte Gruppe der Geldvermögensbesitzer dar. Die Geldvermögensanteile der Arbeitnehmer sind im Gegenzug entsprechend gesunken. Der Anteil der Selbstständigen am Nettogeldvermögen hat in Ostdeutschland deutlich zugenommen, in Westdeutschland stagniert er dagegen in langfristiger Betrachtung.

¹⁴ Hauser/Stein (2001, S. 124) weisen geringfügig niedrigere Gini-Koeffizienten für das Geldvermögen die EVS 1993 und die EVS 1998 aus. Die Autoren legen eine umfassendere Definition des Geldvermögens zugrunde, die auch Bargeld und Sichteinlagen (für 1998 auf der Basis einer Schätzung) einbezieht.

Tabelle 19: Dezilverteilung des Nettogeldvermögens (Mittelwerte und Veränderung)

Dezil	Mittelwerte (in Euro)				Veränderung				
	1993	1998	2003 Imp. I	2003 Imp. II	93-98	Imputation I		Imputation II	
						98-03	93-03	98-03	93-03
Deutschland									
1	-2.792	-4.867	-6.391	-6.151	74,4%	31,3%	128,9%	26,4%	120,3%
2	1.478	530	157	306	-64,2%	-70,4%	-89,4%	-42,3%	-79,3%
3	4.048	3.270	2.601	3.244	-19,2%	-20,5%	-35,7%	-0,8%	-19,9%
4	7.127	7.012	6.958	7.943	-1,6%	-0,8%	-2,4%	13,3%	11,4%
5	11.127	11.636	12.784	14.093	4,6%	9,9%	14,9%	21,1%	26,7%
6	16.444	17.643	20.588	22.113	7,3%	16,7%	25,2%	25,3%	34,5%
7	23.372	25.819	31.059	32.762	10,5%	20,3%	32,9%	26,9%	40,2%
8	33.045	37.835	46.769	48.631	14,5%	23,6%	41,5%	28,5%	47,2%
9	50.902	59.195	74.306	76.073	16,3%	25,5%	46,0%	28,5%	49,4%
10	126.908	153.542	202.693	203.848	21,0%	32,0%	59,7%	32,8%	60,6%
Alte Bundesländer									
1	-3.027	-4.941	-6.646	-6.378	63,2%	34,5%	119,6%	29,1%	110,7%
2	1.725	518	163	326	-69,9%	-68,5%	-90,6%	-37,1%	-81,1%
3	4.902	3.584	2.745	3.495	-26,9%	-23,4%	-44,0%	-2,5%	-28,7%
4	8.931	7.865	7.523	8.694	-11,9%	-4,3%	-15,8%	10,5%	-2,7%
5	14.230	13.229	13.971	15.598	-7,0%	5,6%	-1,8%	17,9%	9,6%
6	20.617	20.255	22.669	24.520	-1,8%	11,9%	10,0%	21,1%	18,9%
7	28.407	29.535	34.379	36.394	4,0%	16,4%	21,0%	23,2%	28,1%
8	39.554	42.975	51.637	53.669	8,7%	20,2%	30,5%	24,9%	35,7%
9	59.227	66.349	81.135	82.939	12,0%	22,3%	37,0%	25,0%	40,0%
10	140.190	167.342	216.159	217.392	19,4%	29,2%	54,2%	29,9%	55,1%
Neue Bundesländer									
1	-2.190	-4.136	-5.409	-5.285	88,9%	30,8%	147,0%	27,8%	141,3%
2	843	508	169	289	-39,8%	-66,7%	-80,0%	-43,1%	-65,7%
3	2.419	2.424	2.216	2.583	0,2%	-8,6%	-8,4%	6,6%	6,8%
4	3.952	4.754	5.289	5.729	20,3%	11,3%	33,8%	20,5%	45,0%
5	5.750	7.556	9.171	9.835	31,4%	21,4%	59,5%	30,2%	71,0%
6	7.946	11.041	14.190	14.848	39,0%	28,5%	78,6%	34,5%	86,9%
7	10.743	15.134	20.692	21.363	40,9%	36,7%	92,6%	41,2%	98,9%
8	14.912	20.938	29.241	29.865	40,4%	39,7%	96,1%	42,6%	100,3%
9	21.494	30.638	43.808	44.590	42,5%	43,0%	103,8%	45,5%	107,5%
10	40.494	63.562	103.126	103.761	57,0%	62,2%	154,7%	63,2%	156,2%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 20: Dezilverteilungen des Nettogeldvermögens (kumuliert)

	1993	1998	2003 Imp. I	2003 Imp. II
Deutschland				
1	-1,0%	-1,6%	-1,6%	-1,5%
2	-0,5%	-1,4%	-1,6%	-1,5%
3	1,0%	-0,3%	-0,9%	-0,6%
4	3,6%	1,9%	0,8%	1,3%
5	7,7%	5,6%	4,1%	4,8%
6	13,8%	11,3%	9,4%	10,3%
7	22,4%	19,6%	17,3%	18,4%
8	34,5%	31,7%	29,2%	30,5%
9	53,3%	50,7%	48,2%	49,4%
10	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Alte Bundesländer				
1	-1,0%	-1,4%	-1,6%	-1,5%
2	-0,4%	-1,3%	-1,5%	-1,4%
3	1,1%	-0,2%	-0,9%	-0,6%
4	4,0%	2,0%	0,9%	1,4%
5	8,5%	5,8%	4,2%	5,0%
6	15,1%	11,7%	9,5%	10,6%
7	24,1%	20,2%	17,7%	18,9%
8	36,6%	32,6%	29,8%	31,2%
9	55,5%	51,7%	49,0%	50,2%
10	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Neue Bundesländer				
1	-2,1%	-2,7%	-2,4%	-2,3%
2	-1,3%	-2,4%	-2,4%	-2,2%
3	1,0%	-0,8%	-1,4%	-1,1%
4	4,7%	2,3%	1,0%	1,5%
5	10,1%	7,3%	5,1%	5,8%
6	17,6%	14,5%	11,5%	12,3%
7	27,7%	24,5%	20,8%	21,7%
8	41,7%	38,2%	34,0%	34,8%
9	61,9%	58,3%	53,6%	54,4%
10	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle. EVS, ZEW-Berechnungen.

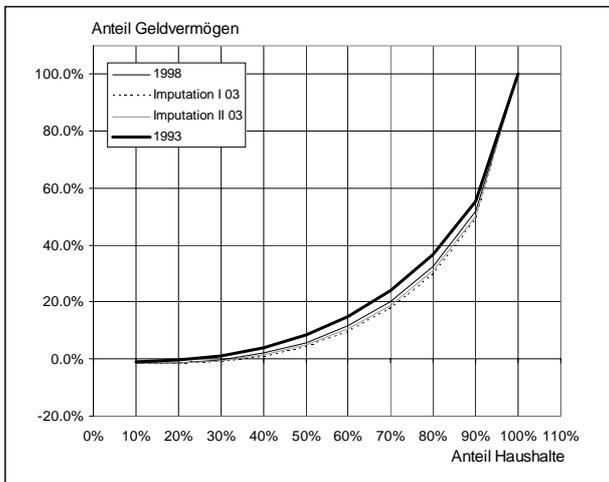
Tabelle 21: Gini-Koeffizienten für das Geldvermögen im Zeitvergleich

	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
EVS 03 (Imp. II)	0,674	0,669	0,631
EVS 03 (Imp. I)	0,685	0,681	0,640
EVS 98	0,659	0,654	0,595
EVS 93	0,632	0,615	0,559

Quelle. EVS, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 4: kumulierte Verteilung des Nettogeldvermögens

Westdeutschland



Ostdeutschland

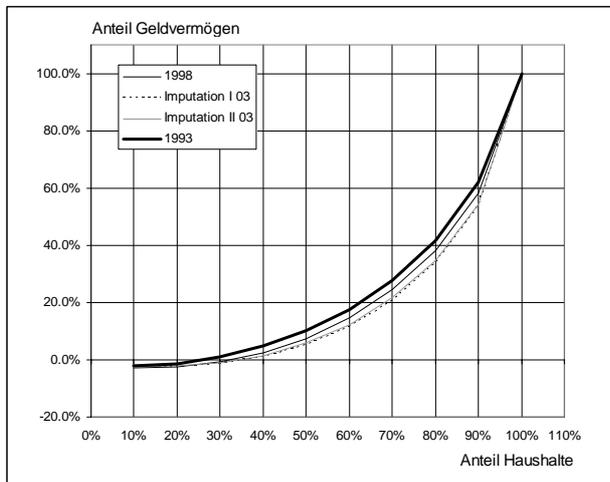


Tabelle 22: Durchschnittliche Geldvermögen und Anteile am Gesamtgeldvermögen nach sozialen Gruppen

	Mittelwerte (in 1000 Euro)			Anteile am Gesamtvermögen		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
Deutschland						
Arbeitnehmer	26,3	29,5	35,5	48,8%	49,9%	45,1%
Selbständige	70,6	77,6	90,6	16,8%	15,1%	15,9%
Nichterwerbstätige	21,7	26,5	37,7	34,4%	34,9%	39,0%
darunter						
Rentner	23,6	27,1	41,1	23,5%	24,4%	29,7%
Pensionäre	41,6	51,0	69,6	4,9%	5,1%	5,9%
Arbeitslose	11,7	14,7	14,6	2,2%	2,5%	2,2%
Alte Bundesländer						
Arbeitnehmer	30,2	32,5	37,7	49,2%	50,0%	45,0%
Selbständige	76,4	81,7	94,6	16,8%	15,1%	16,2%
Nichterwerbstätige	25,6	30,0	42,0	34,0%	34,9%	38,8%
darunter						
Rentner	27,4	30,8	45,5	24,6%	23,6%	29,1%
Pensionäre	43,2	51,0	69,9	4,8%	5,7%	6,5%
Arbeitslose	14,3	17,5	17,0	2,0%	2,3%	2,0%
Neue Bundesländer						
Arbeitnehmer	11,5	16,6	23,5	50,7%	56,0%	49,0%
Selbständige	19,6	26,3	45,2	8,2%	7,1%	10,5%
Nichterwerbstätige	9,0	12,7	19,5	41,1%	36,9%	40,5%
darunter						
Rentner	9,6	14,1	23,3	25,0%	31,4%	35,2%
Arbeitslose	7,2	8,3	10,2	6,2%	4,8%	4,8%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen (Imputation II für 2003). Die Haushalte wurden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands klassifiziert.

Exkurs: Wertänderungen als Ursache für Verteilungsänderungen

Die möglichen Ursachen für die zunehmende Ungleichverteilung des privaten Vermögens sollen in diesem Abschnitt noch nicht umfassend erörtert werden (siehe dazu ausführlicher Abschnitt 2.7.) An dieser Stelle soll lediglich ein möglicher Ursachenkomplex, der besondere Bedeutung für die Entwicklung des Geldvermögens und seiner Verteilung hat, erörtert werden. Da sich die Anlagestrukturen von Haushalten mit geringem Vermögen typischerweise von denen mit höheren Vermögen unterscheiden, sind mit divergierenden Wertentwicklungen verschiedener Anlageformen in der Regel auch Verteilungswirkungen verbunden. Haushalte mit höheren Vermögen halten üblicherweise höhere Anteile ihres Geldvermögens in Aktien, festverzinslichen Wertpapieren und Investmentzertifikaten als Haushalte mit niedrigerem Vermögen, die oft eine stärkere Liquiditätspräferenz haben und sichere Anlageformen bevorzugen. Um die Auswirkungen unterschiedlicher Anlagestrukturen für den hier zugrunde liegenden Vergleichszeitraum abzuschätzen, wurde die Wertentwicklung eines Durchschnittsportfolios im zweiten, fünften und im zehnten Dezil der Vermögensverteilung von 1993 bis 2003 sowie von 1993 bis 1998 und von 1998 bis 2003 simuliert (siehe Tabelle 23).

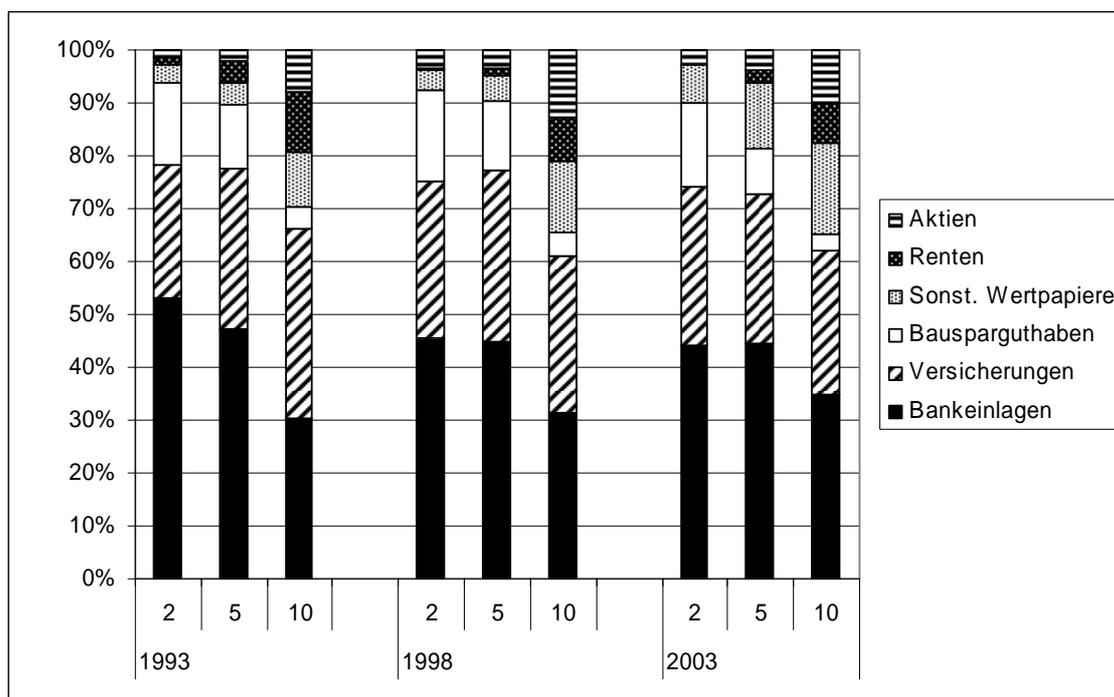
Dabei wurden folgende Annahmen getroffen: Unterstellt wurde eine Verzinsung von Bausparguthaben mit 3 Prozent p.a., eine Verzinsung von Versicherungsguthaben von 4 Prozent p.a. sowie eine Verzinsung von Bankeinlagen mit dem Mittelwert aus dem Zins auf Sparbriefe mit 4-jähriger Laufzeit und dem durchschnittlichen Zins auf Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Für Aktien wurde unterstellt, dass sich ihr Wert im Durchschnitt gemäß der Entwicklung des Deutschen Aktienindex (DAX 30) entwickelt hat. Für festverzinsliche Wertpapiere wurde eine Wertentwicklung gemäß dem deutschen Rentenindex (REX) unterstellt. Für alle Anlageformen wurde eine vollständige Thesaurierung der Kapitalerträge unterstellt, dementsprechend wurden Performance-Indizes als Maßstab für die Wertentwicklung gewählt. Für das Aggregat der sonstigen Wertpapiere und Beteiligungen wurde unterstellt, dass es sich im gleichen Verhältnis aus aktienähnlichen Anlageformen (z.B. aktienorientierte Investmentfonds) und rentenähnlichen Anlageformen (z.B. Rentenfonds) zusammensetzt wie die Direktanlagen der Haushalte in diesen Anlageformen.

Ausgangspunkt der Simulationen war jeweils die Portfoliostruktur des Basisjahres 1993 und 1998. Abbildung 5 und Abbildung 6 stellen die Portfoliostrukturen für die verschiedenen Dezile 1993 und 1998 sowie nachrichtlich auch für 2003 exemplarisch für die westdeutschen Haushalte dar. Hier zeigt sich deutlich die zu erwartende unterschiedliche Zusammensetzung der Portfolios in Abhängigkeit von der Vermögenshöhe. Die Haushalte im obersten Dezil der Verteilung verfügen über einen deutlich höheren Anteil an Vermögen in Wertpapieren als die Haushalte in niedrigeren Vermögensdezilen. Die-

se Unterschiede sind im Zeitablauf größer geworden: ein Prozess, der auf Präferenzänderungen, aber auch auf Wertänderungen zurückgeführt werden kann.

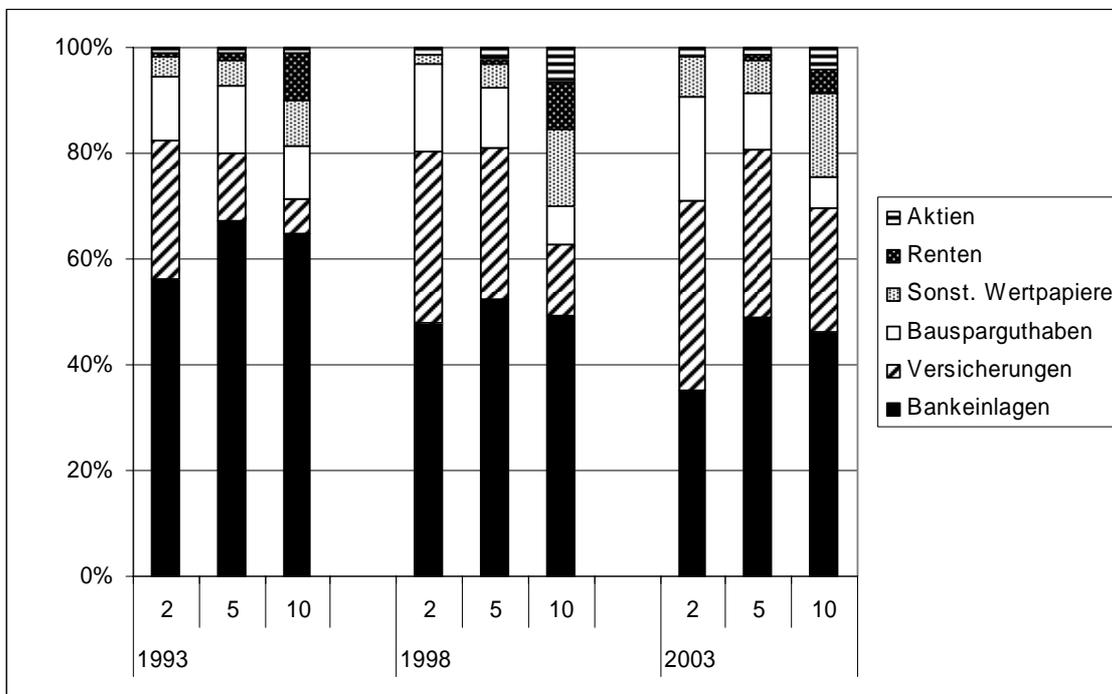
Die Ergebnisse der Simulation zeigen in der Tat, dass die unterschiedliche Wertentwicklung der Anlageformen im Zeitablauf zu einer Zunahme der Konzentration geführt hat. Dies gilt sowohl für den gesamten Zeitraum 1993-2003 als auch für den Zeitraum 1993-1998. Im Vergleich von 1998 zu 2003 haben Wertänderungen vorhandenen Vermögens dagegen tendenziell zu einer Nivellierung der Vermögensverteilung geführt, da die Aktienvermögen der wohlhabenderen Haushalte durch das Platzen der sog. Technologieblase an den Börsen stark entwertet wurden. Insgesamt gesehen können Wertänderungen jedoch nur einen kleinen Teil der Änderung der Vermögensverteilung erklären: Während die Durchschnittsvermögen im 10. Dezil der westdeutschen Verteilung im Zeitraum von 1993 bis 2003 wertbedingt um 42,4 Prozent gewachsen sind, war das Wachstum im 5. Dezil mit 37,2 Prozent und im zweiten Dezil mit 35,1 Prozent nicht wesentlich geringer.

Abbildung 5: Geldvermögensstruktur im zweiten, fünften und zehnten Dezil der Geldvermögensverteilung (Alte Bundesländer)



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 6: Geldvermögensstruktur im zweiten, fünften und zehnten Dezil der Geldvermögensverteilung (Neue Bundesländer)



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 23: Simulierte Entwicklung des Geldvermögens

	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	1998	2003	1998	2003	1998	2003
1993 = 100						
2. Dezil 1993	122,1	136,3	120,5	135,1	121,1	134,5
5. Dezil 1998	121,7	136,1	122,0	137,2	120,1	134,2
10. Dezil 1993	132,6	142,3	133,3	142,4	121,6	139,0
1998 = 100						
2. Dezil 1998		112,1		111,4		113,4
5. Dezil 1998		111,4		111,5		112,3
10. Dezil 1998		105,4		105,1		109,4

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

2.2.4.2 Die Entwicklung der Verteilung des Geldvermögens für ausgewählte Haushaltstypen

Um weitere Einblicke in die Veränderung der Vermögensverteilung zu gewinnen, wird im Folgenden die Veränderung der Verteilung für eine Reihe verschiedener Haushaltstypen betrachtet. Ziel ist es herauszuarbeiten, ob die im Durchschnitt aller Haushalte beobachtete zunehmende Konzentration der Vermögensverteilung im Geldvermögen auch auf der Ebene einzelner Haushalte beobachtbar ist. Abweichend von den bisherigen Darstellungen werden die Haushalte im Folgenden nach ihrem gesamten Nettovermögen geordnet, darüber hinaus beschränkt sich die Analyse – angesichts schwach besetzter Zellen bei einigen Haushaltstypen – auf eine Betrachtung der Durchschnittsvermögen und soweit möglich der Quintilverteilung. Als Indikator für die Veränderung der Verteilung dient jeweils der Abstand des Mittelwerts des fünften und des zweiten Quintils zum mittleren dritten Quintil der Verteilung. Unterschieden werden Haushalte in vier Altersklassen mit jeweils für die entsprechende Altersklasse typischen, häufig vorkommenden Familienständen. Die Haushaltstypklassifizierung ist in Tabelle 24 detailliert beschrieben.

Abbildung 7 zeigt zunächst das Vorhandensein von Geldvermögensarten nach Haushaltstypen und die Entwicklung der Besitzquoten im Zeitablauf. Es zeigt sich zum einen eine typische Differenzierung der Vermögensstrukturen nach dem Familienstand, wonach insbesondere bei Familienhaushalten in jungem und mittlerem Alter hohe Besitzquoten bei Bausparverträgen und Kapitallebensversicherungen zu finden sind. Deutliche Änderungen über alle Haushalte hinweg zeigen sich bei den Besitzquoten von festverzinslichen Wertpapieren, die im Zeitverlauf deutlich abgenommen haben.¹⁵ Im Gegenzug sind die Besitzquoten von Aktien und auch von sonstigen Wertpapieren – die auch Investmentzertifikate enthalten – deutlich gestiegen. Am markantesten ist hier der Anstieg der Besitzquoten bei Ehepaaren mittleren Alters.

¹⁵ Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass dieser Effekt nicht auf die Zuordnung von Sparbriefen zu Rentenwerten in der EVS 1993 zurückgeht, da die Sparbriefe in der hier vorgenommenen Aggregation – wie auch in den späteren Erhebungen – den Bankeinlagen zugerechnet worden sind.

Tabelle 24: Haushaltstypklassifizierung für vergleichende Verteilungsanalysen

	Typ-Nr.	Anzahl 2003	Anzahl hochge- rechnet	Anteil an allen Haus- halten
Junge Haushalte (18-29 Jahre)				
Alleinlebender Mann	1	692	5.786,5	1,56%
Alleinlebende Frau	2	1.117	9.256,2	2,49%
Alleinerziehende mit ein bzw. zwei Kindern	3	113	871,1	0,23%
Ehepaar oder zusammenlebendes Paar ohne Kinder	4	1.216	6.965,8	1,87%
Ehepaar/z. P. mit zwei Kindern				
– Ehepartner nicht erwerbstätig	5	56	405,2	0,11%
– Ehepartner erwerbstätig	6	30	148,3	0,04%
Haushalte mittleren Alters (30-49 Jahre)				
Alleinlebender Mann	7	2.376	22.134,0	5,95%
Alleinlebende Frau	8	2.342	18.395,7	4,95%
Alleinerziehende mit ein bzw. zwei Kindern	9	1.594	10.709,8	2,88%
Ehepaar/ oder zusammenlebendes Paar ohne Kinder*	10	4.289	22.391,9	6,02%
Ehepaar/z.P. mit zwei Kindern				
– Ehepartner nicht erwerbstätig	11	2.063	9.237,5	2,49%
– Ehepartner erwerbstätig	12	3.443	16.767,7	4,51%
Ältere Haushalte (50 -64 Jahre)				
Alleinlebender Mann	13	1.210	10.672,1	2,87%
Alleinlebende Frau	14	2.362	18.657,8	5,02%
Ehepaar/zusammenlebendes Paar ohne Kinder*	15	6.714	36.486,0	9,82%
Seniorenhaushalte (65 Jahre und älter)				
Alleinlebender Mann	16	846	10.221,4	2,75%
Alleinlebende Frau	17	2.831	39.611,8	10,66%
Ehepaar/zusammenlebendes Paar ohne Kinder*	18	6.650	41.860,2	11,26%

Quelle EVS, ZEW-Berechnungen, jeweils Alter des Haushaltsvorstands *ohne im Haushalt lebende Kinder.

Die Analyse der Verteilung und ihrer Entwicklung innerhalb der einzelnen Segmente zeigt deutlich, dass die im Durchschnitt aller Haushalte beobachtete Entwicklung nahezu durchgängig auch auf der Ebene einzelner Haushaltstypen zu finden ist (siehe Tabelle 25 - Tabelle 27, zu separaten Tabellierungen für alte und neue Bundesländer siehe Anhang Tabelle 133 ff.). Bei fast allen Haushaltstypen ist – allerdings mit graduellen Unterschieden - die Verteilung im Zeitablauf ungleichmäßiger geworden, eine Ausnahme bilden lediglich Haushalte von allein stehenden Frauen in der Altersgruppe von 30-49 und in der Altersgruppe von 50-64. Besonders starke Verteilungsunterschiede finden sich insbesondere bei den Haushalten in der jüngsten Altersgruppe der unter 30-jährigen. In dieser Altersgruppe haben die Nettogeldvermögen des mittleren Quintils im Allgemeinen im Zeitverlauf abgenommen, während im obersten Quintil der Verteilung eine Zunahme (bei allein stehenden Männern und Paaren) oder zumindest eine Stagnation (bei allein stehenden Frauen) festzustellen ist. Insbesondere bei allein stehenden Männern sind die Verteilungsunterschiede groß und haben im Zeitverlauf am stärksten zugenommen.

In der Gruppe der Haushalte mit Haushaltsvorständen mittleren Alters (von 30- 49) ist die stärkste Ungleichverteilung bei Alleinerziehenden zu beobachten. Hier haben die durchschnittlichen Geldvermögen im mittleren Quintil und darunter – im Gegensatz zu den anderen Haushaltstypen dieser Altersgruppe – deutlich abgenommen, während sich die Vermögen im obersten Quintil über die letzten 10 Jahre wenig verändert haben. Die nach den Alleinerziehenden höchste Vermögenskonzentration ist in dieser Altersgruppe bei den Haushalten der Alleinlebenden zu finden. Bei den allein lebenden Männern hat die Konzentration im Zeitverlauf deutlich zugenommen. Für die Haushalte von Paaren und Familien mit Kindern ist dagegen eine gleichmäßigere Vermögensverteilung als bei den anderen Typen zu konstatieren. Dies gilt insbesondere für die Familienhaushalte, in denen der Partner nicht erwerbstätig ist und die Fähigkeit zur Vermögensbildung entsprechend beschränkt ist. Aber auch für diese Haushalte lässt sich eine im Zeitverlauf tendenziell ungleichmäßiger werdende Verteilung der Geldvermögen konstatieren.

In der Gruppe der älteren Haushalte unterhalb von 65 Jahren sind ausgeprägte Veränderungen der Verteilung in Richtung einer stärkeren Konzentration ebenfalls für die Haushalte der allein stehenden Männer zu beobachten, während sich die Verteilung der Geldvermögen bei den allein lebenden Frauen verhältnismäßig wenig geändert hat. Auch bei den Seniorenhaushalten, deren Haushaltsvorstand 65 Jahren und älter ist, ist die Geldvermögensverteilung im Zeitverlauf tendenziell ungleichmäßiger geworden. Wiederum sind die stärksten Unterschiede und Veränderungstendenzen bei den Alleinlebenden zu beobachten.

Abbildung 7: Vorhandensein von Geldvermögensarten nach Haushaltstypen

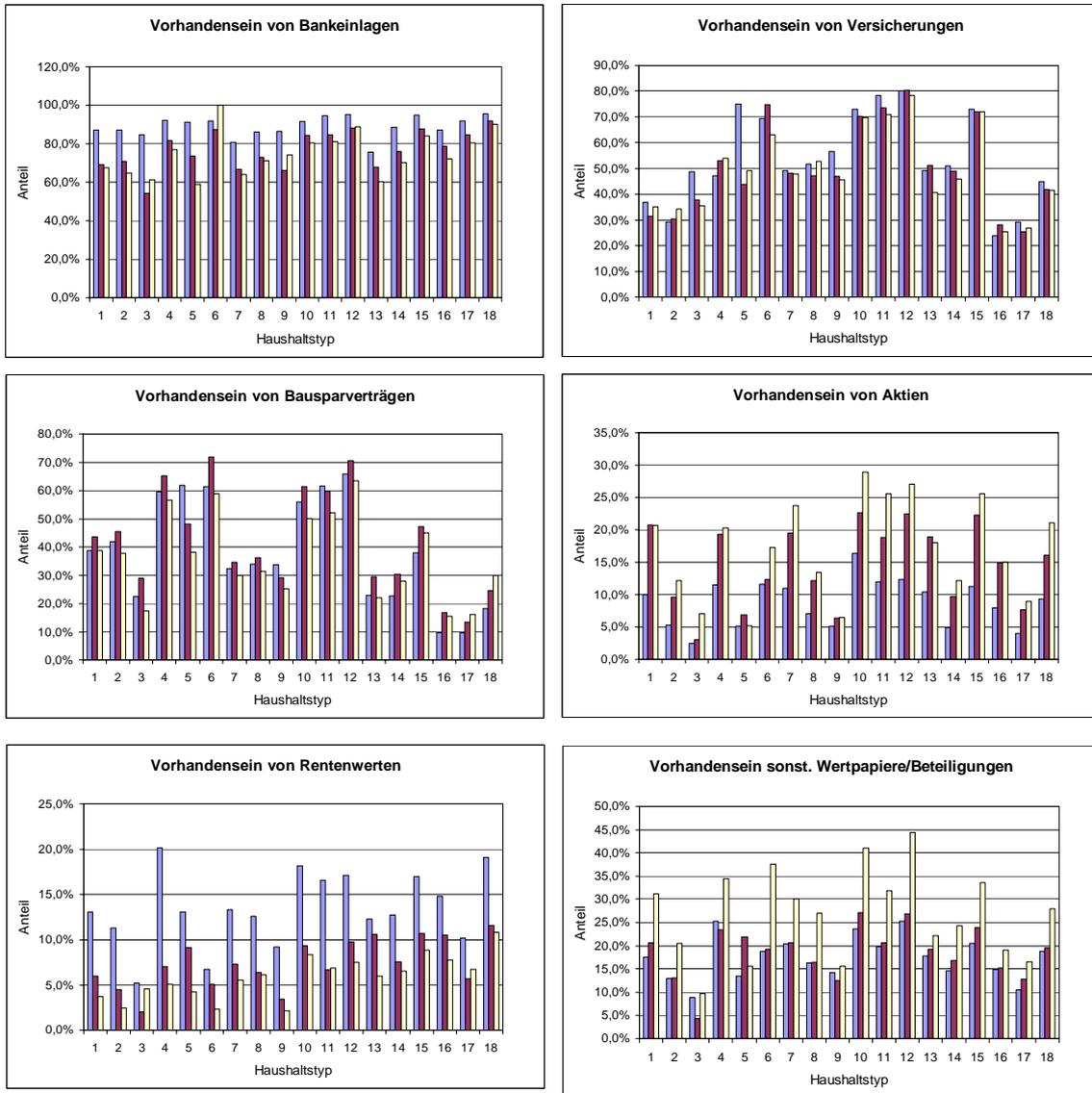


Tabelle 25: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (18-29 Jahre, in Euro)

Typ	Stich- probe	Ge- samt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
1	1993	7.778	-2.216	1.377	4.001	9.949	25.842	-66%	546%
	1998	8.949	(-2.146)	312	3.195	10.230	33.307	-90%	942%
	2003	8.337	-2.357	249	2.650	9.098	32.168	-91%	1114%
2	1993	6.818	-1.385	1.118	3.473	7.970	23.015	-68%	563%
	1998	5.921	-1.235	390	2.248	6.755	21.711	-83%	866%
	2003	6.127	-1.633	436	2.455	7.215	22.303	-82%	808%
3	1993	3.261	/	/	(1.524)	(4.031)	(15.661)	/	927%
	1998	(2.202)	/	/	/	/	(13.369)	/	/
	2003	2.604	/	18	/	/	/	/	/
4	1993	14.532	-1.714	4.291	10.996	24.202	35.113	-61%	219%
	1998	13.421	-4.728	2.074	8.527	22.370	39.050	-76%	358%
	2003	12.849	-3.853	1.498	6.750	20.819	39.518	-78%	485%
5	1993	9.059	(-4.905)	(1.730)	(6.675)	(18.052)	(24.338)	(-74%)	(265%)
	1998	(8.644)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	(6.707)	/	/	/	/	/	/	/
6	1993	10.101	(-2.236)	(3.005)	(9.106)	(22.143)	(18.827)	(-67%)	(107%)
	1998	13.914	/	(9.115)	/	/	/	/	/
	2003	(20.593)	/	/	/	/	/	/	/

Tabelle 26: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (30-49 Jahre, in Euro)

Haus- haltstyp	Stich- probe	Ge- samt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geord- neten Haushalte						
7	1993	15.285	-3.000	1.751	9.616	25.503	42.637	-82%	343%
	1998	19.218	-5.851	1.118	8.610	25.036	67.287	-87%	682%
	2003	22.827	-5.788	1.149	11.738	34.950	72.255	-90%	516%
8	1993	15.118	-1.696	2.793	8.688	22.465	43.413	-68%	400%
	1998	13.625	-2.792	1.692	8.572	23.073	37.645	-80%	339%
	2003	18.090	-3.367	2.224	11.023	28.350	52.221	-80%	374%
9	1993	11.330	-1.384	1.492	5.198	16.845	34.597	-71%	566%
	1998	8.603	-3.351	410	3.575	14.751	27.677	-89%	674%
	2003	9.803	-4.704	495	4.183	16.475	32.684	-88%	681%
10	1993	31.488	721	15.183	35.260	35.929	70.420	-57%	100%
	1998	31.837	-2.690	12.178	32.026	39.573	78.217	-62%	144%
	2003	37.768	-2.701	12.783	36.732	51.652	90.480	-65%	146%
11	1993	26.821	1.832	20.443	30.031	29.084	52.800	-32%	76%
	1998	27.253	-615	15.304	34.326	27.751	59.593	-55%	74%
	2003	32.395	-1.045	16.971	31.914	36.285	78.264	-47%	145%
12	1993	30.208	2.782	19.163	27.459	34.301	67.404	-30%	145%
	1998	33.948	2.733	26.086	30.224	39.169	71.569	-14%	137%
	2003	50.523	5.673	29.888	35.978	49.034	132.110	-17%	267%

Tabelle 27: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (50 Jahre und älter, in Euro)

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
13	1993	30.084	(-1.801)	5.691	26.098	44.795	76.146	-78%	192%
	1998	37.330	-1.813	5.433	28.882	37.547	116.843	-81%	305%
	2003	34.536	-4.525	1.181	16.269	42.300	117.752	-93%	624%
14	1993	16.885	-333	4.956	14.601	26.950	38.320	-66%	162%
	1998	22.562	-860	5.071	18.495	31.062	59.171	-73%	220%
	2003	26.896	-1.773	6.406	25.962	40.088	63.862	-75%	146%
15	1993	39.398	5.367	23.208	33.499	37.772	97.191	-31%	190%
	1998	50.863	6.465	33.061	36.849	48.571	129.523	-10%	251%
	2003	66.725	6.667	39.702	47.047	69.271	171.107	-16%	264%
16	1993	26.299	628	6.318	21.930	28.161	74.621	-71%	240%
	1998	33.447	(-124)	6.683	26.354	38.388	96.265	-75%	265%
	2003	46.429	-444	9.379	32.077	51.567	139.919	-71%	336%
17	1993	14.247	1.009	4.791	12.026	24.481	28.953	-60%	141%
	1998	18.139	525	5.036	13.451	29.441	42.270	-63%	214%
	2003	30.285	147	7.068	22.791	44.590	76.900	-69%	237%
18	1993	35.562	5.881	21.934	29.135	32.676	88.201	-25%	203%
	1998	40.894	6.316	26.312	35.624	36.906	99.349	-26%	179%
	2003	60.827	9.077	37.982	43.161	53.827	160.577	-12%	272%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen., Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern.

2.2.4.3 Die Verteilung des Geldvermögens nach Geschlechtern

Die Vermögensdaten des Sozio-oekonomischen Panels ermöglichen eine ergänzende Analyse der personellen Verteilung nach Geschlechtern, da die Vermögen hier auf Personenebene und nicht – wie in der EVS – auf Haushaltsebene erhoben wurden. Insofern ermöglichen sie eine Analyse der geschlechterspezifischen Verteilung der Vermögen auch in Mehrpersonenhaushalten, die im Rahmen der EVS wegen der fehlenden Zuordnung von Vermögen zu einzelnen Haushaltsmitgliedern nicht bzw. nur unter bestimmten Annahmen möglich ist. Tabelle 28 weist diese Ergebnisse für die im SOEP erhobenen Geldvermögensbestände aus.¹⁶ Die nach Geschlechtern differenzierende Auswertung zeigt, dass Frauen in gesamtdeutscher Betrachtung im Durchschnitt nur über etwas

¹⁶ Die Vermögensbilanz im SOEP weist in erheblichem Umfang fehlende Werte aus, d.h. dass das Vorhandensein einer Vermögenskategorie angegeben wird, ohne einen Vermögenswert zu benennen. Im Vergleich zur EVS sind vor allem die Geldvermögen in geringerem Maße erfasst. Zur Schließung von Erfassungslücken wurden fehlende Werte durch Vermögenswerte vergleichbarer Personen ersetzt. In der Tabelle sind die Ergebnisse auf Basis sowohl ausschließlich der angegebenen als auch auf Basis der imputierten Vermögenswerte ausgewiesen. Vgl. zur Aufbereitung des SOEP-Datensatzes und zum Vergleich mit den EVS-Daten Abschnitt 2.8.

mehr als die Hälfte des Geldvermögens der Männer verfügen. Der Unterschied ist besonders stark ausgeprägt in der Altersgruppe unter 30. In Ostdeutschland zeigen sich – auf allerdings deutlich niedrigerem Niveau – geringere geschlechterspezifische Unterschiede. In der Altersgruppe der 50-64-Jährigen verfügen die Frauen sogar über im Durchschnitt etwas höhere Geldvermögen als die Männer.

Tabelle 28: Mittelwerte der Geldvermögen nach Geschlecht (in Euro)

Alter	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M
Basisdaten									
alle	15.781	8.444	54%	17.913	9.254	52%	6.685	4.910	73%
bis 29	5.041	1.770	35%	5.940	1.885	32%	1.494	1.290	86%
30-49	12.574	6.302	50%	13.699	6.785	50%	7.643	4.070	53%
50-64	26.335	15.095	57%	30.631	16.530	54%	7.835	8.965	114%
65 und älter	18.293	9.765	53%	20.602	10.970	53%	8.357	4.694	56%
mit Ersetzung fehlender Werte									
alle	20.295	12.505	62%	22.914	13.647	60%	9.245	7.549	82%
bis 29	6.275	3.384	54%	7.234	3.635	50%	2.522	2.338	93%
30-49	16.857	10.053	60%	18.388	10.672	58%	10.259	7.196	70%
50-64	32.792	20.772	63%	37.840	22.881	60%	11.399	11.977	105%
65 und älter	23.828	14.492	61%	26.801	16.160	60%	11.003	7.394	67%

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen. F/M = Relation von Frauen zu Männern in Prozent.

2.3 Analyse des Immobilienvermögens

2.3.1 Entwicklung des Immobilienvermögens im Aggregat

Das Immobilienvermögen der privaten Haushalte (inkl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) betrug 2002 rund 3,9 Billionen Euro (siehe Tabelle 29 und Abbildung 8). Auch in dieser Vermögenskategorie waren in den vergangenen Jahren nur geringe Steigerungsraten zu beobachten. In den Jahren 1999 bis 2002 lagen die Wachstumsraten erheblich unter dem durchschnittlichen Niveau der Vorjahre. Insbesondere im Vergleich zu den hohen Wachstumsraten in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre ist ein merklicher Rückgang der Vermögensbildung in Immobilien zu konstatieren. Dieser Rückgang ist – im Gegensatz zur wertbedingten Entwicklung beim Geldvermögen – wesentlich auf geringere Nettoinvestitionen der privaten Haushalte in den Wohnungsbau zurückzuführen.¹⁷

Betrachtet man ausschließlich die Entwicklung des Nettovermögens an privaten Immobilien – hier und im Folgenden definiert als Bruttovermögen abzüglich Restschulden in immobilienbezogenen Krediten – so ist in aggregierter Betrachtung seit 1998 kein wesentliches Wachstum mehr zu verzeichnen. Das Bruttoimmobilienvermögen ist dagegen seit 1998 um knapp fünf Prozent bzw. 182 Mrd. Euro gewachsen. Hintergrund für den Unterschied zwischen dem Wachstum des Netto- und des Bruttoimmobilienvermögens ist der Anstieg der immobilienbezogenen Verschuldung um rund 19 Prozent bzw. 159 Mrd. Euro in diesem Zeitraum.

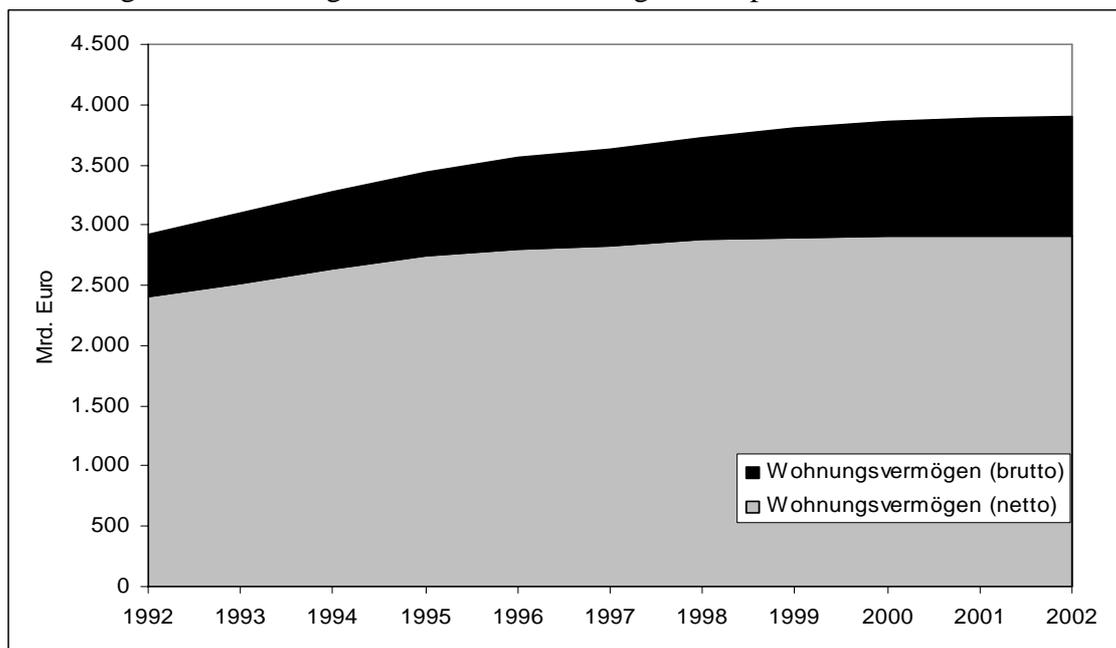
¹⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2003, S. 37.

Tabelle 29: Entwicklung des Wohnungsvermögens der privaten Haushalte

	Brutto (Mrd. €)	Netto (Mrd. €)	Wachstumsrate nominal		Wachstumsrate real *		Wachstumsrate real **		Nettoinvestitionen privater Haushalte*** (Mrd. €)
			brutto	netto	brutto	netto	brutto	netto	
1992	2.926	2.408							62,86
1993	3.096	2.521	5,8%	4,7%	1,3%	0,3%	1,0%	-0,1%	66,55
1994	3.276	2.639	5,8%	4,7%	3,1%	2,0%	1,7%	0,6%	80,89
1995	3.441	2.748	5,0%	4,1%	3,2%	2,4%	4,5%	3,6%	77,14
1996	3.562	2.810	3,5%	2,3%	2,0%	0,8%	5,1%	3,8%	72,22
1997	3.626	2.827	1,8%	0,6%	-0,1%	-1,3%	3,9%	2,6%	71,09
1998	3.723	2.886	2,7%	2,1%	1,7%	1,1%	3,7%	3,1%	72,26
1999	3.809	2.900	2,3%	0,5%	1,7%	-0,2%	1,8%	0,0%	72,43
2000	3.863	2.920	1,4%	0,7%	0,0%	-0,7%	-0,1%	-0,8%	69,21
2001	3.887	2.913	0,6%	-0,2%	-1,4%	-2,2%	-0,4%	-1,2%	54,97
2002	3.905	2.909	0,5%	-0,1%	-0,9%	-1,5%	0,5%	-0,1%	44,26

Quelle: Deutsche Bundesbank. Inkl. priv. Organisationen ohne Erwerbszweck. Bewertet zu Wiederbeschaffungspreisen abzgl. Abschreibungen, inkl. Wohngrundstücke. *Um Änderungen des Konsumentenpreisindex bereinigt.¹⁸ **Um Änderungen des Immobilienpreisindex bereinigt (Immobilienpreisindex = Mittelwert aus Bulwien-Index für neue und bestehende Wohnimmobilien (Quelle für Basisdaten: BIS))
***Nettoanlageinvestitionen und Vorratsveränderungen, inkl. gewerblicher Investitionen.

Abbildung 8: Entwicklung des Immobilienvermögens der privaten Haushalte



Quelle: Deutsche Bundesbank, ZEW-Berechnungen.

2.3.2 Immobilienangaben in der EVS

Die Analyse der Entwicklung der privaten Vermögensverteilung muss sich mangels Alternativen im Wesentlichen auf die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes stützen. Insbesondere im Bereich des Immobilienvermögens – das für die Haushalte mit Immobilienvermögen im Allgemeinen einen hohen Anteil des gesamten privaten Vermögens umfasst – ist der Zeitvergleich allerdings mit erheblichen methodischen Problemen behaftet.

Ein wesentlicher Grund liegt im relativ hohen Anteil fehlender oder unplausibler Angaben zum Immobilienvermögen im zur Auswertung zur Verfügung gestellten anonymisierten Mikrodatensatz der EVS-Erhebung 2003. Insgesamt haben rund 4 Prozent der Haushalte hier entweder überhaupt keine Angaben zu ihrem Immobilienbesitz gemacht, oder aber keine Verkehrswerte für ihr Immobilieneigentum genannt. Darüber hinaus fehlen für ca. ein halbes Prozent der Haushalte jegliche Angaben über das Vorhandensein von Immobilieneigentum.

Die Ersetzung dieser fehlenden bzw. unplausiblen Werte führt zu deutlichen Änderungen der durchschnittlichen Vermögenshöhe der Immobilienbesitzer, weil es sich um hohe Beträge je Haushalt handelt. Auch die Vermögensverteilung wird durch die Imputation fehlender Werte nicht unerheblich verändert. Im Gegensatz zum Geldvermögen, für das zumindest in der Stichprobe 1998 fehlende Werte ebenfalls offen ausgewiesen wurden, wird der Zeitvergleich für die Höhe und Verteilung des Immobilienvermögens dadurch erschwert, dass Imputationen fehlender Werte in den EVS 1993 und 1998 durch das Statistische Bundesamt vorgenommen wurden, die mit Ausnahme der Schätzung von Verkehrswerten auf der Basis von Einheitswerten 1998 aber nicht dokumentiert sind.¹⁹

¹⁸ Diese Art der Preisbereinigung ermöglicht einen zeitlichen Vergleich der Vermögensbestände in Bezug auf die darin enthaltenen Konsummöglichkeiten. Sie ist nicht zu verwechseln mit einer Preisbereinigung auf der Basis von unveränderten Vermögenspreisen. In Bezug auf Immobilienvermögen sollte auch eine Preisbereinigung anhand eines Immobilienpreisindex durchgeführt werden, da die hier vorgenommene Preisbereinigung mit dem Konsumentenindex vor allem die Veränderung der alternativen Konsummöglichkeiten, weniger aber die Nutzung von Immobilien widerspiegelt. Die Preisveränderung von Immobilien geht in den Konsumentenpreisindex lediglich indirekt über den Anteil der Mieten und unterstellten Eigentümermieten am gesamten privaten Verbrauch ein.

¹⁹ Wir danken Frau Heidrun Wolter vom Statistischen Bundesamt für ihre Recherchen in Bezug auf diese Fragestellung. Nach ihren Informationen waren die Angaben in der Erhebung 1993 tendenziell zuverlässiger, da in höherem Umfang Interviewer eingesetzt wurden und außerdem noch Klassen für die Werte des Immobilienvermögens abgefragt wurden, deren Mittelwert bei fehlenden Angaben verwendet wurde. Darüber hinaus wurden Verkehrswerte auf der Basis von Einheitswerten geschätzt, sofern Einheitswertangaben vorhanden waren. Die Formel zur Schätzung von Verkehrswerten auf der Basis von Einheitswerten, die 1998 verwendet wurde, wurde uns vom

Ein weiteres massives Problem ergibt sich durch eine von den Vorerhebungen abweichende Definition der Restschulden von Hypotheken bzw. anderen Baukrediten in der EVS 2003: Während in der EVS 1993 und der EVS 1998 jeweils die Summe der noch zu leistenden Gesamtilgungen angegeben werden sollte, wurde in der EVS 2003 in den Erläuterungen zum Fragebogen die Restschuld als „Summe der tatsächlich noch zu leistenden Gesamtilgungen (einschließlich Zinsen) definiert“.²⁰ Finanzmathematisch korrekt interpretiert bedeutet dies, dass in der EVS 2003 die – erheblich höhere – Summe der noch ausstehenden Annuitätenzahlungen angegeben werden muss, während in den vorherigen Erhebungen die tatsächliche verbleibende Restschuld angegeben werden sollte.²¹ Diese Änderung in den Erhebungsinhalten erschwert den zeitlichen Vergleich ganz erheblich, da eine nachträgliche Trennung von Restschuld und Zinsen ohne Kenntnis der Kreditkonditionen mit erheblichen Unschärfen behaftet ist. Zudem ist durchaus fraglich, ob diese Frage – insbesondere von Haushalten, die zum wiederholten Male an der EVS teilnehmen – tatsächlich im Sinne der neuen Definition der Restschuld, die zudem der üblicherweise verwendeten Terminologie zuwiderläuft, beantwortet wurde. Darauf, dass dies zumindest ein Teil der befragten Haushalte getan hat, deuten die im Vergleich zu den früheren Erhebungen erheblich höheren Anteile von Haushalten mit negativem Nettoimmobilienvermögen und die im Vergleich zur Finanzierungsrechnung der Bundesbank deutlich höheren Steigerungsraten bei den Immobilienkrediten hin.

Um einen Zeitvergleich zu ermöglichen, kann auf eine Bereinigung der unklaren Immobilienangaben nicht verzichtet werden. Die Verwendung der Rohdaten führt zu einem erheblichen, nicht plausiblen Rückgang des durchschnittlichen Nettoimmobilienvermögens insbesondere in der Mitte der westdeutschen Vermögensverteilung. Um den Einfluss der Bereinigung unklarer oder unvollständiger Immobilienangaben zu verdeutlichen, wurden daher Sensitivitätsanalysen auf der Basis verschiedener Datensätze durchgeführt:

- In einer ersten konservativen Variante (im Folgenden Variante 1) wurden fehlende Verkehrswerte lediglich in den Fällen, in denen Einheitswerte für das Immobilienvermögen angegeben wurden, durch hochgerechnete Einheitswerte ersetzt. Verwen-

Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt und konnte daher in der Aufbereitung des Datensatzes 2003 berücksichtigt werden.

²⁰ Vgl. EVS 2003, Anlage zum Einführungsinterview, Stand 1. Januar 2003, S.2.

²¹ Um die Dimension des Problems zu verdeutlichen, sei exemplarisch die Differenz für ein Hypothekendarlehen mit einem Darlehenszins von 6 Prozent und einer anfänglichen Tilgungsrate von 1 Prozent aufgezeigt: Anfänglich beträgt die Annuitätensumme 234 Prozent der verbleibenden Darlehensschuld, nach 10 Jahren liegt sie noch bei 194 Prozent, nach weiteren zehn Jahren bei 152 Prozent.

det wurde dazu die gleiche Formel, die auch in der Aufbereitung der EVS 1998 durch das Statistische Bundesamt zur Anwendung kam. Darüber hinaus wurde in den Fällen, in denen Restschulden aus Hypotheken, aber kein Verkehrswert angegeben wurde, ein Mindestverkehrswert in Höhe der Restschuld der Hypothek eingesetzt. Nachteil dieser Variante ist, dass noch eine Reihe von fehlenden Werten im Datensatz verbleibt. Allerdings kann diese Variante dann für den Zeitvergleich aussagefähig sein, wenn fehlende Angaben in der Vergangenheit nicht durch Imputation fehlender Werte, sondern durch Änderung der Angabe zum Vorhandensein von Immobilienbesitz bereinigt wurden.

- In einer zweiten, umfassenderen Variante (im Folgenden: Variante 2) wurden umfassende Ersetzungen in allen Fällen durchgeführt, in denen angegeben wurde, Immobilieneigentum zu besitzen, aber keine Angaben zum Verkehrswert gemacht wurden. Das Ersetzungsverfahren nutzt hierbei folgende Informationen: Zunächst wurden wiederum fehlende Verkehrswerte durch hochgerechnete Einheitswerte ersetzt, soweit entsprechende Angaben vorhanden waren. Anschließend wurden fehlende Verkehrswerte und Hypothekenschulden durch Werte ähnlicher Haushalte mit Immobilienvermögen ersetzt. Segmentiert wurden die Haushalte nach ihrem Nettoäquivalenzeinkommen (3 gleich große Klassen), nach dem Alter des Haushaltsvorstands (4 Klassen), nach der Immobilieneigentumsart (6 Varianten, sofern Angaben vorhanden) sowie nach Region (Ost- und Westdeutschland). Nachteil dieser umfassenden Imputation ist die tendenzielle Nivellierung der Verteilung durch die umfassende Ersetzung mit Mittelwerten.
- In einer dritten Variante (im Folgenden: Variante 3) wurden alle unklaren Fälle aus der Stichprobe entfernt und die Stichprobe anschließend durch eine Zufallsziehung aus der Teilstichprobe der Nicht-Immobilienbesitzer im gleichen Verhältnis verkleinert, um die Relation von Immobilienbesitzern zu Nicht-Immobilienbesitzern nicht zu verändern. Vorteil dieser Variante ist, dass Verteilungsnivellierungen durch Ersetzung fehlender Werte vermieden werden. Allerdings setzt diese Verfahrensweise voraus, dass die Haushalte mit unklaren oder unvollständigen Immobilienangaben eine ähnliche Zusammensetzung aufweisen wie der Rest der Stichprobe. Diese Annahme ist jedoch nicht gerechtfertigt, da Haushalte mit fehlenden Angaben im Durchschnitt geringere Haushaltsnettoeinkommen aufweisen als Haushalte mit vollständigen Angaben. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass das verkleinerte Sample die wahre Konzentration der Immobilienvermögensverteilung tendenziell überzeichnet.
- Darüber hinaus wurde versuchsweise eine Bereinigung um die enthaltenen Zinsen bei Hypothekenkrediten vorgenommen, indem ein typischer Hypothekenkredit mit

einprozentiger anfänglicher Tilgung unterstellt und aus der Relation von Verkehrswert zu angegebener Restschuld (interpretiert als Summe der ausstehenden Annuitätenzahlungen) auf die tatsächliche Restschuld (definiert als verbleibende Darlehenssumme) geschlossen wurde.²² Die Methodik dieser Bereinigung ist detailliert im Anhang beschrieben. Die Ergebnisse können jedoch nur als Näherungsgrößen verstanden werden, da weder das Zinsniveau noch die anfängliche Tilgungsrate noch der tatsächliche Beleihungsumfang der Immobilie bekannt sind. Zudem ist durchaus nicht sicher, ob die Frage von den Haushalten üblicherweise in diesem Sinne interpretiert wurde. Diese Variante wurde in Kombination mit der oben beschriebenen Variante 2 als Variante 2a berechnet.

Tabelle 31 und Tabelle 32 stellen die nach Dezilen geordneten Mittelwerte des Immobilienvermögens in den verschiedenen Aufbereitungen des Datensatzes dar. Abbildung 9 zeigt die dazugehörigen Dezilverteilungen. Es ist deutlich erkennbar, dass die Aufbereitung nach Variante 2 und 3 zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Immobilienvermögen relativ zur Verteilung auf Basis der Originaldaten führen. Variante 1 bleibt dagegen recht nah an der ursprünglichen Dezilverteilung. Betrachtet man die Steigerungsraten des Immobilienvermögens im Zeitverlauf und vergleicht sie mit den von der Deutschen Bundesbank im Rahmen der Finanzierungsrechnung ermittelten Werten, so weist allerdings lediglich die Bereinigung nach Variante 1 im Zehnjahresvergleich plausible Steigerungsraten auf (siehe Tabelle 34). Die umfassende Ersetzung fehlender Werte nach Variante 2 führt dagegen zu Wachstumsraten, die im Vergleich zu den Bundesbank-Ergebnissen überzeichnet erscheinen.²³ Zudem weisen die Bruttoimmobilienvermögen – mit Ausnahme der Bruttowerte für 1998 – in der EVS einen höheren Wert des privaten Immobilienvermögens auf als die Ergebnisse der Bundesbank. Dies deutet auf eine prinzipielle Überschätzung der Verkehrswerte durch die privaten Haushalte in den EVS-Erhebungen hin.²⁴

Variante 2a, in der die Restschulden aus Hypothekenkrediten nach der bisherigen Definition geschätzt wurden, zeigt eine nochmals nivelliertere Verteilung des Nettoimmobilienvermögens. Um zu überprüfen, wie sich die Verteilung der Immobilienschulden im

²² Eine Berücksichtigung der Relation von Verkehrswert zu Darlehen ist erforderlich, um auf den Tilgungsgrad des Darlehens rückschließen zu können.

²³ Zu berücksichtigen ist allerdings, dass auch die Daten der Bundesbank nur Schätzcharakter haben und auf einer Fortschreibung einmalig ermittelter Bestandsdaten mit Nettoinvestitionsdaten beruhen. Da in der EVS 1993 möglicherweise überhöhte Immobilienvermögen aufgrund später nicht realisierter Rückübertragungsansprüche auf Immobilien auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ausgewiesen wurden (vgl. Schüssler/Buslei/Lang S. 69), wäre im Vergleich von 1993 zu 2003 allerdings tendenziell eine niedrigere Wachstumsrate als in der Finanzierungsrechnung zu erwarten.

²⁴ Siehe zur Überschätzung von Verkehrswerten auch Schüssler/Buslei/Lang (2000), S. 69.

Vergleich zur unkorrigierten Version (Variante 2) und zur EVS 1998 verhält, wurden entsprechende Dezilverteilungen der Hypothekenschulden berechnet. Die Haushalte sind hier nach der Höhe ihres Nettovermögens geordnet, ausgewiesen sind die jeweiligen Hypothekenschulden in Euro und die kumulierte Dezilverteilung. Abbildung 36 (im Anhang) zeigt, dass die sich ergebende Verteilung mit geschätzten Restschulden deutlich von der unkorrigierten Variante 2 und auch von der Verteilung in der Stichprobe 1998 abweicht. Während die Ergebnisse von Variante 2 in 2003 und 1998 – mit einem entsprechenden Niveauunterschied bei den absoluten Werten – recht gut übereinstimmen, zeigt die geschätzte Variante deutliche Abweichungen in der Verteilung. Dies deutet darauf hin, dass die Annahmen, die der Ermittlung des Korrekturfaktors (siehe Anhang 5.2) zugrunde liegen, unzutreffend sind und/oder die Restschuld nicht einheitlich als Summe der noch ausstehenden Annuitätenzahlungen interpretiert wurde. Wegen der starken Verzerrungen durch die geschätzte Korrektur wurde diese Variante daher in den weiteren Analysen nicht mehr verfolgt. Auch der Vergleich mit den aggregierten Daten der Deutschen Bundesbank (vgl. Tabelle 34) deutet darauf hin, dass diese Variante eine deutliche Überschätzung der Nettoimmobilienvermögen bzw. eine Unterschätzung der Restschulden impliziert.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse des Zeitvergleichs der Verteilung anhand der übrigen Varianten wegen der geänderten Schuldendefinition unter einem besonders starken Vorbehalt stehen. Da die Immobilienschulden bei weniger vermögenden Haushalten in einer höheren Relation zum gesamten Bruttovermögen stehen als bei wohlhabenderen Haushalten, hat eine definitorisch bedingte Erhöhung der Immobilienschulden hier stärkere relative Auswirkungen (vgl. Tabelle 36). Wie groß dieser Effekt ist, kann jedoch auf der Basis der vorliegenden Daten nicht quantifiziert werden.

In den folgenden Analysen werden zur Verdeutlichung der statistischen Unsicherheit jeweils zwei Varianten berechnet: eine mit umfassender Ersetzung und eine mit konservativer Ersetzung von fehlenden Immobilienwerten (Variante 1 und 2). Variante 3 wird dagegen nicht durchgängig ausgewiesen, da sie zu ähnlichen Ergebnissen wie Variante 2 führt.

Tabelle 30: Angaben zu Immobilienvermögen in der EVS 2003

	Anzahl Haushalte ungewichtet)	Anteil an allen Haushalten (unge- wichtet (%))
Angaben zu Immobilienvermögen		
ohne Immobilien	23.205	40,61
mit Immobilien	32.809	57,42
- ohne Angabe eines Verkehrswertes	1.369	2,40
- ohne jegliche weitere Angaben	850	1,49
keine Angaben	279	0,49
Summe	57.143	100
Angaben zu Hypotheken		
ohne Hypotheken	19.351	33,86
mit Hypotheken	20.233	35,41
mit Hypotheken ohne weitere Angaben	195	0,34
keine Angaben ²⁵	17.364	30,39
Summe	57.143	100

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Basis ungewichtete Werte.

Tabelle 31: Vergleich der Nettoimmobilienvermögen für alle Haushalte
 – Mittelwerte der Dezile

Dezil	unbereinigt	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Variante 2a
1	-9.486	-4.839	-4.968	-4.987	-214
2	0	0	0	0	0
3	0	0	0	0	0
4	0	0	0	0	0
5	0	0	0	0	0
6	4.217	6.197	19.268	16.467	38.294
7	60.124	63.995	82.018	76.660	101.209
8	122.312	124.847	141.089	133.510	155.211
9	195.876	198.821	211.507	206.298	222.572
10	468.471	478.765	482.168	485.889	501.193

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro.

²⁵ Die hohe Zahl der Hypotheken ohne Angaben ist auf eine entsprechende Sprunganweisung im Fragebogen zurückzuführen.

Tabelle 32: Vergleich der Immobilienvermögen der Haushalte mit Immobilienvermögen – Mittelwerte der Dezile

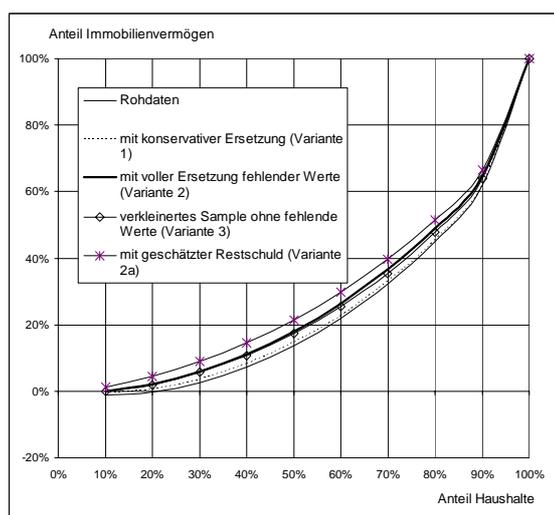
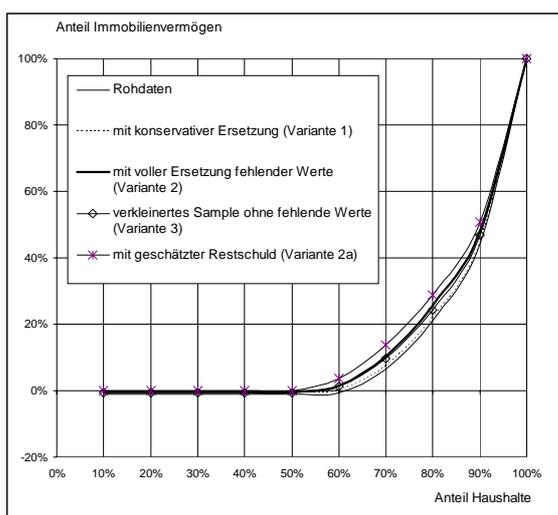
Dezil	unbereinigt	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Variante 2a
1	-19.272	-9.688	-1.624	-2.314	27.496
2	14.427	19.405	41.981	40.056	66.111
3	50.110	54.110	73.006	69.304	93.420
4	81.579	84.952	100.897	96.840	117.708
5	110.082	112.504	129.844	123.884	144.136
6	141.531	144.230	160.028	153.496	173.731
7	177.822	180.754	194.966	189.115	206.162
8	220.955	223.610	233.614	231.730	244.499
9	291.938	295.741	302.056	305.125	315.082
10	655.894	673.244	673.662	682.744	698.759

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro.

Abbildung 9: Kumulierte Dezilverteilungen des Immobilienvermögens im Vergleich

Alle Haushalte

Haushalte mit Immobilienvermögen



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen

Tabelle 33: Erfassungsgrad des Immobilienvermögens in der EVS im Vergleich zur Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank

	Brutto			Netto			
	FR	EVS	EVS/FR	FR	EVS	EVS/FR	
2003	3.905	Unbereinigt	4.082	104,5 %	2.909	3.128	107,5 %
		Variante 1	4.181	107,1%		3.224	110,8%
		Variante 2	4.441	113,7%		3.484	119,8%
		Variante 2a	4.441	113,7 %		3.785	130,1%
1998	3.723	3.720	99,9%	2.886	3.036	105,2%	
1993	3.096	3.312	107,0%	2.521	2.813	111,6%	

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Mrd. Euro

Tabelle 34: Vergleich der Entwicklung der Immobiliengesamtvermögens Bundesbank (FR) und EVS

	Änderung brutto		Änderung netto	
	Zu 1993	zu 1998	zu 1993	zu 1998
EVS				
2003 Variante 1	26,2%	12,4%	14,6%	6,2%
2003 Variante 2	34,1%	19,4%	23,9%	14,8%
2003 Variante 2a			34,6 %	24,7 %
1998	12,3%		7,9%	
Finanzierungsrechnung				
2002*	26,1%	4,9%	15,4%	0,8%
1998	20,3 %		14,5%	

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen, *Daten für Jahresende 2002

Tabelle 35: Anteil der Haushalte mit Immobilienschulden nach Quintilen des Nettogesamtvermögens

	Alle	1.	2.	3.	4.	5.
	Fünftel der nach ihrem Nettovermögen Geordneten Haushalte					
	Alle	1	2	3	4	5
Deutschland	27,6%	4,2%	4,7%	29,7%	52,5%	46,7%
Alte Bl.	29,3 %	4,0%	6,2%	36,7%	52,3%	47,4%
Neue Bl.	20,5%	5,5%	2,3%	20,5%	38,3%	47,2%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 36: Anteil der Hypothekenschulden am Gesamtvermögen (brutto)

	Alle	1.	2.	3.	4.	5.
	Fünftel der nach ihrem Nettovermögen Geordneten Haushalte					
Alle Haushalte						
Deutschland	16,3%	103,1%	29,7%	32,9%	21,1%	10,1%
Alte Bl.	16,0%	100,3%	33,2%	33,5%	18,6%	9,7%
Neue Bl.	19,9%	108,0%	22,0%	23,3%	26,5%	14,1%
Haushalte mit Immobilien						
Deutschland	17,6%	122,0%	81,2%	49,2%	22,4%	10,2%
Alte Bl.	17,1%	120,3%	82,3%	45,9%	19,4%	9,8%
Neue Bl.	23,1%	125,3%	72,4%	55,9%	33,3%	14,5%
Haushalte mit Hypothekenschulden						
Deutschland	28,9%	123,2%	86,3%	58,2%	33,8%	18,5%
Alte Bl.	28,1%	121,3%	84,2%	54,5%	30,7%	17,7%
Neue Bl.	37,1%	127,3%	89,5%	72,9%	46,4%	25,4%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

2.3.3 Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenshöhe im West-Ost-Vergleich

Nach den Ergebnissen der EVS 2003 verfügen die bundesdeutschen Haushalte im Durchschnitt aller Haushalte über ein Bruttoimmobilienvermögen von rund 112.000 Euro (Variante 1) bzw. rund 120.000 Euro (Variante 2) (siehe Tabelle 37). Diesem Bruttoimmobilienvermögen stehen im Durchschnitt Hypothekenschulden von durchschnittlich etwas mehr 26.000 Euro gegenüber, so dass sich in Variante 1 ein durchschnittliches Nettoimmobilienvermögen von knapp 87.000 Euro (Variante 1) bzw. rund 93.000 Euro (Variante 2) für alle Haushalte berechnet. Wegen der niedrigen Eigentümerquote – hier bezogen auf das tatsächliche Vorhandensein von Immobilienvermögen mit Wertangaben – von knapp 46 Prozent (Variante 1) bzw. knapp 49 Prozent (Variante 2) im Bundesdurchschnitt ergibt sich – bezogen auf die Haushalte, die tatsächlich über Immobilienbesitz verfügen – ein deutlich höherer Wert des Bruttoimmobilienvermögens von rund 230.500 Euro (Variante 1) bzw. rund 245.000 Euro (Variante 2) und rund 178.000 Euro (Variante 1) bzw. 192.000 Euro (Variante 2) für das Nettoimmobilienvermögen.

Legt man die Ergebnisse der Variante 2 zugrunde, so stagniert die Eigentümerquote in der langfristigen Betrachtung in Westdeutschland bei rund 51 Prozent (s. Tabelle 38 und Tabelle 45). Wenn Variante 1 zugrunde gelegt wird, ist sie dagegen leicht rückläufig (auf knapp 48 Prozent von 49,1 Prozent in 1998 bzw. 50,7 Prozent in 1993). In Ostdeutschland ist dagegen der Anteil der Haushalte mit Immobilienbesitz von 27,4 Prozent in 1993 auf 39,2 Prozent (in Variante 2) bzw. 37 Prozent (in Variante 1) 2003 angestiegen. Damit verbunden war allerdings auch ein deutlicher Anstieg des Anteils der Haushalte mit Immobilieneigentum, die noch Restschulden aus Immobilienkrediten zu tilgen haben. Er liegt 2003 bei 50,7 Prozent der ostdeutschen Immobilieneigentümer (1993: 37,6 %). Trotz dieses deutlichen Anstiegs liegt der Anteil der verschuldeten Immobilieneigentümer noch unter demjenigen der westdeutschen Haushalte (55,1 %), jeweils bezogen auf die Angaben aus der Vorfrage bzw. nach Variante 2.

In Bezug auf die durchschnittlichen Immobilienvermögen je Haushalt sind nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen westdeutschen und ostdeutschen Haushalten festzustellen (Tabelle 39): Bezogen auf die Haushalte mit Immobilieneigentum betrug das durchschnittliche Nettoimmobilienvermögen der ostdeutschen Haushalte in beiden hier berechneten Varianten nur ca. 45 % des Immobilienvermögens der westdeutschen Immobilieneigentümer. Wegen der relativ zum Verkehrswert im Durchschnitt höheren Verschuldung der ostdeutschen Haushalte ist die Ost-West-Relation der Bruttoimmobilienvermögen mit rund 50 Prozent etwas höher.

Die Ost-West-Relation der Immobilienvermögen hat sich im Durchschnitt, bezogen auf alle Haushalte, wegen der in Ostdeutschland erheblich gestiegenen, im Westen aber

langfristig konstanten bzw. leicht rückläufigen Eigentümerquote deutlich erhöht. Bezogen auf das Bruttoimmobilienvermögen der Haushalte, die tatsächlich über Immobilienvermögen verfügen, hat sich die Ost-West-Relation dagegen nur unwesentlich verändert. Wegen des gestiegenen Verschuldungsgrades der ostdeutschen Haushalte hat sich die Relation bei den Nettoimmobilienvermögen sogar verringert.

Bezogen auf die Haushalte mit Immobilieneigentum sind die Immobilienvermögen im Vergleich der Erhebungen 2003 und 1993 brutto um 12,7 Prozent (Variante 1) bzw. 19,7 Prozent (Variante 2), unter Berücksichtigung der gestiegenen Verschuldung allerdings netto nur um 2,4 Prozent (Variante 1) bzw. 9,8 Prozent (Variante 2) gestiegen (siehe Tabelle 44). Für West- und Ostdeutschland zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen, je nachdem ob das Brutto- oder das Nettoimmobilienvermögen betrachtet wird. In der Bruttobetrachtung sind die Immobilienvermögen der Haushalte mit Immobilienbesitz im Osten stärker gewachsen als im Westen. Wegen der höheren Verschuldung ergibt sich im Osten allerdings eine geringere Steigerungsrate des Nettoimmobilienvermögens.

Bereinigt man die Veränderungen um die Steigerung des Konsumentenpreisindex, so sind – wegen der gestiegenen Eigentümerquote – nur in Ostdeutschland im Durchschnitt aller Haushalte in der Zehnjahresperspektive reale Steigerungen des Immobilienvermögens zu verzeichnen (vgl. Tabelle 44). Bei Bereinigung um die geringere Steigerung der Immobilienpreise sind dagegen auch in Westdeutschland reale Steigerungsraten zu verzeichnen.²⁶

Die Verteilung des Immobilienvermögens (vgl. Tabelle 40 - Tabelle 43) nach sozialen Gruppen hat sich im Zeitverlauf weniger geändert als beim Geldvermögen. Die größte Gruppe der Immobilienbesitzer stellen mit einem Anteil von rund 47 Prozent die Arbeitnehmer dar. Zweitgrößte und – wie auch beim Geldvermögen im Zeitverlauf wachsende – Gruppe sind die nichterwerbstätigen Immobilienbesitzer, die sich im Wesentlichen aus Rentnern und Pensionären zusammensetzen. Allerdings bestehen hier Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Insgesamt gesehen hat die Gruppe der Nichterwerbstätigen einen geringeren Anteil am gesamten Immobilienvermögen der ostdeutschen Haushalte als im Westen. Innerhalb dieser Gruppe nehmen die Arbeitslosen einen deutlich höheren Anteil als im Westen ein.

²⁶ Zur Deflationierung der Immobilienpreise wurde ein Mittelwert aus den Immobilienpreisindizes für neue und bestehende Wohnimmobilien gebildet, der nicht regional differenziert ist. Die Basisdaten wurden von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS) zur Verfügung gestellt.

Tabelle 37: Durchschnittliches Immobilienvermögen, Mittelwerte je Haushalt

Deutschland	EVS 93	EVS98	EVS 03 (Var. 1)	EVS 03 (Var. 2)
Alle Haushalte				
Bruttoimmobilienvermögen	93.024	101.135	112.438	119.494
Hypothekenschulden	14.016	18.598	25.666	26.404
Nettoimmobilienvermögen	79.008	82.537	86.772	93.103
Haushalte mit Immobilienvermögen				
Bruttoimmobilienvermögen	204.549	218.996	230.457	244.919
Hypothekenschulden	30.819	40.272	52.590	54.085
Nettoimmobilienvermögen	173.730	178.724	177.867	190.834

Alte Bundesländer	EVS 93	EVS98	EVS 03 (I)	EVS 03 (II)
Alle Haushalte				
Bruttoimmobilienvermögen	110.824	115.222	125.801	133.808
Hypothekenschulden	16.896	20.712	27.864	28.700
Nettoimmobilienvermögen	93.928	94.510	97.937	105.114
Haushalte mit Immobilienvermögen				
Bruttoimmobilienvermögen	218.407	234.653	246.582	262.276
Hypothekenschulden	33.298	42.180	54.598	56.220
Nettoimmobilienvermögen	185.109	192.473	191.984	206.057

Neue Bundesländer	EVS 93	EVS98	EVS 03 (I)	EVS 03 (II)
Alle Haushalte				
Bruttoimmobilienvermögen	28.750	39.826	49.065	52.016
Hypothekenschulden	2.940	9.415	14.818	15.226
Nettoimmobilienvermögen	25.810	30.411	34.246	36.813
Haushalte mit Immobilienvermögen				
Bruttoimmobilienvermögen	105.049	117.540	125.187	132.715
Hypothekenschulden	10.742	27.787	37.808	38.829
Nettoimmobilienvermögen	94.307	89.753	87.379	93.887

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro.

Tabelle 38: Anteil der Haushalte mit Immobilien und Immobilienkrediten an allen Haushalten (nach Angabe Vorhandensein)

		1993	1998	2003
Deutschl.	Eigentum	45,5%	46,2%	48,8%
	Mit Immobilienkredit	23,5%	24,7%	26,5%
	Anteil Eigentümer mit Immobilienkredit	51,6%	53,4%	54,2%
Alte Bl.	Eigentum	50,7%	49,1%	51,0%
	mit Immobilienkredit	27,2%	26,7%	28,1%
	Anteil Eigentümer mit Immobilienkredit	53,6%	54,3%	55,1%
Neue Bl.	Eigentum	27,4%	33,9%	39,2%
	mit Immobilienkredit	10,3%	16,5%	19,9%
	Anteil Eigentümer mit Immobilienkredit	37,6%	48,8%	50,7%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen

Tabelle 39: Relation der durchschnittlichen Immobilienvermögensbestände Ost/West

	1993	1998	2003 Var. 1	2003 Var. 2
Alle Haushalte				
Bruttoimmobilienvermögen	25,9%	34,6%	39,0%	38,9%
Schulden	17,4%	45,5%	53,2%	53,1%
Nettoimmobilienvermögen	27,5%	32,2%	35,0%	35,0%
Haushalte mit Immobilienvermögen				
Bruttoimmobilienvermögen	48,1%	50,1%	50,8%	50,6%
Schulden	32,3%	65,9%	69,8%	69,8%
Nettoimmobilienvermögen	50,9%	46,6%	45,4%	45,5%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 40: Nettoimmobilienvermögen – Verteilung nach sozialen Gruppen

	1993	1998	2003 Var. 1	2003 Var. 2
Deutschland				
Arbeitnehmer	47,0%	49,4%	46,8%	46,6%
Selbständige	16,2%	14,5%	16,2%	15,7%
Nichterwerbstätige	36,9%	36,1%	36,9%	37,7%
darunter:				
Rentner/Pensionäre	31,4%	30,8%	33,7%	34,3%
Arbeitslose	2,4%	2,7%	2,1%	2,1%
Alte Bundesländer				
Arbeitnehmer	46,8%	49,4%	46,7%	46,5%
Selbständige	15,6%	13,8%	15,8%	15,3%
Nichterwerbstätige	37,5%	36,9%	37,4%	38,2%
darunter:				
Rentner/Pensionäre	32,9%	31,4%	34,3%	34,9%
Arbeitslose	2,3%	2,5%	1,9%	2,0%
Neue Bundesländer				
Arbeitnehmer	53,3%	62,0%	56,4%	56,0%
Selbständige	13,3%	10,8%	14,2%	14,0%
Nichterwerbstätige	33,4%	27,2%	29,4%	30,0%
darunter:				
Rentner/Pensionäre	19,2%	21,8%	23,6%	24,1%
Arbeitslose	6,4%	5,1%	5,7%	5,8%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 41: Nettoimmobilienvermögen – Mittelwerte nach sozialen Gruppen (alle)

	1993	1998	2003 Var. 1	2003 Var. 2
Deutschland				
Arbeitnehmer	73.566	77.260	79.295	84.669
Selbständige	198.065	196.584	199.438	206.266
Nichterwerbstätige	67.543	72.464	76.865	84.285
darunter:				
Rentner	75.541	74.735	80.161	88.138
Arbeitslose	36.961	40.789	29.948	33.555
Alte Bundesländer				
Arbeitnehmer	85.797	87.482	87.803	93.783
Selbständige	212.500	203.136	207.484	214.857
Nichterwerbstätige	84.283	86.510	90.737	99.420
darunter:				
Rentner	92.233	90.722	95.075	104.525
Arbeitslose	50.280	51.215	36.824	41.048
Neue Bundesländer				
Arbeitnehmer	29.327	36.626	40.753	43.444
Selbständige	76.752	80.174	92.137	97.383
Nichterwerbstätige	17.732	18.624	21.246	23.379
darunter:				
Rentner	16.854	19.519	23.134	25.540
Arbeitslose	18.028	17.973	18.425	19.999

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Die Haushalte wurden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands klassifiziert. Alle Werte in Euro.

Tabelle 42: Nettoimmobilienvermögen – Mittelwerte nach sozialen Gruppen (Haushalte mit Immobilien)

	1993	1998	2003 Var. 1	2003 Var. 2
Deutschland				
Arbeitnehmer	156.053	158.786	162.059	164.709
Selbständige	274.404	292.044	298.504	294.827
Nichterwerbstätige	170.858	181.722	200.050	201.295
darunter:				
Rentner	171.771	179.120	194.088	195.795
Arbeitslose	147.777	144.252	140.735	144.430
Alte Bundesländer				
Arbeitnehmer	165.218	172.452	175.102	177.971
Selbständige	286.682	298.510	309.342	305.668
Nichterwerbstätige	185.557	196.922	219.065	220.177
darunter:				
Rentner	184.524	194.767	213.105	214.856
Arbeitslose	169.459	176.753	175.358	178.286
Neue Bundesländer				
Arbeitnehmer	97.144	90.298	90.364	91.885
Selbständige	139.298	143.677	143.958	143.724
Nichterwerbstätige	80.253	77.188	82.675	83.767
darunter:				
Rentner	71.897	77.609	83.325	84.380
Arbeitslose	96.191	73.945	79.886	81.600

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Die Haushalte wurden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands klassifiziert. Alle Werte in Euro.

Tabelle 43: Immobilieneigentumsquoten nach sozialen Gruppen (in Prozent)

	1993	1998	2003 Var. 1	2003 Var. 2
Deutschland				
Selbständige	72,2	67,3	66,8	70,0
Arbeitnehmer	47,1	48,7	48,9	51,4
Nicht-Erwerbstätige	39,5	39,9	38,4	41,9
Darunter				
Rentner	44,0	41,7	41,3	45,0
Arbeitslose	25,0	28,3	21,3	23,3
Alte Bundesländer				
Selbständige	74,1	68,1	67,1	70,3
Arbeitnehmer	51,9	50,7	50,2	52,7
Nicht-Erwerbstätige	45,4	43,9	41,4	45,2
Darunter				
Rentner	50,0	46,6	44,6	48,7
Arbeitslose	29,7	29,0	21,1	23,1
Neue Bundesländer				
Selbständige	55,1	55,8	64,0	67,8
Arbeitnehmer	30,2	40,6	45,1	47,3
Nicht-Erwerbstätige	22,1	24,1	25,7	27,9
Darunter				
Rentner	23,4	25,2	27,8	30,2
Arbeitslose	18,7	24,3	23,1	24,5

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Die Haushalte wurden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands klassifiziert.

Tabelle 44: Veränderungsraten des durchschnittlichen Immobilienvermögens je Haushalt

	Deutschland					Alte Bundesländer					Neue Bundesländer				
	93-98	98-03 I	98-03 II	93-03 I	93-03 II	93-98	98-03 I	98-03 II	93-03 I	93-03 II	93-98	98-03 I	98-03 II	93-03 I	93-03 II
Alle Haushalte															
Bruttovermögen	8,7%	11,2%	18,2%	20,9%	28,5%	4,0%	9,2%	16,1%	13,5%	20,7%	38,5%	23,2%	30,6%	70,7%	80,9%
Hypotheken	32,7%	38,0%	42,0%	83,1%	88,4%	22,6%	34,5%	38,6%	64,9%	69,9%	220,3%	57,4%	61,7%	404,1%	417,9%
Nettovermögen	4,5%	5,1%	12,8%	9,8%	17,8%	0,6%	3,6%	11,2%	4,3%	11,9%	17,8%	12,6%	21,1%	32,7%	42,6%
Haushalte mit Immobilienvermögen															
Bruttovermögen	7,1%	5,2%	11,8%	12,7%	19,7%	7,4%	5,1%	11,8%	12,9%	20,1%	11,9%	6,5%	12,9%	19,2%	26,3%
Hypotheken	30,7%	30,6%	34,3%	70,6%	75,5%	26,7%	29,4%	33,3%	64,0%	68,8%	158,7%	36,1%	39,7%	252,0%	261,5%
Nettovermögen	2,9%	-0,5%	6,8%	2,4%	9,8%	4,0%	-0,3%	7,1%	3,7%	11,3%	-4,8%	-2,6%	4,6%	-7,3%	-0,4%
Bereinigt um Veränderungen des Konsumentenpreisindex															
Alle Haushalte															
Bruttovermögen	0,5%	4,8%	11,3%	5,3%	11,9%	-3,9%	2,9%	9,4%	-1,1%	5,2%	28,1%	16,1%	23,1%	48,7%	57,6%
Hypotheken	22,7%	30,0%	33,8%	59,5%	64,1%	13,3%	26,8%	30,6%	43,7%	48,0%	196,1%	48,3%	52,4%	339,1%	351,2%
Nettovermögen	-3,4%	-0,9%	6,3%	-4,3%	2,7%	-7,0%	-2,4%	4,8%	-9,2%	-2,5%	8,9%	6,1%	14,1%	15,6%	24,3%
Haushalte mit Immobilienvermögen															
Bruttovermögen	-1,0%	-0,8%	5,4%	-1,9%	4,3%	-0,7%	-1,0%	5,3%	-1,6%	4,6%	3,4%	0,4%	6,4%	3,8%	10,1%
Hypotheken	20,8%	23,1%	26,6%	48,7%	52,9%	17,1%	22,0%	25,6%	42,8%	47,1%	139,1%	28,2%	31,7%	206,6%	214,9%
Nettovermögen	-4,9%	-6,2%	0,6%	-10,8%	-4,3%	-3,9%	-6,0%	0,9%	-9,6%	-3,0%	-12,0%	-8,3%	-1,4%	-19,3%	-13,3%
Bereinigt um Veränderungen des Immobilienpreisindex															
alle Haushalte															
Bruttovermögen	8,7%	7,9%	14,6%	17,3%	24,6%	4,0%	5,9%	12,7%	10,1%	17,2%	38,5%	19,5%	26,7%	65,6%	75,6%
Hypotheken	32,7%	33,9%	37,8%	77,7%	82,8%	22,6%	30,5%	34,5%	60,0%	64,8%	220,3%	52,7%	56,9%	389,1%	402,5%
Nettovermögen	4,5%	2,0%	9,5%	6,6%	14,3%	0,6%	0,5%	7,9%	1,2%	8,6%	17,8%	9,3%	17,5%	28,7%	38,4%
Haushalte mit Immobilienvermögen															
Bruttovermögen	7,1%	2,1%	8,5%	9,3%	16,2%	7,4%	2,0%	8,5%	9,5%	16,5%	11,9%	3,3%	9,6%	15,6%	22,6%
Hypotheken	30,7%	26,7%	30,3%	65,6%	70,3%	26,7%	25,6%	29,3%	59,1%	63,8%	158,7%	32,0%	35,6%	241,5%	250,7%
Nettovermögen	2,9%	-3,4%	3,6%	-0,7%	6,6%	4,0%	-3,2%	3,9%	0,6%	8,0%	-4,8%	-5,5%	1,5%	-10,1%	-3,4%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen, CPI= Konsumentenpreisindex für Gesamtdeutschland, Immobilienpreisindex = Mittelwert aus Bulwien-Index für neue und bestehende Wohnimmobilien (Quelle für Basisdaten: BIS); I = Variante 1, II= Variante 2 für 2003.

2.3.4 Die haushaltsbezogene Verteilung und ihre Entwicklung

2.3.4.1.1 Die Entwicklung der Verteilung des Immobilienvermögens für alle Haushalte

Eine nach Quintilen des Nettogesamtvermögen (Immobilienvermögen und Geldvermögen abzgl. Schulden) differenzierte Betrachtung der Immobilieneigentumsquoten zeigt zunächst, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Gesamtvermögenshöhe eines Haushalts und der Immobilieneigentumsquote besteht (vgl. Tabelle 45). Während im ersten und zweiten Quintil der Gesamtvermögensverteilung nur ein kleiner Anteil der Haushalte über Immobilieneigentum verfügt, steigt der Anteil in der Mitte der Vermögensverteilung auf Werte zwischen rund 35 bis 50 Prozent an. In den beiden oberen Vermögensquintilen besitzen – auf Westdeutschland bezogen – mehr als 90 Prozent der Haushalte Immobilieneigentum. In Ostdeutschland liegt die Eigentumsquote im vierten Quintil mit unter 70 Prozent noch deutlich niedriger.

Über die Entwicklung der Immobilieneigentumsquoten in der Quintilverteilung im Zeitverlauf lassen sich aus den vorliegenden Daten der EVS keine gesicherten Erkenntnisse ableiten. In Abhängigkeit vom Umfang der Ersetzung fehlender Werte ergeben sich unterschiedliche Entwicklungen auch für die Immobilieneigentumsquoten, sofern man auf das tatsächliche Vorhandensein von werthaltigem Immobilieneigentum abstellt und nicht auf die positive Beantwortung der entsprechenden Vorfrage. Für den Zeitvergleich ist dies dann sinnvoll, wenn in früheren Aufbereitungen der EVS seitens des Statistischen Bundesamtes nicht in allen Fällen offene Werte durch Imputationen ersetzt, sondern auch Korrekturen beim Ergebnis der Vorfrage nach dem Vorhandensein von Immobilienbesitz vorgenommen wurden. Im Übrigen entspricht die vollständige Ersetzung nach Variante 2 weitestgehend den Ergebnissen der Vorfrage.

Allen Szenarien ist gemeinsam, dass sie in den beiden unteren Quintilen der Verteilung höhere Eigentumsquoten als in den früheren Erhebungen ausweisen. Für die Mitte der Verteilung ergibt sich in der Variante 1 mit konservativer Ersetzung fehlender Werte für Westdeutschland – bezogen sowohl auf 1993 als auch auf 1998 – eine Verringerung der Eigentumsquote. In den anderen Varianten ergeben sich dagegen kaum veränderte Werte im Vergleich zu 1993, dagegen eine Zunahme im Vergleich zu 1998. Für Ostdeutschland weisen dagegen alle Szenarien steigende Quoten sowohl in der Mitte als auch am oberen Rand der Verteilung aus. Ein Vergleich mit den Quoten der in der eigenen Wohnung wohnenden Haushalte aus dem Mikrozensus 1998 und 2002 sowie der 1-Prozent-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 zeigt im Vergleich dieser Jahre für West-

deutschland leicht steigende Eigentumsquoten und bestätigt damit tendenziell die Ergebnisse der Aufbereitungsvarianten 2 und 3.²⁷ Ein Vergleich der Angaben der Haushalte zu ihrer Wohnsituation (Wohnen in Miete, Eigentum oder mietfrei) im Vergleich der Stichproben 1993, 1998 und 2003 deutet ebenfalls auf leicht steigende Eigentümerquoten in Westdeutschland hin.²⁸

Beim Vergleich der Mittelwerte der Dezile der Haushalte mit Immobilienvermögen fällt der negative Betrag im ersten Dezil der Stichprobe 2003 auf, der in den vorherigen Erhebungen nicht zu beobachten war (siehe Tabelle 46). Dieser negative Betrag ist auf Angaben von Haushalten zurückzuführen, deren Hypothekenschulden höher als die von ihnen angegebenen Verkehrswerte waren. Dieser Effekt kann einerseits auf die neue Definition der Hypothekenschulden in der EVS 2003 als Summe der Tilgung inkl. Zinsen zurückgeführt werden. In dieser Definition ist eine Restschuldsumme oberhalb des Verkehrswerts plausibel.²⁹ Darüber hinaus kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass negative Nettoimmobilienvermögen wegen verlustreicher Investitionen auftreten. Allerdings wurde in einer Sensitivitätsanalyse geprüft, welche Auswirkungen eine Zensurierung der Verteilung ausschließlich auf Fälle mit positivem Immobilienvermögen auf die Entwicklung der gesamten Vermögensverteilung haben würde. Im Ergebnis zeigen sich größere Effekte lediglich im ersten Dezil der gesamten Nettovermögensverteilung (vgl. auch Tabelle 130 im Anhang mit der Darstellung einer entsprechend zensierten Quintilverteilung).

Tabelle 47, Tabelle 48 und Abbildung 10 verdeutlichen, dass die Verteilung des Immobilienvermögens in den hier betrachteten Varianten 1 und 2 im Vergleich zu 1998 und 1993 in Westdeutschland sowohl bei Betrachtung über alle Haushalte als auch bei alleiniger Betrachtung der Immobilieneigentümer ungleichmäßiger geworden ist. Dies gilt sowohl auf Ebene der Bruttoimmobilienvermögen als auch auf Ebene der Nettoimmobilienvermögen. Allerdings ist die Zunahme der Ungleichheit bei den Bruttoimmobilienvermögen weniger stark ausgeprägt als bei den Nettoimmobilienvermögen. In Ostdeutschland ist dagegen – bezogen auf alle Haushalte – wegen der steigenden Eigentümerquote eine Nivellierung der Verteilung festzustellen. Innerhalb des größer gewordenen Segments der Eigentümerhaushalte ist dagegen eine etwas stärkere Konzentration

²⁷ Vgl. Tabelle 129 im Anhang. Allerdings liegen die Eigentumsquoten im Mikrozensus bzw. in der Gebäude- und Wohnungsstichprobe auf niedrigerem Niveau als in der EVS, da letztere auch vermieteten Immobilienbesitz, unbebaute Grundstücke und sonstige Immobilien einschließen.

²⁸ Vgl. Deckl/Krebs (2004), S. 221.

²⁹ Im Beispielfall des der Simulationsrechnung zugrundeliegenden Hypothekendarlehens (siehe Anhang 5.2) erreicht die Annuitätensumme erst im 14. Tilgungsjahr den Verkehrswert, sofern keine Wertsteigerungen angenommen werden. Wenn eine 2-prozentige Wertsteigerung angenommen wird, unterschreitet die Summe der ausstehenden Annuitäten den Verkehrswert nach 10 Jahren.

der Verteilung des Nettoimmobilienvermögens festzustellen, die auf die Verschuldung der neu hinzugekommenen Immobilieneigentümer zurückzuführen ist. In Bezug auf die Bruttoimmobilienvermögen zeigt sich dagegen ebenfalls eine Verteilungsnivellierung innerhalb der ostdeutschen Immobilieneigentümer.

Betrachtet man die Entwicklung der Mittelwerte in den Dezilen der Verteilung auf Zehnjahres-Sicht, so ist im Vergleich der Dezile ein geringerer Unterschied in den Veränderungsraten als beim Geldvermögen festzustellen. Im obersten Dezil der westdeutschen Verteilung haben die Immobilienvermögen um rund 28 Prozent (Variante 1 und 2) zugenommen, während sie im fünften Dezil um 8,7 Prozent abgenommen (Variante 1) bzw. leicht um 4,4 Prozent (Variante 2) zugenommen haben. Für Ostdeutschland ist dagegen eine heterogenere Entwicklung zu verzeichnen, die zudem stark von der gewählten Ersetzungsvariante abhängt.

Tabelle 45: Immobilieneigentumsquoten nach Quintilen des Nettogesamtvermögens

		Alle	1.	2.	3.	4.	5.
		Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte					
2003							
Variante 1	Deutschland	45,8	4,3	5,8	34,1	86,9	98,1
	Alte Bl.	47,9	3,8	5,6	40,5	91,2	98,3
	Neu Bl.	37,0	6,5	5,1	22,3	60,2	94,5
Variante 2	Deutschland	48,8	4,4	6,8	42,3	91,8	98,5
	Alte Bl.	51,0	4,0	6,9	50,7	94,5	98,8
	Neu Bl.	39,2	6,1	6,5	20,1	67,1	96,3
Variante 3	Deutschland	48,4	4,2	6,5	41,5	91,2	98,4
	Alte Bl.	50,6	3,8	6,5	50,0	93,9	98,7
	Neu Bl.	38,7	6,2	6,4	19,9	65,4	95,8
1998							
	Deutschland	46,2	1,1	4,9	34,3	91,76	98,85
	Alte Bl.	49,1	0,8	4,7	46,0	95,26	98,87
	Neu Bl.	33,9	1,6	5,2	14,5	52,59	95,56
1993							
	Deutschland	45,5	0,73	4,59	29,4	93,3	99,4
	Alte Bl.	50,7	0,8	4,82	51,3	97,4	99,4
	Neu Bl.	27,4	0,36	1,73	7,7	32,2	94,9

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. I = Variante 1, II = Variante 2 für 2003.

Tabelle 46: Mittelwerte der Dezile des Nettoimmobilienvermögens für Haushalte mit Immobilienvermögen

Dezil	1993	1998	2003 I	2003 II	98/03 I	98/03 I	93/03 I	93/03 II
Deutschland								
1	15859	21405	-9.688	-1.624	-145,3%	-107,6%	-161,1%	-110,2%
2	53712	56639	19.405	41.981	-65,7%	-25,9%	-63,9%	-21,8%
3	84863	88314	54.110	73.006	-38,7%	-17,3%	-36,2%	-14,0%
4	108041	111753	84.952	100.897	-24,0%	-9,7%	-21,4%	-6,6%
5	129061	136624	112.504	129.844	-17,7%	-5,0%	-12,8%	0,6%
6	152877	162143	144.230	160.028	-11,0%	-1,3%	-5,7%	4,7%
7	178347	189204	180.754	194.966	-4,5%	3,0%	1,3%	9,3%
8	209283	224644	223.610	233.614	-0,5%	4,0%	6,8%	11,6%
9	272050	283016	295.741	302.056	4,5%	6,7%	8,7%	11,0%
10	534749	522534	673.244	673.662	28,8%	28,9%	25,9%	26,0%
Alte Bundesländer								
1	25518	32471	-8.322	4.042	-125,6%	-87,6%	-132,6%	-84,2%
2	69501	73510	27.356	53.070	-62,8%	-27,8%	-60,6%	-23,6%
3	95892	100684	65.675	86.876	-34,8%	-13,7%	-31,5%	-9,4%
4	119205	125576	97.366	114.850	-22,5%	-8,5%	-18,3%	-3,7%
5	139612	147523	127.496	145.709	-13,6%	-1,2%	-8,7%	4,4%
6	161009	173663	158.660	177.200	-8,6%	2,0%	-1,5%	10,1%
7	189871	202305	194.340	207.513	-3,9%	2,6%	2,4%	9,3%
8	219980	236363	238.608	247.755	0,9%	4,8%	8,5%	12,6%
9	282004	295354	314.194	318.715	6,4%	7,9%	11,4%	13,0%
10	550102	545832	704.536	705.044	29,1%	29,2%	28,1%	28,2%
Neue Bundesländer								
1	5731	7799	-15.015	-13.683	-292,5%	-275,4%	-362,0%	-338,8%
2	14035	16092	4.388	12.279	-72,7%	-23,7%	-68,7%	-12,5%
3	27420	28078	18.558	29.773	-33,9%	6,0%	-32,3%	8,6%
4	43765	43330	37.726	47.793	-12,9%	10,3%	-13,8%	9,2%
5	65151	61777	55.562	66.118	-10,1%	7,0%	-14,7%	1,5%
6	87457	82322	74.951	84.827	-9,0%	3,0%	-14,3%	-3,0%
7	108559	105133	97.182	104.253	-7,6%	-0,8%	-10,5%	-4,0%
8	127572	130212	123.708	128.825	-5,0%	-1,1%	-3,0%	1,0%
9	154524	162794	161.695	163.764	-0,7%	0,6%	4,6%	6,0%
10	311765	268582	315.437	315.134	17,4%	17,3%	1,2%	1,1%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. I = Variante 1, II = Variante 2 für 2003. Alle Werte in Euro.

Tabelle 47: Kumulierte Dezilverteilungen des Nettoimmobilienvermögens

Deutschland

	Alle Haushalte				Haushalte mit Immobilienvermögen			
	1993	1998	2003 I	2003 II	1993	1998	2003 I	2003 II
1	0,0%	0,0%	-0,6%	-0,5%	0,9%	0,8%	-0,5%	-0,1%
2	0,0%	0,0%	-0,6%	-0,5%	4,0%	3,7%	0,5%	2,1%
3	0,0%	0,0%	-0,6%	-0,5%	8,8%	8,4%	3,6%	5,9%
4	0,0%	0,0%	-0,6%	-0,5%	15,1%	14,4%	8,4%	11,2%
5	0,0%	0,0%	-0,6%	-0,5%	22,5%	21,8%	14,7%	18,0%
6	1,4%	1,6%	0,2%	1,5%	31,3%	30,6%	22,8%	26,4%
7	11,2%	11,2%	7,5%	10,3%	41,5%	41,2%	33,0%	36,6%
8	27,6%	27,6%	21,9%	25,5%	53,6%	53,8%	45,5%	48,9%
9	50,9%	51,5%	44,8%	48,2%	69,2%	69,7%	62,2%	64,7%
10	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Westdeutschland

	Alle Haushalte				Haushalte mit Immobilienvermögen			
	1993	1998	2003 I	2003 II	1993	1998	2003 I	2003 II
1	0,0%	0,0%	-0,5%	-0,4%	1,4%	1,3%	-0,4%	0,2%
2	0,0%	0,0%	-0,5%	-0,4%	5,1%	4,7%	1,0%	2,8%
3	0,0%	0,0%	-0,5%	-0,4%	10,3%	9,7%	4,4%	7,0%
4	0,0%	0,0%	-0,5%	-0,4%	16,7%	16,0%	9,5%	12,6%
5	0,0%	0,0%	-0,5%	-0,4%	24,3%	23,5%	16,1%	19,6%
6	5,6%	4,1%	1,4%	3,3%	32,9%	32,3%	24,4%	28,2%
7	17,3%	15,3%	10,2%	13,3%	43,2%	42,6%	34,5%	38,3%
8	33,5%	31,6%	25,1%	29,0%	55,1%	55,1%	46,9%	50,3%
9	55,5%	54,6%	47,5%	50,9%	70,3%	70,7%	63,3%	65,8%
10	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Ostdeutschland

	Alle Haushalte				Haushalte mit Immobilienvermögen			
	1993	1998	2003 I	2003 II	1993	1998	2003 I	2003 II
1	0,0%	0,0%	-1,7%	-1,6%	0,6%	0,2%	-1,7%	-1,5%
2	0,0%	0,0%	-1,7%	-1,6%	2,1%	1,5%	-1,2%	-0,2%
3	0,0%	0,0%	-1,7%	-1,6%	4,9%	4,3%	0,9%	3,0%
4	0,0%	0,0%	-1,7%	-1,6%	9,5%	9,0%	5,2%	8,1%
5	0,0%	0,0%	-1,7%	-1,6%	16,4%	15,7%	11,6%	15,2%
6	0,0%	0,0%	-1,7%	-1,6%	25,7%	24,8%	20,1%	24,2%
7	0,0%	0,3%	-0,7%	0,7%	37,3%	36,4%	31,3%	35,3%
8	3,8%	9,5%	10,8%	14,3%	50,7%	51,1%	45,4%	49,0%
9	29,4%	37,0%	37,2%	41,1%	67,0%	69,4%	63,9%	66,5%
10	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

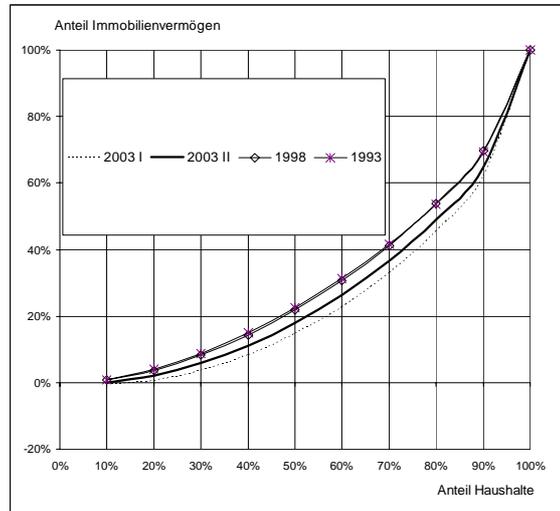
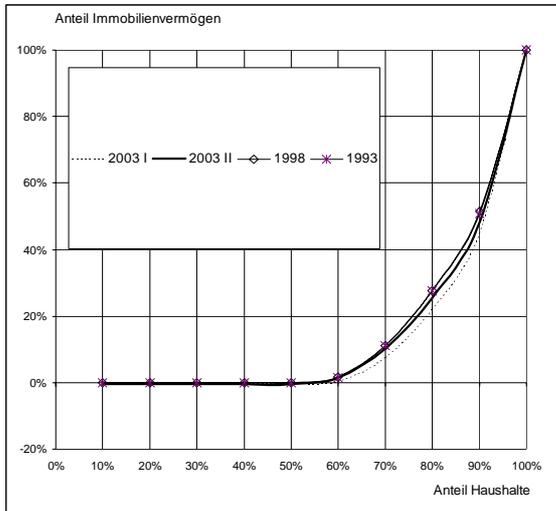
Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. I = Variante 1, II= Variante 2.

Abbildung 10: Kumulierte Dezilverteilung Nettoimmobilienvermögen

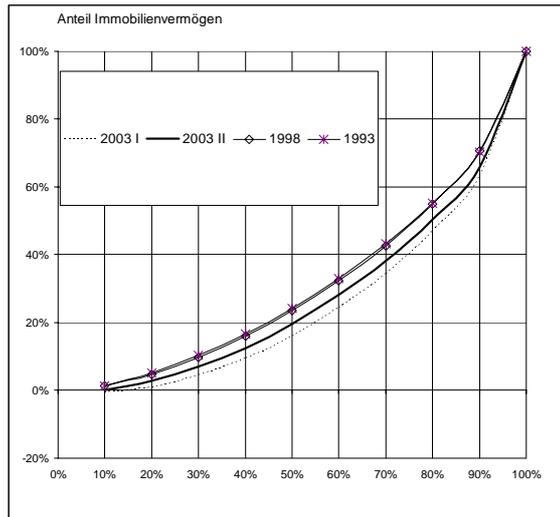
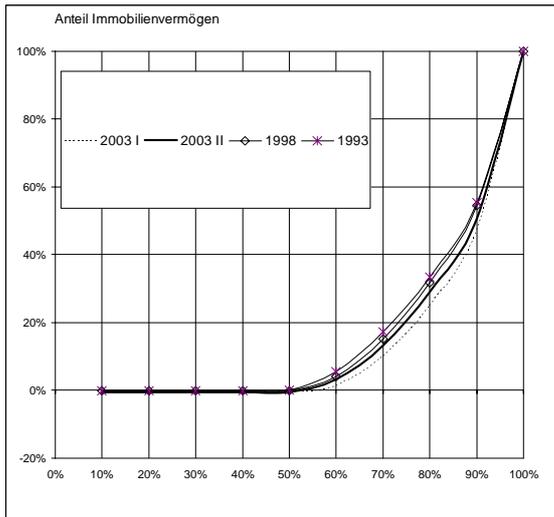
Alle Haushalte

Haushalte mit Immobilienvermögen

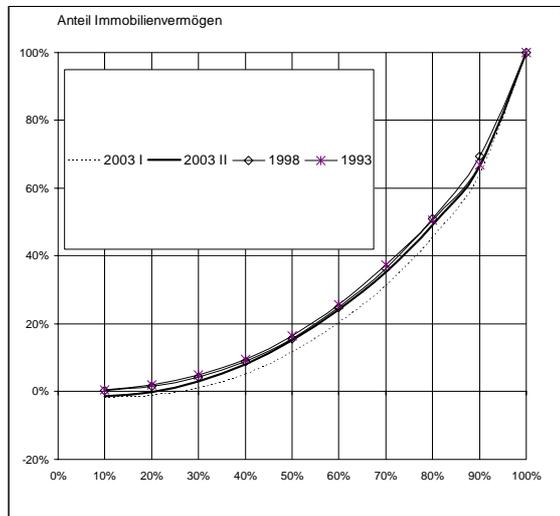
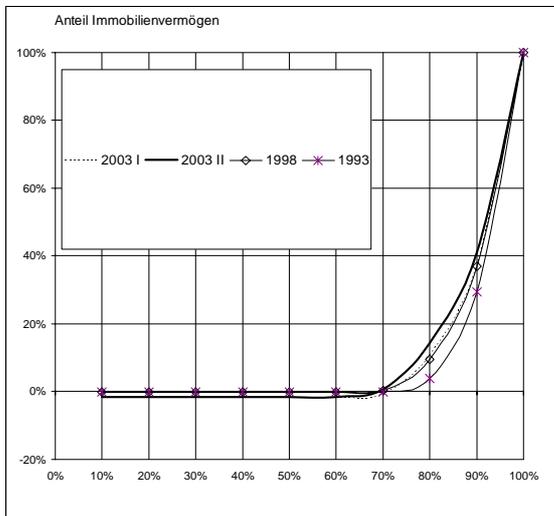
Deutschland



Alte Bundesländer



Neue Bundesländer



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. I = Variante 1, II= Variante 2.

Tabelle 48: Gini-Koeffizienten für Bruttoimmobilienvermögen, Hypothekenschulden und Nettoimmobilienvermögen über alle Haushalte

	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
2003 Variante 1			
Bruttoimmobilienvermögen	0,739	0,717	0,793
Hypothekenschulden	0,872	0,862	0,904
Nettoimmobilienvermögen	0,769	0,749	0,818
2003 Variante 2			
Bruttoimmobilienvermögen	0,715	0,691	0,775
Hypothekenschulden	0,865	0,854	0,900
Nettoimmobilienvermögen	0,746	0,724	0,800
1998			
Bruttoimmobilienvermögen	0,712	0,682	0,812
Hypothekenschulden	0,877	0,864	0,928
Nettoimmobilienvermögen	0,733	0,704	0,825
1993			
Bruttoimmobilienvermögen	0,720	0,672	0,854
Hypothekenschulden	0,896	0,876	0,956
Nettoimmobilienvermögen	0,734	0,691	0,859

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

2.3.4.2 Die Entwicklung der Verteilung des Immobilienvermögens für ausgewählte Haushaltstypen

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Immobilienbesitzquoten deutlich nach soziodemographischen Kriterien. Die Klassifizierung der Haushaltstypen entspricht derjenigen im Kapitel Geldvermögen (vgl. zur Beschreibung Abschnitt 2.2.4.2, S. 46). Vergleichsweise hohe und im Zeitablauf gestiegene Eigentumsquoten sind insbesondere für die Familienhaushalte (Ehepaare bzw. Paare mit Kindern), aber auch für kinderlose Haushalte mittleren und höheren Alters zu beobachten). Dieses Muster ähnelt sich für die Haushalte mit Kindern in West- und Ostdeutschland (vgl. Abbildung 11 und Abbildung 12), allerdings sind für die ostdeutschen Haushalte deutlich höhere Zuwächse zu erkennen. Für die kinderlosen Paarhaushalte ist in Westdeutschland keine einheitliche Entwicklung der Besitzquoten im Zeitverlauf zu erkennen, während in Ostdeutschland auch hier die Besitzquoten – auf allerdings niedrigerem Niveau zugenommen haben. Der Zunahme der Besitzquoten von Bruttoimmobilienvermögen entsprechend, sind auch die Besitzquoten von Hypothekenkrediten gestiegen.

Die folgenden Auswertungen beziehen sich ausschließlich auf die Paare mittleren Alters mit und ohne Kinder sowie auf die Haushalte mit älteren Paaren, da für die übrigen Haushaltstypen i.d.R. zu wenige Beobachtungen für eine zeitvergleichende Verteilungsanalyse vorliegen. Wie zuvor, werden auch hier die Haushalte nach Quintilen ihres Nettogesamtvermögens (Immobilienvermögen und Geldvermögen) geordnet (siehe Tabelle 50 und Tabelle 51). Die haushaltstypbezogene Auswertung zeigt vor allem deutliche

Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Haushalten (siehe Tabelle 139. ff im Anhang). Eine deutliche Zunahme der Verteilungskonzentration ist – betrachtet über alle Haushalte dieses Typs – für die westdeutschen Haushalte mittleren Alters ohne Kinder festzustellen, deren Besitzquoten geringfügig gesunken sind.

Betrachtet man ausschließlich die Haushalte dieses Typs mit Immobilienbesitz, so fällt die Zunahme der Verteilungskonzentration allerdings deutlich geringer aus. Eine deutlich zunehmende Konzentration des Immobilienvermögens ist auch für die Haushalte mit Kindern zu beobachten, in denen der Partner nicht erwerbstätig ist. Dies gilt sowohl bei Betrachtung über alle Haushalte als auch – in geringerem Maße – bei Betrachtung der Immobilienbesitzer. Auch für die anderen westdeutschen Haushaltstypen lässt sich eine Konzentration in der Verteilung beobachten, sowohl über alle Haushalte als auch im Segment der Immobilienbesitzer. Die Zunahme der Konzentration ist hier aber geringer als bei den erstgenannten beiden Haushaltstypen.

Bezogen auf die ostdeutschen Haushalte ist dagegen – wegen der steigenden Besitzquoten – in der Betrachtung über alle Haushalte eine deutliche Dekonzentration der Verteilung des Immobilienvermögens zu beobachten. Allerdings geht diese Entwicklung von einem sehr hohen Niveau der Ungleichverteilung im Jahre 1993 und auch noch 1998 aus. Bezogen auf die Haushalte mit Immobilieneigentum lassen sich wegen der geringen Anzahl der Beobachtungen für einige Haushaltstypen kaum verlässliche Aussagen treffen.

Eine ergänzende personenbezogene Analyse der Verteilung des Immobilienvermögens auf Männer und Frauen anhand der Vermögensbilanz des Sozio-oekonomischen Panels (vgl. Tabelle 52) zeigt, dass keine so erheblichen Unterschiede wie beim Geldvermögen bestehen. Ursache dafür ist, dass die Immobilieneigentumsquoten insbesondere bei Haushalten von Ehepaaren hoch sind und hier im Allgemeinen die Immobilien beiden Ehepartnern als Eigentum zugerechnet werden. Unterschiede sind vor allem bei Personen ab dem 50. Lebensjahr zu finden. Hier weisen die Frauen üblicherweise geringere Eigentumsquoten auf. Bei den Personen mit Immobilienbesitz zeigen sich dagegen keine deutlichen Unterschiede in der Höhe des Immobilienvermögens

Tabelle 49. Anteil der Haushalte je Typ mit Immobilienbesitz und mit Hypothekenschulden

Alte Bundesländer

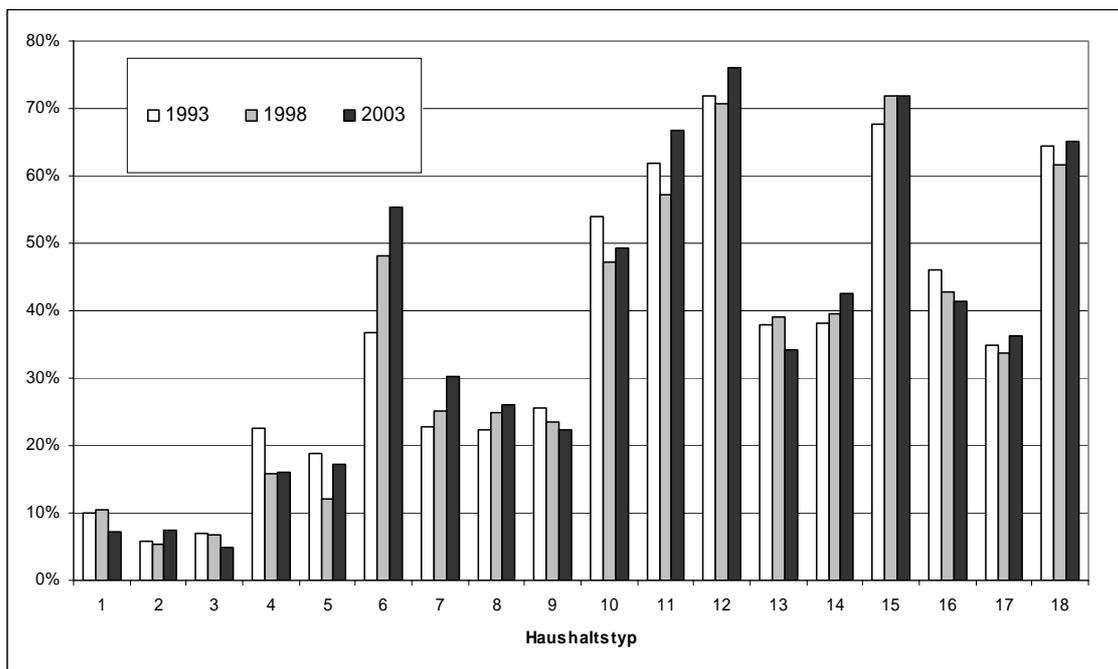
	Haushaltstyp				
	10	11	12	15	18
Anteil der Immobilienbesitzer					
1993	54,0%	61,9%	71,9%	67,8%	64,5%
1998	47,2%	57,2%	70,6%	71,8%	61,7%
2003	49,4%	66,7%	76,0%	71,8%	65,1%
Anteil der Besitzer mit Hypothekenschulden an den Besitzerhaushalten					
1993	75,0%	75,5%	80,1%	50,4%	21,4%
1998	80,8%	81,0%	82,4%	48,3%	19,6%
2003	76,2%	75,2%	79,5%	52,0%	23,5%

Neue Bundesländer

	Haushaltstyp				
	10	11	12	15	18
Anteil der Immobilienbesitzer					
1993	36,3%	35,0%	41,4%	36,1%	33,0%
1998	39,6%	40,1%	56,0%	47,1%	33,7%
2003	52,4%	49,6%	75,1%	54,0%	46,6%
Anteil der Besitzer mit Hypothekenschulden an den Besitzerhaushalten					
1993	43,0%	60,0%	56,7%	29,3%	17,6%
1998	61,8%	62,3%	74,1%	35,7%	18,1%
2003	57,2%	54,4%	70,5%	43,0%	16,8%

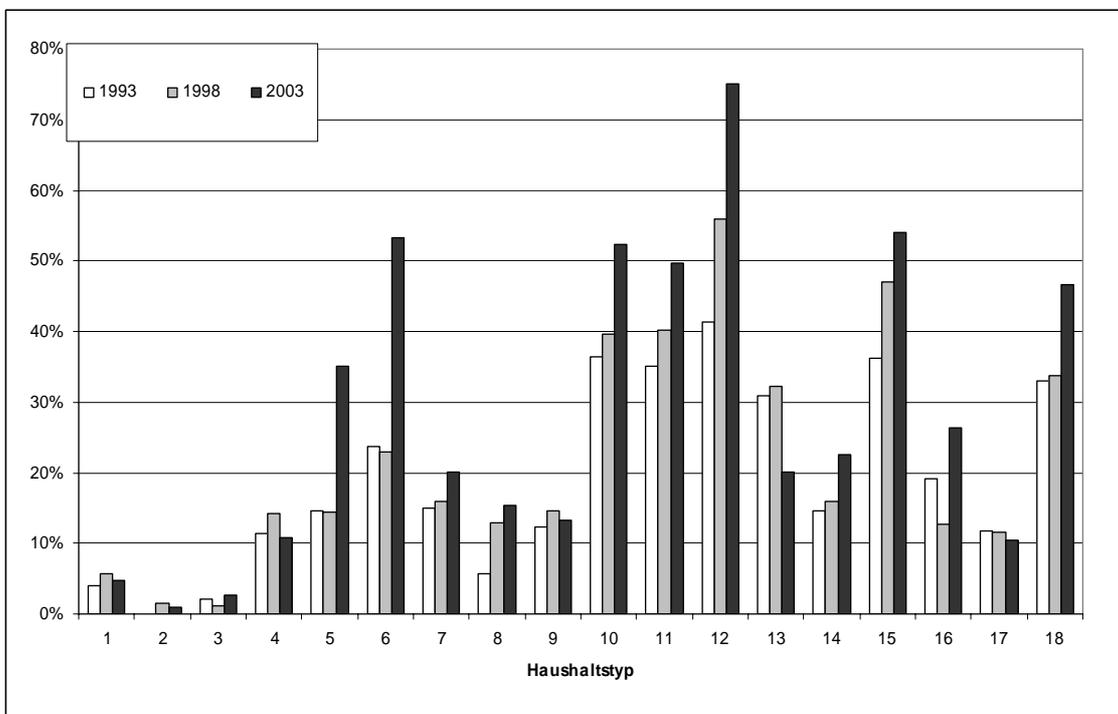
Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 11: Vorhandensein von Immobilienvermögen nach Haushaltstypen (alte Bundesländer)



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 12: Vorhandensein von Immobilienvermögen nach Haushaltstypen (neue Bundesländer)



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 50: Höhe des Nettoimmobilienvermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (alle Haushalte, Deutschland),

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
10	1993	78.642	68	1.672	21.664	105.223	264.755	-92%	1122%
	1998	64.436	65	711	11.455	78.755	231.631	-94%	1922%
	2003	75.050	-5.325	1.408	15.280	78.869	285.330	-91%	1767%
11	1993	94.896	118	1.832	53.267	137.108	282.611	-97%	431%
	1998	83.249	17	1.576	39.464	128.312	247.008	-96%	526%
	2003	98.954	-3.563	4.576	53.540	135.882	304.681	-91%	469%
12	1993	98.607	-244	3.503	52.313	130.575	307.110	-93%	487%
	1998	105.692	565	11.175	72.266	141.983	302.663	-85%	319%
	2003	131.225	-3.358	25.177	91.049	162.180	381.393	-72%	319%
15	1993	106.294	177	2.580	57.095	146.990	324.776	-95%	469%
	1998	136.877	340	12.783	101.574	185.255	384.786	-87%	279%
	2003	150.319	-1.446	17.159	105.155	193.199	437.903	-84%	316%
18	1993	109.755	101	1.709	67.305	150.406	329.351	-97%	389%
	1998	115.734	78	2.438	70.321	167.161	338.868	-97%	382%
	2003	139.515	-488	7.451	90.282	185.919	415.112	-92%	360%

Tabelle 51: Höhe des Nettoimmobilienvermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (Haushalte mit Immobilienvermögen, Deutschland)

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
10	1993	153.877	/	(14.388)	42.735	113.401	266.589	(-66%)	524%
	1998	141.604	/	(9.491)	32.395	92.235	237.032	(-71%)	632%
	2003	150.696	5.676	60.459	108.722	174.786	404.600	-44%	272%
11	1993	163.873	/	(15.620)	69.695	138.608	282.611	(-78%)	305%
	1998	151.442	/	(12.804)	61.880	130.320	247.873	(-79%)	301%
	2003	157.029	17.402	82.594	130.196	192.207	363.205	-37%	179%
12	1993	162.423	-5.024	16.068	65.760	133.272	308.738	-76%	369%
	1998	158.071	(7.398)	27.725	81.016	145.293	304.152	-66%	275%
	2003	173.341	19.696	80.258	136.102	191.330	440.120	-41%	223%
15	1993	182.041	(5.720)	15.388	76.866	149.400	326.412	-80%	325%
	1998	207.571	(6.190)	35.365	112.291	188.625	386.993	-69%	245%
	2003	222.223	44.962	120.774	179.583	242.963	522.988	-33%	191%
18	1993	190.325	/	(15.397)	86.683	152.737	331.774	-82%	283%
	1998	203.975	/	22.260	94.784	170.594	342.097	-77%	261%
	2003	226.471	55.137	129.084	187.862	242.624	517.948	-31%	176%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Jeweils Variante 2 für 2003.

Tabelle 52: Immobilienbesitz von Männern und Frauen nach Altersgruppen (SOEP)

Alle Personen

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M
Basisdaten									
Alle	48.659	40.676	84%	55.915	46.502	83%	17.690	15.272	86%
bis 29 Jahre	1.947	2.555	131%	2.251	2.860	127%	745	1.278	172%
30-49 Jahre	35.368	33.439	95%	38.857	36.640	94%	20.082	18.638	93%
50-64 Jahre	78.774	65.123	83%	90.702	75.032	83%	27.410	22.813	83%
65 J.u. älter	80.214	53.845	67%	95.043	63.507	67%	16.393	13.186	80%
nach Ersetzung fehlender Werte									
Alle	56.852	50.078	88%	64.224	56.278	88%	25.388	23.048	91%
bis 29 Jahre	2.346	2.798	119%	2.593	3.092	119%	1.374	1.568	114%
30-49 Jahre	42.514	38.065	90%	45.721	40.918	89%	28.466	24.872	87%
50-64 Jahre	87.244	77.721	89%	99.541	87.088	87%	34.295	37.721	110%
65 J.u. älter	97.760	73.392	75%	113.266	85.739	76%	31.024	21.440	69%

Besitzquoten im Vergleich

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Männer	Frauen	F-M	Männer	Frauen	F-M	Männer	Frauen	F-M
Basisdaten									
alle	31,80%	27,50%	-4,3	33,80%	29,20%	-4,6	20,80%	18,20%	-2,6
bis 29 Jahre	2,60%	3,60%	1,0	2,90%	3,70%	0,8	1,20%	3,00%	1,8
30-49 Jahre	30,30%	31,00%	0,7	31,50%	31,90%	0,4	23,70%	25,00%	1,3
50-64 Jahre	45,40%	39,80%	-5,6	47,90%	42,40%	-5,5	32,60%	24,30%	-8,3
65 J.u. älter	43,40%	28,80%	-14,6	47,80%	31,80%	-16,0	18,60%	14,60%	-4,0
Nach Ersetzung fehlender Werte									
alle	37,20%	33,90%	-3,3	38,90%	35,30%	-3,6	29,90%	27,40%	-2,5
bis 29 Jahre	3,10%	4,00%	0,9	3,30%	4,00%	0,7	2,20%	3,60%	1,4
30-49 Jahre	36,50%	35,30%	-1,2	37,10%	35,70%	-1,4	33,70%	33,30%	-0,4
50-64 Jahre	50,30%	47,50%	-2,8	52,60%	49,30%	-3,3	40,70%	40,20%	-0,5
65 J.u. älter	52,90%	39,20%	-13,7	57,00%	42,90%	-14,1	35,30%	23,70%	-11,6

Personen mit Immobilien

Basisdaten									
	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F-M	Männer	Frauen	F-M
alle	150.793	143.054	95%	163.377	154.787	95%	74.511	71.930	97%
bis 29 Jahre	73.261	72.506	99%	78.716	79.677	101%	42.154	39.651	94%
30-49 Jahre	111.416	108.236	97%	118.264	115.592	98%	75.265	69.317	92%
50-64 Jahre	172.700	162.667	94%	188.723	177.977	94%	78.352	74.019	94%
65 J. u. älter	186.783	175.776	94%	201.083	187.295	93%	67.651	78.411	116%
mit Ersetzung fehlender Werte									
Alle	152.991	147.787	97%	165.291	159.204	96%	84.883	83.995	99%
Bis 29 Jahre	75.998	70.752	93%	78.097	76.693	98%	63.321	43.174	68%
30-49 Jahre	116.603	107.911	93%	123.250	114.728	93%	84.593	74.611	88%
50-64 Jahre	173.361	163.514	94%	189.418	176.802	93%	84.173	93.934	112%
65 J. u. älter	184.787	187.262	101%	198.698	200.020	101%	87.990	90.426	103%

Quelle SOEP, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro. F/M = Relation von Frauen zu Männern in Prozent. F-M = Differenz zwischen Frauen und Männern in Prozentpunkten.

2.4 Analyse des Produktivvermögens

Im Folgenden werden unter den Begriff Produktivvermögen der Besitz von bzw. die Beteiligung an Unternehmen subsumiert. Der Begriff Betriebsvermögen wird synonym verwendet. Nicht einbezogen sind hier – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – Unternehmensbeteiligungen in Form von öffentlich notierten Aktien, die üblicherweise dem Geldvermögen zugerechnet werden.

2.4.1 Die Entwicklung der privaten Beteiligungen am Produktivvermögen im Aggregat

Aggregierte und umfassende Zahlen für das gesamte Produktivvermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik sind in der amtlichen Statistik nicht verfügbar. Problematisch sind insbesondere die Beteiligungen privater Haushalte an Kapitalgesellschaften, sofern diese keine Aktiengesellschaften sind, sowie Beteiligungen an kapitalgesellschaftsähnlichen Personengesellschaften und das Produktivvermögen der nach dem ESVG 95 dem privaten Sektor direkt zugerechneten Einzelunternehmer und Personengesellschaften. Für diese Positionen liegen nur Daten vor, deren statistische Grundlage vergleichsweise unsicher ist.

Als Näherungsgröße für das Produktivvermögen privater Haushalte wird im Folgenden ein Aggregat berechnet, das das von der Bundesbank geschätzte Sachvermögen der privaten Haushalte ohne Wohnungsvermögen, jedoch inklusive gewerblicher Grundstücke (aber ohne unbebaute Grundstücke und ohne land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke) inkl. des Sachvermögens der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck einbezieht. Dieses Aggregat spiegelt den Wert des Produktivvermögens der Personengesellschaften und Einzelunternehmer im privaten Sektor allerdings nur unzureichend wider, da das Umlaufvermögen sowie die Finanzaktiva dieser Unternehmen nicht einbezogen sind³⁰ und in der Fortschreibung die nicht-produzierten dauerhaften Anlagegüter (z.B. Patente oder aktivierte Firmenwerte) nicht berücksichtigt werden.³¹ Von die-

³⁰ Diese Finanzaktiva werden jedoch dem Geldvermögen des privaten Sektors in der Finanzierungsrechnung zugerechnet, so dass sie in der Gesamtvermögensbetrachtung der privaten Haushalte enthalten sind.

³¹ Die erstmalige Berechnung dieses Aggregats wurde von der Bundesbank nicht dokumentiert. Die Größe wird von der Bundesbank lediglich mit der Wachstumsrate der auf den privaten Sektor entfallenden Nettoinvestitionen aus der VGR fortgeschrieben. Die Zurechnung von Nettoinvestitionen in der VGR zum privaten Sektor basiert ihrerseits nicht auf Primärdaten, sondern auf Schätzungen. Die enthaltene Höhe des Sachvermögens der Organisationen ohne Erwerbszweck ist nicht bekannt. Angesichts der Größenordnung, der Bewertungsproblematik und auch wegen der unzureichenden Datenlage kann aber plausiblerweise z. B. das Immobilienvermögen der Kirchen nicht enthalten sein. Vgl. zu Schätzungen zur Höhe des Vermögens der Kirchen Frerk (2002), der insgesamt ein Vermögen von 981 Mrd. DM schätzt, davon lediglich 170 Mrd. DM Geldvermögen.

sem Aggregat werden die gewerblichen Kredite privater Haushalte (ohne Berücksichtigung der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) abgezogen. Hinzugerechnet werden weiterhin die von der Bundesbank in der Finanzierungsrechnung ausgewiesenen sonstigen Beteiligungen.³² Ausgewiesen werden zudem die im Direktbesitz der privaten Haushalte gehaltenen Aktien (vgl. Tabelle 53).

Angesichts der beträchtlichen statistischen Unsicherheiten kann das so errechnete Aggregat nur als Näherungsgröße betrachtet werden, die das gesamte Produktivvermögen der privaten Haushalte tendenziell unterschätzt. Ein Vergleich mit einer früheren Schätzung des Produktivvermögens der privaten Haushalte zeigt dementsprechend einen höheren Bestand, aber durchaus ähnliche Größenordnungen auf. So schätzten Bartholmai/Bach für das Jahr 1995 auf der Basis von Sonderauswertungen der Einkommenssteuer, Gewerbe- und Vermögensteuerstatistiken sowie ergänzenden Datenquellen zur Land- und Forstwirtschaft auf ein Unternehmensvermögen (Reinvermögen = Eigenkapital, basierend auf Substanzwerten) von rund 2,43 Billionen DM, von denen rund 1,53 Billionen privaten Eigentümern direkt zurechenbar sind (inkl. Beteiligungen an Kapitalgesellschaften). Auf der Basis von Unternehmenswerten, die neben Substanzwerten auch Ertragswerte einbeziehen, errechnet sich ein Gesamtwert von rund 1,8 Billionen DM (ohne Beteiligungen an sonstigen Kapitalgesellschaften außer GmbH), von denen 1,46 Billionen DM den privaten Haushalten direkt zurechenbar sind.³³

Umgerechnet in Euro und näherungsweise bereinigt um den landwirtschaftlich genutzten Immobilienbesitz ergibt sich auf der Basis dieser Schätzung ein Unternehmensvermögen der privaten Haushalte von 661 Mrd. Euro, dem steht in der Berechnung des oben ausgewiesenen Aggregats ein Wert von 508 Mrd. Euro für 1995 gegenüber. Angesichts der beträchtlichen statistischen Unsicherheiten in beiden Berechnungen und der Nichtberücksichtigung von Finanzaktiva, Umlaufvermögen sowie nicht-produziertem Anlagevermögen bei Einzelunternehmern und Personengesellschaften des privaten Sektors sind die Ergebnisse der Schätzungen durchaus als kompatibel zu betrachten.

³² Enthalten sind Anteile an GmbH, Genossenschaften und Personengesellschaften. Die Daten basieren auf Schätzungen der Deutschen Bundesbank auf der Basis der Unternehmensbilanz- und Zahlungsbilanzstatistik. Die Deutsche Bundesbank weist darauf hin, dass diese Ergebnisse mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind und „nur eine etwas umfassendere Vorstellung von der Größenordnung der Beteiligungsfinanzierung in Deutschland vermitteln“ können (Deutsche Bundesbank (2003), S. 12).

³³ Vgl. Bartholmai/Bach (2002). Auch diese Werte können wegen statistischer Unsicherheiten nur als Näherungsgröße aufgefasst werden, u.a. weil sie auf einer Schätzung der Zuordnung von GmbH zum privaten Sektor beruhen und eine auf Schätzungen beruhende Umrechnung von steuerlichen Einheitswerten des gewerblichen Immobilienvermögen in Verkehrswerte enthalten. Auch stellt die Wertbestimmung nach dem Stuttgarter Verfahren vermutlich nicht in allen Branchen und Einzelfällen eine gute Approximation der tatsächlich am Markt erzielbaren durchschnittlichen Unternehmenswerte dar.

Für das Jahr 2001 weist das Proxyaggregat inkl. Aktien einen Betrag von 905 Mrd. Euro aus, 2002 ist ein beträchtlicher Rückgang auf 754 Mrd. Euro zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf Wertverluste und Verkäufe beim Aktienbesitz der privaten Haushalte zurückgeführt werden kann. Der Anteil des Produktivvermögens in der oben dargestellten Berechnung am gesamten Vermögen der privaten Haushalte bleibt – wenn man die Jahre 2001 und 2002 mit den außerordentlich starken Rückgängen des Aktienvermögens außer acht lässt – weitgehend konstant und beträgt rund 25 Prozent, bezogen auf die Summe des Geld- und Produktivvermögens, und rund 15 Prozent, bezogen auf die Summe des Geld-, Immobilien- und Produktivvermögens. Rechnet man das Aktienvermögen dagegen zum Geldvermögen, so wird deutlich, dass der Anteil des Produktivvermögens der privaten Haushalte an ihrem Gesamtvermögen in der langfristigen Betrachtung leicht abgenommen hat.

Tabelle 53: Produktivvermögen privater Haushalte in Mrd. Euro

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Sachanlagen*	622	646	667	681	684	692	699	706	722	729	735
gewerbliche Kredite	227	236	266	275	291	294	321	341	346	338	331
sonstige Beteiligungen	87	99	105	102	109	119	111	112	129	171	167
Zwischen- summe (Proxy PV o. Aktien)	481	509	506	508	502	516	490	477	505	561	571
Aktien (Direktbesitz)	130	186	183	198	234	313	377	470	4330	344	183
Summe (Proxy PV)	611	695	689	705	736	829	867	947	935	905	754
Anteil PV an Geldvermögen +PV	25,8%	26,8%	25,8%	24,8%	24,5%	25,8%	25,6%	26,1%	25,3%	23,8%	19,7%
- ohne Aktien im PV	20,3%	19,6%	19,0%	17,9%	16,7%	16,0%	14,5%	13,2%	13,7%	14,8%	14,9%
Anteil PV an Gesamtvermögen	14,7%	15,7%	14,9%	14,5%	14,5%	15,9%	16,0%	17,0%	16,5%	15,6%	12,6%
- ohne Aktien im PV	11,6%	11,5%	11,0%	10,4%	9,9%	9,9%	9,1%	8,6%	8,9%	9,7%	9,6%

Quellen: Deutsche Bundesbank (Finanzierungsrechnung, Monatsberichte, zusätzliche Angaben), ZEW-Berechnungen, *inkl. gewerbl. Grundstücke, jedoch ohne unbebaute Grundstücke und ohne land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke sowie inkl. privater Organisation ohne Erwerbzweck (nur Sachanlagen)

Die Gegenüberstellung mit den aktuellen Ergebnissen des SOEP (siehe Tabelle 54) weist auf einen relativ hohen Erfassungsgrad des privaten Produktivvermögens im SOEP hin: Für das Jahr 2002 kann im SOEP – nach Imputation von fehlenden Werten – ein aggregierter Wert von rund 590 Mrd. Euro für das Betriebsvermögen privater Haushalte (ohne Aktienbesitz) ermittelt werden, dem steht ein Wert von rund 570 Mrd. Euro in der o.g. Berechnung (ohne Aktienbesitz) gegenüber. Allerdings sind in der SOEP-Definition des Betriebsvermögens auch die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke berücksichtigt, deren Wert von Bartholmai und Bach für 1995 mit rund 85 Mrd. Euro (166 Mrd. DM) beziffert wurde. Hingegen werden in der SOEP-Erhebung 2002 von Landwirten nur rund 66 Mrd. Euro an Betriebs- und Immobilienvermögen angegeben.

Tabelle 54: Schätzungen zum Produktivvermögen der privaten Haushalte im Vergleich (Mrd. Euro)

Proxy PV (Wert für 1995)	DIW (Wert für 1995)	Proxy PV (Wert für 2002)	SOEP (2002)***
590*	745**	655*	590
ohne landwirtschaftlich genutzte Grundstücke			
510	660* **	570	525****

Quelle: ZEW-Berechnungen, Bach/Bartholmai (2002), gerundet auf 5 Mrd. Euro, *jeweils Hinzurechnung/Abzug des von Bach/Bartholmai (2002) ausgewiesenen Immobilienbesitzes der Landwirte (Annahme: überwiegender Teil betrieblich genutzter Grundstücksbesitz), **Unternehmenswert, geschätzt auf Basis von Substanz- und Ertragswerten, *** nach Imputation von Mittelwerten für fehlende Werte, ****nach Abzug des Betriebs- und Immobilienvermögens der selbstständigen Landwirte nach SOEP

Berücksichtigt man dies, dann ergibt sich auf Basis der oben errechneten Proxygröße ein Erfassungsgrad des SOEP von rund 90 Prozent. Bezogen auf die von Bach/Bartholmai für 1995 ermittelten Werte liegt der Erfassungsgrad des SOEP bei rund 80 Prozent. Bezieht man außerdem das Wachstum des Produktivvermögens von 1995 bis 2002 – gemessen an der Entwicklung der oben errechneten Proxyvariablen (ohne Aktien) – in die Betrachtung ein, so ergibt sich ein etwas geringerer Erfassungsgrad des SOEP von etwa 70 Prozent. Im Vergleich zum Erfassungsgrad des Geldvermögens im SOEP und der EVS ist der Erfassungsgrad des Betriebsvermögens im SOEP damit als recht gut zu beurteilen. Allerdings ist die im Vergleich zu anderen Vermögenskategorien auch erheblich höhere Ungenauigkeit der Angaben aus der Finanzierungsrechnung in diesem Bereich zu berücksichtigen.³⁴

³⁴ Zudem hängen die Ergebnisse des SOEP im Bereich des Betriebsermögens wegen der hohen Zahl von fehlenden Werten (Angabe des Vorhandenseins von Betriebsvermögen ohne Angabe von Werten) besonders stark von der Ersetzung fehlender Werte ab. Auf Basis von vollständigen Angaben der SOEP-Befragten ergibt sich ein hochgerechneter Wert von lediglich 441,7 Mrd. Euro auf Haushaltsebene und 351,6 Mrd. Euro auf Personenebene. Die deutlichen Unterschiede zwi-

2.4.2 Die Verteilung des Betriebsvermögens nach Vorhandensein

Auf der Basis der vorliegenden Daten ist eine zeitvergleichende Betrachtung der privaten Beteiligung am Produktivvermögen für die nicht in Wertpapieren verbrieften Betriebsvermögen und Beteiligungen nur eingeschränkt möglich. Personen- bzw. haushaltsbezogene Angaben zur Höhe des Betriebsvermögens liegen aktuell nur im Querschnitt für das Jahr 2002 im Rahmen der im Sozio-oekonomischen Panel erhobenen persönlichen Vermögensbilanz vor. Der SOEP-Datensatz enthält aber darüber hinaus weitere Informationen zum Vorhandensein von Betriebsvermögen im Vorjahr.

Für das Jahr 2002 lassen sich beide Informationen vergleichen (vgl. Tabelle 55). Zum einen wurde in der Erhebung der persönlichen Vermögensbilanz nach dem Eigentum an einem gewerblichen Betrieb oder einer Beteiligung an einem solchen Betrieb gefragt. Auf der Basis dieser Erhebung verfügen 6,2 Prozent der deutschen Haushalte über Betriebsvermögen, 6,4 Prozent in Westdeutschland und 5,4 Prozent in Ostdeutschland. Allerdings geben nicht alle befragten Personen auch den Wert ihres Betriebes bzw. der von ihnen gehaltenen Beteiligung an, so dass lediglich für 4 Prozent der Haushalte Informationen auch über die Höhe des Betriebsvermögens verfügbar sind. Über eine Ersetzung fehlender Werte durch Mittelwerte ähnlicher Haushalte (nach den Kriterien Nettoäquivalenzeinkommen, Geschlecht, Region (Ost/West), Altersgruppe sowie auf der Basis von Intervallangaben bei CAPI-Interviews³⁵) können die Besitzquoten auf 5,6 Prozent (5,7 Prozent Westdeutschland bzw. 4,7 Prozent in Ostdeutschland) erhöht werden.³⁶

Auf der Basis der Frage im Haushaltsfragebogen nach dem Vorhandensein von Betriebsvermögen im Vorjahr ergibt sich eine geringere Besitzquote von lediglich 4,5 Prozent der Haushalte (4,7 Prozent Westdeutschland, 3,7 Prozent Ostdeutschland). Da diese

schen der Betrachtung auf Personen- und Haushaltsebene gehen auf Differenzen der Hochrechnungsfaktoren in dem für das Betriebsvermögen besonders wichtigen Segment der einkommensstarken Personen bzw. Haushalte zurück. Auf Basis der nicht hochgerechneten Werte ergeben sich keine Differenzen.

³⁵ In der Erhebung des Sozio-oekonomischen Panels werden bei einem Teil der Befragten sog. CAPI (Computer Assisted Personal Interviews) durchgeführt. Im Rahmen dieser Interviews wurden die Befragten zunächst um die Einordnung ihrer Vermögensbestände in vorgegebene Größenintervalle gebeten, bevor um die Angabe eines genauen Wertes gebeten wurden. In einer Reihe von Fällen liegen lediglich diese Intervallangaben, aber keine genauer spezifizierten Werte vor. Die Intervallangaben wurden dann – zusätzlich zu den genannten sonstigen Haushaltsmerkmalen – zur Schätzung des Vermögensbestandes herangezogen. Vgl. zu einer detaillierteren Beschreibung des Imputationsverfahrens Abschnitt 2.8.

³⁶ Es wurde nur dann ein fehlender Wert ersetzt, wenn die erforderlichen soziodemographischen Angaben, auf die sich die Imputation stützt, auch vorhanden waren. Fehlende Werte wurden außerdem nur dann ersetzt, wenn die Antwort explizit entsprechend als fehlend kodiert war. Da Beteiligungen am Produktivvermögen theoretisch auch den Wert Null annehmen können, wurden Nullwerte als valide angesehen und nicht ersetzt.

Frage regelmäßig im SOEP-Haushaltsfragebogen gestellt wird, kann hier auch ein Zeitvergleich erfolgen. Zum Vergleich werden hier die Jahre 1993 und 1998 herangezogen, in denen auch die EVS erhoben wurde. Tabelle 56 zeigt einen im Zeitvergleich rückläufigen Anteil der Haushalte mit Betriebsvermögen in Westdeutschland. In Ostdeutschland ist 1998 vorübergehend ein Anstieg festzustellen, anschließend geht der Anteil der Haushalte mit Betriebsvermögen aber wieder zurück. Für das Jahr 2002 wurden getrennt sowohl das gesamte Sample inklusive der in diesem Jahr erstmals erhobenen Hocheinkommensstichprobe³⁷ und die enger abgegrenzte ursprüngliche Stichprobe ausgewertet. Es zeigt sich eine nur geringfügige Zunahme des Anteils der Haushalte mit Betriebsvermögen im Westen, wenn die Hocheinkommenshaushalte einbezogen werden.

Tabelle 57 stellt das Vorhandensein von Beteiligungen nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens dar.³⁸ Erwartungsgemäß zeigt sich eine enge Korrelation zwischen der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und dem Anteil der Haushalte mit Produktiveigentum im Vorjahr. Mit Ausnahme von 1998 sind die Anteile der Haushalte mit Betriebsvermögen in den oberen Dezilen der Verteilung in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland. Im Vergleich der Erhebungen 1993, 1998 und 2003 wird abermals deutlich, dass der Anteil der Haushalte mit Betriebsvermögen tendenziell leicht abnimmt. Besonders deutlich zeigt sich dies im obersten Dezil. Die Hinzuziehung der Hocheinkommensstichprobe lässt den Wert des obersten Dezils zwar wieder ansteigen. Im Gegenzug sinken aber die Anteile in den darunter liegenden Dezilen.³⁹ In den unteren Dezilen der Nettoeinkommensverteilung sind die Besitzquoten gering und zeigen kein einheitliches Entwicklungsmuster im Zeitverlauf.⁴⁰

Eine ergänzende Auswertung der Erhebung 2002 nach der Art der Beteiligung zeigt (Tabelle 58), dass die Zahl der Einzelunternehmer mehr als doppelt so hoch wie der beteiligten Unternehmer. In Westdeutschland werden relativ öfter Beteiligungen an Un-

³⁷ Zu den Charakteristika der Hocheinkommensstichprobe und ersten Auswertungen der Vermögen der Haushalte in diesem Teilsample siehe Schupp/Wagner (2003).

³⁸ Verwendet wurde die Selbsteinschätzung des Nettoeinkommens der Haushalte (sog. Income-Screener).

³⁹ Dieser Effekt ist im Wesentlichen vermutlich auf eine veränderte Hochrechnung des Samples inklusive der Hocheinkommensstichprobe im Vergleich zum Sample ohne Hocheinkommensstichprobe zurückzuführen.

⁴⁰ Eine Validierung der Angaben aus dem Sozio-oekonomischen Panel auf Basis der Einkommenssteuerstatistik 1998 war vorgesehen. Allerdings konnte das Statistische Bundesamt die dafür erforderlichen Tabellen für Steuerpflichtige mit *überwiegendem* Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit oder Einkommen aus Gewerbebetrieb für Steuerpflichtige nicht mehr rechtzeitig zur Verfügung stellen.

ternehmen gehalten als im Osten, dort ist der relative Anteil von Einzelunternehmern höher.

Tabelle 55: Vorhandensein von Betriebsvermögen auf Basis verschiedener Kriterien für 2002 (Haushalte)

	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Anzahl	39.105.317	31.863.696	7.241.621
Betriebsvermögen vorhanden (Vorfrage ja)			
Anzahl	2.404.409	2.018.040	386.369
Anteil	6,2%	6,4%	5,4%
Betriebsvermögen vorhanden (Wert angegeben, Basisdaten)			
Anzahl	1.548.259	1.304.060	244.199
Anteil	4,0	4,1	3,4
Betriebsvermögen vorhanden (Wert angegeben, nach Ersetzung fehlender Werte)			
Anzahl	2.171.232	1.828.601	342.631
Anteil	5,6%	5,7%	4,7%
Betriebsvermögen im Vorjahr vorhanden ja			
Anzahl	1768889	1498980	269.909
Anteil	4,5%	4,7%	3,7%

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen

Tabelle 56: Anzahl und Anteil der Haushalte mit Betriebsvermögen im Vorjahr

	1993	1998	2002*	2002+
Deutschland	2.035.634	1.918.881	1.758.569	1.768.889
Alte Bundesländer	1.738.512	1.481.349	1.485.533	1.498.980
Neue Bundesländer	297.122	437.532	273.036	269.909
Deutschland	5,54	5,01	4,5	4,52
Alte Bundesländer	5,8	4,74	4,66	4,7
Neue Bundesländer	4,38	6,22	3,77	3,73

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen, * ohne Hocheinkommensstichprobe, + mit Hocheinkommensstichprobe

Tabelle 57: Anzahl und Anteil der Haushalte mit Betriebsvermögen insgesamt nach Dezilen des Haushalts-Nettoeinkommens

Deutschland					
	1993	1998	2002*	2002+	
1	1,2%	0,9%	1,2%	1,2%	
2	1,0%	2,2%	1,6%	1,6%	
3	4,3%	2,2%	1,3%	1,3%	
4	2,3%	2,2%	2,1%	2,1%	
5	4,2%	3,0%	2,1%	2,2%	
6	5,4%	4,1%	3,8%	3,9%	
7	5,0%	4,9%	3,0%	2,8%	
8	5,4%	5,7%	5,5%	4,3%	
9	5,7%	6,1%	8,6%	8,3%	
10	18,6%	17,4%	13,9%	16,5%	
Anzahl	1.831.318	1.714.053	1.555.389	1.602.916	
Alte Bundesländer					
1	1,5%	1,4%	1,8%	1,8%	
2	0,6%	2,1%	0,8%	0,8%	
3	3,6%	1,3%	1,3%	1,2%	
4	3,0%	1,0%	2,7%	2,7%	
5	7,9%	2,8%	1,1%	1,1%	
6	2,8%	4,1%	4,1%	4,3%	
7	5,7%	3,6%	4,8%	3,7%	
8	4,3%	6,9%	6,7%	5,5%	
9	7,8%	5,5%	6,4%	7,5%	
10	18,4%	17,4%	15,0%	17,0%	
Anzahl	1.558.604	1.316.480	1.298.088	1.342.882	
Neue Bundesländer					
1	0,9%	1,1%	0,7%	0,7%	
2	0,0%	2,0%	0,2%	0,3%	
3	2,4%	0,0%	3,5%	3,5%	
4	0,2%	7,6%	2,2%	2,2%	
5	6,7%	4,0%	3,2%	3,4%	
6	6,4%	6,0%	2,6%	2,6%	
7	3,2%	4,3%	6,0%	6,2%	
8	4,8%	9,6%	2,5%	2,5%	
9	6,7%	6,4%	4,6%	4,0%	
10	10,3%	18,5%	11,7%	12,3%	
Anzahl	272.714	397.573	257.301	260.034	

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen, * ohne Hocheinkommensstichprobe, + mit Hocheinkommensstichprobe, Anzahl = Haushalte mit Betriebsvermögen im Vorjahr und mit Angabe zum Haushaltsnettoeinkommen.

Tabelle 58: Alleinunternehmer oder Beteiligter Unternehmer 2002 (Personen)

	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Anzahl Personen			
Nicht oder k.A.	64.827.350	52.563.377	12.263.973
Allein	1.805.791	1.489.970	315.821
Beteiligt	717.500	629.847	87.653
Alle	67.350.641	54.683.194	12.667.447
Anteile			
Nicht oder k.A.	96,3%	96,1%	96,8%
Allein	2,7%	2,7%	2,5%
Beteiligt	1,1%	1,2%	0,7%

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen.

2.4.3 Die Verteilung des Betriebsvermögens nach der Höhe des Besitzes

Eine Querschnittsanalyse der Verteilung des Betriebsvermögens in der SOEP-Vermögensbilanz 2002 zeigt zunächst erhebliche Unterschiede der durchschnittlichen Betriebsvermögens zwischen west- und ostdeutschen Haushalten (vgl. Tabelle 60). Darüber hinaus ergeben sich wegen der relativ hohen Zahl fehlender Angaben (vgl. Tabelle 59) erhebliche Differenzen zwischen den Ergebnissen auf Basis der Ausgangsdaten und den Ergebnissen auf Basis imputierter Werte für fehlende Angaben. Auf Basis der tatsächlich erhobenen Betriebsvermögenswerte verfügen die westdeutschen Haushalte mit Betriebsvermögen über ein durchschnittliches Betriebsvermögen von etwas mehr als 200.000 Euro. Die ostdeutschen Haushalte mit Betriebsvermögen geben dagegen nur Werte in Höhe von durchschnittlich knapp 60.000 Euro an. Nach Ersetzung fehlender Angaben resultiert ein durchschnittliches Vermögen von knapp 275.000 Euro für die westdeutschen Haushalte und rund 80.000 Euro für die ostdeutschen Haushalte. Betrachtet man nur Haushalte mit einem Betriebsvermögen größer Null, so ergeben sich auf Basis der tatsächlich erhobenen Angaben Mittelwerte von rund 320.000 Euro in Westdeutschland und 93.000 Euro in Ostdeutschland. Auf Basis des Datensatzes, in dem fehlende Werte ersetzt wurden, ergibt sich für Westdeutschland ein etwas geringeres durchschnittliches Vermögen von rund 305.000 Euro, für die ostdeutschen Haushalte dagegen ein höherer Wert von etwas mehr als 91.000 Euro.

Die große Differenz zwischen den Ursprungsdaten und den imputierten Daten weist darauf hin, dass die hier ermittelten Werte nur als grobe Approximationen interpretiert werden können. Dies gilt auch für die aus diesen Werten abgeleiteten Aussagen über die personelle Verteilung bzw. die Verteilung auf Haushaltsebene. Angesichts des kleinen Anteils der Haushalte mit Betriebsvermögen erübrigt sich eine tabellarische Darstellung der Dezilverteilung des Betriebsvermögens über alle Haushalte, da nur im obersten Dezil der Verteilung überhaupt Vermögen vorhanden ist. Auch eine Analyse der Verteilung innerhalb des Segments der Haushalte mit Betriebsvermögen (vgl. Tabelle 64 und

Tabelle 65) zeigt noch eine hohe Konzentration des Betriebsvermögens. Danach befinden sich 85 Prozent (auf der Basis der Ursprungsdaten) bzw. 77 Prozent (auf Basis der aufbereiteten Daten) des hier erfassten Betriebsvermögens in Form von Unternehmensbeteiligungen oder Unternehmensbesitz im Besitz von lediglich 20 Prozent der Haushalte mit Betriebsvermögen. Abbildung 13 und Abbildung 14 verdeutlichen, dass die Imputation fehlender Werte einen deutlichen nivellierenden Einfluss auf die Verteilung hat. Für Ostdeutschland weisen die Daten eine etwas gleichmäßigere Verteilung des Betriebsvermögens im Sektor der Haushalte mit Betriebsvermögen als in Westdeutschland aus.

Das spiegeln auch die Gini-Koeffizienten wider (siehe Tabelle 61 bis Tabelle 63): Auf der Basis der tatsächlich erhobenen Werte wie auch der imputierten Werte ergibt sich über alle Haushalte ein Gini-Koeffizient nahe Eins. Im Segment der Haushalte mit Betriebsvermögen ergeben sich für die Ausgangsdaten in Westdeutschland Werte von über 0,8, während für Ostdeutschland ein Wert von unter 0,7 berechnet werden kann. Die Imputationen fehlender Werte führen zu einer deutlichen Verringerung der Konzentrationsmaße. Ein Vergleich der Gini-Koeffizienten für die Verteilung des gesamten privaten Nettovermögens inklusive des Betriebsvermögens mit dem Koeffizienten für das Nettovermögen ohne das Betriebsvermögen zeigt eine nur geringfügige Änderung des Konzentrationsmaßes. Dies lässt darauf schließen, dass die Nicht-Berücksichtigung des nicht in Wertpapieren verbrieften Betriebsvermögens in Verteilungsanalysen wegen des kleinen Anteils am gesamten Privatvermögen nicht zu wesentlich verzerrten Ergebnissen führt. Dies gilt umso mehr, als im Wesentlichen der äußere Rand der Vermögensverteilung davon betroffen ist (vgl. zum Anteil des Betriebsvermögens am Nettovermögen nach Dezilen Tabelle 66).

Eine nach Geschlechtern differenzierte Betrachtung der Beteiligung am Betriebsvermögen zeigt deutliche Unterschiede (siehe Tabelle 67): Zum einen besitzen Frauen zu erheblich geringeren Anteilen Betriebsvermögen als Männer. Zum anderen ist auch die durchschnittliche Höhe des Besitzes an Betriebsvermögen geringer: Im Mittel beträgt das durchschnittliche Betriebsvermögen der Frauen nur knapp 40 Prozent desjenigen der Männer. Nach Ersetzungen fehlender Werte erhöht sich die Relation auf knapp 50 Prozent. Während Männer mit Betriebsvermögen auf der Basis der tatsächlich erhobenen Werte im bundesdeutschen Mittel über ein Betriebsvermögen von rund 163.000 Euro verfügen, beträgt dieser Wert für Frauen rund 62.500 Euro. Besonders deutlich ist der Unterschied in der Altersklasse der 50-64-jährigen Personen mit dem durchschnittlich höchsten Betriebsvermögen: Hier verfügen die Männer über rund 297.000 Euro an Betriebsvermögen, Frauen in dieser Altersgruppe geben ein Vermögen von rund 71.500 Euro an. Die geringsten Unterschiede zeigen sich in Ostdeutschland in der Gruppe der unter 50-Jährigen, in Westdeutschland dagegen in der Gruppe der über 50-Jährigen.

Tabelle 59: Personen mit Betriebsvermögen

	Fallzahl	Anteil	hochgerechnet	Anteil
Gesamtzahl	23.892	100 %	67.350.641	100 %
Personen mit Betriebsvermögen	1.183	5,0%	2.646.474	3,9%
Mit Angabe eines Wertes	833	3,5%	1.761.790	2,6%
Ohne Wertangabe	350	1,5%	884.684	1,3%

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 60: Mittelwerte des Betriebsvermögens in verschiedenen Abgrenzungen (Basis Haushalte, in Euro)

	alle Haushalte		Besitzer (Vorfrage = ja)			Besitzer (Vermögenswert > 0)		
	Mittelwerte	Median	Besitzerquote	Mittelwerte	Median	Besitzerquote	Mittelwerte	Median
offene Werte								
Deutschland	11.295	0	6,2%	182.164	12.500	4,0%	285.283	50.000
Alte Bundesländer	13.147	0	6,4%	205.875	15.000	4,1%	321.240	50.000
Neue Bundesländer	4.312	0	5,4%	58.419	8.000	3,4%	93.271	35.000
mit Ersetzungen für fehlende Werte								
Deutschland	15.107	0	6,2%	243.637	60.000	5,6%	272.078	95.000
Alte Bundesländer	17.560	0	6,4%	274.975	80.000	5,7%	305.983	100.000
Neue Bundesländer	4.312	0	5,4%	80.086	40.000	4,7%	91.131	50.000

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen⁴¹

Tabelle 61: Gini-Koeffizienten des Betriebsvermögens

Alle	Deutschland	Alte Bl.	Neue Bl.
inkl. Nichtbesitzer	0,99	0,99	0,98
ohne Nichtbesitzer	0,75	0,75	0,62
Ohne Landwirte			
inkl. Nichtbesitzer	0,99	0,99	0,98
ohne Nichtbesitzer	0,76	0,76	0,57

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen. Besitzer = Vermögenswert >0, (nach Ersetzung fehlender Werte).

⁴¹ Die Unterschiede zu den von Schupp/Wagner (2002) ausgewiesenen Werten beruhen auf der Verwendung unterschiedlicher Gewichtungsfaktoren. Für den vorliegenden Bericht wurden integrierte Hochrechnungsfaktoren für die gesamte Stichprobe verwendet, die Studie von Schupp/Wagner basierte auf vorläufigen Hochrechnungsfaktoren für die Altstichprobe und die Hocheinkommensstichprobe. Kontrollrechnungen mit den von Schupp/Wagner verwendeten Hochrechnungsfaktoren ergeben identische Werte (auf Basis der Abgrenzung von Besitzern durch die Vorfrage).

Tabelle 62: Vergleich Gini-Koeffizienten in verschiedenen Abgrenzungen

	Basisdaten			nach Ersetzung fehlender Werte		
	Deutschland	Alte Bl.	Neue Bl.	Deutschland	Alte Bl.	Neue Bl.
Alle Personen						
Nettovermögen	0,81	0,80	0,80	0,76	0,76	0,75
Betriebsvermögen	0,99	0,99	0,99	0,99	0,99	0,98
nur Besitzer						
Nettovermögen	0,67	0,66	0,64	0,66	0,66	0,63
Betriebsvermögen	0,83	0,83	0,69	0,75	0,75	0,62

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen, Besitzer = Vermögenswert >0.

Tabelle 63: Gini-Koeffizienten des Nettovermögens im Vergleich mit und ohne Betriebsvermögen

	Deutschland	Alte Bl.	Neue Bl.
Basisdaten			
Nettovermögen	0,81	0,80	0,80
Nettovermögen ohne Betriebsvermögen	0,79	0,78	0,79
nach Ersetzung fehlender Werte			
Nettovermögen	0,76	0,76	0,75
Nettovermögen ohne Betriebsvermögen	0,75	0,74	0,75

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 64: Verteilung des Betriebsvermögens über die Haushalte mit Betriebsvermögen (Basisdaten)

	Mittelwert (1.000 Euro)	Summe (Mrd. Euro)	Anteil	Anteil (kumuliert)
Deutschland				
1	2,5	0,4	0,1%	0,1%
2	8,4	1,3	0,3%	0,4%
3	15,8	2,5	0,6%	0,9%
4	27,7	4,1	0,9%	1,9%
5	46,6	7,3	1,6%	3,5%
6	63,7	10,0	2,3%	5,8%
7	99,4	15,1	3,4%	9,2%
8	161,7	25,2	5,7%	14,9%
9	323,6	50,0	11,3%	26,2%
10	2.112,1	325,9	73,8%	100,0%
Summe		441,7	100 %	
Alte Bundesländer				
1	2,5	0,3	0,1%	0,1%
2	8,8	1,1	0,3%	0,3%
3	16,8	2,2	0,5%	0,9%
4	30,6	4,0	0,9%	1,8%
5	49,0	6,4	1,5%	3,4%
6	77,0	9,9	2,4%	5,7%
7	105,2	13,9	3,3%	9,0%
8	184,4	23,9	5,7%	14,7%
9	355,6	46,5	11,1%	25,8%
10	2410,7	310,7	74,2%	100,0%
Summe		418,9	100 %	
Neue Bundesländer				
1	2,4	0,1	0,3%	0,3%
2	5,3	0,1	0,6%	0,8%
3	11,6	0,3	1,2%	2,1%
4	19,2	0,5	2,0%	4,1%
5	31,9	0,9	3,8%	7,9%
6	45,8	1,0	4,3%	12,2%
7	52,0	1,4	6,0%	18,2%
8	88,0	2,1	9,3%	27,6%
9	169,6	4,4	19,3%	46,9%
10	571,1	12,1	53,1%	100,0%
Summe		22,8	100 %	

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 65: Verteilung des Betriebsvermögens über die Haushalte mit Betriebsvermögen (nach Ersetzung fehlender Werte)

	Mittelwert (1000 Euro)	Summe (Mrd. Euro)	Anteil	Anteil (kumuliert)
Deutschland				
1	3,2	0,7	0,1%	0,1%
2	11,4	2,5	0,4%	0,5%
3	23,6	5,1	0,9%	1,4%
4	45,2	9,8	1,7%	3,1%
5	69,2	15,0	2,5%	5,6%
6	105,5	23,1	3,9%	9,5%
7	143,0	31,0	5,2%	14,8%
8	218,5	47,1	8,0%	22,7%
9	351,6	76,4	12,9%	35,7%
10	1.752,4	380,1	64,3%	100,0%
Summe		590,7	100 %	
Alte Bundesländer				
1	3,8	0,7	0,1%	0,1%
2	12,3	2,2	0,4%	0,5%
3	26,2	4,8	0,9%	1,4%
4	49,5	9,1	1,6%	3,0%
5	87,5	15,5	2,8%	5,8%
6	118,5	21,7	3,9%	9,7%
7	165,7	30,8	5,5%	15,2%
8	253,1	45,9	8,2%	23,4%
9	380,3	69,3	12,4%	35,8%
10	1988,2	359,5	64,2%	100,0%
Summe		559,5	100 %	
Neue Bundesländer				
1	2,8	0,1	0%	0,3%
2	7,8	0,3	1%	0,9%
3	16,9	0,6	3%	1,8%
4	31,0	1,1	7%	3,7%
5	45,3	1,5	11%	4,8%
6	51,6	1,7	17%	5,4%
7	79,6	3,2	27%	10,3%
8	99,0	3,0	37%	9,7%
9	147,2	4,8	52%	15,3%
10	453,6	15,0	100%	47,9%
Summe		31,2	100 %	

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 66: Anteil des Betriebsvermögens an den Nettogesamtvermögen der nach dem Nettogesamtvermögen geordneten Haushalte

Dezil	Betriebsvermögen	Nettovermögen	Anteil
Deutschland			
1	213	-15082	-1,4%
2	0	0	-
3	11	0	-
4	97	3.915	2,5%
5	283	13.570	2,1%
6	858	35.540	2,4%
7	3.319	88.639	3,7%
8	5.453	167.253	3,3%
9	9.615	272.487	3,5%
10	131.308	793.206	16,6%
Alte Bundesländer			
1	204	-15.058	-1,4%
2	0	0	-
3	14	2	684,3%
4	93	4.781	1,9%
5	329	16.249	2,0%
6	769	44.375	1,7%
7	4.454	107.865	4,1%
8	5.896	189.501	3,1%
9	11.292	303.180	3,7%
10	152.613	878.178	17,4%
Neue Bundesländer			
1	255	-15.152	-1,7%
2	0	0	-
3	0	0	-
4	134	2.016	6,6%
5	289	7.076	4,1%
6	91	16.419	0,6%
7	2159	36.035	6,0%
8	3367	81.917	4,1%
9	4949	153.343	3,2%
10	32028	331.478	9,7%

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 13: Verteilung des Betriebsvermögens über alle Haushalte

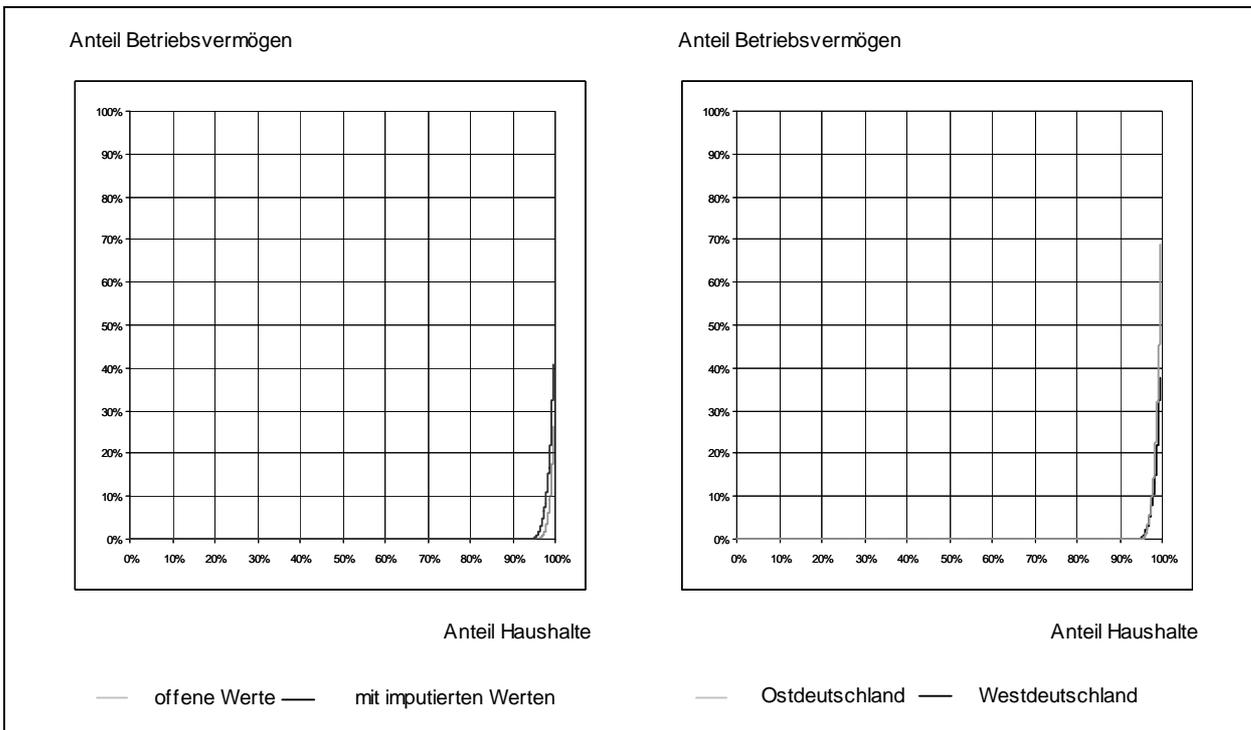


Abbildung 14: Verteilung des Betriebsvermögens über die Haushalte mit Betriebsvermögen

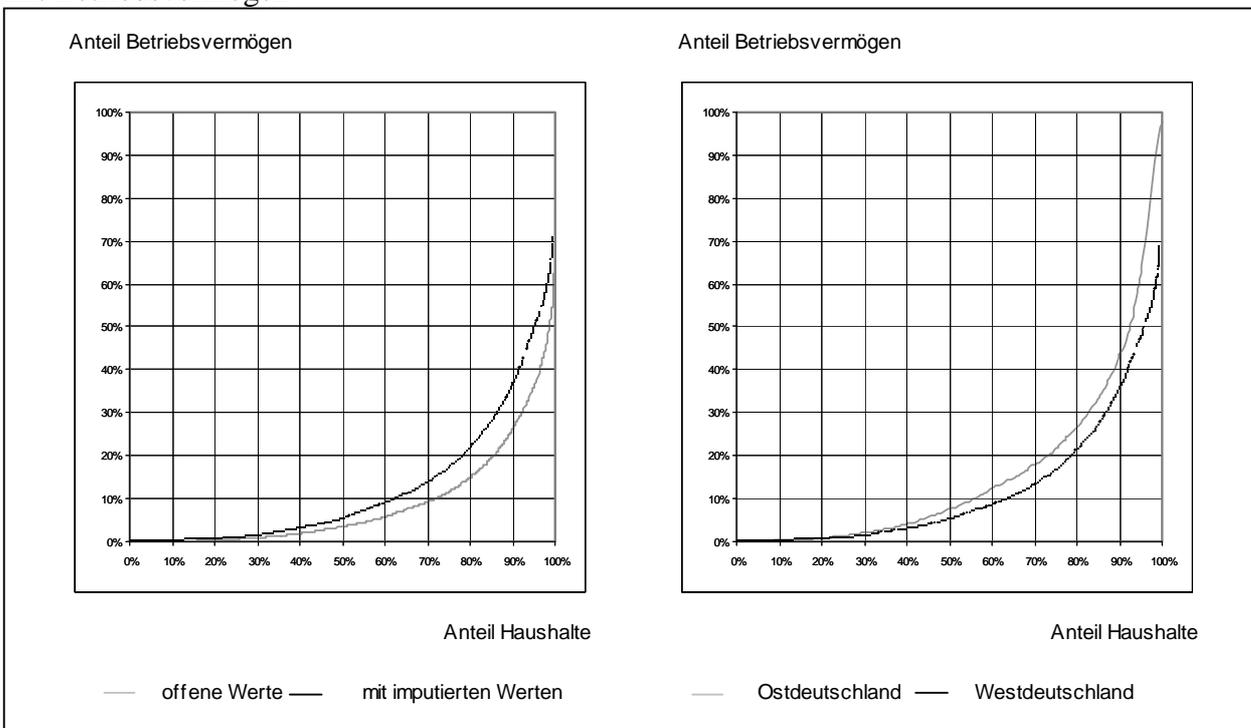


Tabelle 67: Differenzierung nach Geschlecht und Alter

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer			
Alle Personen										
Basisdaten										
Altersgruppe	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	
alle	9.603	1.390	14%	11.126	1.570	14%	3.102	602	19%	
bis 49	6.797	1.265	19%	7.797	1.365	18%	2.556	816	32%	
50 und älter	13.269	1.526	12%	15.463	1.797	12%	3.824	379	10%	
Nach Ersetzung fehlender Werte										
	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	
Alle	13.189	2.378	18%	15.327	2.701	18%	4.064	968	24%	
bis 49	9.786	2.014	21%	11.133	2.165	19%	4.077	1.339	33%	
>49	17.634	2.775	16%	20.790	3.293	16%	4.046	580	14%	
Personen mit Betriebsvermögen										
Basisdaten										
		Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M
Alle	Anteil	5,9%	2,2%	-3,7	6,1%	2,3%	-3,8	4,9%	1,8%	-3,1
	Höhe	163.259	62.535	38%	181.667	67.740	37%	63.991	33.380	52%
bis 29	Anteil	1,7%	0,6%	-1,1	1,5%	0,7%	-0,8	2,6%	0,2%	-2,4
	Höhe	22.315	17.079	77%	25.579	15.214	59%	14.750	50.000	339%
30-49	Anteil	8,6%	3,4%	-5,2	8,8%	3,4%	-5,4	7,7%	3,3%	-4,4
	Höhe	112.045	53.710	48%	125.096	57.549	46%	46.764	35.694	76%
50-64	Anteil	7,1%	3%	-4,1	7,5%	3,1%	-4,4	5,1%	2,7%	-2,4
	Höhe	297.159	71.495	24%	324.249	57.549	18%	125.940	28.580	23%
> 64	Anteil	2,3%	0,9%	-1,4	2,7%	1,1%	-1,6	0,7%	-	-
	Höhe	105.861	103.962	98%	110.895	103.962	94%	22.084	-	-
Nach Ersetzung fehlender Werte										
		Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M
Alle	Anteil	5,9%	2,2%	-3,7	6,1%	2,3%	-3,8	4,9%	1,8%	-3,1
	Höhe	224.221	107.001	48%	250.255	116.522	47%	83.836	53.668	64%
bis 49	Anteil	6,5%	2,5%	-4,0	6,6%	2,5%	-4,1	6%	2,3%	-3,7
	Höhe	150.862	80.872	54%	168.842	85.183	50%	67.567	59.185	88%
> 49	Anteil	5,1%	1,9%	-3,2	5,5%	2,1%	-3,4	3,3%	1,3%	-2
	Höhe	346.285	143.944	42%	168.842	159.063	94%	123.449	43.806	35%

Quelle SOEP, ZEW-Berechnungen. Angesichts der kleinen Fallzahlen ist eine Differenzierung nach vier Altersgruppen bei den aufbereiteten Daten nicht sinnvoll. Alle Werte in Euro. F/M = Relation von Frauen zu Männern in Prozent, bezogen auf absolute Beträge; Differenz zwischen Frauen und Männern in Prozentpunkten bezogen auf Anteile.

2.5 Analyse des Gebrauchsvermögens

Analysen zur Höhe und Verteilung des Gebrauchsvermögens – hier definiert als langlebige Gebrauchsgüter ohne Berücksichtigung des Wohneigentums – innerhalb des Sektors der privaten Haushalte können nur sehr eingeschränkt erfolgen. Letztmalig wurden in der amtlichen Statistik aggregierte Daten für das Gebrauchsvermögen im Hauptbericht der VGR 1997 für das Jahr 1995 ausgewiesen. Intern berechnet die Deutsche Bundesbank seither eine Zeitreihe des Gebrauchsvermögens, die auf einer Fortschreibung einer früheren Schätzung mittels der Wachstumsrate des privaten Verbrauchs beruht.⁴²

Es liegen jedoch keine Daten zur Verteilung des Gebrauchsvermögens vor, die eine Verteilungsanalyse wie im Bereich des Geld- und Sachvermögens erlauben, da zwar das Vorhandensein, nicht aber der Wert von langlebigen Gebrauchsgütern erhoben wird.⁴³ Eine nachträgliche Bewertung der in den Umfragen erhobenen Gebrauchsgüter mit Durchschnittspreisen ist angesichts der erheblichen Spannweite möglicher Bewertungen – wie sich am Beispiel von Kraftfahrzeugen leicht verdeutlichen lässt – nicht sinnvoll.

Zudem konzentrieren sich die vorhandenen Erhebungen auf die Ausstattung von Haushalten mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern: Im Einzelnen wird die Ausstattung der Haushalte im Rahmen der Einführungsinterviews der EVS erhoben, darüber hinaus liegt jährliches Datenmaterial zu den gleichen Güterarten aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen des Statistischen Bundesamtes vor.⁴⁴ Diese Erhebungen legen einen Schwerpunkt auf Fahrzeuge, Unterhaltungselektronik und sonstige elektrische bzw. elektronische Haushaltsgeräte. Das Gebrauchsvermögen von Haushalten wird damit nur partiell abgedeckt, da z.B. die Ausstattung mit Möbeln und weiterer Wohnungsausstattung, die wertmäßig einen erheblichen Teil des Gebrauchsvermögens umfassen dürften, nicht einbezogen ist. Nach dem letztmaligen Ausweis der VGR für 1995 setzte sich das Gebrauchsvermögen – wiederum betrachtet zu Wiederbeschaffungspreisen netto – zu 34 Prozent aus Möbeln und Teppichen und zu weiteren 23 % aus sonstigen dauerhaften Gebrauchsgütern, die in der EVS größtenteils nicht erfasst werden, zusammen (siehe Tabelle 69).

Diese Strukturdaten verdeutlichen, dass die Daten zur Ausstattung der Haushalte aus der EVS und den Laufenden Wirtschaftsrechnungen nur einen Teil des gesamten

⁴² Wir danken Dr. Elmar Stöß von der Deutschen Bundesbank für die Bereitstellung der Daten und seine hilfreichen Erläuterungen.

⁴³ Letztmalig wurden Angaben zur Höhe des Anschaffungswertes und des Anschaffungsdatums langlebiger Gebrauchsgüter in der EVS 1988 erhoben. Vgl. Thiele (1998), S 46f. In der EVS 1993 wurden noch die Anschaffungspreise und Daten von Kraftfahrzeugen erhoben.

⁴⁴ Vgl. Fachserie 15 Reihe 2: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern.

Gebrauchsvermögens abdecken. Ziel dieser Erhebungen, insbesondere der Beobachtungen im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen, ist es auch weniger, das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte zu beobachten, als vielmehr, Informationen für die Preisberichterstattung – vor allem die Strukturierung der Warenkörbe – zu erhalten. Insbesondere ist es das Ziel, neue Güter in der Preisberichterstattung zu berücksichtigen, wenn sie einen entsprechenden Ausstattungsgrad in der Bevölkerung erreicht haben. Aus diesem Grund – und um die Belastung der Haushalte durch die Erhebung zu verringern⁴⁵ – werden Güter mit einem hohen Verbreitungsgrad nicht mehr erfasst.

Tabelle 68 stellt die Ergebnisse der aggregierten Rechnungen der Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes dar. Beide Zeitreihen verlaufen im überlappenden Zeitraum kongruent auf etwas unterschiedlichem Niveau, wenn für die Daten aus der VGR die Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen netto – d.h. nach Abzug der Abschreibungen – gewählt wird.⁴⁶ Unter Hinzuziehung der Anzahl der Haushalte auf der Basis des Mikrozensus kann ein Durchschnittsvermögen von 25.000 Euro für 2002 je Haushalt berechnet werden. Bezogen auf die von der Bundesbank ausgewiesenen Bestände für das private Nettovermögen inkl. Gebrauchsvermögen ergibt sich über die Jahre eine konstanter Anteil von ca. 12 % für das Gebrauchsvermögen.

Zur Verteilung des Gebrauchsvermögens lassen sich lediglich empirische Indizien finden: So belegen die EVS-Daten aus dem Einführungsinterview der EVS 2003, dass ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen dem Ausstattungsgrad in ausgewählten Gebrauchsgütern und dem Nettoeinkommen der Haushalte besteht.⁴⁷ Aus diesen Angaben lassen sich jedoch keine Informationen darüber ableiten, ob eine zusätzliche Berücksichtigung des Gebrauchsvermögens die Vermögensverteilung nivellieren oder ungleicher werden lassen würde. Angesichts der bereits hohen Ausstattungsgrade mit vielen langlebigen Gebrauchsgütern ist eine gleichmäßigere Verteilung als beim Geld- und Immobilienvermögen allerdings wahrscheinlich.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2003), S. 7.

⁴⁶ Vgl. zu einer ausführlichen Darstellung der methodischen Grundlagen der Gebrauchsvermögensrechnung im Rahmen der VGR und zu den Bewertungskonzepten Schäfer/Bolleyer (1993).

⁴⁷ Deckl/Krebs (2004), S. 219.

⁴⁸ Vgl. Thiele (1998), die mit den Daten aus der EVS 1988 das Gebrauchsvermögen privater Haushalte unter Annahme einer linearen Abschreibung schätzt. Sie ermittelt für die Verteilung des Gebrauchsvermögens einen Gini-Koeffizienten von 0,42.

Tabelle 68: Ausweis aggregierter und durchschnittlicher Gebrauchsvermögensbestände

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
alle privaten Haushalte (Mrd. Euro)												
VGR	515	556	597	624	643							
Bundesbank	624	678	715	741	765	797	827	856	887	915	943	968
Haushalte (Mio.)												
Haushalte (Mio.)	35256	35700	36230	36695	36938	37281	37457	37532	37795	38124	38456	38720
je Haushalt (Euro)												
VGR	14.618	15.561	16.466	16.999	17.418							
Bundesbank	17.710	19.002	19.745	20.194	20.716	21.371	22.085	22.818	23.471	24.006	24.517	25.000

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ZEW-Berechnungen, ab 2000 vorläufige Werte.

Tabelle 69: Zusammensetzung des Gebrauchsvermögens nach letztem Ausweis in der VGR

Kategorie	Anteil
Möbel/Teppiche	34%
Öfen, Herde und elektrische Haushaltsgeräte	6%
Kraftfahrzeuge und Fahrräder	37%
sonstige dauerhafte Gebrauchsgüter	23%
Summe	100%

Quelle: Statistisches Bundesamt, ZEW-Berechnungen.

2.6 Die Entwicklung des privaten materiellen Vermögens in der Gesamtbe- trachtung

2.6.1 Die Entwicklung des Gesamtvermögens im Aggregat

Das gesamte Nettovermögen der privaten Haushalte (Geld-, Immobilienvermögen, Sachvermögen und Gebrauchsvermögen, inkl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) belief sich Ende 2002 auf rund 7,8 Billionen Euro (vgl. Tabelle 70). Der Veränderung der Vermögensbestandteile entsprechend ist auch für das gesamte Vermögen der privaten Haushalte seit dem Jahr 2000 ein deutlich verringertes Wachstum zu konstatieren. In realer, d.h. um Veränderungen des Verbraucherpreisindex bereinigter Rechnung ist der Wert des privaten Vermögens seit 2001 geringfügig gesunken (vgl. Tabelle 71). Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf eine verringerte Bewertung des Geldvermögens und damit auch verringerte Bruttovermögensbildung, nicht auf ein überproportionales Wachstum der Verschuldung. Im Aggregat ist auch das Wachstum der privaten Verschuldung spürbar zurückgegangen.

Tabelle 72 verdeutlicht, dass die in den aggregierten Zahlen enthaltenen Geldvermögenswerte und Verbindlichkeiten der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck keine wesentliche Rolle spielen.⁴⁹

Tabelle 70: Entwicklung des Gesamtvermögens der privaten Haushalte (Mrd. Euro)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttovermögen	6.411	6.886	7.202	7.585	7.926	8.250	8.592	8.978	9.137	9.295	9.338
Sachvermögen	3.548	3.742	3.943	4.121	4.246	4.317	4.422	4.515	4.586	4.615	4.640
Wohnungen*	2.926	3.096	3.276	3.441	3.562	3.626	3.723	3.809	3.863	3.887	3.905
Sonstige Anlagen **	622	646	667	681	684	692	699	706	722	729	735
Geldvermögen	2.185	2.428	2.518	2.699	2.883	3.105	3.313	3.576	3.636	3.737	3.730
Gebrauchsvermögen	678	715	741	765	797	827	856	887	915	943	968
Verbindlichkeiten	891	980	1.074	1.150	1.228	1.287	1.362	1.451	1.495	1.518	1.535
Wohnungsbaukredite	523	580	642	697	756	803	841	913	947	978	1.000
Sonst. Verbindl.***	368	400	432	453	472	484	521	538	548	540	535
Reinvermögen (inkl. Gebrauchsverm.)	5.520	5.906	6.128	6.435	6.698	6.963	7.230	7.527	7.642	7.777	7.803
Reinvermögen (ohne Gebrauchsverm.)	4.842	5.190	5.387	5.670	5.901	6.135	6.373	6.640	6.727	6.834	6.835

Quelle: Deutsche Bundesbank, ZEW-Berechnungen, inkl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

* Einschl. Wohngrundstücke. ** Einschl. gewerblicher Grundstücke, jedoch ohne unbebaute sowie land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke. *** Im Wesentlichen für gewerbliche und konsumtive Zwecke.

⁴⁹ Zur Bedeutung der privaten Organisationen für die Höhe des Sachvermögens siehe auch die Anmerkungen in Fußnote 31.

Tabelle 71: Veränderungsraten des Gesamtvermögens der privaten Haushalte

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
In jeweiligen Preisen											
Bruttovermögen	7,0%	7,4%	4,6%	5,3%	4,5%	4,1%	4,1%	4,5%	1,8%	1,7%	0,5%
Verbindlichkeiten	8,1%	10,0%	9,6%	7,1%	6,8%	4,8%	5,8%	6,5%	3,0%	1,5%	1,1%
Reinvermögen (inkl. Gebrauchsv.)	6,8%	7,0%	3,8%	5,0%	4,1%	4,0%	3,8%	4,1%	1,5%	1,8%	0,3%
Reinvermögen (ohne Gebrauchsv.)	6,6%	7,2%	3,8%	5,2%	4,1%	4,0%	3,9%	4,2%	1,3%	1,6%	0,0%
um Veränderungen des Verbraucherpreisindex bereinigt											
Bruttovermögen	3,6%	3,0%	2,0%	3,8%	3,2%	3,9%	2,1%	2,9%	-0,3%	0,1%	-0,7%
Verbindlichkeiten	4,6%	5,5%	6,9%	5,5%	5,4%	4,6%	3,8%	4,9%	0,9%	0,0%	0,0%
Reinvermögen (inkl. Gebrauchsv.)	3,4%	2,6%	1,2%	3,4%	2,8%	3,7%	1,8%	2,5%	-0,6%	0,2%	-0,8%
Reinvermögen (ohne Gebrauchsv.)	3,1%	2,8%	1,2%	3,7%	2,8%	3,8%	1,9%	2,6%	-0,8%	0,0%	-1,1%
Veränderungsraten in Preisen von 2000	3,6%	3,0%	2,0%	3,8%	3,2%	3,9%	2,1%	2,9%	-0,3%	0,1%	-0,7%

Quelle: Deutsche Bundesbank, ZEW-Berechnungen, inkl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

* Einschl. Wohngrundstücke. ** Einschl. gewerblicher Grundstücke, jedoch ohne unbebaute sowie land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke. *** Im Wesentlichen für gewerbliche und konsumtive Zwecke.

Tabelle 72: Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Mrd. Euro)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Geldvermögen	71	81	88	86	89	94	103	119	120	122	113
Verbindlichkeiten	14	15	16	14	14	15	15	15	15	16	16
Nettogeldvermögen	57	66	73	72	75	79	88	104	105	106	97

Quelle: Deutsche Bundesbank.

2.6.2 Die Verteilung des privaten Vermögens in der Gesamtbetrachtung

Im Gegensatz zur aggregierten Betrachtung ist eine Analyse der Entwicklung der Vermögensverteilung für einen umfassenden Vermögensbegriff nicht möglich, da – mit Ausnahme der in Abschnitt 2.4 beschriebenen Daten – keine Informationen über die Entwicklung der Verteilung des Betriebsvermögens vorliegen und auch die Datenlage zum Gebrauchsvermögen unbefriedigend ist. Die folgenden Darstellungen beziehen sich daher schwerpunktmäßig auf die Entwicklung der Verteilung des privaten Vermögens in der Abgrenzung der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, d. h. des Geld- und Immobilienvermögens der privaten Haushalte. Wie die vorstehenden Analysen verdeutlicht haben, umfassen diese Vermögensbestandteile den weitaus größten Teil des privaten Anlagevermögens. Zur Abrundung des Bildes werden jedoch auch die Ergebnisse der Vermögensbilanz des Sozioökonomischen Panels – die neben Geld und Immobilienvermögen auch Betriebsvermögen und Teile des Sachvermögens der privaten Haushalte umfasst – diskutiert und mit den Resultaten der jüngsten EVS-Erhebung verglichen.

2.6.2.1 Zur Interpretation der EVS-Daten

Die vorstehenden Detailanalysen für das Geld- und Immobilienvermögen in der EVS haben im Rahmen von Sensitivitätsanalysen verdeutlicht, welche Auswirkungen unterschiedliche Aufbereitungen des zur Verfügung stehenden Datenmaterials auf die Höhe der Durchschnittsvermögen und auf die Vermögensverteilung haben. Insbesondere wurde deutlich, dass die Ergebnisse zur Entwicklung der Verteilung in besonderem Maße vom Umfang der Ersetzung fehlender Werte in der EVS 2003 abhängen. Dies gilt insbesondere für das Immobilienvermögen: Hier sind die Angaben der Haushalte zu einem deutlich höheren Anteil unvollständig oder unplausibel, als dies im Geldvermögen der Fall ist. Darüber hinaus liegen nur wenige Informationen über die Behandlung fehlender bzw. unplausibler Werte in den Erhebungen 1993 und 1998 vor. Um die folgenden zusammenfassenden Analysen nicht durch die weitere Darstellung verschiedener Aufbereitungsvarianten zu überfrachten, beschränken sich die folgenden Auswertungen auf eine Variante mit umfassender Ersetzung fehlender Werte sowohl im Immobilien- als auch im Geldvermögen. Dieser Variante wird hier der Vorzug gegeben, weil sie einerseits die Vermögensverteilung am aktuellen Rand am besten widerspiegelt und sich andererseits auch besser für den Vergleich zur EVS 1993 eignet als Varianten mit eingeschränkterer Ersetzung fehlender Werte.⁵⁰ Es ist aber zu berücksichtigen, dass die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der EVS 1998 durch die Wahl dieser Variante

⁵⁰ Zur Begründung siehe Abschnitt 2.2.2 und 2.3.2.

eingeschränkt ist, da hier weniger umfassende Ersetzungen im Geldvermögen durchgeführt wurden und darüber hinaus – möglicherweise wegen erhebungsmethodischer Unterschiede – auch der Erfassungsgrad des Geldvermögens deutlich geringer war als in den anderen Erhebungen.⁵¹ Die folgenden Analysen stellen aus diesem Grund insbesondere auf den Vergleich der Vermögensverteilung in der 10-Jahres-Perspektive ab. Sie unterstellen, dass in der EVS 1993 ähnlich umfassende Ersetzungen fehlender Werte nach ähnlichen Kriterien durchgeführt wurden, wie dies hier für die EVS 2003 durchgeführt wurde.

2.6.2.2 Die Entwicklung der durchschnittlichen Vermögenshöhe im West-Ost-Vergleich

In der Erhebung 2003 der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe weisen die privaten Haushalte im Durchschnitt für das gesamte Bundesgebiet ein materielles Nettogesamtvermögen (Summe von Nettoimmobilien- und Geldvermögen) von rund 133.000 Euro (vgl. Tabelle 73) aus. Im Vergleich der EVS-Ergebnisse 1993 und 2003 sind die Nettovermögen im Durchschnitt damit in nominaler Rechnung um knapp 26 Prozent angestiegen (siehe Tabelle 76). Im Vergleich zu den aggregierten Daten aus der Finanzierungsrechnung sind diese Werte plausibel: Im gesamten Zeitraum von Jahresende 1993 bis Jahresende 2002 sind die aggregierten Nettovermögen (Geld-, Immobilienvermögen und Sachvermögen) um knapp 32 Prozent gestiegen. Bei alleiniger Betrachtung der Geld- und Immobilienvermögen ergibt sich ein Wachstum von rund 34 Prozent. Das geringere Wachstum der durchschnittlichen Haushaltsvermögen im Vergleich zur Finanzierungsrechnung ist – neben geringfügigen Unterschieden im Erfassungsgrad der EVS 1993 und 2003 – vor allem auf die steigende Anzahl der Haushalte zurückzuführen. Betrachtet man die Aggregate des Nettovermögens über alle Haushalte, so ergibt sich mit 31,2 Prozent eine mit der Finanzierungsrechnung weitgehend übereinstimmende Veränderungsrate (vgl. Tabelle 74). Im Vergleich zur EVS 1998 weisen die Daten eine durchschnittliche Steigerung der Haushaltsvermögen von 17,3 Prozent aus: Dieser Wert ist – vor allem wohl aufgrund der mutmaßlichen Untererfassung in der EVS 1998 – überzeichnet, die Veränderung von 1993 zu 1998 (7,1 Prozent) dementsprechend unterzeichnet.

Allerdings zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Während die westdeutschen privaten Haushalte im Durchschnitt über ein Immobilien- und Geldvermögen von rund 149.000 Euro verfügen, umfassen die Vermögen der ostdeutschen Haushalte mit knapp 60.000 Euro im Durchschnitt nur 40 Prozent des Betrages der westdeutschen Haushalte. Jedoch hat sich – wie bereits auf der Ebene der Ver-

⁵¹ Siehe Abschnitt 2.2.2.2.

mögenskomponenten deutlich wurde – der Abstand zwischen ost- und westdeutschen Haushalten im Zeitverlauf erheblich verringert. Die Vermögen der ostdeutschen Haushalte sind in den vergangenen 10 Jahren um rund 64 Prozent gewachsen. Mit knapp 19 Prozent blieben die Zuwachsraten der westdeutschen Privatvermögen deutlich dahinter zurück.

Auf der Ebene des Gesamtvermögens ist damit eine hohe und nur geringfügig verminderte Anpassungsgeschwindigkeit im Vergleich der ersten und der zweiten Hälfte der zurückliegenden 10 Jahre zu konstatieren: Im Zeitraum von 1993 bis 1998 hat sich die Lücke zwischen ost- und westdeutschen Durchschnittsvermögen je Haushalt um etwas mehr als 8,7 Prozent verringert, im Zeitraum von 1998 bis 2003 um rund 7,3 Prozent.⁵² 1993 betrug die Relation der Durchschnittsvermögen der ost- zu denen der westdeutschen Haushalte erst rund 29 Prozent, 1998 waren es rund 35 Prozent. Tabelle 76 zeigt die Veränderungsdaten auch in realer, d.h. um Veränderungen des Konsumentenpreisindeflex bereinigter Rechnung. Danach haben die westdeutschen Durchschnittsvermögen in den letzten 10 Jahren in realer Rechnung mit 3,7 Prozent nur wenig zugenommen. Für die ostdeutschen Haushalte ist dagegen in realer Rechnung eine Zunahme um knapp 43 Prozent zu konstatieren.

⁵² Aus der Änderung um 6,2 Prozentpunkte zwischen 1993 und 1998, bezogen sich auf eine Ausgangsdifferenz zwischen West und Ost von rund 70,9 Prozentpunkten in 1993 ergibt sich eine Verringerung von 8,7 Prozent der ursprünglichen Lücke. Für den Zeitraum 1998 bis 2003 errechnet sich aus einer Verringerung um rund 4,7 Prozentpunkte, bezogen auf die 1998 noch bestehende Differenz von 64,7 Prozent, eine Verringerung von 7,3 Prozent. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Vergleichszeiträume in Bezug auf das Immobilienvermögen unterschiedlich sind (vgl. Abschnitt 2.1), so dass der Unterschied zwischen den beiden Teilperioden etwas größer ausfallen dürfte als hier ausgewiesen.

Tabelle 73: Mittelwert und Median der Gesamtvermögen je Haushalt (Geld- und Immobilienvermögen) im Vergleich (in 1.000 Euro)

	1993		1998		2003	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Deutschland						
Bruttovermögen	121,1	35,6	133,7	45,6	161,3	67,0
Schulden	15,0	0,0	20,0	0,0	27,9	0,0
Nettovermögen	106,2	32,4	113,7	38,5	133,4	49,8
Alte Bundesländer						
Bruttovermögen	143,3	79,4	151,3	74,8	179,0	93,5
Schulden	17,9	0,0	22,2	0,0	30,2	0,0
Nettovermögen	125,4	60,0	129,2	56,1	148,8	63,6
Neue Bundesländer						
Bruttovermögen	40,1	10,6	56,3	16,8	76,1	25,2
Schulden	3,7	0,0	10,6	0,0	16,6	0,0
Nettovermögen	36,4	10,1	45,6	15,4	59,6	21,8

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Berücksichtigung privat verliehener Gelder, Bargeld und Sichteinlagen.

Tabelle 74: Anzahl Haushalte und aggregiertes Nettovermögen in der EVS

	Anzahl Haushalte (Mio.)					
	1993	1998	2003	93-98	98-03	93-03
Deutschland	35,60	36,78	37,18	3,3%	1,1%	4,4%
Alte Bundesländer	28,92	29,95	30,25	3,6%	1,0%	4,6%
Neue Bundesländer	6,68	6,83	6,94	2,1%	1,6%	3,8%
Nettovermögen (in Mrd. Euro)						
Deutschland	3779,7	4181,8	4958,5	10,6%	18,6%	31,2%
Alte Bundesländer	3626,1	3869,4	4500,4	6,7%	16,3%	24,1%
Neue Bundesländer	243,6	311,6	412,9	27,9%	32,5%	69,5%

Quelle EVS, ZEW-Berechnungen. Ohne Berücksichtigung privat verliehener Gelder, Bargeld und Sichteinlagen. Differenzen in den Summen gehen auf die Verwendung unterschiedlicher Hochrechnungsfaktoren für die Landesteile und Gesamtdeutschland zurück.

Tabelle 75: Relation der durchschnittlichen Gesamtvermögensbestände je Haushalt Ost/West

	1993	1998	2003
Bruttovermögen	28,0%	37,2%	42,5%
Schulden	20,6%	48,0%	54,9%
Nettovermögen	29,1%	35,3%	40,0%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 76: Veränderungsrate der Mittelwerte des Gesamtvermögens

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03	93-98	98-03	93-03
Veränderungsrate									
Bruttovermögen	10,4%	20,6%	33,1%	5,6%	18,3%	24,9%	40,3%	35,3%	89,8%
Schulden	33,6%	39,4%	86,2%	23,6%	36,3%	68,5%	188,5%	55,9%	349,8%
Nettovermögen	7,1%	17,3%	25,6%	3,0%	15,2%	18,6%	25,3%	30,5%	63,4%
Veränderungsrate, um Änderung des Konsumentenpreisindex bereinigt									
Bruttovermögen	2,0%	13,7%	16,0%	-2,4%	11,4%	8,8%	29,7%	27,5%	65,3%
Schulden	23,5%	31,3%	62,2%	14,3%	28,4%	46,8%	166,7%	46,9%	291,8%
Nettovermögen	-1,0%	10,6%	9,4%	-4,8%	8,5%	3,4%	15,8%	23,0%	42,4%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

2.6.3 Die Verteilung des Gesamtvermögens und ihre Entwicklung

2.6.3.1 Die Struktur des privaten Gesamtvermögens nach Quintilen der Vermögensverteilung

Eine Analyse der Vermögensstruktur im Überblick nach Quintilen (Tabelle 77) zeigt zunächst folgendes: Der Anteil von Immobilien variiert stark mit der Höhe des Gesamtvermögens. Im ersten Quintil zeigt sich – auf allerdings sehr geringem Niveau – ein hoher Anteil des Bruttoimmobilienvermögens im ersten Quintil, in den übrigen Quintilen steigt der Anteil des Immobilienvermögens mit dem Rang des Quintils. Ein Vergleich mit der Vermögensstruktur in 1993 (siehe Tabelle 78) zeigt, dass in dieser Stichprobe keine so hohen Anteile des Immobilienvermögens im ersten Quintil zu verzeichnen sind. Eine Ursache für diesen Unterschied ist der auch nach Ersetzung fehlender Werte verbleibende höhere Anteil von Immobilienbesitzern mit negativen Nettoimmobilienvermögenswerten in der Stichprobe 2003. In den Datensätzen 1993 und 1998 ist dieser Anteil erheblich kleiner, darüber hinaus sind die Beträge der negativen Vermögenswerte erheblich geringer. Es ist zu vermuten, dass dieser Differenz auch methodische Unterschiede in der Aufbereitung der Daten und die abweichende Definition der Hypothekenschulden zugrunde liegen (vgl. Abschnitt 2.3.2).

Der Anteil des Geldvermögens sinkt – abgesehen vom ersten Quintil – entsprechend mit Höhe des Gesamtvermögens tendenziell. Dies geht im Allgemeinen zu Lasten des Anteils von Bankeinlagen und Versicherungen, während der Anteil von Wertpapieren am Gesamtvermögen im Querschnitt der Verteilung keine einheitliche Tendenz zeigt. Aufgrund der geringeren Immobilieneigentumsquote ist der Anteil von Bankeinlagen und Versicherungen am Gesamtvermögen der ostdeutschen Haushalte im zweiten bis vierten Quintil deutlich höher als in Westdeutschland.

In der Mitte der Vermögensverteilung in Westdeutschland ist der Anteil des Immobilienvermögens mit mehr als 60 Prozent ungefähr doppelt so hoch wie in Ostdeutschland.

Die Muster der Verschuldung in Konsumentenkrediten variieren wenig zwischen Ost- und Westdeutschland: Im ersten Quintil zeigt sich die mit Abstand höchste Verschuldung in Konsumentenkrediten, während in den anderen Quintilen absolut gesehen eine ungefähr gleich hohe Verschuldung in Konsumentenkrediten vorzufinden ist, die dementsprechend relativ zum Gesamtvermögen in den höheren Quintilen der Verteilung stark abnimmt. Substanzielle Hypothekenschulden haben vor allem die Haushalte in der Mitte und in den oberen Quintilen der Verteilung. Entsprechend den höheren Immobilieneigentumsquoten im Westen haben Restschulden aus Hypothekenkrediten im zweiten und dritten Quintil im Westen ein höheres Gewicht als im Osten. Im vierten und

fünften Quintil verfügen die ostdeutschen Haushalte dagegen über relativ zu ihrem gesamten Bruttovermögen höhere Restschulden als die westdeutschen Haushalte. Ein Vergleich mit den Vermögensstrukturen 1993 zeigt eine deutlich geringere Relation von Schulden zu Bruttovermögen, die insbesondere auf die 1993 relativ geringere Verschuldung in Hypotheken zurückzuführen ist.

Tabelle 77: Überblick über die Zusammensetzung des Privatvermögens nach Quintilen des Nettogesamtvermögens 2003 (in 1.000 Euro)

	Alte Bundesländer						Neue Bundesländer					
	Alle	1	2	3	4	5	Alle	1	2	3	4	5
	Fünftel der nach ihrem Nettovermögen Geordneten Haushalte						Fünftel der nach ihrem Nettovermögen Geordneten Haushalte					
Bruttovermögen	179,0	6,9	21,3	103,2	226,4	537,0	76,1	7,7	9,6	30,7	92,9	239,9
Schulden	30,2	10,4	8,0	36,1	43,3	53,3	16,6	11,4	3,1	7,9	25,5	35,1
Nettovermögen	148,8	-3,4	13,3	67,2	183,1	483,8	59,6	-3,7	6,6	22,8	67,3	204,8
Immob. (brutto)	133,8	5,2	7,5	63,1	179,4	413,9	52,0	5,8	2,3	9,7	57,2	185,1
Hypotheken	28,7	7,0	7,0	34,8	42,3	52,4	15,2	8,3	2,1	7,1	24,5	34,1
Immob. (netto)	105,1	-1,8	0,6	28,3	137,1	361,5	36,8	-2,5	0,2	2,6	32,8	151,0
Geldv. (brutto)	45,2	1,8	13,7	40,1	47,0	123,2	24,1	1,9	7,3	21,0	35,7	54,7
Konsum.kredite	1,5	3,4	1,0	1,2	1,0	0,8	1,4	3,0	0,9	0,8	1,1	0,9
Geldv. (netto)	43,7	-1,6	12,7	38,9	46,1	122,3	22,7	-1,2	6,4	20,2	34,6	53,8
Bankeinlagen*	20,4	0,9	7,8	20,9	23,0	49,3	13,6	0,9	4,2	13,3	20,9	28,8
Wertpapiere	11,6	0,2	1,8	8,1	8,9	39,0	4,4	0,2	0,7	2,5	7,1	11,6
Versicherungen	13,2	0,7	4,1	11,2	15,1	34,8	6,1	0,7	2,4	5,2	7,7	14,3
Anteile am Bruttovermögen												
Immobilien	74,8%	74,5%	35,4%	61,1%	79,2%	77,1%	68,3%	75,9%	23,9%	31,7%	61,6%	77,2%
Geldvermögen	25,2%	25,5%	64,6%	38,9%	20,8%	22,9%	31,7%	24,1%	76,1%	68,3%	38,4%	22,8%
Bankeinlagen*	11,4%	13,1%	36,7%	20,2%	10,2%	9,2%	17,9%	12,0%	43,3%	43,2%	22,5%	12,0%
Wertpapiere	6,5%	2,7%	8,4%	7,8%	3,9%	7,3%	5,8%	3,1%	7,5%	8,2%	7,7%	4,8%
Versicherungen	7,4%	9,7%	19,4%	10,8%	6,7%	6,5%	8,0%	9,0%	25,3%	16,9%	8,2%	6,0%
Schulden	16,9%	149,4%	37,6%	34,9%	19,1%	9,9%	21,8%	147,4%	31,9%	25,7%	27,5%	14,6%
Konsum.kredite	0,8%	49,1%	4,8%	1,2%	0,4%	0,2%	1,8%	39,5%	9,8%	2,6%	1,2%	0,4%
Hypotheken	16,0%	100,4%	32,8%	33,7%	18,7%	9,8%	20,0%	107,9%	22,1%	23,1%	26,3%	14,2%
Nettovermögen	83,1%	-49,4%	62,4%	65,1%	80,9%	90,1%	78,2%	-47,4%	68,1%	74,3%	72,5%	85,4%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. * inkl. Bauspareinlagen, ohne Sichteinlagen.

Tabelle 78: Überblick über die Zusammensetzung des Privatvermögens nach Quintilen des Nettogesamtvermögens 1993 (in 1.000 Euro)

	Alte Bundesländer						Neue Bundesländer					
	Alle	1	2	3	4	5	Alle	1	2	3	4	5
	Fünftel der nach ihrem Nettovermögen Geordneten Haushalte						Fünftel der nach ihrem Nettovermögen Geordneten Haushalte					
Bruttovermögen	143,3	3,4	17,6	89,1	189,0	417,7	40,1	1,8	5,0	11,1	30,3	152,4
Schulden	17,9	3,0	3,6	24,5	24,5	33,9	3,7	2,0	0,7	0,7	3,3	11,7
Nettovermögen	125,4	0,4	13,9	64,5	164,5	383,7	36,4	-0,1	4,3	10,4	27,0	140,7
Immob. (brutto)	110,8	0,8	3,4	55,0	156,2	338,7	28,7	0,2	0,4	0,9	9,8	132,6
Hypotheken	16,9	0,8	2,9	23,7	23,9	33,2	2,9	0,1	0,3	0,4	2,9	11,0
Immob. (netto)	93,9	0,0	0,5	31,3	132,4	305,5	25,8	0,0	0,1	0,5	6,9	121,6
Geldv. (brutto)	32,5	2,6	14,1	34,1	32,8	79,0	11,4	1,7	4,7	10,2	20,5	19,8
Konsum.kredite	1,0	2,2	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7	1,8	0,4	0,4	0,4	0,7
Geldv. (netto)	31,5	0,4	13,4	33,2	32,1	78,3	10,6	-0,1	4,3	9,9	20,1	19,1
Bankeinlagen*	14,6	1,6	8,3	17,0	15,9	30,1	8,4	1,2	3,7	8,2	14,9	14,1
Wertpapiere	7,1	0,2	1,8	6,7	5,8	21,1	2,0	0,1	0,3	1,1	4,3	4,0
Versicherungen	10,8	0,8	4,0	10,4	11,0	27,8	1,0	0,4	0,6	1,0	1,3	1,8
Anteile am Bruttovermögen												
Immobilien	77,3%	23,8%	19,6%	61,8%	82,7%	81,1%	71,6%	8,4%	7,1%	8,1%	32,3%	87,0%
Geldvermögen	22,7%	76,2%	80,4%	38,2%	17,3%	18,9%	28,4%	91,6%	92,9%	91,9%	67,7%	13,0%
Bankeinlagen*	10,2%	48,1%	47,2%	19,1%	8,4%	7,2%	20,9%	64,1%	74,0%	73,2%	49,1%	9,2%
Wertpapiere	5,0%	5,2%	10,1%	7,5%	3,1%	5,0%	4,9%	5,8%	6,5%	10,0%	14,1%	2,6%
Versicherungen	7,5%	22,9%	23,1%	11,6%	5,8%	6,7%	2,5%	21,7%	12,4%	8,8%	4,4%	1,2%
Schulden	12,5%	89,4%	20,8%	27,5%	13,0%	8,1%	9,2%	107,8%	13,9%	6,7%	11,0%	7,7%
Konsum.kredite	0,7%	65,5%	4,2%	0,9%	0,3%	0,2%	1,9%	99,8%	8,1%	3,3%	1,4%	0,5%
Hypotheken	11,8%	23,9%	16,6%	26,6%	12,6%	7,9%	7,3%	8,0%	5,8%	3,4%	9,6%	7,2%
Nettovermögen	87,5%	10,6%	79,2%	72,5%	87,0%	91,9%	90,8%	-7,8%	86,1%	93,3%	89,0%	92,3%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen, * inkl. Bauspareinlagen, ohne Sichteinlagen.

2.6.3.2 Die Dezilverteilung des privaten Gesamtvermögens und ihre Entwicklung

Eine Betrachtung der Dezilverteilung für Deutschland zeigt zunächst eine erhebliche Ungleichverteilung des Vermögens (siehe Tabelle 80). Die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung verfügen über etwas weniger als 4 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die 20 Prozent vermögensstärksten Haushalte rund zwei Drittel des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen. Auf das oberste Dezil entfallen allein knapp 47 Prozent des gesamten Nettovermögens. Dieser Anteil des obersten Dezils ist im Vergleich zur Erhebung 1993 um rund 2 Prozentpunkte gestiegen. In gesamtdeutscher Betrachtung sind im Gegenzug vor allem die Anteile des siebten, achten und neunten Dezils gesunken, während die Anteile in der Mitte der Verteilung leicht zugenommen haben.

Betrachtet man Westdeutschland und Ostdeutschland getrennt, so ist zu erkennen, dass die Vermögensverteilung in Ostdeutschland nach wie vor noch etwas ungleichmäßiger als in Westdeutschland ist. Allerdings haben sich die Unterschiede zwischen der westdeutschen und der ostdeutschen Vermögensverteilung im Zeitverlauf deutlich verringert. Die Anpassung verlief hier in gegensätzlicher Richtung: Während die ostdeutsche Vermögensverteilung tendenziell gleichmäßiger geworden ist, ist für die westdeutsche Verteilung eine Tendenz zu einer stärkeren Ungleichverteilung festzustellen. So haben die Vermögen der Haushalte in Westdeutschland in der Zehnjahresperspektive in den ersten drei Dezilen – auf allerdings niedrigem Niveau – deutlich abgenommen. In der Mitte der Verteilung sind im Allgemeinen geringe Zuwächse zu verzeichnen, die aber in den höheren Dezilen stärker ausfallen (Tabelle 79). In Ostdeutschland ist dagegen in der Zehnjahresperspektive ein substanzieller Aufbau von Vermögen über einen breiten Bereich der Vermögensverteilung zu beobachten. Der Schwerpunkt dieser Zunahme liegt im fünften bis achten Dezil der ostdeutschen Verteilung. Die Zunahme am oberen Rand der Verteilung fällt dagegen relativ gering aus.

Die Entwicklung der gesamtdeutschen Verteilung weicht deutlich von der Entwicklung der westdeutschen Verteilung ab, was angesichts des hohen Anteils der westdeutschen Vermögen am gesamtdeutschen privaten Vermögen auf den ersten Blick überrascht. So sind die Vermögen in den mittleren Dezilen der Vermögensverteilung in gesamtdeutscher Betrachtung gegenüber 1993 um rund 40-45 Prozent gewachsen, während in Westdeutschland im fünften Dezil ein Zuwachs um rund 10 Prozent, im sechsten Dezil dagegen nur eine geringfügige Zunahme um weniger als 2 Prozent festzustellen ist. Ursächlich für die starken Abweichungen zwischen west- und gesamtdeutscher Verteilung sind die erheblichen Zuwächse des Vermögens vor allem in der oberen Hälfte der ostdeutschen Vermögensverteilung, die – wegen ihres geringeren Durchschnittsniveaus – insbesondere die Mitte der gesamtdeutschen Vermögensverteilung beeinflussen.

Die Entwicklung der Gini-Koeffizienten (siehe Tabelle 81) spiegelt die Entwicklung in der Dezilverteilung wider: Danach ist der Gini-Koeffizient für die gesamtdeutsche Vermögensverteilung in der Zehnjahresperspektive in der hier vorgenommenen Aufbereitung der Daten geringfügig von 0,665 in 1993 auf 0,674 in 2003 angestiegen. Für Westdeutschland ergibt sich ein etwas stärkerer Anstieg von 0,625 in 1993 auf 0,656 in 2003, während in Ostdeutschland ein erheblicher Rückgang von 0,718 auf 0,67 in 2003 zu konstatieren ist.⁵³

2.6.3.3 Die Aufteilung des privaten Gesamtvermögens nach sozialen Gruppen

Eine Betrachtung der Mittelwerte des Nettovermögens nach sozialen Gruppen zeigt erhebliche Unterschiede sowohl im Status quo als auch in der Entwicklung (siehe Tabelle 82 und Tabelle 83): Arbeitnehmerhaushalte verfügen im bundesdeutschen Durchschnitt über ein Vermögen von rund 120.000 Euro, während Selbstständige über rund 300.000 Euro privates Geld- und Immobilienvermögen verfügen. Die Vermögen der Arbeitnehmerhaushalte haben in der Zehnjahres-Perspektive mit durchschnittlich rund 20 Prozent allerdings rund doppelt so stark zugenommen wie die Privatvermögen der Selbstständigenhaushalte. Der stärkste durchschnittliche Vermögenszuwachs ist allerdings bei den Nichterwerbstätigen-Haushalten feststellen. Hinter dieser Entwicklung verbergen sich deutlich steigende Vermögen von Rentner und Pensionären, dagegen in der 10-Jahres-Perspektive auf gesamtdeutscher Ebene stagnierende Vermögen von Arbeitslosen. Im bundesdeutschen Durchschnitt verfügten Rentnerhaushalte 2003 über ein Vermögen von rund 130.000 Euro, pensionierte Beamte dagegen über beinahe doppelt so hohe Vermögen. Haushalte von Arbeitslosen besitzen im Durchschnitt ein Vermögen von fast 50.000 Euro.

Die getrennte Betrachtung von Ost- und Westdeutschland zeigt ähnliche Relationen zwischen den sozialen Gruppen auf allerdings unterschiedlichem Niveau. Danach verfügen westdeutsche Arbeitnehmerhaushalte über ein Vermögen von rund 130.000 Euro, ostdeutsche Arbeitnehmerhaushalte dagegen nur über ein Vermögen von etwas weniger als 70.000 Euro. Die Selbstständigenhaushalte weisen mit rund 310.000 Euro in Westdeutschland und 143.000 Euro Privatvermögen in Ostdeutschland eine ähnliche Relation auf. Stärker unterscheiden sich die Durchschnittsvermögen von west- und ostdeutschen Rentnerhaushalten: Während westdeutsche Rentnerhaushalte im Durchschnitt über ein Vermögen von rund 150.000 Euro verfügen, besitzen ostdeutsche Rentner-

⁵³ Es ist zu berücksichtigen, dass negative Werte und Nullwerte in die Berechnung der Gini-Koeffizienten nicht eingehen. Aus diesem Grunde wurden negative Werte für die Berechnung der Gini-Koeffizienten durch Nullwerte ersetzt, um sie in die Berechnung einbeziehen zu können. Durch die Nichtberücksichtigung von negativen Werten wird die Entwicklung der Ungleichverteilung tendenziell etwas unterschätzt, da im ersten Dezil der Verteilung die negativen Werte absolut zugenommen haben.

haushalte im durchschnitt lediglich knapp 50.000 Euro. Die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Arbeitslosen-Haushalten sind mit rund 58.000 Euro in Westdeutschland und 30.000 Euro in absoluter Betrachtung geringer als bei den anderen sozialen Gruppen, die Relation entspricht jedoch in etwa derjenigen der Arbeitnehmerhaushalte.

Vom gesamten privaten Geld- und Immobilienvermögen entfallen rund 46 Prozent auf Arbeitnehmerhaushalte, rund 16 Prozent auf Selbstständigenhaushalte und 38 Prozent auf Nichterwerbstätigenhaushalte. Unter den Nichterwerbstätigen haben Rentner und Pensionäre mit rund 35 Prozent den größten Anteil am Privatvermögen. Während die Anteile der Arbeitnehmer- und auch der Selbstständigenhaushalte abgenommen haben, hat der Anteil der Haushalte von Rentner und Pensionäre am gesamten Vermögen zugenommen. Diese Zunahme fällt durchweg relativ stärker aus als die relative Zunahme des Anteils von Rentnern und Pensionären an der Bevölkerung.

Tabelle 79: Geld- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte

Mittelwerte der Dezile

	1993	1998	2003	Veränderung		
				93-98	98-03	93-03
Deutschland						
1	-2.051	-3.905	-7.888	90,4%	102,0%	284,5%
2	2.390	1.289	827	-46,1%	-35,9%	-65,4%
3	6.309	5.866	6.097	-7,0%	3,9%	-3,4%
4	12.532	13.350	16.180	6,5%	21,2%	29,1%
5	23.896	27.286	34.862	14,2%	27,8%	45,9%
6	50.722	58.546	70.506	15,4%	20,4%	39,0%
7	105.690	112.108	123.562	6,1%	10,2%	16,9%
8	160.271	171.152	189.878	6,8%	10,9%	18,5%
9	227.317	246.985	275.832	8,7%	11,7%	21,3%
10	474.678	504.349	624.098	6,3%	23,7%	31,5%
Alte Bundesländer						
1	-2.246	-4.022	-7.776	79,1%	93,3%	246,2%
2	2.959	1.401	917	-52,7%	-34,5%	-69,0%
3	8.678	6.920	7.015	-20,3%	1,4%	-19,2%
4	19.146	16.794	19.526	-12,3%	16,3%	2,0%
5	40.361	37.950	44.487	-6,0%	17,2%	10,2%
6	88.683	83.472	89.860	-5,9%	7,7%	1,3%
7	139.767	138.749	149.703	-0,7%	7,9%	7,1%
8	189.228	196.316	216.575	3,7%	10,3%	14,5%
9	253.689	272.526	301.648	7,4%	10,7%	18,9%
10	514.024	541.868	665.911	5,4%	22,9%	29,5%
Neue Bundesländer						
1	-1.629	-2.970	-7.966	82,3%	168,2%	388,9%
2	1.331	1.004	680	-24,6%	-32,2%	-48,9%
3	3.245	3.616	4.009	11,4%	10,9%	23,5%
4	5.383	7.168	9.141	33,2%	27,5%	69,8%
5	8.263	12.264	16.852	48,4%	37,4%	103,9%
6	12.538	19.585	28.773	56,2%	46,9%	129,5%
7	19.706	32.039	49.808	62,6%	55,5%	152,8%
8	34.310	57.300	84.887	67,0%	48,1%	147,4%
9	82.592	106.799	132.372	29,3%	23,9%	60,3%
10	198.761	219.738	278.379	10,6%	26,7%	40,1%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro.

Tabelle 80: Dezilverteilungen im Vergleich: Anteile am gesamten Nettovermögen

	Anteile			kumulierte Anteile		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
Deutschland						
1	-0,2%	-0,3%	-0,6%	-0,2%	-0,3%	-0,6%
2	0,2%	0,1%	0,1%	0,0%	-0,2%	-0,5%
3	0,6%	0,5%	0,5%	0,6%	0,3%	-0,1%
4	1,2%	1,2%	1,2%	1,8%	1,5%	1,1%
5	2,3%	2,4%	2,6%	4,1%	3,9%	3,8%
6	4,8%	5,1%	5,3%	8,8%	9,0%	9,0%
7	10,0%	9,9%	9,3%	18,8%	18,9%	18,3%
8	15,1%	15,1%	14,2%	33,9%	33,9%	32,5%
9	21,4%	21,7%	20,7%	55,3%	55,6%	53,2%
10	44,7%	44,4%	46,8%	100,0%	100,0%	100,0%
Alte Bundesländer						
1	-0,2%	-0,3%	-0,5%	-0,2%	-0,3%	-0,5%
2	0,2%	0,1%	0,1%	0,1%	-0,2%	-0,5%
3	0,7%	0,5%	0,5%	0,7%	0,3%	0,0%
4	1,5%	1,3%	1,3%	2,3%	1,6%	1,3%
5	3,2%	2,9%	3,0%	5,5%	4,6%	4,3%
6	7,1%	6,5%	6,0%	12,6%	11,0%	10,4%
7	11,1%	10,7%	10,1%	23,7%	21,8%	20,4%
8	15,1%	15,2%	14,6%	38,8%	37,0%	35,0%
9	20,2%	21,1%	20,3%	59,0%	58,1%	55,2%
10	41,0%	41,9%	44,8%	100,0%	100,0%	100,0%
Neue Bundesländer						
1	-0,4%	-0,7%	-1,3%	-0,4%	-0,7%	-1,3%
2	0,4%	0,2%	0,1%	-0,1%	-0,4%	-1,2%
3	0,9%	0,8%	0,7%	0,8%	0,4%	-0,6%
4	1,5%	1,6%	1,5%	2,3%	1,9%	1,0%
5	2,3%	2,7%	2,8%	4,6%	4,6%	3,8%
6	3,4%	4,3%	4,8%	8,0%	8,9%	8,6%
7	5,4%	7,0%	8,4%	13,4%	15,9%	17,0%
8	9,4%	12,6%	14,2%	22,8%	28,5%	31,2%
9	22,7%	23,4%	22,4%	45,5%	51,9%	53,6%
10	54,5%	48,1%	46,4%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 15: Kumulierte Dezilverteilung im zeitlichen Vergleich

Alte Bundesländer

Neue Bundesländer

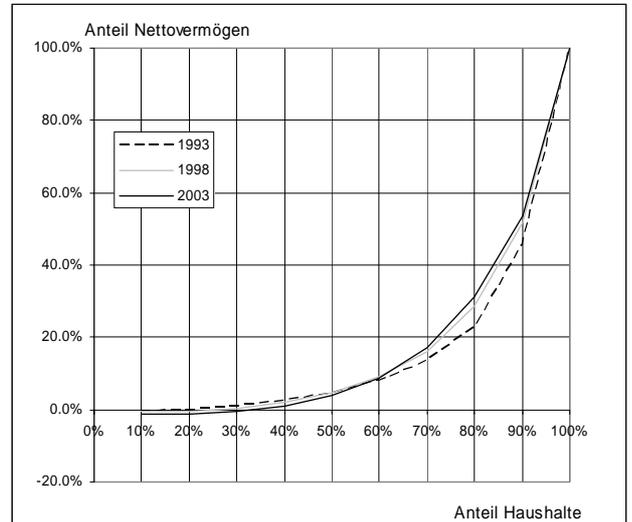
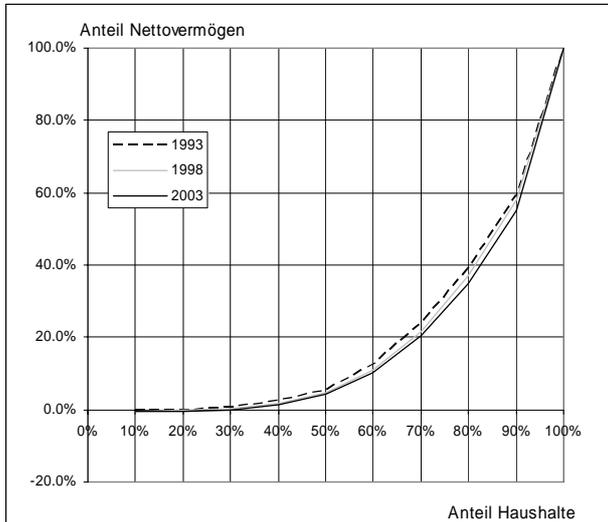


Tabelle 81: Gini-Koeffizienten im Zeitvergleich

	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
2003	0,675	0,657	0,671
1998	0,665	0,641	0,682
1993	0,665	0,625	0,718

ZEW-Berechnungen, mit Imputationen fehlender Werte,
 Berücksichtigung von negativen Werten als Nullwerte.

Tabelle 82: Vermögensverteilung nach sozialen Gruppen im Überblick

Anteile am gesamten Nettovermögen:

	1993	1998	2003	93-98	98-03	93-03
Deutschland						
Arbeitnehmer	47,4%	49,6%	46,2%	2,2	-3,4	-1,3
Selbständige	16,3%	14,6%	15,7%	-1,7	1,1	-0,6
Nichterwerbstätige	36,2%	35,8%	38,1%	-0,5	2,4	1,9
darunter:						
Rentner	25,2%	25,1%	28,2%	-0,1	3,2	3,0
Pensionäre	5,4%	5,3%	6,5%	0,0	1,2	1,1
Arbeitslose	2,4%	2,6%	2,2%	0,2	-0,5	-0,2
Westdeutschland						
Arbeitnehmer	47,4%	49,5%	46,0%	2,1	-3,5	-1,4
Selbständige	15,9%	14,1%	15,5%	-1,8	1,4	-0,4
Nichterwerbstätige	36,7%	36,3%	38,4%	-0,3	2,1	1,7
darunter:						
Rentner	26,9%	25,0%	28,1%	-1,9	3,2	1,3
Pensionäre	5,1%	5,9%	7,0%	0,7	1,1	1,8
Arbeitslose	2,2%	2,5%	2,0%	0,2	-0,5	-0,3
Ostdeutschland						
Arbeitnehmer	52,6%	60,0%	53,3%	7,4	-6,7	0,8
Selbständige	11,8%	9,6%	12,6%	-2,2	3,1	0,8
Nichterwerbstätige	35,6%	30,5%	34,0%	-5,2	3,6	-1,6
darunter:						
Rentner	20,1%	25,0%	28,2%	4,9	3,2	8,1
Arbeitslose	6,3%	5,0%	5,4%	-1,3	0,4	-0,9

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Die Haushalte wurden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands klassifiziert.

Tabelle 83: Mittelwerte des Nettovermögens nach sozialen Gruppen (1000 Euro)

Gesamt	1993	1998	2003	93-98	98-03	93-03
Deutschland						
Arbeitnehmer	99,8	106,7	120,1	6,9%	12,6%	20,3%
Selbständige	268,7	274,2	296,9	2,0%	8,3%	10,5%
Nichterwerbstätige	89,2	99,0	122,0	10,9%	23,3%	36,7%
darunter						
Rentner	99,2	101,9	129,2	2,7%	26,9%	30,3%
Pensionäre	178,0	195,7	252,4	10,0%	28,9%	41,8%
Arbeitslose	48,6	55,5	48,2	14,2%	-13,2%	-0,9%
Westdeutschland						
Arbeitnehmer	116,0	120,0	131,5	3,4%	9,5%	13,3%
Selbständige	288,9	284,9	309,5	-1,4%	8,6%	7,1%
Nichterwerbstätige	109,9	116,5	141,4	6,0%	21,3%	28,7%
darunter						
Rentner	119,7	121,5	150,0	1,5%	23,4%	25,3%
Pensionäre	184,6	196,7	253,3	6,6%	28,8%	37,2%
Arbeitslose	64,6	68,7	58,1	6,3%	-15,5%	-10,1%
Ostdeutschland						
Arbeitnehmer	40,8	53,2	66,9	30,4%	26,1%	64,4%
Selbständige	96,4	106,4	142,5	10,5%	34,7%	47,9%
Nichterwerbstätige	26,7	31,3	42,9	17,1%	37,7%	60,5%
darunter						
Rentner	26,5	33,6	48,8	27,0%	45,7%	84,5%
Arbeitslose	25,3	26,3	30,2	4,1%	15,3%	19,6%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Die Haushalte wurden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands klassifiziert.

Tabelle 84: Anzahl und Anteil der sozialen Gruppen an der Gesamtzahl der Haushalte

	1993		1998		2003	
	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)
Deutschland						
Selbständige	2,30	6,45	2,23	6,08	2,63	7,06
Arbeitnehmer	17,95	50,44	19,43	52,82	19,05	51,26
Nicht-Erwerbstätige	15,35	43,11	15,12	41,10	15,49	41,67
Darunter:						
Rentner	9,61	27,00	10,30	28,01	10,84	29,15
Pensionäre	1,14	3,21	1,14	3,10	1,28	3,43
Arbeitslose	1,86	5,21	1,98	5,39	2,21	5,96
Westdeutschland						
Selbständige	2,00	6,92	1,92	6,41	2,26	7,48
Arbeitnehmer	14,82	51,24	15,97	53,33	15,77	52,11
Nicht-Erwerbstätige	12,10	41,84	12,06	40,26	12,22	40,41
darunter:						
Rentner	8,15	28,18	7,95	26,55	8,45	27,92
Pensionäre	1,01	3,48	1,15	3,86	1,24	4,09
Arbeitslose	0,61	9,12	0,59	8,70	0,74	10,63
Ostdeutschland						
Selbständige	0,30	4,47	0,28	4,10	0,37	5,28
Arbeitnehmer	3,14	46,94	3,51	51,46	3,29	47,46
Nicht-Erwerbstätige	3,25	48,60	3,03	44,44	3,28	47,27
darunter:						
Rentner	1,85	27,71	2,32	33,92	2,39	34,42
Arbeitslose	0,61	9,12	0,59	8,70	0,74	10,63

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Die Haushalte wurden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands klassifiziert.

2.6.3.4 Entwicklung für einzelne Haushaltstypen

Ein Überblick über die Mittelwerte der Vermögen einzelner Haushaltstypen (Tabelle 85, zur Klassifizierung siehe Tabelle 24 auf S. 46) zeigt zunächst, dass erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Haushaltstypen in Abhängigkeit vom Alter des Haushaltsvorstands und vom Familienstand bestehen. Tendenziell nehmen die Durchschnittsvermögen mit dem Alter zu. Dieser Zusammenhang zeigt sich allerdings in Westdeutschland erheblich deutlicher als in Ostdeutschland. Darüber hinaus verfügen Haushalte mit mehreren Personen – Ehepaare, zusammenlebende Paare bzw. Familien mit Kindern – im Vergleich zu allein lebenden Personen über durchschnittlich höhere Vermögen. Über im Querschnitt besonders hohe Durchschnittsvermögen verfügen Familien mit Kindern, in denen der (Ehe-)Partner erwerbstätig ist, sowie Ehepaare bzw. zusammenlebende Paare in höherem Alter und im Rentenalter.

Betrachtet man die Veränderungen im Vergleich der Erhebungsjahre 1993 und 2003, so sind im Westen deutliche Vermögenszuwächse vor allem bei Haushalten mit älteren Haushaltsvorständen (über 50 Jahre), bei allein lebenden Personen im mittleren Alter sowie bei jungen allein lebenden Frauen festzustellen. Bei Haushalten von Paaren und Familien im mittleren Alter zeigt sich dagegen nur ein verhaltener Anstieg bzw. ein leichter Rückgang. Deutlichere Rückgänge sind dagegen bei Alleinerziehenden und bei Haushalten mit jungen Paaren bzw. Familien zu beobachten. In Ostdeutschland zeigen sich dagegen im Allgemeinen höhere durchschnittliche Steigerungen, insbesondere auch bei Familienhaushalten. Rückgänge der Durchschnittsvermögen sind hier nur für Alleinerziehende unter 30 und für allein lebende Männer zwischen 50 und 64 Jahren zu beobachten, beide Beobachtungen beruhen aber auf geringen Fallzahlen und sind deshalb mit besonderer Vorsicht zu interpretieren.

Die Verteilungsunterschiede – gemessen am relativen Abstand des zweiten und fünften Quintils zum mittleren Quintil – differieren deutlich zwischen den Haushaltstypen (siehe Tabelle 86 bis Tabelle 88). Relativ gleichmäßig ist die Verteilung bei Familien im mittleren Alter und bei älteren Paaren. Besonders ungleichmäßig ist sie bei jungen Haushalten (Alleinstehende und Paare), bei alleinstehenden Männern und Frauen sowie bei Alleinerziehenden im mittleren Alter.

Wegen der teilweise geringen Fallzahlen muss sich eine Analyse der Veränderung der Verteilung im Zeitverlauf auf die westdeutsche Betrachtungsebene beschränken.⁵⁴ Danach ist die Verteilung bei jungen Haushalten – sowohl bei Alleinlebenden als auch bei

⁵⁴ Nachstehend sind die Werte für Deutschland ausgewiesen. Getrennte Darstellung für alte und neue Bundesländer finden sich im Anhang (Tabelle 143 ff.)

Paarhaushalten – deutlich ungleichmäßiger geworden. Zu beobachten ist außerdem, dass sich die Durchschnittsvermögen von jungen Männern und Frauen im Zeitverlauf angenähert haben. Allerdings weisen die Werte erhebliche Schwankungen im Zeitablauf auf. Bei Haushalten mit Haushaltsvorständen im mittleren Alter (zwischen 30 und 49 Jahren) wird die Verteilung insbesondere bei den Alleinerziehenden, bei Paaren ohne Kinder und bei allein lebenden Männern ungleichmäßiger. Bei Haushalten mit älteren Haushaltsvorständen zeigt sich tendenziell eine deutliche Zunahme der Ungleichverteilung bei allein lebenden Männern, dagegen eine tendenziell gleichmäßiger werdende Verteilung bei allein lebenden Frauen. Verhältnismäßig geringe Änderungstendenzen – allerdings auch hier in Richtung auf eine ungleichmäßiger werdende Verteilung – zeigen sich bei Haushalten von älteren zusammenlebenden Paaren bzw. Ehepaaren.

Zusammenfassend zeigen die Analysen auf Ebene von Haushaltstypen, dass für 9 von 15 Haushaltstypen in Westdeutschland, für die eine Veränderung der Verteilung auf der Basis der Fallzahlen untersucht werden kann, die Verteilung erkennbar ungleichmäßiger wird. Bei vier weiteren Haushaltstypen sind leichte Tendenzen zu einer ungleicheren Verteilung erkennbar. Nur bei zwei Haushaltstypen (alleinlebenden älteren Frauen und Frauen im Seniorenalter) ist ein Rückgang der Ungleichverteilung festzustellen. Die Analyse der Entwicklung der Verteilung auf Ebene von Haushaltstypen lässt erkennen, dass jenseits von Verschiebungen der soziodemographischen Struktur auch auf Ebene ähnlich strukturierter Haushalte in Westdeutschland Tendenzen zu einer stärkeren Ungleichverteilung bestehen.

Tabelle 85: Mittelwerte der Vermögensbestände und ihre Veränderung im Überblick

Haushaltstyp	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Mittelwert	93-03	Mittelwert	93-03	Mittelwert	93-03
1	16.556	13%	17.778	8%	7.175	78%
2	13.991	27%	16.546	36%	3.790	48%
3	6.804	-25%	8.294	-27%	1.496	-58%
4	29.155	-4%	31.375	-15%	16.719	11%
5	21.645	-7%	22.105	-21%	/	/
6	62.886	51%	/	/	/	/
7	60.540	47%	64.492	40%	22.275	61%
8	46.835	25%	50.547	20%	19.853	101%
9	33.878	-24%	39.500	-33%	16.880	28%
10	112.818	2%	120.190	-2%	68.603	54%
11	131.349	8%	151.311	13%	81.097	66%
12	181.748	41%	182.565	7%	105.312	86%
13	114.536	17%	125.469	20%	33.524	-2%
14	84.236	36%	98.719	23%	30.119	84%
15	217.044	49%	253.230	35%	99.167	111%
16	128.072	37%	135.651	25%	35.666	37%
17	88.795	43%	103.614	42%	22.478	48%
18	200.370	38%	231.699	35%	72.529	101%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern.

Tabelle 86: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (18-29 Jahre)

Haushalts- typ	Stich- probe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünf- tel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
1	1993	14.691	-2.216	1.391	4.381	9.977	60.019	-68%	1.270%
	1998	16.941	(-2.146)	316	3.195	10.399	73.138	-90%	2.189%
	2003	16.556	-2.605	249	2.659	9.139	73.630	-91%	2.669%
2	1993	11.042	-1.385	1.118	3.473	8.034	44.075	-68%	1.169%
	1998	8.946	-1.235	390	2.248	6.803	37.036	-83%	1.548%
	2003	13.991	-1.766	436	2.456	7.277	61.808	-82%	2.417%
3	1993	9.031	/	/	(1.524)	(4.031)	(45.963)	/	(2.915%)
	1998	(5.112)	/	/	/	/	(28.074)	/	/
	2003	6.804	/	18	/	/	/	/	/
4	1993	30.444	-1.658	4.312	11.166	25.835	113.089	-61%	913%
	1998	30.314	-4.718	2.104	8.628	23.870	122.176	-76%	1.316%
	2003	29.155	-7.779	1.499	6.823	21.667	125.557	-78%	1.740%
5	1993	23.335	(-4.905)	(1.730)	(6.675)	(18.703)	(96.344)	(-74%)	(1.343%)
	1998	(27.372)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	(21.645)	/	/	/	/	/	/	/
6	1993	41.634	(-2.236)	(3.053)	(9.409)	(30.045)	(170.272)	(-68%)	(1.710%)
	1998	42.297	/	(9.493)	/	/	/	/	/
	2003	(62.886)	/	/	/	/	/	/	/

Tabelle 87: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (30-49 Jahre)

Haushalts- typ	Stich- probe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittlere- ren Fünftel	
								2. Fünf- tel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
7	1993	41.241	-3.000	1.770	9.992	29.589	168.183	-82%	1.583%
	1998	45.107	-5.827	1.118	8.884	34.051	187.575	-87%	2.011%
	2003	60.540	-6.594	1.106	12.422	48.100	248.053	-91%	1.897%
8	1993	37.480	-1.695	2.810	8.781	23.637	154.079	-68%	1.655%
	1998	36.649	-2.809	1.710	8.848	28.695	146.980	-81%	1.561%
	2003	46.835	-4.554	2.234	11.197	36.081	189.268	-80%	1.590%
9	1993	44.394	-1.384	1.508	5.284	18.767	198.437	-71%	3.656%
	1998	35.194	-3.341	426	3.605	16.313	159.081	-88%	4.313%
	2003	33.878	-6.154	485	4.170	18.594	152.632	-88%	3.560%
10	1993	110.130	789	16.855	56.924	141.151	335.175	-70%	489%
	1998	96.273	-2.625	12.889	43.481	118.328	309.848	-70%	613%
	2003	112.818	-8.026	14.192	52.012	130.521	375.810	-73%	623%
11	1993	121.717	1.950	22.275	83.298	166.192	335.411	-73%	303%
	1998	110.502	-598	16.880	73.790	156.064	306.601	-77%	316%
	2003	131.349	-4.608	21.547	85.454	172.167	382.945	-75%	348%
12	1993	128.815	2.538	22.666	79.772	164.876	374.514	-72%	369%
	1998	139.640	3.298	37.261	102.490	181.152	374.232	-64%	265%
	2003	181.748	2.315	55.064	127.027	211.214	513.503	-57%	304%

Tabelle 88: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (50 Jahre und älter)

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte					2. Fünftel	5. Fünftel
13	1993	98.220	(-1.775)	5.704	29.487	116.119	343.692	-81%	1.066%
	1998	113.880	-1.813	5.461	33.943	121.974	411.117	-84%	1.111%
	2003	114.536	-6.885	1.183	17.139	84.945	477.046	-93%	2.683%
14	1993	61.726	-333	5.018	15.133	60.337	228.803	-67%	1.412%
	1998	75.817	-852	5.178	19.599	79.834	275.946	-74%	1.308%
	2003	84.236	-2.286	6.710	30.220	96.127	290.680	-78%	862%
15	1993	145.692	5.544	25.788	90.593	184.762	421.967	-72%	366%
	1998	187.741	6.804	45.844	138.423	233.826	514.309	-67%	272%
	2003	217.044	5.220	56.861	152.202	262.470	609.011	-63%	300%
16	1993	93.446	628	6.559	26.329	118.445	315.815	-75%	1.099%
	1998	112.771	(-124)	6.683	30.351	133.592	394.334	-78%	1.199%
	2003	128.072	-812	9.485	39.206	143.175	450.357	-76%	1.049%
17	1993	62.140	1.009	4.832	12.385	60.101	232.587	-61%	1.778%
	1998	64.087	523	5.039	13.813	60.519	240.708	-64%	1.643%
	2003	88.795	165	7.145	23.879	85.843	327.153	-70%	1.270%
18	1993	145.317	5.981	23.642	96.439	183.081	417.553	-75%	333%
	1998	156.628	6.394	28.750	105.945	204.067	438.217	-73%	314%
	2003	200.370	8.589	45.433	133.443	239.746	575.689	-66%	331%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern.

2.6.3.5 Die Vermögensunterschiede nach Geschlechtern und ihre Entwicklung

Die im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels 2002 auf Personenebene erhobenen Vermögensdaten erlauben – zusätzlich zur haushaltstypspezifischen Analyse der EVS-Daten im vorstehenden Abschnitt, die ebenfalls geschlechtsspezifische Informationen für die allein lebenden Personen enthält – eine getrennte Analyse der Durchschnittsvermögen für Männer und Frauen (vgl. Tabelle 89). Die Werte – die wegen des erheblichen Einflusses der Ersetzung fehlender Werte sowohl für die Basisdaten als auch für die aufbereiteten Daten ausgewiesen werden – zeigen zunächst, dass das Durchschnittsvermögen der Frauen über alle Altersgruppen nur ca. 70 Prozent des Vermögens der Männer beträgt. Allerdings zeigen sich zwischen West- und Ostdeutschland Unterschiede: In Ostdeutschland ist die Differenz zwischen den Durchschnittsvermögen der Geschlechter etwas geringer als in Westdeutschland.

Über die Altersgruppen hinweg zeigen sich relativ gleichmäßige Unterschiede. Eine ergänzende gröbere Klassifizierung in nur zwei Altersgruppen zeigt, dass im Alter unter 50 Jahren sowohl in West- als auch in Ostdeutschland tendenziell etwas größere Unterschiede zwischen den Vermögen von Männern und Frauen bestehen als bei älteren Per-

sonen. Lediglich für Ostdeutschland ist auf der Basis der Daten mit Ersetzung fehlender Werte eine besonders hohe Relation für die Personen zwischen 50 und 64 Jahren zu beobachten.

Eine zusätzliche Betrachtung der Entwicklung der Vermögensbestände nach Geschlechtern für die Ein-Personen-Haushalte in der EVS zeigt keine einheitliche Entwicklung über die Altersgruppen (vgl. Tabelle 90). Im Großen und Ganzen ist aber im Vergleich der Stichproben 1993 und 2003 eine Verringerung der Differenz zwischen Frauen und Männern festzustellen. Ausnahmen bilden die Haushalte der 30- bis 49-Jährigen in Westdeutschland und die Haushalte der unter 30-Jährigen in Ostdeutschland

Tabelle 89: Unterschiede der Durchschnittsvermögen von Männern und Frauen auf Basis des SOEP

	Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M	Männer	Frauen	F/M
Basisdaten									
alle	75.178	51.280	68%	86.231	58.238	68%	28.002	20.944	75%
bis 29Jahre	7.551	4.480	59%	8.791	4.912	56%	2.657	2.671	101%
30-49	58.313	41.992	72%	64.339	45.878	71%	31.914	24.018	75%
50-64	128.093	83.793	65%	147.985	95.695	65%	42.436	32.967	78%
65 und älter	102.671	65.655	64%	120.601	76.991	64%	25.498	17.955	70%
nach Ersetzung fehlender Werte (vier Altersgruppen)									
alle	92.140	67.876	74%	104.394	75.908	73%	40.434	33.028	82%
bis 29Jahre	9.405	6.442	68%	10.570	7.024	66%	4.846	4.022	83%
30-49	74.353	52.164	70%	80.813	55.924	69%	46.500	34.839	75%
50-64	150.989	110.391	73%	173.540	123.630	71%	55.429	55.168	100%
65 und älter	128.229	92.547	72%	147.950	107.383	73%	43.188	29.409	68%
nach Ersetzung fehlender Werte (zwei Altersgruppen)									
alle	92.351	67.798	73%	104.607	75.880	73%	40.628	32.721	81%
bis 49	54.377	37.742	69%	59.483	40.708	68%	33.018	24.519	74%
50 und älter	141.877	100.910	71%	163.231	115.035	70%	50.718	41.357	82%

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen. F/M = Relation von Frauen zu Männern in Prozent.

Tabelle 90: Entwicklung der Unterschiede der Durchschnittsvermögen zwischen allein lebenden Männern und Frauen (EVS)

	1993	1998	2003
Deutschland			
18-29	75%	53%	85%
30-49	91%	81%	78%
50-64	63%	67%	74%
65 und älter	66%	57%	69%
Alte Bundesländer			
18-29	74%	55%	93%
30-49	91%	74%	79%
50-64	77%	78%	79%
65 und älter	67%	60%	76%
Neue Bundesländer			
18-29	64%	69%	55%
30-49	71%	85%	90%
50-64	48%	55%	90%
65 und älter	58%	75%	63%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

2.7 Analyse möglicher Ursachen für die Änderung der Vermögensverteilung

Die vorstehenden Analysen haben verdeutlicht, dass die Vermögensverteilung in Westdeutschland im Verlauf der letzten 10 Jahre etwas ungleichmäßiger geworden ist. Der folgende Abschnitt untersucht einige mögliche Ursachen für diese Veränderung der Vermögensverteilung. Um die Darstellung übersichtlich zu halten, beschränken sich die folgenden Analysen auf eine Untersuchung auf Basis von Quintilen der Vermögensverteilung.

Tabelle 91 bis Tabelle 93 stellen noch einmal zusammenfassend die Struktur und Änderung der Durchschnittswerte in den Quintilen von 1993 zu 2003 bzw. von 1998 zu 2003 dar. Zugrundegelegt ist hier wie in den vorstehenden Analysen die Verteilung mit der umfassenden Ersetzung von fehlenden Werten. Die Daten zeigen, dass sich im Zehnjahresvergleich die Nettovermögen der Haushalte in der Mitte der Verteilung nur geringfügig (um etwas mehr als 5 Prozent) erhöht haben, während die Nettovermögen der vermögensstärksten Haushalte um rund 26 Prozent gestiegen sind. In den unteren Quintilen der Verteilung ist dagegen eine Verringerung der Vermögensbestände zu beobachten. Im Vergleich der Jahre 1998 und 2003 ist dagegen eine gleichmäßigere Entwicklung der Verteilung zu konstatieren, die allerdings durch erhebungstechnische Unterschiede und Unterschiede in der Aufbereitung der Daten verzerrt sein kann.

Der langfristig ungleichmäßiger werdenden Verteilung können eine Reihe verschiedener Ursachen zugrunde liegen, die jeweils einen Teil der beobachteten Veränderung erklären können. Im Einzelnen werden nachstehend die folgenden Ursachenkomplexe näher untersucht:

- Veränderungen der Sozialstruktur und der Einkommensstruktur
- Veränderungen der Altersstruktur
- Veränderungen der Haushaltsgrößenstruktur
- Veränderungen in den Anteilen erhaltener Erbschaften.
- Wertänderungen von vorhandenen Vermögensbeständen
- Veränderungen der Vermögensstruktur (Anstieg der Immobilienbesitzquote bei Haushalten mit geringen Vermögen).

Tabelle 91: Übersicht Mittelwerte der Quintile 2003

	Alle	1.	2.	3.	4.	5.
		Fünftel der nach der Höhe ihres Nettovermögen geordneten Haushalte				
Bruttovermögen	178.972	6.942	21.264	103.232	226.430	537.046
Schulden	30.196	10.374	7.995	36.074	43.286	53.252
Nettovermögen	148.776	-3.432	13.268	67.158	183.144	483.794
Bruttoimmobilienvermögen	133.808	5.171	7.536	63.115	179.397	413.891
Hypotheken	28.700	6.967	6.983	34.824	42.319	52.407
Nettoimmobilienvermögen	105.114	-1.796	553	28.291	137.077	361.484
Bruttogeldvermögen	45.157	1.771	13.728	40.117	47.033	123.155
Konsumentenkredite	1.496	3.406	1.012	1.250	966	845
Nettogeldvermögen	43.661	-1.636	12.715	38.867	46.067	122.310

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro.

Tabelle 92: Übersicht Veränderung gegenüber 1993

	Alle	1.	2.	3.	4.	5.
		Fünftel der nach der Höhe ihres Nettovermögen geordneten Haushalte				
Bruttovermögen	24,9%	107,0%	21,1%	15,9%	19,8%	28,6%
Schulden	68,5%	246,3%	119,5%	47,0%	76,7%	56,9%
Nettovermögen	18,6%	-1061,2%	-4,6%	4,1%	11,3%	26,1%
Bruttoimmobilienvermögen	20,7%	547,4%	119,1%	14,7%	14,8%	22,2%
Hypotheken	69,9%	769,5%	139,7%	46,8%	77,4%	57,9%
Nettoimmobilienvermögen	11,9%	69398,3%	5,2%	-9,6%	3,5%	18,3%
Bruttogeldvermögen	38,9%	-30,7%	-2,8%	17,8%	43,5%	55,9%
Konsumentenkredite	45,6%	55,2%	38,7%	53,7%	48,4%	13,1%
Nettogeldvermögen	38,7%	-554,8%	-5,0%	16,9%	43,4%	56,3%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 93: Übersicht Veränderung gegenüber 1998

	Alle	1.	2.	3.	4.	5.
		Fünftel der nach der Höhe ihres Nettovermögen geordneten Haushalte				
Bruttovermögen	18,3%	155,6%	34,2%	17,0%	12,7%	19,6%
Schulden	36,3%	157,6%	100,4%	30,9%	29,8%	27,2%
Nettovermögen	15,2%	161,7%	11,9%	10,6%	9,3%	18,8%
Bruttoimmobilienvermögen	16,1%	478,7%	110,4%	18,7%	10,2%	16,4%
Hypotheken	38,6%	712,3%	121,9%	31,6%	30,9%	28,5%
Nettoimmobilienvermögen	11,2%	-5115,7%	27,2%	5,9%	5,0%	14,8%
Bruttogeldvermögen	25,0%	-2,8%	11,9%	14,3%	23,71%	31,9%
Konsumentenkredite	3,5%	7,5%	20,2%	14,1%	-4,64%	-23,4%
Nettogeldvermögen	25,9%	21,4%	11,3%	14,3%	24,48%	32,6%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

– *Änderungen in der Sozial- und Einkommensstruktur*

Eine besonders nahe liegende Ursache für Änderungen in der Vermögensverteilung sind korrespondierende Änderungen in der Einkommensverteilung. Sofern solche Parallelen auftreten, können Änderungen in der Vermögensverteilung indirekt auf entsprechende Änderungen in der Sparfähigkeit der Haushalte zurückgeführt werden. Eine direkte Analyse der Ausgaben zur Vermögensbildung im Zeitverlauf konnte zu diesem Zweck nicht durchgeführt werden, da noch keine entsprechenden Mikrodaten aus der EVS 2003 bereitgestellt werden konnten. Die folgenden Analysen basieren daher auf einem Vergleich der Einkommensentwicklung mit der Entwicklung der Vermögensverteilung, die auf der Selbsteinschätzung der monatlichen Nettoeinkommen durch die Haushalte beruht.⁵⁵

Ein Vergleich der Durchschnittseinkommen nach Vermögensquintilen (siehe Tabelle 94) zeigt tatsächlich, dass die Durchschnittseinkommen in den beiden oberen Quintilen der westdeutschen Verteilung stärker zugenommen haben als im zweiten und dritten Quintil. Dies gibt einen Hinweis darauf, dass auch Unterschiede in der Entwicklung der Sparfähigkeit ursächlich für die ungleichmäßiger werdende Vermögensverteilung in Westdeutschland sind. Allerdings steigen die Einkommen im untersten Quintil ähnlich stark an wie in den obersten beiden Quintilen, jedoch auf niedrigem Niveau mit ohnehin geringer Sparfähigkeit.⁵⁶ Tabelle 95, die die kombinierte Einkommens- und Vermögensverteilung beschreibt, verdeutlicht, dass grundsätzlich ein enger, im Zeitablauf sich nicht wesentlich verändernder Zusammenhang zwischen der Einkommens- und Vermögensverteilung insbesondere an den Rändern der Einkommens- und Vermögensverteilung besteht.

⁵⁵ Für die EVS 2003 standen im Bearbeitungszeitraum des Gutachtens lediglich diese Daten zur Verfügung. Es handelt sich um Angaben in Einkommensintervallen, deren Mittelwert jeweils als Haushaltsnettoeinkommen eingesetzt wurde. Für die EVS 1998 und 1993 wurde genauso verfahren, obwohl hier auch errechnete Nettoeinkommen auf der Basis der detaillierten Einkommensangaben der Haushalte verfügbar waren. Ein Vergleich der Selbsteinschätzung der Haushaltsnettoeinkommen mit den errechneten Daten für 1993 und 1998 zeigt aber (auch unter Berücksichtigung der in der EVS unterstellten kalkulatorischen Eigentümermiete) eine tendenzielle Unterschätzung des tatsächlichen Einkommens durch die Haushalte. Aus Vergleichsgründen wurden daher die Selbsteinschätzungen der Haushalte auch aus den Erhebungen 1993 und 1998 verwendet.

⁵⁶ Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass im Bereich der hohen Einkommen über 12.000 Euro in der EVS 2003 differenziertere Daten zur Hochrechnung aus dem Mikrozensus verwendet wurden. Über den Einfluss dieser Änderung konnte auf Basis der anonymisierten Mikrodatenfiles kein Aufschluss gewonnen werden. Vgl. zur beabsichtigten Differenzierung der Hochrechnungsfaktoren Münnich (2001), S. 123.

Eine zusätzliche Analyse der Sozialstruktur nach Vermögensquintilen (Abbildung 16) zeigt einen steigenden Anteil von Arbeitslosen im ersten Quintil der Vermögensverteilung. Im vierten Quintil der Verteilung fällt ein deutlicher Anstieg des Anteils der Selbstständigen auf. Insbesondere im fünften Quintil steigt auch der Anteil der Rentner und Pensionäre. Diese Änderungen können – wegen der damit verbundenen Unterschiede in der Sparfähigkeit und -neigung dieser Gruppen – zur Erklärung der ungleichmäßigen Entwicklung der Verteilung beitragen.

Tabelle 94: Veränderung der Durchschnittseinkommen in den Quintilen im Zeitverlauf

Vermögens- quintil	Haushaltsnettoeinkommen in Euro je Monat			Veränderung	
	1993	1998	2003	1998-2003	1993-2003
1	1.110	1.169	1.323	13,3%	19,3%
2	1.452	1.484	1.674	12,8%	15,3%
3	1.911	1.941	2.178	12,3%	14,0%
4	2.012	2.146	2.453	14,3%	21,9%
5	2.764	3.007	3.324	10,6%	20,3%

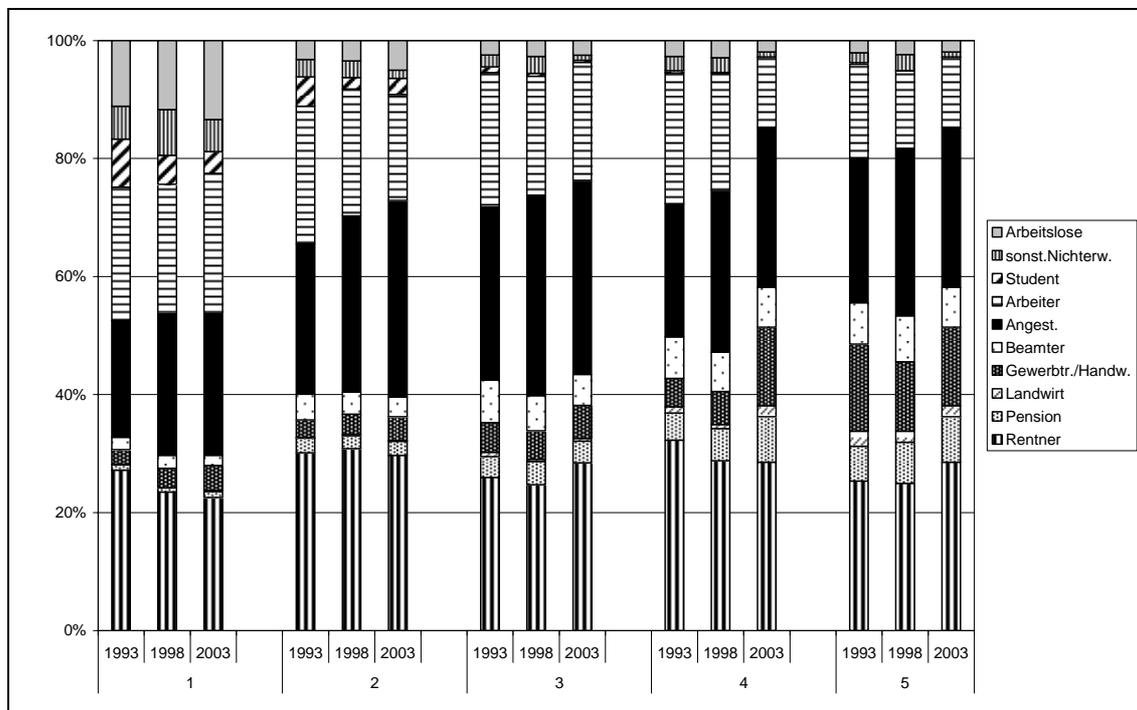
Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Basis: Haushaltsnettoeinkommen nach Selbsteinschätzung der Haushalte, ohne Haushalte von Landwirten.

Tabelle 95: Anteile der Haushalte in der kombinierten Einkommens- und Vermögensverteilung (in Prozent)

		Quintile des Haushaltsnettovermögens				
		1	2	3	4	5
Quintile des Haushaltsnettoeinkommens		2003				
	1	45,3	26,0	12,8	10,7	4,9
	2	25,7	27,8	20,8	15,9	9,6
	3	15,5	22,3	23,1	22,1	17,0
	4	9,4	17,1	24,5	25,4	23,7
	5	4,0	6,8	18,9	26,0	44,8
		1998				
	1	47,4	24,1	12,8	10,0	5,3
	2	24,3	29,8	19,4	17,1	9,2
	3	15,9	23,1	24,1	20,7	16,2
	4	8,6	16,2	24,6	26,7	24,0
	5	3,8	6,8	19,1	25,5	45,3
		1993				
	1	46,9	23,5	12,5	11,1	5,5
	2	26,1	28,1	18,2	17,7	9,6
	3	14,6	24,1	23,2	22,3	15,8
	4	9,5	17,0	26,2	24,8	22,7
	5	3,0	7,3	20,0	24,1	46,4

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Basis: Haushaltsnettoeinkommen nach Selbsteinschätzung der Haushalte, ohne Haushalte von Landwirten. Lesebeispiel: 2003 befinden sich 45,4 Prozent der Haushalte sowohl im untersten Quintil der Vermögens- als auch der Einkommensverteilung. Weitere 25,7 Prozent aus dem zweiten Quintil der Vermögensverteilung befinden sich im ersten Quintil der Einkommensverteilung.

Abbildung 16: Zusammensetzung der Quintile des Nettovermögens nach dem Sozialstatus des Haushaltsvorstands im Zeitverlauf



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

– *Änderungen in der Altersstruktur*

Mit dem Alter des Haushaltsvorstands steigen die Vermögen tendenziell, ein typisches Lebenszyklusprofil mit wachsendem Vermögen über die aktive Erwerbsphase und anschließendem Vermögensverzehr im Rentenalter lässt sich für Deutschland bislang nicht beobachten. Dies verdeutlichen auch die EVS-Daten, die für die westdeutschen Haushalte einen engen Zusammenhang zwischen dem Alter des Haushaltsvorstands und dem Durchschnittsvermögen aufzeigen (siehe Tabelle 97). Danach steigt das Durchschnittsvermögen in Westdeutschland mit dem Alter nahezu monoton an, wenn man von den über 70-jährigen Haushaltsvorständen absieht. Besonders große Unterschiede zeigen sich zwischen den Altersgruppen der unter 30-jährigen, der 30-39-jährigen, der 40-49-jährigen und der 50-59-jährigen. In dieser Lebensphase, in der der Haushaltsvorstand üblicherweise aktiv im Erwerbsleben steht, findet ein substanzieller Vermögensaufbau statt.

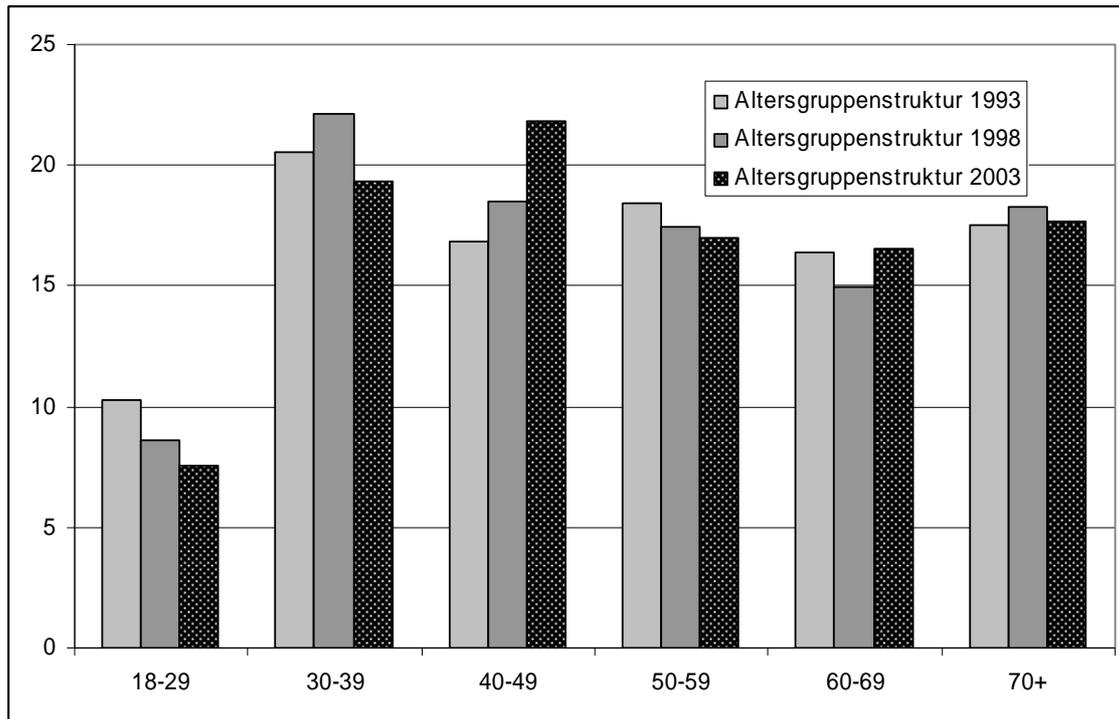
Abbildung 17 verdeutlicht zunächst, dass sich die Altersstruktur in Westdeutschland – gemessen an der Struktur der EVS-Daten – in den letzten 10 Jahren deutlich verändert hat. So hat insbesondere der Anteil der Haushalte mit Haushaltsvorständen unter 30 Jahren abgenommen, während der Anteil von Haushalten mit Haushaltsvorständen im

Alter von 40-49 Jahren deutlich gestiegen ist. Der verringerte Anteil junger Haushalte, die im Durchschnitt niedrige Vermögen aufweisen, dürfte für sich genommen eine Nivellierung der Vermögensverteilung bewirken, während der Anstieg des Anteils der 40-49jährigen Haushalte eine Erhöhung des Anteils mittlerer und höherer Vermögen an den gesamten Vermögensbeständen bewirken dürfte.

Näheren Aufschluss über die Effekte auf die Vermögensverteilung liefert eine Betrachtung der Durchschnittsalter und der Altersgruppenstruktur nach Quintilen des Nettovermögen (siehe Tabelle 96 und Abbildung 18). Wegen des engen Zusammenhangs zwischen Vermögenshöhe und Alter können Änderungen des Durchschnittsalters in den Quintilen der Vermögensverteilung prinzipiell zur Änderung der Verteilung beitragen. Ein Vergleich der Entwicklung der Durchschnittsvermögen deutet zudem auf Kohorteneffekte in der Vermögensbildung hin: Danach sind die Durchschnittsvermögen der jüngeren Haushalte im Zeitverlauf gesunken, diejenigen höherer Altersgruppen dagegen deutlich angestiegen. Erklärbar sind solche Effekte möglicherweise mit der Verlängerung durchschnittlicher Ausbildungszeiten bzw. dem späteren Berufseintritt bei Jüngeren und mit einer über die Generationen hinweg zunehmenden Sparfähigkeit höherer Altersgruppen.

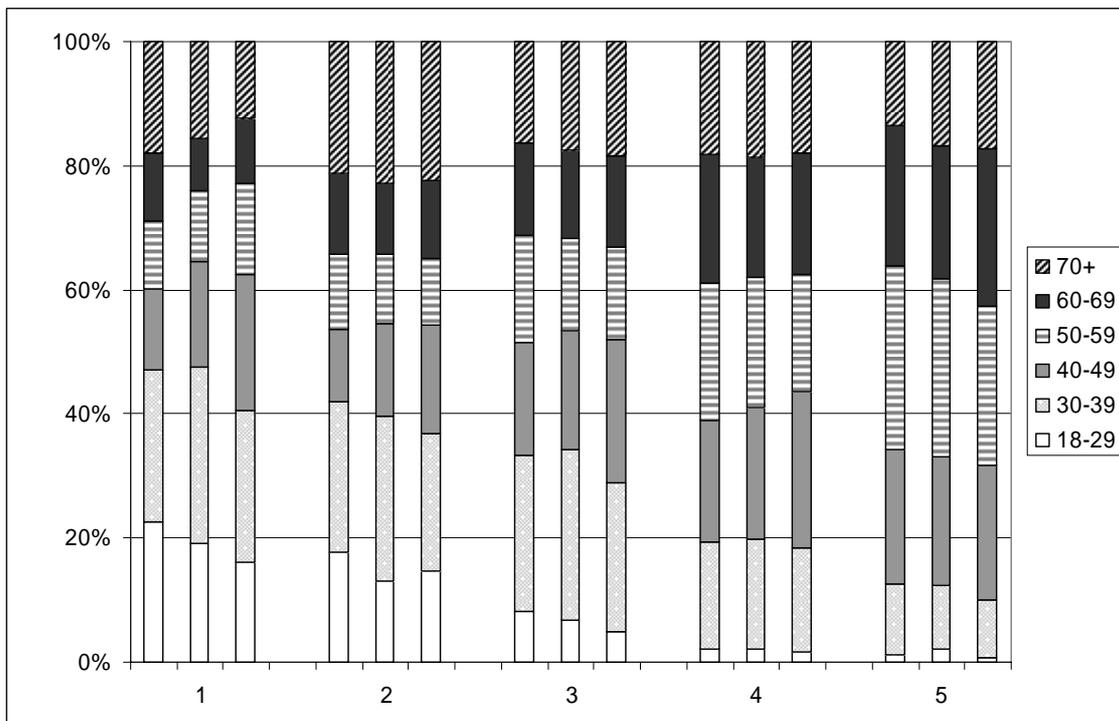
Ein zunehmendes Durchschnittsalter in den Quintilen mit überdurchschnittlichem Wachstum bzw. ein abnehmendes Durchschnittsalter in Quintilen mit unterdurchschnittlichem Wachstum der Vermögensbestände deutet daher auf demographische Ursachen der Änderung der Vermögensverteilung hin. Tatsächlich ist im fünften Quintil, in dem die Vermögen am stärksten zugenommen haben, auch der stärkste Anstieg des Durchschnittsalters zu beobachten. Im ersten Quintil sinkt dagegen das Durchschnittsalter etwas. Allerdings ist auch in der Mitte der Verteilung ein Anstieg des Durchschnittsalters zu verzeichnen, der jedoch etwas geringer ausfällt als am oberen Rand. Zusammenfassend zeigen die empirischen Indizien damit, dass auch die Änderungen in der Altersgruppenstruktur einen Beitrag zur Änderung der westdeutschen Vermögensverteilung liefern.

Abbildung 17: Altersgruppenstruktur in Westdeutschland



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 18: Zusammensetzung der Nettovermögensquintile nach Altersgruppen



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 96: Altersstruktur nach Quintilen des Gesamtvermögens

2003	Durchschnittsalter	Standardabw.	Variationskoeff.	1. Quartil	Median	3. Quartil
Deutschland						
1	45,4	16,6	37%	33,0	42,0	56,0
2	49,8	18,1	36%	35,0	46,0	66,0
3	52,0	16,1	31%	38,0	49,0	65,0
4	54,6	14,5	26%	43,0	54,0	66,0
5	56,8	12,9	23%	47,0	57,0	66,0
1998 Alte Bundesländer						
1	45,7	17,8	39%	31,0	41,0	59,0
2	50,0	18,6	37%	33,0	46,0	68,0
3	50,4	16,5	33%	36,0	47,0	64,0
4	54,1	14,6	27%	42,0	54,0	66,0
5	55,7	13,2	24%	46,0	56,0	65,0
1993 Neue Bundesländer						
1	46,8	18,9	40%	30,0	41,0	63,0
2	49,2	18,7	38%	32,0	46,0	67,0
3	50,3	16,2	32%	36,0	49,0	63,0
4	54,4	14,5	27%	42,0	55,0	66,0
5	54,9	12,6	23%	45,0	55,0	64,0

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 97: Höhe und Veränderung der Durchschnittsvermögen nach Altersklassen

	1993	1998	2003	1998-2003	1993-2003
18-29	27.594	39.519	26.790	-32,2%	-2,9%
30-39	85.745	76.751	85.050	10,8%	-0,8%
40-49	152.859	140.305	146.776	4,6%	-4,0%
50-59	179.374	197.546	209.615	6,1%	16,9%
60-69	162.801	177.929	212.389	19,4%	30,5%
70+	111.212	118.640	155.354	30,9%	39,7%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro.

– *Veränderungen in der Haushaltsgrößenstruktur*

Änderungen der Haushaltsgröße stehen in engem Zusammenhang mit der durchschnittlichen Größe des Haushaltsvermögens. Wie Tabelle 99 zeigt, ist im Allgemeinen das Vermögen umso höher, je größer der betreffende Haushalt ist. Zudem ist die Heterogenität innerhalb der einzelnen Haushaltsgrößengruppen umso größer, je kleiner der Haushalt ist. Beispielhaft lässt sich das an Ein-Personen-Haushalten erklären, die sich aus jungen Personen mit niedrigen Einkommen und Vermögen, gut und weniger gut verdienenden Alleinstehenden und Rentnerhaushalten mit sehr unterschiedlichen Einkommensniveaus zusammensetzen. Die Standardabweichung der Vermögen relativ zum Durchschnittsvermögen (Variationskoeffizient) dieses Haushaltstyps ist im Vergleich zu größeren Haushalten erheblich höher und im Zeitablauf gestiegen.

Die Entwicklung der westdeutschen Haushaltsgrößenstruktur zeigt insgesamt eine Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße und insbesondere einen deutlichen Anstieg des Anteils der heterogenen Ein-Personen-Haushalte, der für sich genommen ebenfalls zu einem Anstieg der Ungleichheit der Verteilung beitragen kann (Tabelle 100). Eine ergänzende Untersuchung der durchschnittlichen Haushaltsgröße in der westdeutschen Vermögensverteilung zeigt, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße in der Mitte der Verteilung am stärksten abgenommen, am unteren Rand dagegen geringfügig zugenommen hat. Verringerungen der durchschnittlichen Haushaltsgröße zeigen sich aber auch im fünften und im zweiten Quintil (Tabelle 98).

Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Veränderung der Haushaltsgröße und dem Rang der Vermögensquintile ist nicht zu beobachten. Insgesamt gesehen ist es jedoch wahrscheinlich, dass der deutliche Anstieg des Anteils der kleineren Haushalte bzw. die Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße einen Einfluss auf die Heterogenität der Vermögensverteilung gehabt hat.

Tabelle 98: Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Quintilen

Vermögensquintil	1993	1998	2003	1998-2003	1993-2003
1	1,75	1,75	1,77	1,2%	1,3%
2	1,93	1,85	1,81	-2,0%	-6,1%
3	2,31	2,18	2,13	-2,2%	-7,8%
4	2,52	2,43	2,45	1,0%	-2,7%
5	2,76	2,61	2,60	-0,5%	-5,8%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 99: Durchschnittsvermögen der Haushalte nach Haushaltsgröße

Anzahl Personen im Haushalt	1993		1998		2003	
	Nettovermögen (Mittelwert) in Euro	Variationskoeffizient	Nettovermögen (Mittelwert) in Euro	Variationskoeffizient	Nettovermögen (Mittelwert) in Euro	Variationskoeffizient
1	62.330	1,87	68.545	2,00	83.521	3,37
2	147.781	1,26	157.805	1,33	183.130	1,72
3	155.047	1,20	158.540	1,27	160.888	1,41
4	174.103	1,11	172.262	1,14	203.844	1,39
5	192.345	1,17	190.732	1,23	238.951	1,26
6	186.166	1,16	208.674	1,19	252.609	1,24
7	175.192	1,21	264.041	1,05	264.651	1,02
8	225.659	0,81	174.540	1,16	220.209	1,00
9	98.026	1,77	266.497	1,31	301.005	0,90

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 100: Veränderung der Haushaltsgrößenstruktur in Westdeutschland

Anzahl Personen im Haushalt	Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte		
	1993	1998	2003
1	34,1%	36,0%	36,4%
2	31,8%	33,6%	33,6%
3	16,3%	14,2%	13,9%
4	12,6%	11,8%	11,6%
5	3,9%	3,4%	3,5%
6	1,0%	0,9%	0,7%
7	0,3%	0,2%	0,2%
8	0,1%	0,0%	0,1%
9	0,1%	0,0%	0,0%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

– *Veränderungen in den Anteilen erhaltener Erbschaften*

Die EVS-Daten zeigen (vgl. Tabelle 101), dass die Vermögenshöhe von Haushalten eng mit dem Vorhandensein geerbten Grundvermögens verknüpft ist. Während – bezogen auf 2003 – rund ein Viertel der Haushalte im obersten Vermögensquintil Erbschaften erhalten hat, ist dies nur für 6 Prozent der Haushalte in der Mitte der Verteilung der Fall. Am linken Rand der Verteilung finden sich dagegen kaum Haushalte mit Erbschaften. Während Erbschaften somit durchaus unterschiedliche Vermögenshöhen erklären können, lassen sich allerdings aus der Veränderung der Häufigkeit von Immobilienerbschaften keine Anhaltspunkte für eine davon ausgehende stärkere Konzentration der Verteilung finden. Der Anteil der Haushalte mit Immobilienerbschaften in den oberen Quintilen ist in der Vergangenheit nicht gestiegen, er hat vielmehr in den oberen vier Quintilen etwas abgenommen. Möglich ist allerdings, dass sich der durchschnittliche Wert der Immobilienerbschaften erhöht hat. Anhand der EVS-Daten ist dies aber nicht identifizierbar, da keine Einzelwerte für Erbschaften ausgewiesen werden.⁵⁷

Tabelle 101: Anteil der Haushalte mit Erbschaften (in % aller Haushalte des Quintils)

	1	2	3	4	5
1993	0,0	0,5	8,2	20,2	26,6
1998	0,0	0,3	4,8	15,2	22,9
2003	0,1	0,3	6,1	15,1	24,6

Quelle ZEW, EVS-Berechnungen. Erbschaften von sonstigen Gebäuden und unbebauten Grundstücken nicht berücksichtigt, da 1993 nicht ausgewiesen.

⁵⁷ Vgl. zu den Auswirkungen von Erbschaften auf die Vermögensbildung unterschiedlicher Haushaltsgruppen Westerheide (2004).

– *Wertänderungen bestehenden Vermögens*

Da sich die Anlagestrukturen von Haushalten mit geringem Vermögen typischerweise von denen mit höheren Vermögen unterscheiden, sind mit divergierenden Wertentwicklungen verschiedener Anlageformen in der Regel auch Verteilungswirkungen verbunden. Haushalte mit höheren Vermögen halten üblicherweise höhere Anteile ihres Geldvermögens in Aktien, festverzinslichen Wertpapieren und Investmentzertifikaten als Haushalte mit niedrigerem Vermögen, die oft eine stärkere Liquiditätspräferenz haben und sichere Anlageformen bevorzugen. In Abschnitt 2.2.4.1 wurde in einer Simulationsrechnung herausgearbeitet, dass unterschiedliche Wertänderungen im Geldvermögen im Zehnjahresvergleich zu einer Zunahme der Ungleichverteilung des Geldvermögens beigetragen haben können. Insgesamt gesehen können Wertänderungen jedoch nur einen kleineren Teil der Änderung der Geldvermögensverteilung erklären. Bezogen auf das Gesamtvermögensportfolio ist darüber hinaus der mit der Höhe des Gesamtvermögens steigende Anteil des Immobilienvermögens zu berücksichtigen, der typischerweise im Durchschnitt geringere, aber weniger volatile Wertsteigerungen als das Geldvermögen aufweist und damit den die Ungleichverteilung verstärkenden Effekt von Wertsteigerungen beim Geldvermögen kompensiert. Die Wertentwicklung im Immobilienvermögen kann allerdings objektspezifisch und regional sehr unterschiedlich verlaufen, so dass sich hier kaum verallgemeinerbare Aussagen zu den Auswirkungen auf die Verteilung treffen lassen.

– *Verstärkte Bildung von Immobilieneigentum*

In den unteren Quintilen ist ein deutlicher Anstieg des Bruttoimmobilienvermögens auf allerdings niedrigem Niveau (geringe, aber etwas steigende Eigentumsquote) bei gleichzeitig stärkerem Anstieg der Verschuldung zu beobachten, so dass insgesamt die Nettoimmobilienvermögen in der Zehnjahresperspektive gesunken sind.⁵⁸ In den oberen Quintilen findet sich dagegen nur ein moderater Anstieg des Bruttoimmobilien- und Nettoimmobilienvermögens auf hohem Niveau (hohe Eigentumsquote). Zum einen lässt sich durch diesen Effekt eine zunehmende Ungleichverteilung des Geldvermögens begründen, sofern Haushalte in niedrigen Quantilen der Vermögensverteilung in stärkerem Maße in Immobilienvermögen umschichten als Haushalte in oberen Quantilen. Dies würde jedoch die Verteilung des Gesamtvermögens inklusive der Immobilienvermögen nicht beeinflussen.

⁵⁸ Vgl. Tabelle 45 und Tabelle 92.

Allerdings ist auch auf der Ebene der Gesamtvermögen nicht auszuschließen, dass – neben anderen Ursachen – ein Anstieg der Immobilienvermögensbildung, vor allem bei Haushalten mit niedrigem Gesamtvermögen, zu einer ungleicheren Vermögensverteilung beigetragen hat. Insbesondere bei Haushalten mit geringem Einkommen und Vermögen werden typischerweise Hypotheken mit geringer anfänglicher Tilgung und hohem Verschuldungsgrad vereinbart. Der „Aktivtausch“ Geldvermögen gegen Immobilie in Höhe des Eigenkapitals ist – wegen anfänglich hohen Zinsbelastung und der geringeren Wertsteigerungen der Immobilienanlage – evtl. mit einem zunächst geringeren Aufbau an Nettovermögen verbunden. Hinzu kommt der Verlust an Nettovermögen durch die Nebenkosten des Immobilienerwerbs (Notariatskosten, Grunderwerbssteuer etc.).

Diesen Effekt kompensiert langfristig allerdings sehr wahrscheinlich die höhere Sparneigung der Immobilienbesitzer.⁵⁹ Anzuführen sind außerdem die Mietersparnis – der häufig allerdings auch eine Erhöhung des Wohnungskonsums gegenübersteht –, sowie die in den ersten Jahren bislang großzügige Eigenheimförderung. Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass insbesondere die Entwicklung in den unteren Quintilen sensitiv auf die unterschiedliche Aufbereitung unplausibler Fälle in den Datensätzen und die Problematik der unterschiedlichen Definition der Restschulden aus Hypotheken reagiert, so dass der Ausweis zunehmender Immobilienanteile in den unteren Quintilen der Verteilung auch auf methodische Probleme zurückgeführt werden kann. Die Zusatzerhebungen zum Mikrozensus 1998 und 2002 sowie die Daten der Gebäude- und Wohnungstichprobe 1993 lassen keine eindeutigen Rückschlüsse auf eine steigende Eigentumsquote bei Niedrigverdienern bzw. Haushalten mit niedrigen Gesamtvermögen zu. Allerdings belegen diese Daten einen langfristigen Anstieg der durchschnittlichen Eigentumsquote.⁶⁰

Der Gesamteffekt dieser Einflussfaktoren kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht zuverlässig eingeschätzt werden, die *möglichen* Zusammenhänge sollten aber bei der Diskussion der Ursachen für die Änderung der Vermögensverteilung nicht unerwähnt bleiben.

– Probleme der Vergleichbarkeit der Stichproben

Neben den oben diskutierten realen möglichen Änderungen muss auch nochmals auf die methodischen Probleme der Beurteilung der Verteilungsentwicklung anhand der EVS hingewiesen werden. Ausführliche Erläuterungen zu diesen Problemen finden sich in

⁵⁹ Vgl. Braun/Pfeiffer/Simons (1999), S. 13 ff.

⁶⁰ Vgl. Tabelle 129 im Anhang.

den vorstehenden Abschnitten. Zusammenfassend seien die wichtigsten Probleme, die ebenfalls die ausgewiesene Verteilungsentwicklung verzerren können, aufgeführt:

Maßgebliche Verzerrungen entstehen durch die Neudefinition der Hypothekenschulden als Summe der ausstehenden Tilgungen zuzüglich Zinsen. Darüber hinaus ist weitgehend unbekannt, wie die älteren EVS-Datensätze aufbereitet und – insbesondere beim Immobilienvermögen – um fehlende Werte bereinigt wurden. Probleme entstehen weiterhin durch die Beibehaltung der Abschneidegrenze in der EVS, die allerdings tendenziell eher in Richtung einer Nivellierung der ausgewiesenen Verteilungsergebnisse wirken dürfte. Dieser Effekt ist jedoch nicht besonders hoch einzuschätzen. Schließlich gilt es auch, die Unterschiede im Erfassungsgrad der Vermögenskomponenten im Vergleich zur Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank als Unsicherheitsfaktor zu berücksichtigen.⁶¹ Über den Einfluss dieser Komponente auf die Verteilungsergebnisse kann allerdings auf der Basis der vorliegenden Daten keine Aussage getroffen werden.

Zusammenfassend zeigen die oben dargestellten Überlegungen, dass die beobachteten Veränderungen in der westdeutschen Vermögensverteilung prinzipiell auf eine Reihe von verschiedenen Einflussfaktoren zurückgeführt werden können. Zum einen korrespondiert die Änderung in der Vermögensverteilung mit Änderungen in der Einkommensverteilung und in der Sozialstruktur. Aber auch Änderungen in der Alterstruktur und in der Haushaltsgrößenstruktur haben vermutlich zur ungleichmäßiger werdenden Entwicklung der westdeutschen Vermögen beigetragen. Darüber hinaus haben Wertveränderungen zumindest für die Entwicklung des Geldvermögens eine Zunahme der Ungleichverteilung bewirkt. Zudem konnten bei weitem nicht alle methodischen Probleme, die die Ergebnisse in Richtung einer zunehmenden Ungleichverteilung verzerren können, ausgeräumt werden.

⁶¹ Vgl. zum Erfassungsgrad im Zeitvergleich Abschnitt 2.2.2.2.

2.8 Vergleich der EVS-Ergebnisse mit den Ergebnissen des Vermögensbilanz des SOEP 2002

Abschließend werden die Daten aus der im Jahr 2002 erhobenen Vermögensbilanz des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) mit den Ergebnissen der EVS verglichen. Die folgenden Analysen beschränken sich auf eine Auswertung der aufbereiteten, d.h. um fehlende Werte ergänzten Datensätze. Für die EVS wurde zum Vergleich der Datensatz mit umfassender Ersetzung fehlender Vermögenswerte herangezogen, der auch den vorstehenden Auswertungen zur Verteilung des Nettovermögens zugrunde liegt. Für das SOEP wurde ein Datensatz nach einem ähnlichen Verfahren der Ersetzung fehlender Werte aufbereitet.⁶² Da die Vermögensdaten des SOEP auf Personenebene erhoben wurden, wurden zusätzlich zu den Vermögensbeständen je Person auch persönliche Besitzanteile erfragt, um die Besitzverhältnisse im Haushalt zu erfassen. Dementsprechend musste auch das Ersetzungsverfahren fehlende Werte bei Angaben zu den Besitzanteilen berücksichtigen.⁶³

2.8.1 Zur Vergleichbarkeit der SOEP-Daten mit den EVS-Daten

Ein Vergleich der EVS-Vermögensdaten mit den in der persönlichen Vermögensbilanz des SOEP erhobenen Daten muss einige Unterschiede berücksichtigen. Zum einen werden im SOEP Geldanlagen und Konsumentenkredite erst ab einer Mindestgrenze von 2.500 Euro (je Haushalt) erhoben. Im Gegensatz zur EVS bezieht das SOEP dagegen neben dem oben bereits analysierten Betriebsvermögen auch Sachvermögen (sofern es eine Untergrenze von 2.500 Euro überschreitet) ein: Sachvermögen ist im SOEP definiert als Gold, Schmuck, Münzen oder wertvolle Sammlungen (ohne Berücksichtigung von Kraftfahrzeugen). Darüber hinaus sind im SOEP (wie auch in den Erhebungen 1993 und 1998 der EVS) die Restschulden aus Hypothekenkrediten ohne Zinsen definiert, während in der EVS 2003 die Summe der noch ausstehenden Rückzahlungen angege-

⁶² Für kollegiale Unterstützung bei der Aufbereitung der SOEP-Daten danken wir Dr. Jürgen Schupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

⁶³ Zur Imputation wurden Vermögenswerte von Personen mit ähnlichen Charakteristika herangezogen, die verwendeten Kriterien entsprechen weitgehend denen, die auch in der EVS-Imputation verwendet wurden. Im Einzelnen wurden die Personen nach der Höhe des Nettoäquivalenzeinkommens ihres Haushalts in drei gleich große Gruppen eingeteilt, es wurde zwischen Immobilien- und Nicht-Immobilienbesitzern sowie zwischen zwei Altersgruppen unterschieden. Zusätzlich wurden Schwellenangaben aus den CAPI-Interviews (Computer-Assisted-Personal-Interviews) des SOEP genutzt, um Vermögenswerte zu imputieren. In Bezug auf das Betriebsvermögen wurde nicht nach Immobilien- und Nichtimmobilienbesitzern, sondern nach Geschlechtern und Ost- und Westdeutschland differenziert. Bei unklaren Angaben zu den Besitzverhältnissen im Haushalt wurde unterstellt, dass einem nicht verheirateten Haushaltsmitglied das angegebene Vermögen in voller Höhe zugerechnet werden kann, Verheirateten werden dagegen die Vermögen jeweils hälftig zugerechnet.

ben werden muss.⁶⁴ Darüber hinaus unterscheidet sich die Zusammensetzung der Stichprobe: Einerseits sind im SOEP auch Haushalte mit hohen Einkommen repräsentiert, die in der EVS wegen Überschreitens der Einkommensgrenze nicht enthalten sind.⁶⁵ Zudem sind Ausländerhaushalte im SOEP tendenziell besser repräsentiert.⁶⁶ Ein Vergleich beider Stichproben muss diese Unterschiede, soweit möglich, berücksichtigen. In der Vergleichsrechnung wurden deshalb nur Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 18.000 Euro (der Abschneidegrenze in der EVS) und mit deutschem Haushaltsvorstand betrachtet. Außerdem wurden die Vermögensabgrenzungen vereinheitlicht, indem die Aggregate einheitlich definiert und die Untergrenzen des SOEP auch in der EVS verwendet wurden.

Im Ergebnis zeigen sich im Hinblick auf die mittlere Höhe des Nettovermögens über alle Haushalte nahezu identische Werte in beiden Stichproben (vgl. Tabelle 102). Da in der EVS ein etwas höherer Schuldenstand ausgewiesen wird, liegt das durchschnittliche Bruttovermögen der EVS in dieser Abgrenzung um rund 3 Prozent über dem Bruttovermögen der Haushalte im SOEP. In einzelnen Vermögenskategorien und bei Betrachtung der Besitzquoten zeigen sich gleichwohl größere Unterschiede. Da das SOEP – mit Ausnahme der Konsumentenkredite – in allen Vermögenskategorien geringere Besitzquoten als die EVS ausweist, sind im Allgemeinen die Mittelwerte des Vermögens derjenigen Haushalte, die die entsprechenden Vermögenskategorien wirklich besitzen, größer als in der EVS. Besonders groß sind die Unterschiede bei der Erfassung der Geldanlagen (im SOEP definiert als Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien oder Investmentanteile) und bei Versicherungen (inkl. Bausparverträge). Für diese Aggregate – die für den Vergleich mit der EVS in diesem Datensatz entsprechend definiert wurden, zeigen sich mit 47 Prozent bzw. 51 Prozent deutlich geringere Besitzquoten als in der EVS (65 Prozent für Geldanlagen bzw. 67 Prozent für Versicherungen).⁶⁷ Die Geldvermögen werden daher bei Betrachtung über alle Haushalte in der EVS deutlich höher abgebildet als dies im SOEP der Fall ist. Die Höhe der Geldvermögen je Besitzer stimmt dagegen – in der hier vorgenommenen Aufbereitung des Datensatzes – weitgehend mit dem Niveau der Geldvermögen in der EVS überein. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in der EVS im Geldvermögen grundsätzlich auch Unternehmensbeteiligungen in Form von Anteilen an Personengesellschaften, Genossenschaften und Gesell-

⁶⁴ Siehe Abschnitt 2.3.2.

⁶⁵ Vgl. zu einer Darstellung der Charakteristika der sog. Hocheinkommensstichprobe im SOEP Schupp/Wagner (2003).

⁶⁶ Vgl. zu einer ausführlichen Diskussion der Strukturunterschiede in den Stichproben Becker et al. (2003), S. 63 f.

⁶⁷ Beim Vergleich dieser Besitzquoten ist die unterschiedliche Abgrenzung der Aggregate – das Aggregat der Versicherungen im SOEP enthält auch Bausparverträge – zu berücksichtigen.

schaften mit beschränkter Haftung enthalten sind, die im SOEP als Betriebsvermögen ausgewiesen werden dürften. Die erheblichen Differenzen im Erfassungsgrad lassen sich damit allerdings nicht erklären.

Erhebliche Unterschiede zeigen sich auch bei den sonstigen Krediten: Hier weist das SOEP sowohl eine höhere Besitzerquote (rund 14 Prozent im Vergleich zu 11 Prozent in der EVS) als auch einen erheblich höheren durchschnittlichen Betrag von Krediten (28.800 Euro im Vergleich zu 11.700 Euro in der EVS) aus. Das Immobilienvermögen ist im SOEP mit einer Eigentumsquote von 41 Prozent im Vergleich zur EVS (49 Prozent) tendenziell untererfasst. Vermutlich auch wegen der unterschiedlichen Definition der Restschulden ergeben sich aber bei Betrachtung über alle Haushalte vergleichbare Werte. Betrachtet man die Vermögensverteilung, so ist – vor allem wohl zurückgehend auf die geringere Erfassung des Bruttogeldvermögens und die höheren Konsumentenschulden – ein höheres Maß an Ungleichverteilung im SOEP zu erkennen (vgl. Tabelle 103 zur Quintilverteilung und Tabelle 104 zu den Gini-Koeffizienten).⁶⁸ Zusammenfassend kann der Grad an Übereinstimmung zwischen den Resultaten beider Erhebungen – angesichts der großen Probleme, mit denen Vermögenserhebungen üblicherweise konfrontiert sind – als recht hoch eingeschätzt werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die hier ausgewiesenen Ergebnisse für das SOEP auf einer umfangreichen Imputation fehlender Werte beruhen und insofern – in erheblich höherem Maße als in der EVS – ein Artefakt darstellen.

⁶⁸ Bach et al (2004, S. 82) ermitteln auf der Basis einer Tobit-Schätzung höhere Werte für das Geldvermögen, sie weisen aber darauf hin, dass der Erklärungsgehalt der Schätzung nicht besonders groß ist.

Tabelle 102: Mittelwerte der Vermögen SOEP und EVS im Vergleich (1.000 Euro)

	SOEP			EVS			Relation EVS/SOEP	
	Alle	Besitzquote	Besitzer	Alle	Besitzquote	Besitzer	alle	Besitzer
Bruttoverm.	157,6	75%	210,9	161,8	86%	187,1	103%	89%
Schulden	24,2	29%	82,9	27,9	36%	78,4	115%	95%
Nettoverm.	133,4	71%	188,7	133,9	83%	161,8	100%	86%
Immob. (brutto)	112,8	41%	276,9	120,9	49%	245,4	107%	89%
Hypotheken	20,3	19%	105,7	26,6	28%	95,8	131%	91%
Immob. (netto)	92,5	40%	230,9	94,3	48%	197,8	102%	86%
Bruttogeldverm.	31,6	67%	46,9	40,9	84%	48,8	129%	104%
Konsum.kredite	3,9	14%	28,8	1,3	11%	11,7	34%	41%
Nettogeldverm.	27,7	63%	47,8	39,6	80%	50,1	143%	105%
Geldanlagen	16,9	47%	36,2	26,4	65%	40,4	157%	112%
Versicherungen	14,8	51%	29,2	14,5	67%	21,6	98%	74%
Betriebsverm.	10,9	6%	194,0					
Sachvermögen	2,4	11%	22,5					

Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen. Gleiche Abgrenzung für Untergrenzen und Einkommensintervall, nur Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand, Besitzquoten bei Nettowerten ohne negative Werte.

Tabelle 103: Quintilverteilung im Vergleich, alle Haushalte (1.000 Euro)

		1.	2.	3.	4.	5.
	Gesamt	Fünftel der nach ihrem Nettovermögen geordneten Haushalte				
SOEP						
Bruttovermögen	157,6	5,3	4,1	39,8	169,1	570,0
Schulden	24,2	12,0	1,4	11,4	32,2	64,0
Nettoverm.	133,4	-6,7	2,7	28,3	136,9	506,0
Immob. (brutto)	112,8	3,8	0,7	15,0	128,2	416,2
Hypotheken	20,3	4,0	0,7	9,7	29,8	57,1
Immob. (netto)	92,5	-0,2	0,1	5,3	98,4	359,1
Bruttogeldv.	31,6	1,4	3,2	23,2	34,2	96,2
Konsum.kredite	3,9	8,0	0,7	1,8	2,4	6,9
Nettogeldverm.	27,7	-6,6	2,5	21,4	31,8	89,3
Geldanlagen	16,9	0,3	1,3	11,6	17,6	53,5
Versicherungen	14,8	1,1	1,9	11,6	16,6	42,7
Betriebsverm.	10,9	0,1	0,0	0,6	4,6	49,0
Sachverm.	2,4	0,0	0,1	0,9	2,1	8,7
EVS						
Bruttovermögen	161,8	6,6	16,3	81,3	201,1	503,6
Schulden	27,9	10,5	5,9	28,4	43,2	51,6
Nettoverm.	133,9	-3,9	10,4	53,0	158,0	452,1
Immob. (brutto)	120,9	5,4	5,5	46,4	157,8	389,4
Hypotheken	26,6	7,4	5,2	27,4	42,2	50,8
Immob. (netto)	94,3	-2,0	0,4	19,0	115,6	338,6
Bruttogeldv.	40,9	1,3	10,8	34,9	43,3	114,2
Konsum.kredite	1,3	3,2	0,8	0,9	1,0	0,8
Nettogeldverm.	39,6	-1,9	10,0	34,0	42,3	113,4
Geldanlagen	26,4	0,4	6,2	22,3	26,4	76,9
Versicherungen	14,5	0,9	4,6	12,6	17,0	37,3

Quelle: EVS, SOEP, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 104: Gini-Koeffizienten EVS und SOEP im Vergleich

	SOEP	EVS
Nettovermögen		
Gesamt	0,743	0,674
West	0,757	0,655
Ost	0,747	0,675
Nettoimmobilienvermögen		
Gesamt	0,784	0,741
West	0,785	0,717
Ost	0,816	0,798
Nettogeldvermögen		
Gesamt	0,758	0,681
West	0,771	0,676
Ost	0,747	0,643

Quelle: EVS, SOEP, ZEW-Berechnungen.

2.8.2 Die Höhe und Verteilung des gesamten Nettovermögens auf der Basis der Vermögensbilanz des Sozioökonomischen Panels

Da – insbesondere angesichts der geringeren Erfassung des Geldvermögens – insgesamt gesehen die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als die breitere und fundiertere Vermögenserhebung angesehen werden muss, beschränken sich die folgenden Erörterungen auf eine Betrachtung der Aspekte, die mangels Einbeziehung der entsprechenden Vermögenskategorien in der EVS auf dieser Basis nicht behandelt werden können. Dies betrifft insbesondere die Höhe und den Anteil des Betriebsvermögens und des Sachvermögens am gesamten Vermögen.

Der Anteil des Sachvermögens (in Form von Gold, Schmuck, Münzen oder wertvollen Sammlungen) ist, wie die Ergebnisse des SOEP verdeutlichen und wie angesichts der eingeschränkten Definition dieser Kategorie auch zu erwarten war, im Allgemeinen gering. Lediglich in den alten Bundesländern sind hier im 2. und 3. Quintil der Verteilung mit jeweils knapp 3 Prozent des Bruttovermögens nennenswerte Anteile zu verzeichnen. Einen substanziellen und über die gesamte Vermögensverteilung ähnlichen Erfassungsgrad vorausgesetzt, gehen mit der Vernachlässigung dieser Vermögenskategorie in der EVS keine wesentlichen Informationsverluste einher.

Anders verhält es sich mit dem Betriebsvermögen: Wie die Ausführungen in Abschnitt 2.4 bereits verdeutlicht haben, besitzt nur ein kleiner Teil der privaten Haushalte Betriebsvermögen: In den alten Bundesländern beläuft sich der durchschnittliche Wertanteil – bezogen auf das gesamte mittlere Bruttovermögen der Haushalte – auf knapp 10 Prozent, in den neuen Bundesländern liegt die Relation mit 5,7 Prozent deutlich niedriger. Allerdings verteilt sich das Betriebsvermögen sehr ungleichmäßig auf die Haushalte, so dass die Nettovermögen im obersten Quintil der Verteilung in Westdeutschland

um rund 16 Prozent höher ausfallen, wenn das Betriebsvermögen – das dort einen Anteil von 13,8 Prozent am gesamten Nettovermögen hat – hinzugerechnet wird. In den anderen Quintilen der Verteilung macht sich die Vernachlässigung des Betriebsvermögens dagegen nicht so deutlich bemerkbar. In den neuen Bundesländern ist die Verzerrung durch die Nicht-Berücksichtigung des Betriebsvermögens im obersten Quintil der Verteilung geringer. Zudem hat das Betriebsvermögen auch höhere Anteile am gesamten Bruttovermögen der Haushalte im ersten, zweiten und vierten Quintil der Verteilung als in Westdeutschland.

Diese Ergebnisse verdeutlichen – wie bereits die Analyse der Dezilverteilungen in Abschnitt 2.4.3 gezeigt hat –, dass die Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung durch die Nicht-Berücksichtigung des Betriebsvermögens in der EVS unterschätzt wird. Andererseits ist zu betonen, dass die Anteile, die im SOEP ausgewiesen werden, wegen des geringeren Erfassungsgrades im Geldvermögen und wegen der teilweisen Überschneidung der Definition der „Sonstigen Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen“ in der EVS mit dem Betriebsvermögen im SOEP tendenziell höher ausfallen, als dies bei zusätzlicher Berücksichtigung der nicht in den „Sonstigen Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen“ enthaltenen Betriebsvermögen und Beteiligungen in der EVS der Fall wäre.

Tabelle 105: Nettovermögensverteilung nach Quintilen im SOEP (in 1.000 Euro)

	Alte Bundesländer					Neue Bundesländer						
	Alle	1.	2.	3.	4.	5.	Alle	1.	2.	3.	4.	5.
	Fünftel der nach ihrem Nettovermögen geordneten Haushalte					Fünftel der nach ihrem Nettovermögen geordneten Haushalte						
Bruttoverm.	180,3	6,5	3,9	44,5	183,8	663,1	75,4	6,6	2,0	14,8	75,3	279,0
Schulden	27,4	14,0	1,5	14,2	35,1	72,5	14,3	14,2	1,0	3,0	16,3	36,8
Nettoverm.	152,9	-7,5	2,4	30,3	148,7	590,6	61,2	-7,6	1,0	11,8	59,0	242,2
Immob. (brutto)	125,5	4,1	0,9	18,9	140,8	463,1	52,0	4,7	0,6	2,7	44,8	207,7
Hypotheken	23,1	4,2	0,9	12,5	32,4	65,6	10,3	4,7	0,5	2,1	13,0	31,1
Immob. (netto)	102,4	-0,1	0,0	6,4	108,4	397,5	41,7	0,0	0,0	0,6	31,9	176,6
Bruttogeldverm.	34,5	2,2	2,9	23,8	35,7	108,0	18,3	1,7	1,4	11,6	27,1	50,0
Konsum.kredite	4,3	9,8	0,7	1,6	2,7	6,8	4,0	9,5	0,5	0,9	3,4	5,8
Nettogeldverm.	30,2	-7,7	2,2	22,2	33,0	101,2	14,3	-7,7	0,9	10,7	23,7	44,2
Geldanlagen	18,1	0,3	1,2	11,3	18,0	59,9	9,7	0,4	0,4	6,0	16,2	25,5
Versicherg.	16,4	1,9	1,7	12,6	17,7	48,1	8,7	1,3	1,0	5,7	10,9	24,5
Betriebsvermög.	17,6	0,1	0,1	0,5	5,2	81,9	4,3	0,1	0,1	0,2	2,8	18,5
Sachvermögen	2,7	0,1	0,1	1,2	2,1	10,0	0,8	0,0	0,0	0,3	0,6	2,9

Relationen zum Bruttovermögen in %

Immob. (brutto)	69,6	63,6	22,5	42,5	76,6	69,8	69,0	71,5	28,2	18,2	59,5	74,4
Hypotheken	12,8	64,6	22,1	28,2	17,6	9,9	13,6	71,5	27,3	14,4	17,2	11,1
Immob. (netto)	56,8	-1,0	0,4	14,3	59,0	59,9	55,3	0,0	0,9	3,8	42,3	63,3
Bruttogeldverm.	19,1	33,6	73,2	53,6	19,4	16,3	24,3	26,0	68,5	78,7	36,0	17,9
Konsum.kredite	2,4	152,2	16,9	3,7	1,5	1,0	5,3	142,9	25,0	6,1	4,5	2,1
Nettogeldverm.	16,7	-118,6	56,3	49,9	18,0	15,3	19,0	-116,8	43,6	72,6	31,5	15,9
Geldanlagen	10,1	4,8	29,8	25,3	9,8	9,0	12,8	6,6	18,3	40,4	21,5	9,1
Versicherg.	9,1	28,7	43,4	28,3	9,6	7,3	11,5	19,4	50,3	38,3	14,5	8,8
Betriebsvermögen	9,7	1,6	1,4	1,2	2,8	12,4	5,7	1,9	3,2	1,3	3,7	6,6
Sachverm.	1,5	1,3	2,9	2,7	1,1	1,5	1,0	0,6	0,1	1,8	0,9	1,0

Quelle: EVS, SOEP, ZEW-Berechnungen.

2.9 Zusammenfassung

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse – mit erheblichen Vorbehalten bezüglich der intertemporalen Vergleichbarkeit der EVS-Erhebungen –, dass die Vermögen der deutschen Privathaushalte in den letzten 10 Jahren deutlich angestiegen sind. Die Differenz in der Vermögensausstattung zwischen den Haushalten in den Alten und den Neuen Bundesländern hat sich in diesem Prozess erheblich verringert. Eine Analyse der Vermögensverteilung für Deutschland zeigt eine erhebliche Ungleichverteilung des privaten Vermögens. Bei getrennter Betrachtung der Verteilung in Ost- und Westdeutschland wird erkennbar, dass die Vermögensverteilung in Ostdeutschland etwas ungleichmäßiger als in Westdeutschland ist. Allerdings haben sich die Unterschiede zwischen der westdeutschen und der ostdeutschen Vermögensverteilung im Zeitverlauf deutlich verringert. Während die ostdeutsche Vermögensverteilung tendenziell gleichmäßiger geworden ist, ist für die westdeutsche Verteilung eine Tendenz zu einer stärkeren Ungleichmäßigkeit festzustellen. Die Entwicklung der gesamtdeutschen Verteilung weicht deutlich von der Entwicklung der westdeutschen Verteilung ab. Ursächlich für die starken Abweichungen zwischen west- und gesamtdeutscher Verteilung sind die erheblichen Zuwächse des Vermögens in der oberen Hälfte der ostdeutschen Vermögensverteilung, die – wegen des geringeren Durchschnittsniveaus der ostdeutschen Vermögen – insbesondere die Mitte der gesamtdeutschen Vermögensverteilung beeinflussen.

Die Verteilung des Nettogeldvermögens ist im Vergleich der Jahre 1993, 1998 und 2003 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ungleichmäßiger geworden. Auch die Verteilung des Immobilienvermögens ist im Vergleich zu 1998 und 1993 in Westdeutschland nach dem Ausweis der vorliegenden, nicht unmittelbar vergleichbaren Daten ungleichmäßiger geworden. In Ostdeutschland ist dagegen – bezogen auf alle Haushalte – wegen der steigenden Eigentümerquote eine Nivellierung der Verteilung festzustellen. Innerhalb des größer gewordenen Segments der Eigentümerhaushalte ist dagegen eine Konzentration der Verteilung des Nettoimmobilienvermögens festzustellen, die auf die Verschuldung der neu hinzugekommenen Immobilieneigentümer zurückzuführen ist. Der zeitliche Vergleich ist aber mit erheblichen methodischen Problemen behaftet, da die ausgewiesenen Veränderungen in der Verteilung vermutlich stark durch die veränderte Definition der Restschulden beeinträchtigt werden. Eine umfassende zeitvergleichende Betrachtung der privaten Beteiligung am Betriebsvermögen ist derzeit nicht möglich. Eine Analyse der Verteilung im Querschnitt zeigt eine hohe Konzentration sowohl über alle Haushalte als auch innerhalb des Segments der Haushalte mit Betriebsvermögen.

Die beobachteten Veränderungen in der Vermögensverteilung können prinzipiell auf eine Reihe von verschiedenen Einflussfaktoren zurückgeführt werden, die im Einzelnen

untersucht wurden: Zum einen korrespondiert die Änderung in der Vermögensverteilung mit Änderungen in der Einkommensverteilung und in der Sozialstruktur. Dies deutet darauf hin, dass Änderungen in der Sparfähigkeit und Sparneigung eine Ursache für Änderungen der Vermögensverteilung darstellen. Aber auch Änderungen in der Altersstruktur und in der Haushaltsgrößenstruktur haben vermutlich zur ungleichmäßiger werdenden Entwicklung der westdeutschen Vermögen beigetragen. Darüber hinaus haben unterschiedliche Wertveränderungen verschiedener Anlagearten zumindest im Geldvermögen eine Zunahme der Ungleichverteilung bewirkt. Möglicherweise haben auch zunehmende Immobilieneigentumsquoten von Haushalten mit niedrigen Ausgangsvermögen zu einer ungleichmäßigeren Entwicklung der Vermögensverteilung beigetragen. Dagegen zeigen sich auf der Basis der in der EVS vorliegenden Daten keine Anhaltspunkte dafür, dass Immobilienerbschaften die Vermögensverteilung in Richtung größerer Ungleichmäßigkeit beeinflusst haben. Letztlich kann ein erheblicher Anteil der ausgewiesenen Verteilungsänderung auch auf rein statistischen Effekten beruhen, da die zugrunde liegenden Daten der EVS nicht unmittelbar miteinander vergleichbar sind und auch durch Korrekturrechnungen keine vollständige Vergleichbarkeit hergestellt werden kann.

3 Sozialvermögen

Neben dem materiellen Vermögen übernimmt auch das soziale Sicherungssystem Vermögensfunktionen, insbesondere die Sicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter.⁶⁹ In diesem Sinne können Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung, die Unfallversicherung, die Pflegeversicherung und die Krankenversicherung als Substitute für materielles Vermögen angesehen werden und als Sozialvermögen im weiteren Sinne bezeichnet werden. In einer umfassenden Definition ist auch der Anspruch auf soziale Grundsicherung durch Sozialhilfe (bzw. Arbeitslosengeld II) und der Anspruch auf staatliche Grundsicherung im Alter dem Sozialvermögen zuzurechnen. Eine verteilungsorientierte Analyse dieses Sozialvermögens in umfassender Definition ist gleichwohl wenig sinnvoll, da die Nutzung der meisten dieser Vermögensansprüche vom Eintreten unvorhersehbarer und individuell mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeit behafteter Risiken abhängig ist.

Darüber hinaus können bedürftigkeitsorientierte Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme nicht als Ergänzung zum vorhandenen materiellen Vermögen betrachtet werden. Wegen der Anrechnung vorhandenen – über die einschlägigen Freibeträge hinausgehenden – Vermögens müssen diese Ansprüche vielmehr als lediglich im Bedarfsfall entstehende Einkommensansprüche angesehen werden. Eine weiter gehende Analyse des Sozialvermögens in dieser breiten Abgrenzung ist – insbesondere im Hinblick auf Verteilungsaspekte – auch deshalb nicht sinnvoll, weil von einer weitgehenden Gleichverteilung auszugehen ist und darüber hinaus die materielle Vermögensverteilung wegen der Anrechnung dieser Vermögen im Rahmen der vorhandenen Anrechnungsregelungen nicht beeinflusst wird.

Aus diesem Grund beschränken sich die folgenden Analysen auf vermögensähnliche, durch Beitragszahlungen akkumulierte Ansprüche an Systeme der sozialen Sicherung, deren Inanspruchnahme und Nutzbarkeit nicht von unvorhergesehenen Ereignissen abhängt. Dieses sind im weitesten Sinne Ansprüche an die Systeme der gesetzlichen und betrieblichen Alterssicherung.⁷⁰ Prinzipiell hinzuzählen sind auch Altersrückstellungen in der privaten Krankenversicherung, die ebenfalls als Versorgungsvermögen in dieser engeren Abgrenzung interpretiert werden können. Denn die Nutzung dieser Rückstellungen hängt nicht vom Krankheitsfall ab, sondern erfolgt regelmäßig mit zunehmenden

⁶⁹ Zu einer ausführlichen Diskussion der Vermögensfunktionen und einem diesbezüglichen Literaturüberblick siehe Westerheide (1999), S. 7 ff.

⁷⁰ Vgl. zu einer ähnlichen Abgrenzung des Versorgungsvermögens Hober/Mierheim (1981), S. 392 ff. Siehe zu einer weiteren quantitativen Analyse der Verteilung des Alterssicherungsvermögens auch Thiele 1998.

dem Alter in Form verringerter Prämienzahlungen. Allerdings liegen zu diesen Altersrückstellungen nur aggregierte Zahlen vor, so dass sie in eine verteilungsorientierte Analyse ebenfalls nicht einbezogen werden können.

Die folgende Analyse beschränkt sich im Wesentlichen auf Untersuchungen zu den Ansprüchen an die gesetzliche und betriebliche Alterssicherung (ohne Berücksichtigung der Beamtenversorgung) für noch nicht in der Rentenbezugsphase befindliche Personen. Zur aktuellen Verteilung und Struktur der Alterseinkommen wird das ebenfalls im Rahmen der Vorarbeiten zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht beauftragte Gutachten zur Analyse der Einkommensverteilung Informationen liefern, weitere ausführliche Analysen zur Struktur der Alterseinkommen enthält die Berichterstattung zur Untersuchung „Alterssicherung in Deutschland“ (ASID 99).⁷¹

Die folgenden Analysen stellen zunächst die Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung in den Vordergrund. Anschließend werden die Höhe und die Verteilung von Ansprüchen aus der betrieblichen Alterssicherung und die wahrscheinlichen Auswirkungen ihrer Einbeziehung auf die Verteilung des Sozialvermögens analysiert. In einem ergänzenden Abschnitt werden weitere Zusammenhänge zwischen der Einschätzung der sozialen Sicherungssituation und der Vermögensausstattung von Haushalten aufgezeigt, die sich aus der Erhebung 2002 des SOEP ableiten lassen.

3.1 Ansprüche an die Systeme der gesetzlichen Alterssicherung

– Höhe der Ansprüche

Informationen über die Verteilung von Ansprüchen an die Alterssicherungssysteme können verschiedenen Quellen entnommen werden. Leider stehen – zumindest was die noch nicht in der Rentenbezugsphase befindlichen Haushalte bzw. Personen angeht – keine Mikrodatensätze zur Verfügung, die zuverlässige Aussagen über die Höhe bereits erworbener Ansprüche an die öffentlichen Alterssicherungssysteme abzuleiten erlauben. Die nachstehenden Analysen müssen sich daher auf eine höhere Aggregationsebene beschränken. Im Folgenden werden schwerpunktmäßig tabellarische Informationen aus der Versichertenkontenstichprobe des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger zu den Rentenanwartschaften noch nicht in der Rentenbezugsphase befindlicher Personen herangezogen, um die Verteilung der Ansprüche an die gesetzliche Alterssicherung zu untersuchen. Ergänzende Erkenntnisse, insbesondere zur künftigen Entwicklung und Verteilung der Ansprüche, lassen sich aus den Ergebnissen der Untersuchung „Altersvorsorge in Deutschland“ (AVID 96) ableiten.⁷²

⁷¹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001).

⁷² Vgl. Verband deutscher Rentenversicherungsträger (1999) sowie die zugehörigen Tabellenbände.

Eine Auswertung der Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) erfasst beinahe die gesamte Bevölkerung: Nach den in der AVID 96 ausgewiesenen Schätzungen haben 95 Prozent der Männer und 93 Prozent der Frauen in den Geburtskohorten 1936 bis 1955 in den alten Bundesländern ein Konto bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung. In den neuen Bundesländern beträgt die Abdeckung aufgrund der Regelungen des Sozialversicherungssystems in der ehemaligen DDR und der Überführung der Anwartschaften in die GRV in den genannten Kohorten sogar 100 Prozent. Bezüglich der Entwicklung der Mitgliedschaft in der GRV zeigen sich im Zeitvergleich steigende Anteile bei Frauen in Westdeutschland: Dies wird einerseits auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen zurückgeführt, zum anderen darauf, dass die früher mögliche Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen im Fall der Heirat heute nicht mehr beantragt werden kann. Die AVID 96 prognostiziert auf Basis einer umfassenden Mikrosimulation zukünftiger Erwerbsverläufe, dass in den alten Bundesländern rund 96 Prozent der Männer und rund 95 Prozent der Frauen mit einem GRV-Konto auch eine Anwartschaft auf Leistungen haben. In den neuen Bundesländern liegen diese Quoten jeweils bei 99 Prozent.⁷³

Eine Analyse der durchschnittlichen Anwartschaften auf Konten der GRV erfasst also beinahe die gesamte Bevölkerung: Die Verteilung dieser Ansprüche für Besitzer eines GRV-Kontos unterscheidet sich nicht wesentlich von der Verteilung über alle Personen. Um die Höhe und Verteilung der aktuell bereits erworbenen Anwartschaften in der GRV zu analysieren, wurde eine Auswertung der Versichertenkontenstichprobe des VDR herangezogen.⁷⁴ Erfasst sind hier auch Beamte und Selbständige (als „latent Versicherte“), sofern sie in ihrer Erwerbsbiographie zumindest einmal sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Die Daten erlauben eine Analyse der Verteilung der Ansprüche nach Geschlechtern, Geburtsjahren sowie nach Alten und Neuen Bundesländern. Um die Summe des so bereits erworbenen Versorgungsvermögens zu bestimmen, wurden die in der Stichprobe ausgewiesenen Anwartschaften mit der geschätzten ferneren Lebenswartung⁷⁵ im 65. Lebensjahr kapitalisiert. Zugrunde gelegt wurde die vereinfachende Annahme, dass sich zukünftige Rentensteigerungen und die erforderliche Diskontierung künftiger Ansprüche gerade ausgleichen, so dass der Realwert der Anwart-

⁷³ Vgl. zu den vorstehenden Daten Verband deutscher Rentenversicherungsträger (1999), S. 48 f., insbesondere Tabelle 2-1 und 2-2.

⁷⁴ Für die Bereitstellung der Daten und seine Hilfestellung danken wir Herrn Dr. Michael Stegmann vom VDR.

⁷⁵ Abgeleitet aus der Schätzung der altersspezifischen Lebenserwartung der Bevölkerung in Deutschland von 1997 bis 2100, mittlere Variante, des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Universität Bielefeld.

schaften erhalten bleibt. Es wurde vereinfachend auf ein einheitliches gesetzliche Renteneintrittsalter von 65 Jahren abgestellt.⁷⁶

Kapitalisiert wurden Rentenanwartschaften zum Stichtag 31.12.2002 für aktiv und latent Versicherte für den Fall einer hypothetischen sofortigen und vollständigen Erwerbsminderung ohne Berücksichtigung von Zurechnungszeiten.⁷⁷ Diese Anwartschaften spiegeln – allerdings ohne Berücksichtigung der Erfüllung allgemeiner Wartezeiten – die Höhe der bereits erworbenen Alterssicherungsansprüche wider, die nach Erreichen des offiziellen Rentenzugangsalters ohne Abschläge beansprucht werden können. Eine Übersicht über die kapitalisierten durchschnittlichen Anwartschaften, aggregiert nach Altersgruppen, enthält Tabelle 106.

Die Daten zeigen ein mittleres kapitalisiertes Nettovermögen der GRV-Versicherten von rund 105.000 Euro für Männer und 98.000 Euro für Frauen. Diese Durchschnittswerte errechnen sich aus den üblicherweise mit dem Alter steigenden Anwartschaften der einzelnen Geburtsjahrgänge. Zum Vergleich werden die für die gleichen Segmente berechneten materiellen Vermögensbestände aus der persönlichen Vermögensbilanz des SOEP 2002 herangezogen.⁷⁸ Die Gegenüberstellung bezieht sich auf alle Befragten des SOEP ohne Berücksichtigung von Indikatoren zum tatsächlichen Vorhandensein eines GRV-Kontos. In der Durchschnittsberechnung über alle Männer bzw. alle Frauen⁷⁹ zeigt sich zunächst, dass das so berechnete Alterssicherungsvermögen aus GRV-Ansprüchen in jeder Altersgruppe höher ist als das vorhandene durchschnittliche materielle Vermögen. Allerdings zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie alten und neuen Bundesländern: Während Männer in den alten Bundesländern im Durchschnitt über ein materielles Vermögen verfügen, das ungefähr genauso hoch ist wie ihre bereit erworbenen Alterssicherungsansprüche, liegt diese Relation für westdeutsche Frauen niedriger. In den neuen Bundesländern beträgt das materielle Nettovermögen im Durchschnitt weniger als die Hälfte der kapitalisierten GRV-Ansprüche.

Besonders deutlich unterscheiden sich die Relationen zu den materiellen Nettovermögen zwischen Männern und Frauen sowie zwischen neuen und alten Bundesländern

⁷⁶ Die für die älteste Geburtskohorte der Frauen in der hier betrachteten Stichprobe der Geburtskohorten 1972 bis 1943 noch bestehende Möglichkeit des Bezugs einer Altersrente ohne Abschläge bereits mit 64 wurde vereinfachend nicht berücksichtigt.

⁷⁷ Berücksichtigt wurden nur Konten mit einem Klärungsstand von mindestens 12 Jahren.

⁷⁸ Vgl. zur Aufbereitung und Beschreibung der SOEP-Daten Abschnitt 2.8.1.

⁷⁹ Eine noch höher aggregierte Betrachtung ohne Differenzierung nach Geschlechtern ist nicht möglich und auch nicht sinnvoll, da die zur Kapitalisierung verwendeten Daten zur Lebenserwartung nur nach Frauen und Männern getrennt vorliegen.

(siehe Tabelle 107): Während zwischen dem Besitz materieller Vermögen große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland für beide Geschlechter bestehen, sind die Anwartschaften der ostdeutschen Männer nur wenig niedriger als die der westdeutschen. Die ostdeutschen Frauen verfügen im Durchschnitt über höhere Anwartschaften als die westdeutschen Frauen.⁸⁰

Tabelle 106: Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung und materielle Nettovermögen im Vergleich (1.000 Euro)

	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung						
30-59	105	98	105	94	104	120
30-39	68	73	68	72	64	80
40-49	110	104	111	100	105	122
50-59	152	126	151	118	156	167
Nettovermögen (SOEP)						
30-59	97	70	109	77	45	40
30-39	60	41	64	43	40	27
40-49	98	68	110	74	50	44
50-59	144	110	166	123	46	52
Relation Nettovermögen zu kapitalisierten Rentenansprüchen						
30-59	92%	71%	103%	81%	44%	34%
30-39	88%	56%	93%	61%	63%	34%
40-49	89%	66%	99%	74%	47%	36%
50-59	95%	87%	110%	104%	30%	31%

Quelle: VDR, IBS, SOEP, ZEW-Berechnungen. Berechnet auf der Basis bereits erworbener Rentenanswartschaften, ohne Berücksichtigung von Zurechnungszeiten und Wartezeiterfüllung, für aktiv und latent Versicherte (Deutsche und Ausländer), Kontenklärungsstand mindestens 12 Jahre. Annahme einer ferneren Lebenserwartung ab 65 nach mittlerer Variante des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Univ. Bielefeld.

⁸⁰ Die Ost-West-Relationen liegen deutlich höher als die aus der AVID 96 abgeleiteten. Die AVID 96 weist für die Geburtskohorten 1936 bis 1955 projizierte Zahlbeiträge aus der GRV für westdeutsche Männer von durchschnittlich 1.939 DM, für ostdeutsche Männer dagegen nur in Höhe von 1.424 DM aus. (Vgl. AVID 96, Tabellenband 1, Tab. 201). Daraus ergibt sich eine Relation von lediglich 73,4 Prozent. Für Frauen liegt die in der AVID ausgewiesene Relation der GRV-Ansprüche zwischen Ostdeutschen (1.113 DM) und Westdeutschen (964 DM) bei 115,4 Prozent. Die Differenz zwischen den AVID-Ergebnissen und den hier ausgewiesenen Relationen ist zum einen durch die mittlerweile verringerte Differenz in den jeweils zugrunde gelegten Rentenwerten zu begründen, die sich im Zeitraum von 1996 bis 2002 um rund 6,3 Prozent verringert hat. Zum anderen weist die AVID projizierte Alterseinkommen auf der Basis simulierter Erwerbsbiographien aus, die oben ermittelten Relationen beruhen aber auf der Basis bereits erworbener Ansprüche.

Tabelle 107: Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung und materielle Nettovermögen im Vergleich – Relationen

	Relation Ost/West		Relation Frauen/Männer	
	Männer	Frauen	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Ansprüche an die GRV				
30-59	99%	128%	90%	115%
30-39	94%	111%	106%	125%
40-49	95%	122%	90%	116%
50-59	103%	142%	78%	107%
Nettovermögen (SOEP)				
30-59	41%	52%	70%	89%
30-39	63%	62%	68%	68%
40-49	45%	60%	67%	88%
50-59	28%	42%	74%	113%

Quellen: siehe Tab. 107.

– *Verteilung der Ansprüche*

Informationen über die Verteilung der Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung können ebenfalls auf der Basis der VDR-Statistiken gewonnen werden. Im Unterschied zu den oben ausgewiesenen Daten beruhen die Verteilungsberechnungen auf Statistiken für Versicherte mit Erfüllung der allgemeinen Wartezeit von fünf Jahren, da Verteilungsinformationen für Versicherte ohne Wartezeiterfüllung nicht bereit gestellt werden konnten.⁸¹ Auf der Basis dieser Daten lassen sich Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Ansprüche nach Altersklassen errechnen: Tabelle 108 weist diese Werte für fünf Altersgruppen und Vergleichswerte für die Verteilung der materiellen Vermögen aus, die aus dem SOEP errechnet wurden.⁸²

Die Daten lassen zunächst erkennen, dass die Verteilung der Rentenanwartschaften erheblich gleichmäßiger ist als die Verteilung der materiellen Vermögen. Während die

⁸¹ Zugrundegelegt wurden die Tabellen 24.11, 24.22, 24.21 und 24.22 der Statistik Rentenanwartschaften des VDR zum 31.12.2002. Die Anwartschaften werden hier in Klassen von zumeist 100-Euro-Schritten ausgewiesen, es wurden jeweils die Mittelwerte dieser Klassen als durchschnittliche Anwartschaft der entsprechenden Zelle errechnet. Für das nach oben offene rechte Intervall wurde als Obergrenze die maximal auf der Basis einer 40-jährigen Erwerbstätigkeit bei Verdienst an der Beitragsbemessungsgrenze mögliche Rente (ca. 1.800 Euro) eingesetzt.

⁸² Für eine ausführlichere Darstellung nach Jahrgängen siehe Tabelle 153 im Anhang. Die Werte stehen im Einklang mit den Ergebnissen früherer Untersuchungen: So ermitteln Hober/Mierheim (1981, S. 404) einen Gini-Koeffizienten von 0,3329 für das von ihnen allerdings weiter (inkl. der Versorgungsanwartschaften von Beamten, der Altershilfe für Landwirte, der berufsständischen Altersversorgung für freiberuflich Tätige und der betrieblichen Alterssicherung) definierte Versorgungsvermögen. Thiele (1998), ermittelt auf der Basis simulierter Daten zum Rentenvermögen aus der EVS 1988 einen Gini-Koeffizienten von 0,5 für das Rentenvermögen auf Haushaltsebene. Ihre Analysen beruhen allerdings auf recht rigorosen Annahmen zu Rentenversicherungsverläufen und zum Zusammenhang von betrieblichen Altersvorsorgeansprüchen und Bruttolohn. Vgl. zur Methodik von Thiele S. 47 ff., zu den Verteilungsergebnissen S. 197.

Gini-Werte für die materiellen Vermögen über alle Altersgruppen kaum Unterschiede zwischen Männer und Frauen sowie zwischen alten und neuen Bundesländern aufweisen, zeigt sich für die GRV-Ansprüche ein höheres Maß an Ungleichheit in den alten als in den neuen Bundesländern. Zudem bestehen etwas größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen in den alten als in den neuen Bundesländern.

Betrachtet man die Entwicklung der Ungleichheit über die Jahrgänge hinweg (siehe Abbildung 19), so ist wiederum ein deutlicher Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern zu konstatieren. Während in den alten Bundesländern die Ungleichheit mit dem Lebensalter vor allem für die Frauen tendenziell zunimmt und die Schere zwischen Männer und Frauen immer größer wird, zeigt sich in Ostdeutschland eine einheitliche Tendenz zu geringerer Ungleichheit in älteren Geburtsjahrgängen. Diese Unterschiede erklären sich aus den besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern in der Vergangenheit. So stehen die mit dem Alter zunehmenden Unterschiede bei westdeutschen Frauen in engem Zusammenhang mit unterbrochenen Erwerbsverläufen nach der Geburt von Kindern. Nach den Ergebnissen der AVID 96 zeigt sich „eine ausgeprägte negative Korrelation zwischen der Zahl der Kinder und der Höhe der projizierten GRV-Anwartschaft.“⁸³ In den neuen Bundesländern war es – u.a. aufgrund der besseren Infrastruktur zur Kinderbetreuung – Frauen dagegen eher möglich, nach der Geburt von Kindern ihre Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen.

Für die künftige Entwicklung der Anwartschaften prognostiziert die AVID 96 eine Verringerung der Anwartschaften für Männer im Westen bei gleichzeitig flacher werdender Verteilung. Zugrunde liegt ein prognostizierter Rückgang der Zahl der durchschnittlichen Erwerbsjahre mit einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung, eine Zunahme der beitragsfreien Erwerbsjahre und eine Zunahme von Zeiten der Arbeitslosigkeit. Für westdeutsche Frauen werden dagegen steigende Anwartschaften prognostiziert, die insgesamt mit einer Verschiebung der Verteilung nach oben einhergehen. In den neuen Bundesländern werden nach dieser Projektion – ähnlich wie in den alten Bundesländern – die durchschnittlichen Anwartschaften der Männer zurückgehen, hier wird sich die Verteilung voraussichtlich nach unten verschieben. Die Rentenanwartschaften der ostdeutschen Frauen werden sich nach den Erkenntnissen der AVID 96 im Mittel wenig ändern, ihre Verteilung wird voraussichtlich flacher werden.⁸⁴

⁸³ Verband deutscher Rentenversicherungsträger (1999), S. 63.

⁸⁴ Vgl. zu den projizierten Werten im Einzelnen Verband deutscher Rentenversicherungsträger (1999), S. 65 ff.

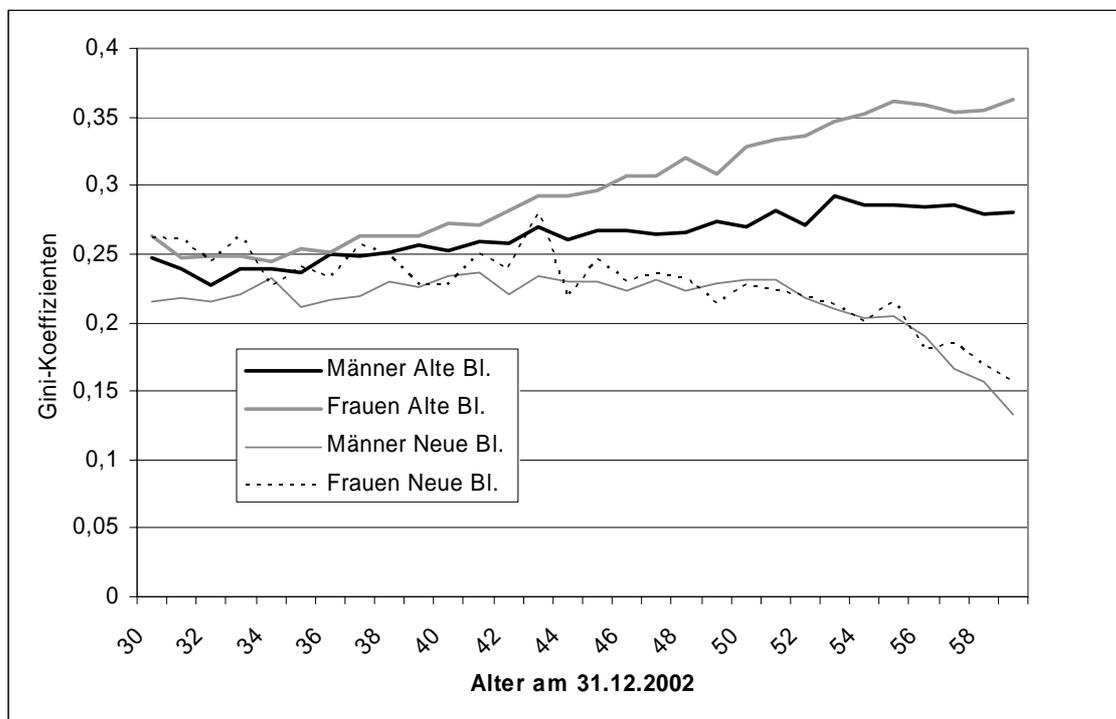
Abbildung 20 zeigt zum Vergleich die Entwicklung der Ungleichheit über die Geburtsjahrgänge für die materiellen persönlichen Vermögen, die auf der Basis des SOEP berechnet wurden. Hier ist sowohl für Männer als auch für Frauen in den alten wie in den neuen Bundesländern eine geringfügige Abnahme der Ungleichheit über die Zeit auf einheitlich höherem Niveau festzustellen.

Tabelle 108: Gini-Koeffizienten Rentenanwartschaften und Vergleich mit Verteilung materieller Vermögen

Altersgruppe	Rentenanwartschaften				Nettovermögen SOEP			
	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
30-59	0,26	0,30	0,21	0,23	0,72	0,72	0,72	0,70
30-39	0,24	0,25	0,22	0,25	0,77	0,76	0,75	0,73
40-49	0,26	0,29	0,23	0,24	0,70	0,72	0,72	0,69
50-59	0,28	0,35	0,19	0,20	0,70	0,68	0,69	0,67

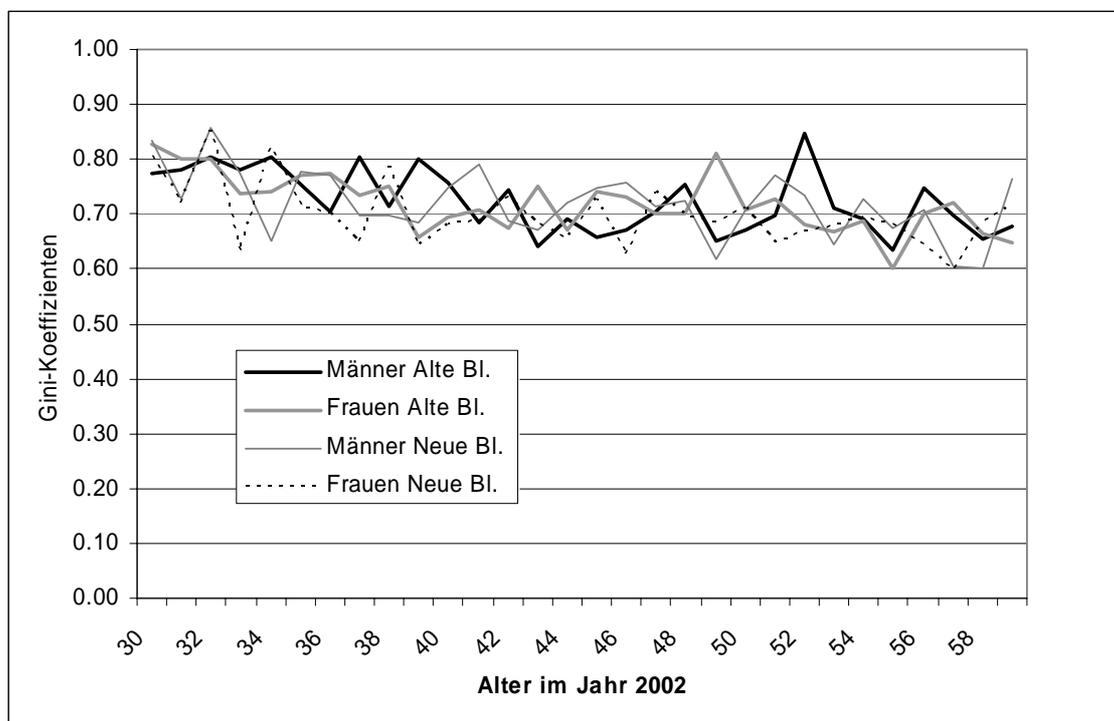
Quelle: VDR, ZEW-Berechnungen. Basis: Rentenanwartschaften ohne Zurechnungszeit, aktiv und latent Versicherte, nur für Versicherte mit Wartezeiterfüllung, Mittelwerte ungewichtet über die Jahrgänge berechnet.

Abbildung 19: Entwicklung der Gini-Koeffizienten für die GRV-Anwartschaften über die Jahrgänge 1972 - 1943



Quelle VDR, ZEW-Berechnungen.

Abbildung 20: Entwicklung der Gini-Koeffizienten für die materiellen Netto-Vermögen über die Jahrgänge 1972 - 1943



Quelle SOEP, ZEW-Berechnungen.

Die Analysen zur Verteilung der Ansprüche an öffentliche Alterssicherungssysteme müssen sich aus Gründen der Datenverfügbarkeit auf die Personen mit einem GRV-Konto beschränken. Nicht einbezogen werden können hier die Versorgungsansprüche der Beamten, für die keine vergleichbaren und repräsentativen Daten zu ihren Anwartschaften vorliegen. Hingewiesen werden soll jedoch auf das Ergebnis der AVID 96, dass niedrige Anwartschaften aus GRV-Renten sehr häufig mit Anwartschaften auf eine Beamtenversorgung einhergehen.⁸⁵ Die oben ausgewiesene, ohnehin im Vergleich zur Verteilung der materiellen Vermögen deutlich geringere Ungleichheit der Verteilung der GRV-Anwartschaften wird durch dieses Ergebnis weiter relativiert.

⁸⁵ Vgl. Verband deutscher Rentenversicherungsträger (1999), S. 85.

3.2 Ergänzende Ansprüche an die Systeme der betrieblichen Alterssicherung

Nicht berücksichtigt wurden in den bisherigen Analysen die Höhe und die Verteilung von Anwartschaften aus der betrieblichen Alterssicherung. Vergleichbare Daten zur Verteilung dieser Ansprüche auf Basis bereits erworbener Anwartschaften liegen nicht vor. Zumindest qualitative Erkenntnisse zu den Auswirkungen einer zusätzlichen Berücksichtigung der betrieblichen Alterssicherung ermöglichen jedoch die Resultate der AVID 96, der ASID 99, der aktuellen Untersuchung von Infratest Sozialforschung zur Situation der betrieblichen Altersversorgung in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst⁸⁶ sowie die Ergebnisse des Mikrozensus 2001.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen zeigen, dass die Anwartschaften auf eine betriebliche Altersversorgung erheblich ungleicher – sowohl dem Vorhandensein als auch der Höhe nach – verteilt sind, als die Anwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die aktuellsten vorliegenden Ergebnisse aus einer Infratest-Umfrage 2003 belegen, dass im März 43 Prozent der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft über eine betriebliche Altersvorsorge verfügten. Allerdings zeigten sich erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen neuen und alten Bundesländern. Während in den alten Bundesländern 48 Prozent der männlichen Arbeitnehmer und 41 Prozent der weiblichen Arbeitnehmer über eine betriebliche Altersversorgung verfügten, traf dies nur auf 25 Prozent der männlichen Arbeitnehmer und auf 29 Prozent der Frauen in den neuen Bundesländern zu.⁸⁷

Die Untersuchung zeigt, dass – auch in der Folge der erweiterten Förderung der betrieblichen Altersvorsorge nach dem Altersvermögensgesetz – erhebliche Zuwächse im Abdeckungsgrad der Arbeitnehmer am aktuellen Rand zu verzeichnen sind. Danach ist im Zeitraum von Dezember 2001 bis März 2003 die Zahl der Arbeitnehmer mit betrieblicher Altersvorsorge in den alten Bundesländern um acht Prozent und in den neuen Bundesländern um rund 41 Prozent gewachsen. Während sich die Zunahme im Westen vor allem auf Beschäftigte in kleineren Unternehmen bezog, waren in Ostdeutschland überwiegend Beschäftigte in größeren Betrieben begünstigt.⁸⁸

Abbildung 21 verdeutlicht zusätzlich den längerfristigen Trend der Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge auf der Basis des Mikrozensus, getrennt nach Männern und Frauen in alten und neuen Bundesländern. Danach war in der längerfristigen Perspektive im Zeitraum von 1992 bis 2001 im Westen kein Zuwachs im Abdeckungsgrad der

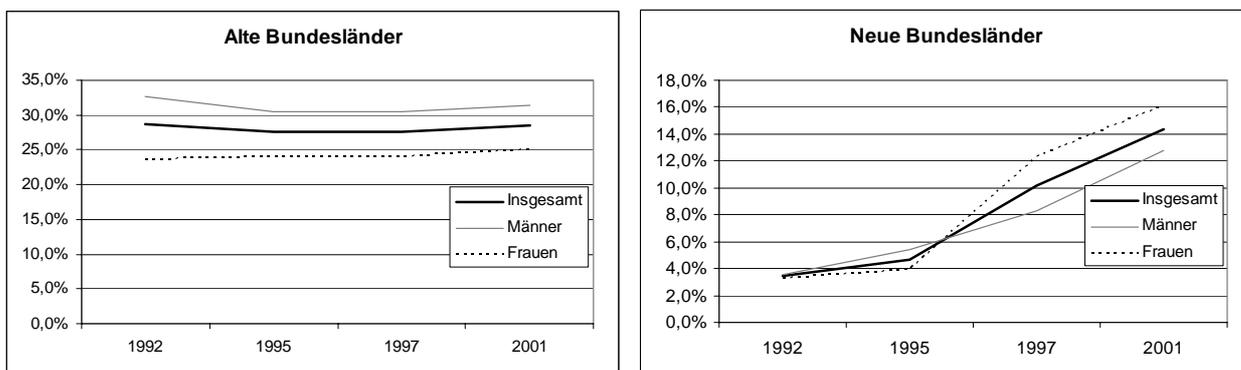
⁸⁶ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003).

⁸⁷ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003), S. 8.

⁸⁸ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003), S. 26 ff.

betrieblichen Altersvorsorge festzustellen, während der Aufwärtstrend in den Neuen Bundesländern bereits 1995 eingesetzt hat.

Abbildung 21: Vorhandensein einer betrieblichen Altersvorsorge von Arbeitern und Angestellten im Vergleich der Mikrozensus 1992, 1995, 1997 und 2001



Quelle: Statistisches Bundesamt, Gerostat, ZEW-Berechnungen.

Die aktuelle Infratest-Untersuchung zeigt, dass erhebliche Unterschiede im Abdeckungsgrad sowohl im Hinblick auf die Betriebsgröße als auch in Bezug auf die Wirtschaftszweige bestehen. Während nur 24 Prozent der Arbeitnehmer in Betrieben mit einer Größe von 1-4 Beschäftigten über eine betriebliche Altersvorsorge verfügen, sind es bei Großbetrieben mit 1.000 und mehr Beschäftigten 97 Prozent.⁸⁹ Ähnlich gravierend ist die Heterogenität nach Wirtschaftszweigen: Während im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Bereich Bergbau/Steine/Energie mehr als 76 bzw. 72 Prozent der Arbeitnehmer über eine betriebliche Altersvorsorge verfügen, sind dies bei den Sonstigen Dienstleistungen und im Bereich Erziehung/Unterricht lediglich 14 respektive 10 Prozent.⁹⁰

Diese Daten verdeutlichen, dass das Vorhandensein von Ansprüchen an eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge erheblich ungleichmäßiger verteilt ist als das Vorhandensein von GRV-Ansprüchen. Darüber hinaus legen die Ergebnisse der ASID 99 und der AVID 96 sowie auch des Mikrozensus 2001 nahe, dass Zusammenhänge zwischen der Einkommenshöhe, der Höhe der Ansprüche an die GRV und der Höhe der Ansprüche an die betriebliche Altersvorsorge bestehen. Im Einzelnen zeigen die Projektionen der AVID 96, dass eine enge positive Korrelation zwischen dem Anteil der Arbeitnehmer mit einer betrieblichen Alterssicherung bzw. der Höhe der zu erwartenden Ansprüche

⁸⁹ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003), S. 27f.

⁹⁰ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003), S. 46f.

einerseits und der Höhe der zu erwartenden Ansprüche aus der GRV andererseits besteht (vgl. Tabelle 109).⁹¹ Die Ergebnisse des Mikrozensus 2001 zeigen – damit übereinstimmend – eine enge Korrelation zwischen der Höhe des Nettoeinkommens und dem Vorhandensein von Ansprüchen an eine betriebliche Altersversorgung von Arbeitern und Angestellten auf (vgl. Abbildung 21). Schließlich deuten die Ergebnisse der ASID `99 darauf hin, dass Beschäftigte in Großunternehmen nicht nur zu höheren Anteilen von einer betrieblichen Altersvorsorge erfasst werden, sondern auch im Durchschnitt höhere Betriebsrenten beziehen.⁹²

Nach diesen Ergebnissen kann mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass eine zusätzliche Berücksichtigung der betrieblichen Altersvorsorge die Verteilung der Alterssicherungsansprüche in Relation zur alleinigen Betrachtung der GRV-Ansprüche nicht nivelliert, sondern ungleichmäßiger macht. Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, dass Durchschnittswerte zur Höhe von Anwartschaften aus betrieblicher Altersvorsorge und auch Schichtungen nach der Höhe der Anwartschaften vor dem Hintergrund einer sehr heterogenen, nach Wirtschaftszweigen, Einkommen und Betriebsgröße differenzierten Verteilung zu sehen sind.

Tabelle 109 und Tabelle 110 verdeutlichen abschließend die Schichtung der Anwartschaften auf eine betriebliche Altersvorsorge für Personen mit einer projizierten GRV-Anwartschaften für die Geburtskohorten 1936 bis 1995. Die Daten zeigen, dass die Verteilung der Ansprüche an die betriebliche Altersvorsorge von einem hohen Anteil geringer Ansprüche geprägt ist. Außerdem werden in Tabelle 110 auf der Basis der durchschnittlichen fernerer Lebenserwartung der betrachteten Geburtskohorten die kapitalisierten Beträge der Anwartschaften ausgewiesen. Danach beträgt das in der AVID `96 projizierte Vermögen aus betrieblicher Altersvorsorge zwischen rund 46.000 und 55.000 Euro im Durchschnitt der Personen mit Anwartschaften. Die Angleichung zwischen Männern und Frauen gegenüber den nicht kapitalisierten Zahlbeträgen ist durch die längere Lebenserwartung der Frauen bedingt.

Es ist zu berücksichtigen, dass diese Ansprüche nicht direkt mit den oben ermittelten kapitalisierten GRV-Ansprüchen verglichen werden können, da letztere sich lediglich auf die bereits erworbenen Anwartschaften stützen. Die Ergebnisse der AVID hingegen beruhen auf simulierten Erwerbsbiographien bis zum Renteneintritt und damit auf den über die gesamte aktive Erwerbsphase erworbenen Anwartschaften.

⁹¹ Vgl. Verband deutscher Rentenversicherungsträger (1999), S. 71 ff.

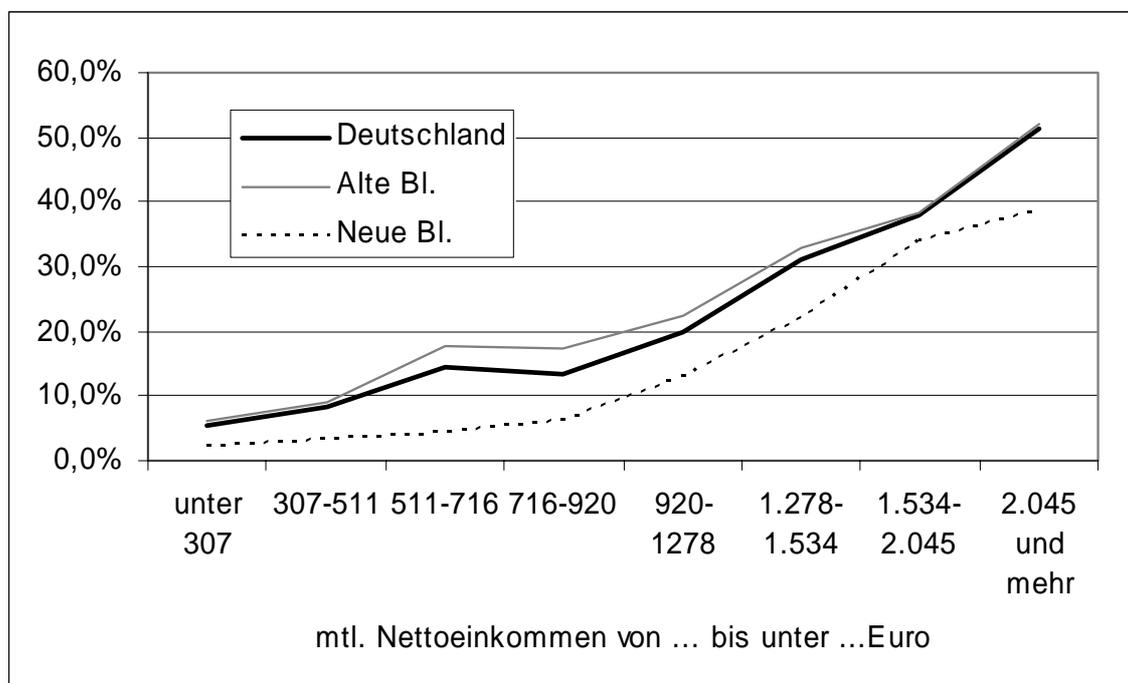
⁹² Vgl. Kortmann/Pupeter (2002), S. 369.

Tabelle 109: Anteil der Personen mit betrieblicher Altersvorsorge in Relation zur Höhe der GRV-Ansprüche

Höhe der projizierten Anwartschaft in der GRV Euro	Alte Bundesländer				Neue Bundesländer	
	Anteil (%)		Projizierte Anwartschaft betr. Altersversorgung (Zahlbetrag je Monat in Euro)		Anteil (%)	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1 - 250	3	1	-	-	3	2
250 - 500	5	6	-	104	2	1
500 - 750	13	17	158	115	5	1
750 - 1000	29	29	175	205	4	4
1000-1250	43	32	199	257	20	8
1250 und mehr	65	64	420	372	-	-

Quelle. AVID 96 (S. 74/76), ZEW-Berechnungen, Umrechnung der Intervallklassen von DM in Euro mit Faktor 2, Umrechnung der Beträge je Bezieher mit Faktor 1,95583. Für die Neuen Bundesländer werden wegen der höheren statistischen Unsicherheit keine projizierten Zahlbeiträge ausgewiesen.

Abbildung 22: Anteil von Arbeitnehmer und Angestellten mit betrieblicher Altersvorsorge nach der Höhe des Nettoeinkommens



Quelle: Mikrozensus 2001, Grafik ZEW.

Tabelle 110: Eigene betriebliche Altersversorgung Männer und Frauen der Geburtsjahre 1936 bis 1955 mit Bezug einer Versichertenrente aus der GRV, projizierte Zahlbeträge im Rentenalter (65)

Zahlbeitrag eigene betriebliche Altersvorsorge je Monat von ... bis unter ... Euro	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Anteil in Prozent			
1 - 250	67,6	81,2	69,9	80,7
250 - 500	17,7	11,7	10,7	10,6
500 - 750	6,2	4,4	7,5	8,8
750 - 1000	3,2	0,4	10,8	-
1000 - 1500	3	1,6	1,1	-
1500 und mehr	2,4	0,7	-	-
	100	100	100	100
Durchschnittlicher Betrag je Bezieher (Euro je Monat)	273	189	232	177
Kapitalisierte Anwartschaften (in 1.000 Euro)	55	49	46	46

Quelle: AVID 96, Tab. 202 und 204, ZEW-Berechnungen, Umrechnung der Intervallklassen von DM in Euro mit Faktor 2, Umrechnung der Beträge je Bezieher mit Faktor 1,95583, Kapitalisierung mit durchschnittlicher fernerer Lebenserwartung nach mittlerer Variante IBS über die betrachteten Geburtskohorten

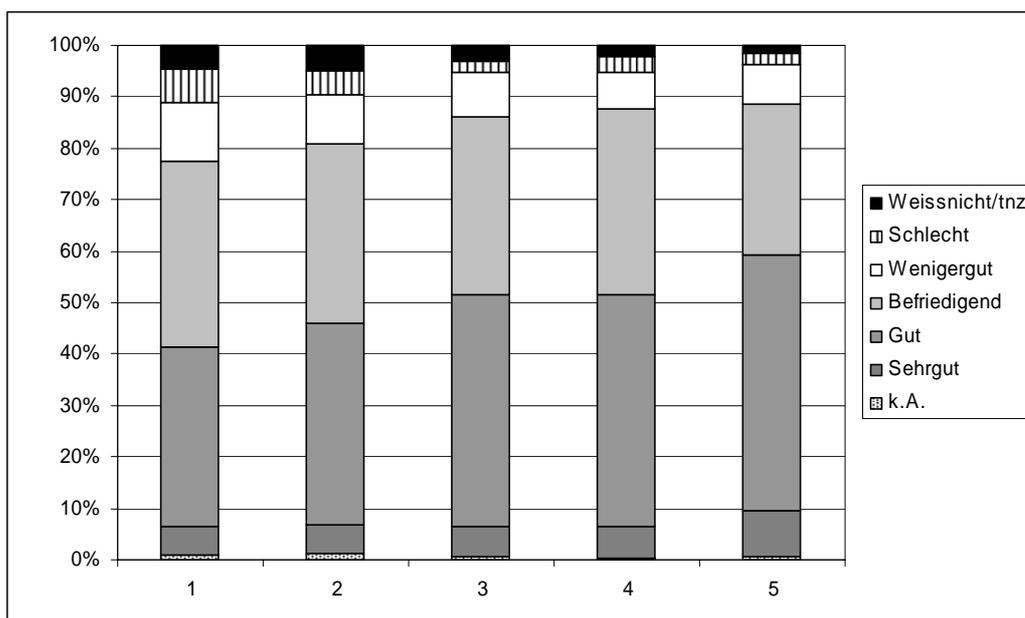
3.3 Einschätzungen privater Haushalte zu ihrer sozialen Sicherungssituation

Abbildung 23 bis Abbildung 26 verdeutlichen abschließend den Zusammenhang zwischen der Einschätzung der eigenen sozialen Sicherungssituation und der Höhe des privaten Nettovermögens. Im SOEP 2002 wurde – unter ausdrücklichem Hinweis auf die einzelnen Zweige der Sozialversicherung – gefragt, wie die Personen ihre eigene finanzielle Sicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und bei Pflegebedürftigkeit bewerten. Es kann folgende Hypothese im Hinblick auf die persönliche Einschätzung der Höhe des Sozialvermögens der Befragten aufgestellt werden: Je niedriger das Zufriedenheitsniveau mit der sozialen Sicherung und je enger der Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung und dem persönlichen Nettovermögen ist, desto geringer wird vice versa die Leistungsfähigkeit des Sozialvermögens in dieser umfassenden Definition eingeschätzt.

Abbildung 23 lässt erkennen, dass insbesondere die Einschätzung der Absicherung im Krankheitsfall nur in geringem Zusammenhang mit dem materiellen Vermögen der privaten Personen steht, das Sozialvermögen im umfassenden Sinne hier also gute Dienste leistet. Zu weitaus überwiegenden Teilen wird hier eine sehr gute, gute oder mindestens befriedigende Absicherung konstatiert. Sehr viel geringer ist das Zufriedenheitsniveau bei der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit (Abbildung 24): Hier zeigt sich erstaunlicherweise ein eher geringer Zusammenhang mit der Höhe des materiellen Vermögens, dem möglicherweise die Einschätzung einer geringen Reichweite des eigenen Vermögens zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards im Falle der Arbeitslosigkeit zugrunde liegt.

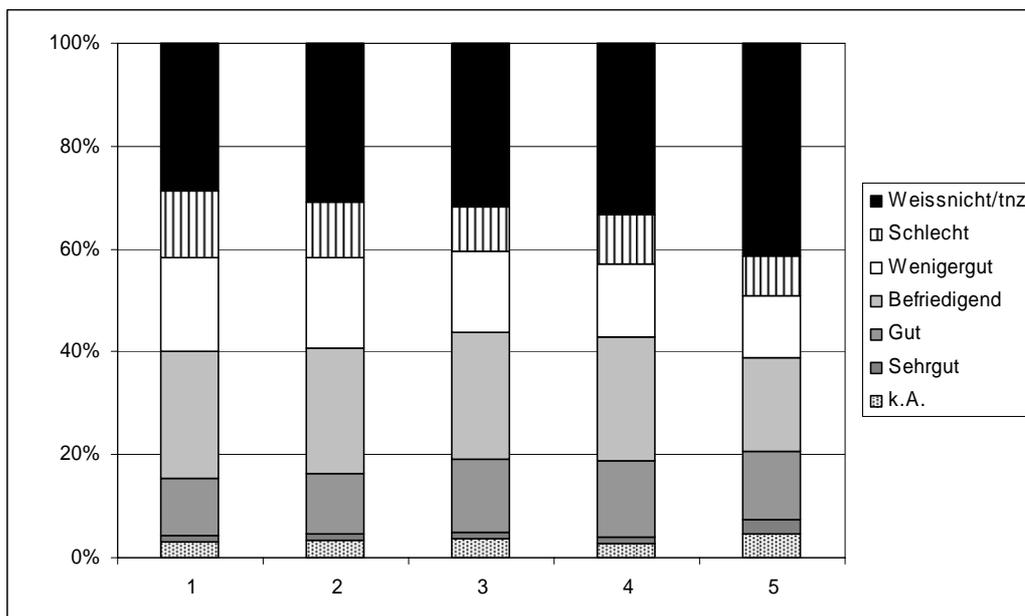
Ein stärker ausgeprägter positiver Zusammenhang ist dagegen bei der Alterssicherung vorhanden (Abbildung 25). Je höher das private Vermögen einer Person ist, desto besser fühlt sie sich offenbar auch im Alter abgesichert. Geringer ist das durchschnittliche Zufriedenheitsniveau wiederum bei der Absicherung im Pflegefall Abbildung 26. Auch hier zeigt aber ein Zusammenhang zwischen der Höhe des Vermögens und der persönlichen Einschätzung des Sicherungsniveaus.

Abbildung 23: Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung im Krankheitsfall nach Quintilen des Nettovermögens



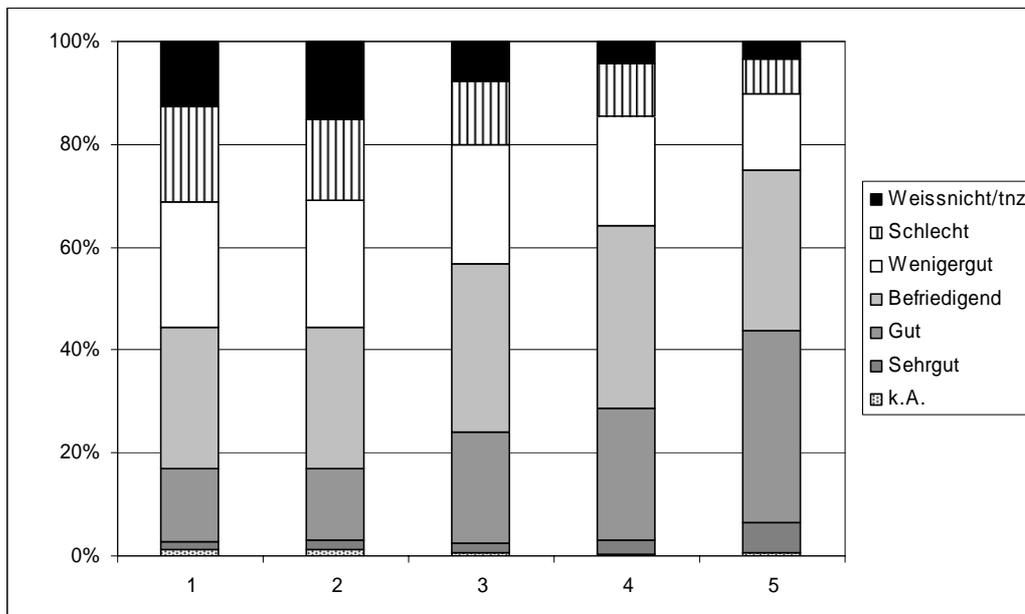
Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen. Basis sind alle Befragten in West- und Ostdeutschland.

Abbildung 24: Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit nach Quintilen des Nettovermögens



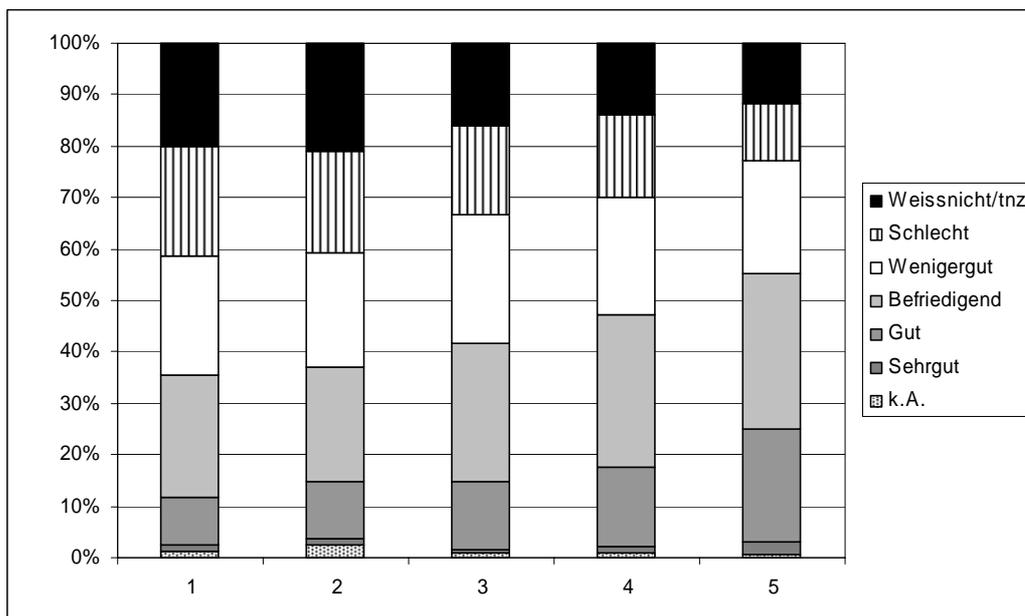
Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen. Basis sind alle Befragten in West- und Ostdeutschland.

Abbildung 25: Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung im Alter nach Quintilen des Nettovermögens



Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen. Basis sind alle Befragten in West- und Ostdeutschland.

Abbildung 26: Zusammenhang zwischen der Einschätzung der finanziellen Absicherung im Pflegefall nach Quintilen des Nettovermögens



Quelle: SOEP, ZEW-Berechnungen. Basis sind alle Befragten in West- und Ostdeutschland.

3.4 Zusammenfassung

Die im vorstehenden Abschnitt durchgeführten Analysen zeigen auf, dass das Alterssicherungsvermögen in Form von Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung eine erhebliche Größenordnung hat. Betrachtet man allein die durchschnittlichen kapitalisierten Ansprüche an die GRV, so haben sie in den alten Bundesländern eine ähnliche Größenordnung wie das in den jeweiligen Altersgruppen erworbene materielle Vermögen. In den neuen Bundesländern sind die kapitalisierten Ansprüche an die GRV sogar im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie die vorhandenen materiellen Nettovermögen.

Eine Verteilungsanalyse der Ansprüche an die GRV zeigt, dass diese erheblich gleichmäßiger verteilt sind als die materiellen Nettovermögen. Angesichts der hohen Relation von kapitalisierten Ansprüchen an die GRV zu materiellen Nettovermögen muss davon ausgegangen werden, dass eine alleinige Betrachtung der materiellen Vermögensverteilung die Ungleichheit der Verteilung des Vermögens in einem umfassenderen Sinn – also inkl. der öffentlichen Alterssicherungsansprüche – deutlich überzeichnet. Hervorzuheben ist zudem, dass die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern bei Einbeziehung auch der Ansprüche an die GRV nivelliert werden.

Eine zusätzliche Betrachtung der betrieblichen Alterssicherung zeigt, dass sie vermutlich nicht dazu beiträgt, die aus den GRV-Anwartschaften resultierende Verteilung der

Alterseinkommen bzw. Sozialvermögen zu nivellieren. Sowohl der Abdeckungsgrad als auch die Höhe der Ansprüche korrelieren im Allgemeinen positiv mit der Höhe der Ansprüche in der GRV. Darüber hinaus sind starke Unterschiede zwischen Unternehmensgrößen und Wirtschaftszweigen und auch zwischen alten und neuen Bundesländern zu konstatieren. Die Verteilung der Ansprüche an die betriebliche Altersversorgung ist von einem hohen Anteil geringer Ansprüche geprägt.

Abschließend wurde die Einschätzung der Höhe des Sozialvermögens in einer erweiterten Definition durch die im SOEP befragten Personen betrachtet. Im Ergebnis ist festzustellen, dass das materielle Vermögen in der Einschätzung der Befragten insbesondere im Krankheitsfall nur geringe Sicherungsfunktionen übernimmt, da ein hohes Zufriedenheitsniveau zu beobachten ist, das mit der Höhe des materiellen Vermögens nicht wesentlich variiert. Dagegen zeigt sich hinsichtlich der Absicherung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit ein positiver Zusammenhang mit der Höhe des materiellen Vermögens. Die finanzielle Absicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit wird – unabhängig von der Höhe des materiellen Vermögens – deutlich geringer eingeschätzt.

4 Humankapital

4.1 Einleitung

Das Qualifikationsniveau der erwerbsfähigen Bevölkerung gilt allgemein als einer der wichtigsten Standortfaktoren eines Landes und wird als Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum angesehen. Neben einem möglichst hohen Bildungsniveau wird die Gleichheit in den Bildungschancen als erstrebenswert erachtet, da Bildungsungleichheiten weitere soziale Ungleichheiten begründen. So ist die Bildung aus individueller Sicht eine entscheidende Determinante des späteren beruflichen Erfolges.

In diesem Kapitel werden die Humankapitalverteilung in Deutschland auf Basis formaler Bildungsabschlüsse und ihre Entwicklung seit Mitte der achtziger Jahre dargestellt. Die Bildungsverteilung wird dabei insbesondere für verschiedene soziale Gruppen analysiert. Weiterhin wird betrachtet, inwiefern der sozio-ökonomische Hintergrund die Art des erworbenen Bildungsabschlusses beeinflusst. Diese Diskussion wird durch deskriptive Statistiken ergänzt, die darstellen, wie Schülerleistungen (gemessen an Hand von Ergebnissen aus Schülerleistungsstudien) mit dem sozio-demographischen Hintergrund der Schüler variieren.

Die Entwicklungen der Bildungsverteilung und des Bildungsniveaus in Deutschland können auch von der Höhe der Bildungsrenditen abhängen, wenn (in Analogie zu Kapitalmärkten) nur bei ausreichenden Erträgen zu erwarten ist, dass entsprechende Investitionen in Humankapital unternommen werden. Die Bildungsrenditen werden wiederum für verschiedene Bevölkerungsgruppen getrennt geschätzt. Diese Schätzungen werden auch verwendet, um die unterschiedlichen Anreize der entsprechenden Gruppen, in ihr Humankapital zu investieren, zu diskutieren. Bildungsrenditen sind ferner als Bewertungsmaßstab für das Humankapital anzusehen, da sie die direkten Erträge widerspiegeln, die das Humankapital auf dem Arbeitsmarkt erwirtschaftet. Alternativ kann das Humankapital auf Basis von Bildungsausgaben bewertet werden (vgl. Schüssler, 2001). Die Bewertung von Ausbildung durch Bildungsrenditen erscheint uns jedoch am sinnvollsten, da sie den tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt erzielten Preis der Investition in Bildung in einer vergleichbaren Form darstellt.

Grundsätzlich werden die Auswertungen in dieser Studie gesondert für Ost- und Westdeutschland und nach Geschlecht vorgenommen.⁹³ Der Status quo wird dabei mittels der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2002 und alternativ basierend auf dem Mikrozensus 2000⁹⁴ dargestellt. Für Westdeutschland können zudem Entwicklungstendenzen über einen längeren Zeitraum (1985-2002) mittels der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) dargestellt werden, während für Ostdeutschland diese Entwicklungen für den Zeitraum 1992-2002 aufgezeigt werden.

4.2 Verteilung und Entwicklung der formalen Qualifikationen und Fähigkeiten

4.2.1 Status quo der Verteilung der formalen Qualifikation

Zur Messung der Bildungsverteilung kann die Verteilung *formaler Bildungsabschlüsse* betrachtet werden. Tabelle 111 zeigt den Status quo der Verteilung der höchsten erreichten formalen Bildungsabschlüsse in Kategorien für Gesamtdeutschland und für die Neuen und Alten Bundesländer im Jahr 2002.⁹⁵ Die Stichprobe auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels enthält 30- bis 60-jährige Personen, bei denen die Ausbildung i.d.R. abgeschlossen ist, und die die erwerbsfähige Bevölkerung darstellen. Die Verteilungen der Frauen und Männern werden gesondert betrachtet.

⁹³ Ostdeutschland bezieht sich hier und im Folgenden auf die Neuen Bundesländer, während sich Westdeutschland auf die Alten Bundesländer bezieht. Ostberlin wird zu den Neuen und Westberlin zu den Alten Bundesländern gezählt, sofern nicht anders beschrieben.

⁹⁴ Es wird die 70 % anonymisierte Stichprobe des Mikrozensus des Jahres 2000 mit 503.185 Beobachtungen verwendet. Der Mikrozensus beruht auf einer jährlichen, gesetzlich geregelten Haushaltsbefragung im Umfang von einem Prozent der Gesamtbevölkerung und wird vom Statistischen Bundesamt erhoben. Die Merkmale der Haushaltsmitglieder werden für eine festgelegte Berichtswoche von einem Interviewer erfasst.

⁹⁵ Die Bildungskategorien sind gemäß Lauer (2003) definiert.

Tabelle 111: Status Quo der Bildungsverteilung, 2002, getrennt nach Geschlecht und Region (Angaben in %)

Abschlussniveau	Gesamt- deutschland			Alte Bundes- länder			Neue Bundes- länder		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
<i>Kein berufsqualifizierender Abschluss</i>									
kein Abschluss	1,81	1,96	1,67	2,16	2,31	2,02	0,27	0,42	0,12
Hauptschule	7,80	5,59	9,95	8,95	6,40	11,42	2,77	2,08	3,45
Realschule	2,32	1,51	3,11	2,40	1,36	3,40	1,98	2,16	1,80
<i>Summe</i>	11,93	<i>9,06</i>	<i>14,72</i>	13,51	<i>10,07</i>	<i>16,84</i>	5,02	<i>4,66</i>	<i>5,37</i>
<i>Lehre und vergleichbare Abschlüsse</i>									
Hauptschule + Lehre/ Berufsfachschule	25,60	27,60	23,66	28,41	30,46	26,41	13,33	15,19	11,48
Realschule + Lehre/ Berufsfachschule	22,35	18,31	26,28	17,90	13,06	22,59	41,79	41,01	42,57
<i>Summe</i>	47,95	<i>45,90</i>	<i>49,94</i>	46,31	<i>43,53</i>	<i>49,01</i>	55,12	<i>56,20</i>	<i>54,05</i>
<i>Abitur und ähnliches Abschlussniveau</i>									
Fachschule	8,71	10,76	6,72	8,69	10,98	6,46	8,84	9,82	7,87
Fachoberschule	3,11	3,62	2,62	3,65	4,20	3,13	0,75	1,11	0,40
Hochschulreife (Abitur)	0,97	1,10	0,85	1,14	1,25	1,03	0,26	0,47	0,05
Hochschulreife + Lehre/ Fachschule	4,71	4,14	5,26	5,12	4,15	6,05	2,93	4,10	1,77
Fachschule (Ost), Ingenieurschule	1,39	0,84	1,92	0,24	0,11	0,36	6,42	4,02	8,79
<i>Summe</i>	18,90	<i>20,46</i>	<i>17,38</i>	18,83	<i>20,68</i>	<i>17,04</i>	19,20	<i>19,51</i>	<i>18,88</i>
<i>Akademischer Abschluss</i>									
Fachhochschule	7,09	8,78	5,44	7,11	9,54	4,76	6,98	5,51	8,44
(Technische) Universität	14,14	15,80	12,52	14,24	16,19	12,36	13,69	14,12	13,26
<i>Summe</i>	21,23	<i>24,58</i>	<i>17,97</i>	21,36	<i>25,72</i>	<i>17,12</i>	20,67	<i>19,62</i>	<i>21,70</i>

Quelle: SOEP 2002, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die Berechnungen beziehen sich auf die Bevölkerung zwischen 30 und 60 Jahren.

Der am häufigsten vorkommende höchste erreichte Bildungsabschluss ist die Lehre zusammen mit dem Haupt- oder Realschulabschluss, den fast die Hälfte der betrachteten Bevölkerung erreicht. Dies unterstreicht die Bedeutung des dualen Ausbildungssystems in Deutschland. Etwa 21 Prozent der Personen in der repräsentativen Stichprobe des SOEP besitzen einen akademischen Abschluss, wobei der Anteil der Universitätsabsolventen über dem der Fachhochschulabsolventen liegt. Zudem kommen die Hauptschule (7 Prozent) und Fach(ober)schule (12 Prozent) häufig als Abschlussniveau vor. Der Anteil der Bevölkerung ohne Schulabschluss ist mit rund zwei Prozent relativ gering.

Vergleicht man die Unterschiede zwischen Männern und Frauen, so fällt der relativ hohe Anteil der Frauen an den Hauptschülern auf, die keine weitere Berufsausbildung haben (etwa 10 Prozent). Bei Personen mit abgeschlossener Lehre haben Frauen relativ häufig einen Realschulabschluss und Männer einen Hauptschulabschluss. Zudem sind

Männer besonders an Fachhochschulen, aber auch an Universitäten häufiger vertreten als Frauen.

Bei dem Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland im Jahr 2002 zeigt sich deutlich, dass in Ostdeutschland der Anteil der Bevölkerung an den niedrigsten Bildungsabschlüssen geringer ist als in Westdeutschland. So haben in Ostdeutschland nur fünf Prozent der Bevölkerung keinen berufsqualifizierenden Abschluss, während im früheren Bundesgebiet 14 Prozent der Bevölkerung zu dieser Kategorie gehören. Dafür ist der Anteil der Personen mit Lehre und Realschulabschluss in Ostdeutschland ausgesprochen hoch. Der Anteil der Fachschulabsolventen ist in Ostdeutschland ebenfalls höher als in Westdeutschland.

Tabelle 154 im Anhang enthält die entsprechenden Zahlen, die mittels des Mikrozensus 2000 ausgewiesen werden. Leichte Abweichungen sind bei der Verwendung einer alternativen Stichprobe zu erwarten, zumal sich die Erhebungsjahre hier unterscheiden. Weitere Abweichungen bezüglich der Sekundarschul-, Lehr- und akademischen Abschlüsse sind auf unterschiedlich definierte Abschlusskategorien in beiden Datensätzen zurückzuführen.⁹⁶ Ein höherer Anteil der Hochschulabsolventen in Ostdeutschland, der mittels des Mikrozensus ausgewiesen wird, liegt darin begründet, dass im Mikrozensus Ost- und Westberlin nicht gesondert ausgewiesen wurden. Zählt man Berlin nicht zu den Neuen Bundesländern, sind die Anteile der höheren Bildungsabschlüsse, insbesondere der Universitätsabschlüsse, in Westdeutschland höher, in Ostdeutschland niedriger als in Tabelle 154 angegeben. Dies liegt wahrscheinlich an der Dichte der Hochschulen in Berlin.

⁹⁶ So werden im SOEP, zusätzlich zu den Fragen nach den Bildungsabschlüssen, die sich an Bildungskategorien für Westdeutschland orientieren, Fragen zu Abschlüssen in Ostdeutschland erhoben. Dabei werden Abschlüsse der Fach- und Ingenieurschule jedoch beispielsweise in eine Kategorie zusammengefasst, sodass mittels des SOEP hierbei nicht nach detaillierteren Niveaus unterschieden werden kann. Bei einer sauberen Trennung wäre ein Teil der in der Kategorie „Fach- und Ingenieurschule“ enthaltenen Personen aus Ostdeutschland dem Niveau „Abitur und ähnliches Abschlussniveau“, ein Teil jedoch dem Niveau „Akademischer Abschluss“ zuzuweisen. Ähnliche Verzerrungen ergeben sich durch die Zuweisungen der Absolventen der polytechnischen Oberschule.

Bildungsverteilung und Nationalität

Ausländische Arbeitskräfte haben eine wichtige Bedeutung für den deutschen Arbeitsmarkt, die aufgrund niedriger Geburtenraten in der Zukunft noch zunehmen könnte. Eine Voraussetzung für den beruflichen Erfolg und die soziale Integration dieser Arbeitskräfte besteht dabei in ihrer ausreichend hohen Qualifikation.

Tabelle 112 zeigt die Bildungsverteilung für deutsche Staatsbürger und für die fünf größten Bevölkerungsgruppen mit einer anderen Nationalität für das Jahr 2000.⁹⁷ Die auf dem Mikrozensus basierenden Zahlen zeigen einen großen Unterschied in der Bildungsverteilung zwischen den verschiedenen Nationalitäten auf. Generell ist der Anteil an Personen, die keinen berufsqualifizierenden Abschluss haben, bei den ausländischen Gruppen am größten, während die meisten Deutschen sich in die Kategorie der Lehrausbildung einordnen lassen. Am niedrigsten qualifiziert ist die Bevölkerungsgruppe mit türkischer Nationalität, in der 30 Prozent keinen Schulabschluss und 43 Prozent nur einen Hauptschulabschluss besitzen. Die spanische Bevölkerungsgruppe ist von den betrachteten ausländischen Nationalitäten durchschnittlich am höchsten qualifiziert mit einem Akademikeranteil von über neun Prozent, der doppelt so hoch ist wie der der italienischen und ex-jugoslawischen Bevölkerungsgruppen. Die griechische Bevölkerungsgruppe hat einen sehr hohen Anteil an sehr geringeren Qualifikationen wie dem Hauptschulabschluss, jedoch auch einen relativ hohen Anteil an Abiturienten und Akademikern. Insgesamt zeigt sich, dass ausländische Arbeitskräfte, gemessen an den erworbenen formalen Bildungsabschlüssen, ein geringeres Humankapital haben als deutsche Staatsbürger.

⁹⁷ Zur Auswertung wurde hier der Mikrozensus mit dem aktuellsten verfügbaren Jahr (2000) verwendet, da die Fallzahl für die Stichproben der ausländischen Bevölkerungsgruppen im SOEP relativ gering ist.

Tabelle 112: Bildungsverteilung getrennt nach Nationalität, 2000 (Angaben in %)

	Deutsche	Türken	Italiener	Ex – Jugoslawien	Griechen	Spanier
<i>Kein berufsqualifizierender Abschluss</i>						
kein Abschluss	1,26	30,94	17,62	14,19	14,08	11,82
Hauptschule	11,04	43,62	42,59	36,32	41,58	32,09
Realschule	3,25	3,46	3,12	2,97	4,34	3,38
<i>Summe</i>	<i>15,54</i>	<i>78,02</i>	<i>63,33</i>	<i>53,48</i>	<i>60,00</i>	<i>47,30</i>
<i>Lehre und vergleichbare Abschlüsse</i>						
Hauptschule + Lehre/ Berufsfachschule	28,15	13,10	19,77	24,74	17,37	19,93
Realschule + Lehre/ Berufsfachschule	22,93	2,87	5,27	8,09	6,32	11,49
<i>Summe</i>	<i>51,08</i>	<i>15,98</i>	<i>25,03</i>	<i>32,84</i>	<i>23,68</i>	<i>31,42</i>
<i>Abitur und ähnliches Abschlussniveau</i>						
Fach(ober)schulreife	11,57	0,90	2,93	4,25	2,76	4,73
Hochschulreife (Abitur)	1,82	1,52	1,95	1,95	3,95	3,72
Hochschulreife + Lehre/ Fachschule	4,56	1,22	2,02	2,92	4,08	3,72
<i>Summe</i>	<i>17,96</i>	<i>3,64</i>	<i>6,89</i>	<i>9,12</i>	<i>10,79</i>	<i>12,16</i>
<i>Akademischer Abschluss</i>						
Fachhochschule/ In- genieurschule	6,37	0,98	1,43	1,79	1,32	3,04
(Technische) Univer- sität	7,75	1,28	2,86	2,66	3,29	5,74
Promotion	1,31	0,11	0,46	0,10	0,92	0,34
<i>Summe</i>	<i>15,42</i>	<i>2,37</i>	<i>4,75</i>	<i>4,56</i>	<i>5,53</i>	<i>9,12</i>

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen. **Anmerkung:** Die Berechnungen beziehen sich auf die Bevölkerung zwischen 30 und 60 Jahren.

Bei der Darstellung ist jedoch zu beachten, dass im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen nicht immer ein vergleichbarer Abschluss in Deutschland gegenüber steht. Zudem könnten die Angaben auf Grund von sprachlichen Problemen bei der Befragung fehlerhaft sein. Daher ist es wahrscheinlich, dass das wahre Bildungsniveau eher leicht unterschätzt wird.

4.2.2 Zeitliche Entwicklung der Verteilung formaler Qualifikationen

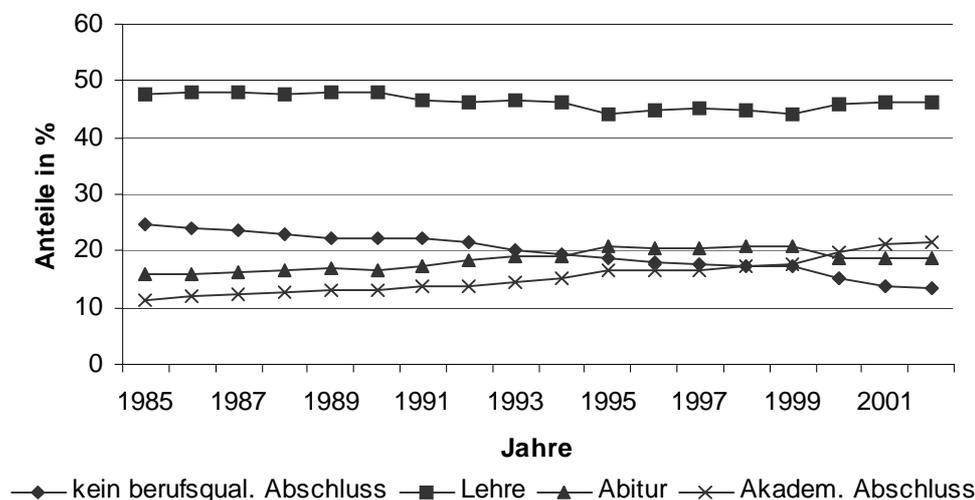
Die folgenden Abbildungen zeigen, wie sich die Verteilung der Bildungsabschlüsse im Laufe der Zeit verändert hat. Mittels der Daten des SOEP wird diese Entwicklung für den relativ langen Zeitraum von 1985 bis 2002 für Westdeutschland dargestellt. Für Ostdeutschland (Neue Bundesländer) zeigen wir die Entwicklung für den Zeitraum 1992-2002. Die Stichprobe enthält wiederum 30- bis 60-jährige Personen. Zur Darstellung wird auf aggregierte Kategorien zurückgegriffen, die die höchsten erworbenen

Bildungsabschlüsse in vier Niveaus unterteilen (vgl. die Summenangaben in Tabelle 111). In den Abbildungen wird mitunter die Akademisierung der Bevölkerung sichtbar.

Alte Bundesländer

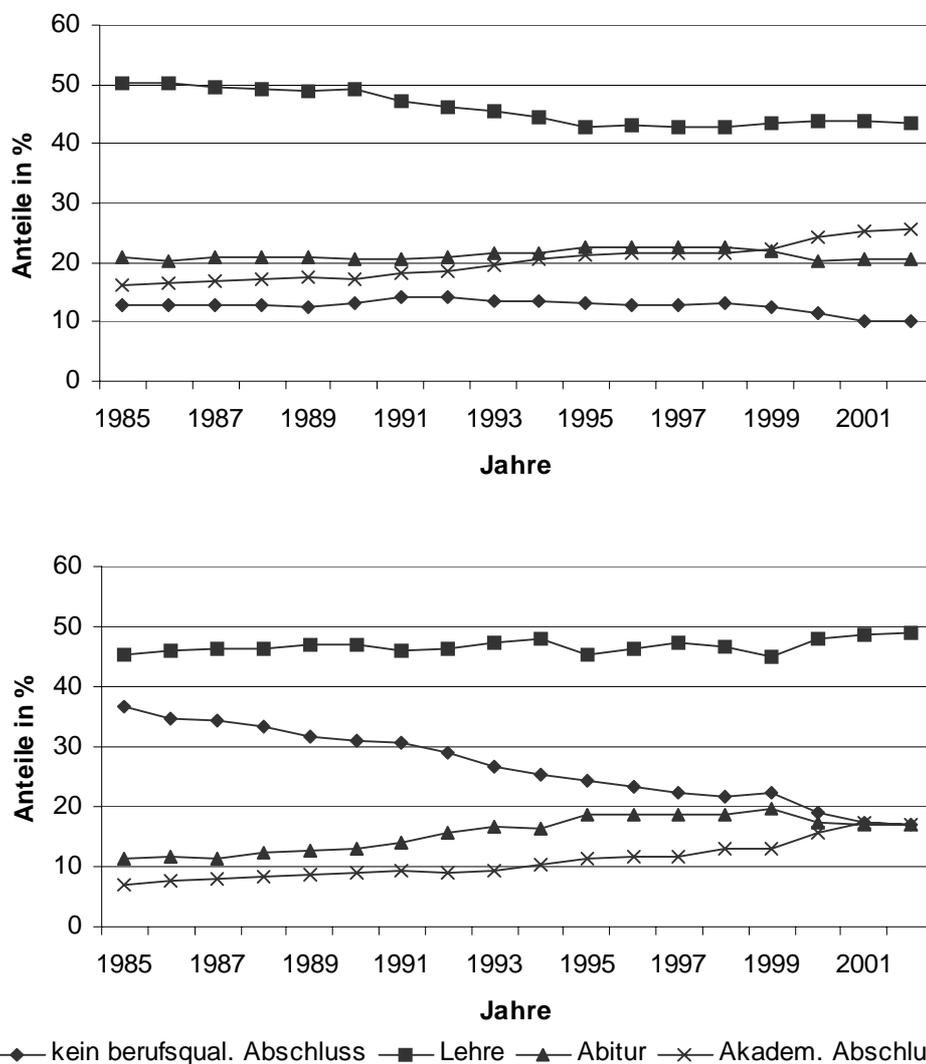
Die größte Gruppe von Personen, etwa die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung zwischen 30-60 Jahren, besitzt über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg einen berufsqualifizierenden Abschluss auf dem Niveau einer Lehre als höchsten Bildungsabschluss (vgl. Abbildung 27). Während zu Beginn des Beobachtungszeitraums die zweitgrößte Gruppe noch aus jenen Personen bestand, die keinen berufsqualifizierenden Abschluss hatten, ist der Anteil dieser Personen im Laufe der Zeit deutlich gesunken, so dass die wenigsten Personen mittlerweile zu dieser Gruppe gehören. Gleichzeitig stiegen die Anteile bei den Abschlüssen auf dem Niveau des Abiturs und auch bei den akademischen Abschlüssen an. Die zu Grunde liegenden Zahlen sind in Tabelle 155 im Anhang enthalten.

Abbildung 27: Entwicklung der Bildungsverteilung im früheren Bundesgebiet



Quelle: SOEP, Wellen 1985-2002, eigene Berechnungen. Anmerkungen: Anteile der 30- bis 60-jährigen Westdeutschen an den vier aggregierten Bildungskategorien.

Abbildung 28: Bildungsverteilung für das frühere Bundesgebiet nach Geschlecht
 (oben: Männer, unten: Frauen)



Quelle: SOEP, Wellen 1985-2002, eigene Berechnungen. Anmerkungen: Anteile der 30- bis 60-jährigen Westdeutschen an den vier aggregierten Bildungskategorien.

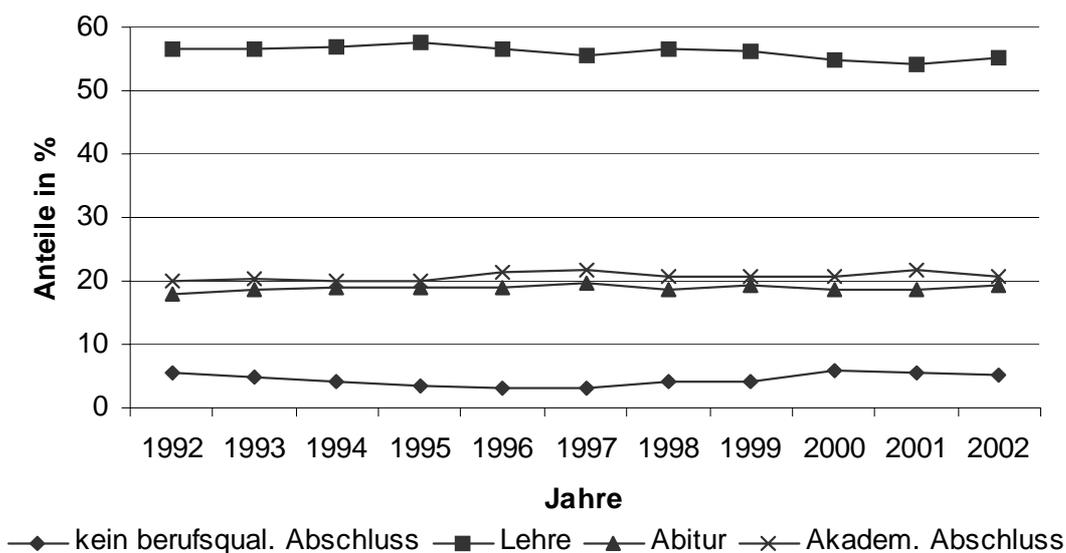
Abbildung 28 zeigt die Entwicklung getrennt nach Geschlecht für Westdeutschland. Wiederum sind tendenziell die Anteile der Frauen in den unteren Bildungskategorien höher als die der Männer. So besaß ein – im Vergleich zu den Männern – relativ hoher Anteil der Frauen im Beobachtungszeitraum keinen berufsqualifizierenden Abschluss (37 Prozent im Jahr 1985 und 17 Prozent im Jahr 2002). Allerdings zeigt sich ein Aufholprozess bei den Frauen, sodass ihre Bildungsverteilung sich im Laufe der Zeit an die der Männer annähert. Während bei den Männern der Anteil der akademischen Abschlüsse angestiegen und dafür der Anteil der Lehrausbildung gesunken ist, wobei die Anteile in der Kategorie der Lehre etwa gleich geblieben sind, stieg bei den Frauen der Anteil der akademischen Ausbildung um das Zweieinhalbfache und auch der Anteil der

Frauen mit Abitur oder einem vergleichbaren Abschluss nahm stark zu. Die Bildungsexpansion ist folglich überwiegend auf den erhöhten Erwerb von höheren Bildungsabschlüssen durch Frauen zurückzuführen. Tabelle 156 im Anhang enthält die der Abbildung zu Grunde liegenden Zahlen.

Neue Bundesländer

Die Entwicklung der höchsten erreichten Bildungsabschlüsse nach aggregierten Niveaus ist in Ostdeutschland durch eine hohe zeitliche Konstanz gekennzeichnet (Abbildung 29). Generell besitzt ein sehr hoher Bevölkerungsanteil einen Abschluss auf dem Niveau der Lehre (56 Prozent im Jahr 1992, 55 Prozent im Jahr 2002).

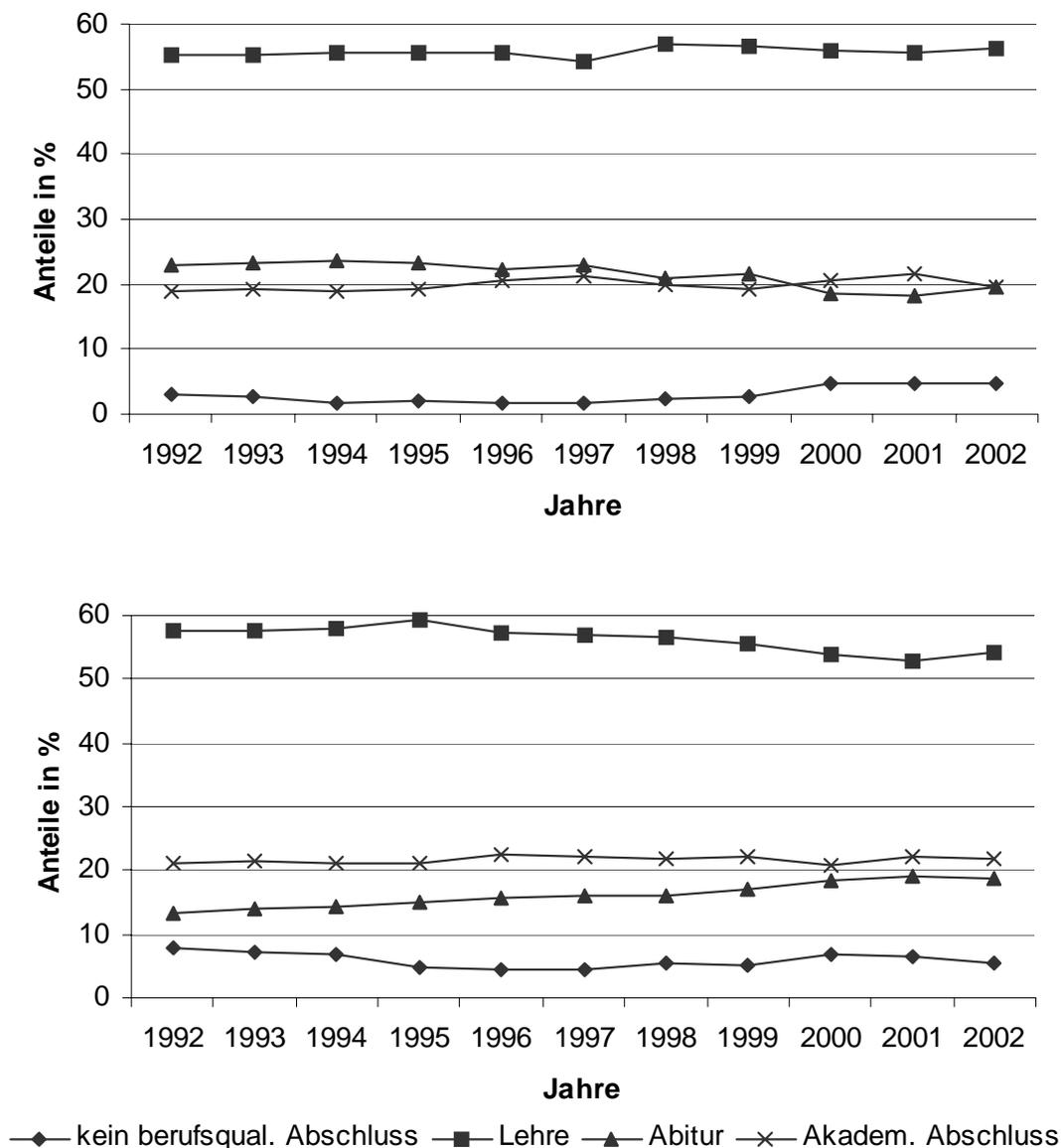
Abbildung 29: Bildungsverteilung in den Neuen Bundesländern



Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen. Anmerkungen: Anteile der 30- bis 60-jährigen Männer und Frauen an den vier aggregierten Bildungskategorien.

Akademische Abschlüsse, die in Westdeutschland zu Beginn der neunziger Jahre noch die am schwächsten besetzte Abschlusskategorie darstellten, waren in Ostdeutschland bereits zu jener Zeit bei einem deutlich größeren Bevölkerungsanteil vorhanden (bei etwa 20 Prozent). Der Anteil der Personen mit einem höchsten Abschluss auf dem Niveau des Abiturs ist im Zeitablauf zu Lasten der beiden unteren Bildungsniveaus leicht angestiegen. Abbildung 30 zeigt die Entwicklung für Männer und Frauen getrennt.

Abbildung 30: Entwicklung der Bildungsverteilung in den Neuen Bundesländern
 (oben: Männer, unten: Frauen)



Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen. Anmerkungen: Anteile der 30- bis 60-jährigen Männer und Frauen an den vier aggregierten Bildungskategorien.

Bei der Entwicklung über die Zeit zeigt sich abermals eine hohe Konstanz, wobei bei den ostdeutschen Frauen ein deutlicher Zuwachs in der Kategorie auf dem Niveau des Abiturs (zu Lasten der Abschlüsse auf niedrigerem Niveau) zu verzeichnen ist (13 Prozent im Jahr 1992 und 19 Prozent im Jahr 2002), während bei den Männern, die traditionell in Ostdeutschland stark in dieser Kategorie vertreten waren, der Anteil zu Gunsten der zu Beginn der neunziger Jahre noch relativ weniger häufig vertretenen akademi-

schen Abschlüsse etwas zurückgegangen ist (von 23 Prozent im Jahr 1992 auf 20 Prozent im Jahr 2002). Eine starke Bildungsexpansion mit einem Aufholprozess in den höheren Bildungskategorien insbesondere bei den Frauen, wie sie in Westdeutschland stattgefunden hat, ist in Ostdeutschland nicht zu verzeichnen. In Ostdeutschland besitzen Frauen und Männer bereits zu Beginn der neunziger Jahre eine relativ ähnliche Bildungsverteilung. Die Abbildung 29 und Abbildung 30 zu Grunde liegenden Zahlen sind in Tabelle 157 und Tabelle 158 im Anhang enthalten.

Bildungsverteilung und Geburtskohorten

Eine Kohortenbetrachtung verdeutlicht die zeitliche Entwicklung der Bildungsverteilung. Es werden vier Gruppen von Geburtsjahrgängen gesondert betrachtet, nämlich Personen, die in den Jahren 1942-1950, 1951-1958, 1959-1964 bzw. 1965-1972 geboren sind, wobei die Stichprobe wiederum Personen im Alter von 30 bis 60 Jahren enthält. Die Kohorten wurden dabei derart gewählt, dass die Bevölkerungsanteile der Kohorten jeweils etwa gleich sind. Tabelle 113 enthält die entsprechende Verteilung der aggregierten Bildungsabschlüsse für das Jahr 2002. Die Bildungsverteilung über die Kohorten wird nur für ein Jahr dargestellt, da sich die Werte der abgeschlossenen formalen Bildung für die Jahrgänge im Laufe der Zeit kaum mehr verändern.

Tabelle 113: Bildungsverteilung für unterschiedliche Geburtskohorten (in %)

Abschluss / Kohorte	1942 -1950	1951 - 1958	1959 - 1964	1965 - 1972
Nicht berufsqualifizierend	14,73	12,31	9,91	10,70
Lehre und vergleichbar	50,60	47,52	48,44	45,55
Abitur und vergleichbar	15,34	17,61	20,99	21,56
Akademische Abschlüsse	19,34	22,56	20,66	22,19

Quelle: SOEP 2002, eigene Berechnungen. *Anmerkung:* Die Berechnungen beziehen sich auf die Bevölkerung zwischen 30 und 60 Jahren.

Die jüngeren Kohorten, die in den Arbeitsmarkt eintreten, besitzen ein durchschnittlich höheres Qualifikationsniveau. Insbesondere der Anteil der Personen, die keinen berufsqualifizierenden Abschluss haben, ist in den jüngeren Generationen gesunken (von 15 Prozent auf 11 Prozent). Ebenso ist der Anteil der Personen gesunken, bei denen die Lehre den höchsten Abschluss darstellt (von 51 Prozent auf 46 Prozent). Gleichzeitig gab es einen deutlichen Anstieg bei den Gruppen der Personen, die ein Abitur oder einen gleichwertigen Abschluss bzw. einen akademischen Abschluss als höchsten Abschluss erworben haben (von 15 Prozent auf 22 Prozent bzw. von 19 Prozent auf 22 Prozent).

Verteilung der Hauptfachrichtungen von Hochschulabschlüssen

Neben dem formalen Qualifikationsniveau kann auch der Inhalt der Ausbildung variieren. Dies wird vor allem bei den Fachrichtungen im Hochschulstudium deutlich. Tabelle 114 stellt die Verteilung der Hauptfachrichtungen von Personen mit Hochschulabschluss dar. Die häufigste Fachrichtung bei Personen im Alter von 30-60 Jahren allgemein und besonders für Männer ist das Ingenieurwesen, gefolgt von den Gesellschaftswissenschaften. Frauen hingegen haben am häufigsten einen Abschluss in den Fächern mit einer sprachlichen oder kulturellen Ausrichtung, dicht gefolgt vom Lehramt. Beim Vergleich zwischen den Alten und Neuen Bundesländern fällt der hohe Anteil des Ingenieurwesens in den Neuen Bundesländern auf, der auch bei den Frauen etwa 16 Prozent beträgt.

Tabelle 114: Verteilung der Hauptfachrichtungen von Hochschulabschlüssen im Jahr 2000

Hauptstudienfachrichtung	Gesamtes Bundesgebiet			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Sprach. / Kultur.	13,08	8,00	21,30	12,90	7,87	21,46	13,69	8,46	20,85
Lehramt	10,68	6,07	18,13	12,16	6,97	21,00	5,86	2,88	9,95
Gesellschaftswiss.	18,62	19,75	16,78	18,93	20,86	15,63	17,60	15,81	20,05
Naturwissen.	10,03	11,05	8,39	10,11	11,12	8,39	9,78	10,80	8,37
Medizin	6,99	6,45	7,86	7,13	6,76	7,75	6,54	5,34	8,18
Ingenieurwesen	23,65	33,13	8,32	21,55	30,80	5,79	30,50	41,41	15,56
Kunst, Musik	3,16	2,37	4,43	3,16	2,30	4,61	3,15	2,60	3,91
Sonstige/k.A.	13,79	13,18	14,79	14,06	13,32	15,37	12,88	12,70	13,13
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Angaben für alle Personen im Alter von 30 bis 60 Jahren. Gemessen als Anteil der Personen, die Ihre Hauptfachrichtung genannt haben oder "sonstige/keine Angaben" geantwortet haben. Neue Bundesländer mit Berlin.

4.2.3 Einfluss des individuellen Hintergrunds auf den Humankapitalerwerb

Humankapitalerwerb gemessen an formalen Qualifikationen

Die deskriptive Betrachtung der Bildungsverteilung zeigte bereits, dass der individuelle Hintergrund (etwa das Geschlecht) einen Einfluss auf die durchschnittlich vorhandene formale Qualifikation einer Gruppe zu haben scheint. In der ökonomischen und soziologischen Literatur zu diesem Thema wird auch untersucht, wie der individuelle (soziale) Hintergrund den höchsten erworbenen Schulabschluss beeinflusst. Dieser Literatur soll

hier, in einer zusammenfassenden Auswahl, Rechnung getragen werden, wobei auch die Ergebnisse eigener Untersuchungen einbezogen werden.⁹⁸

Die Arbeiten von Lauer (2002a; 2003) legen dar, dass die Bildung der Eltern und der Beruf des Vaters in dem relevanten Beobachtungszeitraum einen signifikanten Einfluss auf den schulischen Bildungserwerb hatten. So haben Arbeiterkinder tendenziell Bildungsabschlüsse eines niedrigeren Niveaus, während die Kinder von Managern wahrscheinlicher die Abschlüsse des höchsten Niveaus erreichen. Die Modellierung aufeinander folgender Bildungsabschnitte ergibt, dass die Bildung der Eltern auch für die nachschulische Bildung von Bedeutung ist, wobei hier der Einfluss geringer ist als bei der schulischen Bildung.

Ähnlich zeigt eine Studie von Dustmann (2001), die Personen berücksichtigt, die zwischen 1920 und 1966 geboren wurden, dass ein starker Zusammenhang zwischen dem Beruf und der Bildung der Eltern und dem Niveau des Sekundarschulabschlusses der Kinder besteht. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, einen höheren Abschluss erworben zu haben, beispielsweise für Männer am höchsten, deren Väter einen mittleren oder höheren Sekundarschulabschluss absolviert haben, während Frauen in diesem Falle eher einen Sekundarschulabschluss auf dem Realschulniveau erworben haben.

Ergebnisse einer Modellierung der Einflussfaktoren des vorhandenen Sekundarschulabschlusses, die wir im Rahmen dieses Berichts neu geschätzt haben, sind im Anhang in Tabelle 159 und Tabelle 160 dargestellt. Die Datengrundlage des SOEP ermöglicht es zu schätzen, ob und wie Geschlecht, Nationalität, Merkmale der Region, in welcher die Personen als Kind aufgewachsen sind, die Bildung der Eltern und der Beruf des Vaters das Bildungsergebnis im Sinne des vorhandenen Sekundarschulabschlusses beeinflussen.⁹⁹ Ein geordnetes Probit-Modell ermöglicht es, die Einflussrichtungen der einzelnen Faktoren zu bestimmen, wobei die Ergebnisse widerspiegeln, wie sich ein bestimmtes Merkmal (z.B. das Geschlecht) auf die Ergebnisvariable auswirkt, wenn man annimmt, dass alle anderen Merkmale konstant gehalten werden.

Für das Jahr 2002 wird kein signifikanter Effekt des Geschlechts auf die Wahrscheinlichkeit, einen höheren Sekundarschulabschluss zu haben, geschätzt. Wie es bereits die deskriptiven Statistiken vermuten ließen, so haben Personen mit deutscher Nationalität mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit einen hohen Sekundarschulabschluss als Ausländer. Ferner ergibt die Schätzung, dass Personen, die in einer ländlichen Region aufgewachsen sind, tendenziell einen Sekundarschulabschluss eines niedrigeren Ni-

⁹⁸ Vgl. auch die Zusammenfassung in Ammermüller und Weber (2003).

⁹⁹ Die Ergebnisse basieren auf der SOEP-Welle für das Jahr 2002. Die Analysen wurden für Personen im Alter von 30 bis 60 Jahren vorgenommen.

veaus innehaben werden, als solche, die in der Stadt aufgewachsen sind. Eine Begründung hierfür könnte in der Erreichbarkeit höherer Schulformen (etwa des Gymnasiums) zu sehen sein, die auf dem Lande weniger gegeben ist als in der Stadt. Wie in den bereits erwähnten Studien, so zeigt sich auch hier, dass die Bildung der Eltern und die berufliche Stellung des Vaters die Art des Sekundarschulabschlusses signifikant beeinflussen. So ergeben die Schätzungen, dass die Söhne und Töchter von Akademikern wiederum die höchste Wahrscheinlichkeit haben, einen höheren Sekundarschulabschluss absolviert zu haben. Tendenziell gilt, dass eine Person einen umso höheren Sekundarschulabschluss erworben haben wird, je höher das Bildungsniveau der Eltern ist. Bezüglich der beruflichen Stellung des Vaters zeigt sich, dass die Kinder von Angestellten und Beamten die höchste Wahrscheinlichkeit aufweisen, einen höheren Bildungsabschluss erreicht zu haben. Für Personen mit einem Vater, der selbstständig tätig ist, ist die Wahrscheinlichkeit etwas geringer.¹⁰⁰

Lauer (2002b) analysiert darüber hinaus die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an *tertiärer* Bildung (d.h. Hochschulbildung) und kommt zu dem Ergebnis, dass die soziale Herkunft (insbesondere wiederum die Bildung der Eltern und ihre berufliche Stellung) von signifikanter Bedeutung ist. Die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme hängt auch von Arbeitsmarktrenditeerwartungen und dem persönlichen Arbeitslosigkeitsrisiko ab. So führt eine höhere Wahrscheinlichkeit, nicht oder Teilzeit beschäftigt zu sein, zu einer geringeren Wahrscheinlichkeit der Partizipation an höherer Bildung. Die erwarteten Löhne haben eine signifikante Auswirkung auf die Bildungsentscheidung. Ebenso zeigt sich, dass öffentliche Maßnahmen von Bedeutung sind: Eine Ausweitung des *BAFöGs* etwa führt signifikant zu einer erhöhten Teilnahme an der tertiären Bildung.

Viele Studien, die die individuellen und familiären Einflüsse seit den siebziger Jahren untersuchen, führen zu ähnlichen Ergebnissen, wie die bereits beschriebenen. Insbesondere zeigt sich, dass die soziale Ungleichheit im Bildungserwerb (basierend auf dem familiären Hintergrund) im Laufe der Zeit schwächer wird (vgl. Schimpl-Neimanns (2000), Blossfeld (1993), Henz und Maas (1995) und Müller (1994)). Dennoch scheinen diese Ungleichheiten nach wie vor zu bestehen.

Humankapitalerwerb gemessen an Fähigkeiten

Eine Bewertung des erworbenen Humankapitals kann alternativ zur formalen Qualifikation auch anhand der Fähigkeiten, wie sie etwa in Schülerleistungsstudien gemessen werden, erfolgen. Schülerleistungsstudien verwenden dabei standardisierte Tests, um

¹⁰⁰ „Berufliche Stellung“ unterscheidet in dieser Studie die Kategorien „nicht erwerbstätig“, „Arbeiter“, „Selbständig“, „Angestellte“, „Beamte“ und „berufliche Stellung unbekannt“.

spezifische Fähigkeiten, wie zum Beispiel die Lesekompetenz oder die mathematische Grundbildung, zu erfassen.

Die Ergebnisse der Schülerleistungsstudien „Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung“ (IGLU) und „Programme for International Student Assessment“ (PISA) zeigen einen relativ starken Zusammenhang zwischen dem individuellen Hintergrund der Schüler und den gemessenen Fähigkeiten. Die IGLU-Studie untersucht das Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe, die PISA-Studie die Lesekompetenz und die mathematischen und naturwissenschaftlichen Fähigkeiten von 15-Jährigen. In Tabelle 115 sind die Ergebnisse der Studien differenziert nach Geschlecht, nach Herkunft und nach dem Bildungsniveau der Eltern aufgeführt. Die Ergebnisse der beiden Studien sind dabei trotz gleicher Metrik (Mittelwert = 500, Standardabweichung = 100) nicht direkt vergleichbar.

Tabelle 115: Ergebnisse der Schülerleistungsstudien IGLU und PISA (Teilbereich Lesekompetenz) für Deutschland, nach Geschlecht, Herkunft und Bildung der Eltern

	IGLU Durchschnitt (Standardabweichung)	PISA Durchschnitt (Standardabweichung)
<i>Alle</i>	539 (63,6)	485 (108,3)
<i>Geschlecht</i>		
Weiblich	545 (63,2)	502 (104,1)
Männlich	533 (63,3)	468 (109,7)
<i>Herkunft</i>		
Nicht-Migranten	548 (60,0)	495 (107,0)
Migranten *	511 (67,1)	444 (104,2)
<i>Bildung der Eltern</i>		
Teilnahme an Hochschulbildung **	570 (56,8)	521 (103,4)
Keine Teilnahme an Hochschulbildung	529 (62,4)	462 (105,3)

Quelle: IGLU (2001), PISA (2000), eigene Berechnungen.

Anmerkungen: * Zumindest ein Elternteil ist im Ausland geboren. ** Hochschulabschluss zumindest eines Elternteils.

Mädchen erzielen in beiden Studien die besseren Ergebnisse, wobei die Unterschiede bei der PISA-Studie besonders stark ausfallen. Kinder mit Migrationshintergrund schneiden jeweils signifikant schlechter ab als Kinder, deren beide Eltern in Deutschland geboren sind. Allerdings werden die Ergebnisse der Kinder von Migranten auch durch tendenzielle Unterschiede in anderen Charakteristika (zum Beispiel dem Bildungsniveau der Eltern) bestimmt, sodass hier der direkte Einfluss des Migrationshintergrunds auf die Testresultate unklar bleibt. Noch größer ist der Unterschied der Testergebnisse von Kindern, die zumindest einen Elternteil haben, der einen Hochschulabschluss besitzt und Kindern, deren Eltern nicht an tertiärer Bildung teilgenommen haben.

Auffällig sind die bei der PISA-Studie im Vergleich zur IGLU-Studie relativ größeren Disparitäten bei allen betrachteten Merkmalen. Der Einfluss des sozialen Hintergrunds auf die individuellen Fähigkeiten scheint sich mit zunehmender Dauer der Schulausbildung zu vergrößern.¹⁰¹ Die Ergebnisse scheinen die bei der Analyse der formalen Qualifikationen vermuteten sozialen Ungleichheiten zu bestätigen.

4.3 Bewertung der formalen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt

In diesem Abschnitt wird analysiert, wie vorhandene formale Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt (in Form von Arbeitsverdiensten) bewertet werden. Dabei wird auch Unterschieden in dieser Bewertung Rechnung getragen, die verschiedene sozio-ökonomische Gruppen erfahren.

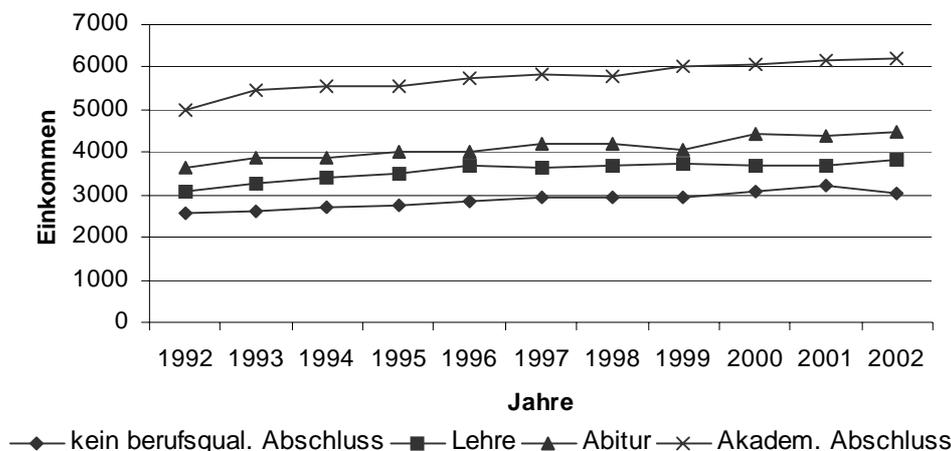
Abbildung 31 zeigt, wie sich die durchschnittlichen realen Bruttoeinkommen für Arbeitnehmer im Alter von 30-60 Jahren zwischen 1992 und 2002 entwickelt haben. In Abbildung 32 ist die Entwicklung für die realen Stundenlöhne dargestellt, die auch später für die Entwicklung der Bildungsrenditen zu Grunde gelegt werden. Abbildung 33 zeigt zudem die realen Stundenlöhne nach Geschlecht.

Die Stundenlöhne wurden auf Basis des gesamten Jahreseinkommens berechnet, d.h. eventuelle 13. und 14. Monatsgehälter und sonstige Vergütungen (Boni) sind enthalten. Die zu Grunde liegenden Zahlen sind in Tabelle 161 bis Tabelle 164 im Anhang enthalten. Tabelle 165 und Tabelle 166 im Anhang unterscheiden zudem zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei für Westdeutschland der gesamte Zeitraum 1985-2002 verfolgt wird.¹⁰²

¹⁰¹ Vgl. Bos et al. (2003), S. 297 ff.

¹⁰² Bei einer gesonderten Betrachtung von Ostdeutschland ist jedoch zu beachten, dass, insbesondere in der niedrigeren Bildungskategorie, eine geringe Fallzahl pro Jahr in der Stichprobe enthalten ist, für die die Löhne bekannt sind, sodass die Berechnungen etwas unpräzise und schwankend sind.

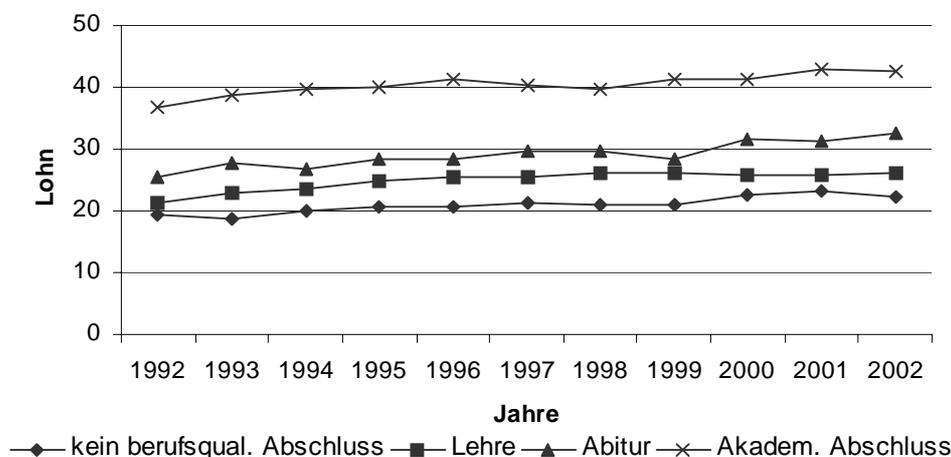
Abbildung 31: Reales Bruttoeinkommen nach Qualifikation



Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: In DM. Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30- bis 60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

Abbildung 32: Reale Stundenlöhne nach Qualifikation



Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: In DM. Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30- bis 60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

Es wird deutlich, dass mit den Investitionen in das Humankapital in Form des Erwerbs von Bildungsabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt ein höheres Arbeitseinkommen verbunden ist. Die Arbeitsverdienste sind umso höher, je höher die formale Qualifikation des Erwerbstätigen ist. Es lässt sich ein leichter genereller Aufwärtstrend bei den Einkom-

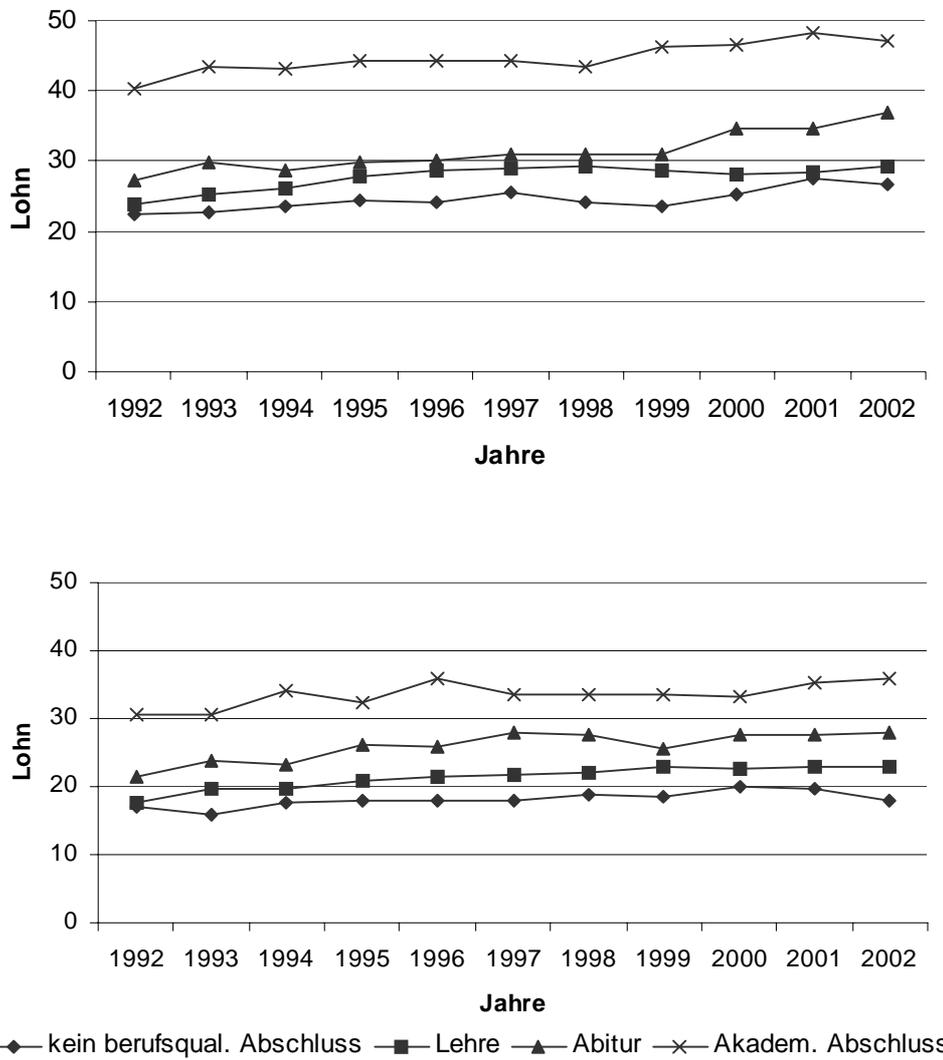
men für alle Qualifikationsgruppen erkennen, jedoch keine starken Veränderungen zwischen den Gruppen über den betrachteten Zeitraum.

Betrachtet man die Entwicklung des realen Bruttoeinkommens für Männer und Frauen getrennt, so zeigen sich ähnliche Entwicklungen, wobei die Einkommensniveaus der Frauen unter jenen der Männer liegen. D.h., dass Frauen in jeder Bildungsgruppe in den Beobachtungsjahren durchschnittlich geringere Erwerbseinkommen (in Höhe von etwa 60 Prozent der männlichen Einkommensniveaus) hatten als die männlichen Erwerbstätigen. Es ist jedoch zu beachten, dass Unterschiede in den Einkommensniveaus unter anderem auch darin begründet sind, dass ein größerer Anteil an Frauen Teilzeit oder geringfügig beschäftigt ist, und dass Frauen mehrheitlich in andere Berufsgruppen und Tätigkeiten segregiert sind als Männer.¹⁰³ Aus dem ersten Grund ist es sinnvoller, bei der Unterscheidung nach Geschlecht Stundenlöhne anstelle von (monatlichen) Erwerbseinkommen heranzuziehen. Abbildung 33 stellt Stundenlöhne nach Geschlecht und Qualifikationsniveaus dar.

Ein Vergleich der qualifikatorischen Stundenlöhne zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt zudem, dass die Lohnhöhe nach Qualifikation in Ostdeutschland deutlich unter der westdeutschen Lohnhöhe liegt. Dabei sind die Löhne in den Neuen Bundesländern im Beobachtungszeitraum besonders stark angestiegen, während sie in Westdeutschland vergleichsweise konstant (mit einer leichteren Steigerung) geblieben sind (vgl. Tabelle 165 und Tabelle 166 im Anhang).

¹⁰³ Vgl. hierzu die Literatur zu geschlechtsspezifischen Arbeitsverdienstunterschieden, wie z.B. der Übersichtsartikel von Altonji und Blank (1999).

Abbildung 33: Reale Stundenlöhne nach Qualifikation und Geschlecht
 (oben: Männer, unten: Frauen)



Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: In DM. Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30- bis 60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

4.3.1 Bildungsrenditen

Die Bildungsrendite misst den Wert einer Investition in Bildung, indem sie die jährliche Rendite widerspiegelt, die in Folge einer verbesserten Qualifikation durch höhere Löhne auf dem Arbeitsmarkt erzielt wird. Dabei kann zwischen der durchschnittlichen jährlichen Rendite, die ein beliebiges zusätzliches Ausbildungsjahr erwirtschaftet und der Rendite eines speziellen formalen Bildungsabschlusses unterschieden werden. Die Bewertung von Ausbildung durch Bildungsrenditen erscheint am sinnvollsten, da sie den tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt erzielten Preis der Investition in Bildung in einer vergleichbaren Form darstellt. Der theoretische Hintergrund der Berechnung der Bildungsrenditen wird im Anhang erläutert.

Jährliche Rendite

Für die Berechnung der jährlichen Renditen wird eine Lohngleichung mit einem Kleinstquadrate-Schätzer geschätzt. Dafür werden die verschiedenen Bildungsabschlüsse in Jahre umgerechnet, die man durchschnittlich zum Erreichen des jeweiligen Abschlusses benötigt. Folglich wird angenommen, dass jedes Ausbildungsjahr die gleiche Rendite hat, unabhängig davon, ob man z.B. eine Lehre oder ein Studium absolviert. Es ist möglich, bei der Berechnung der Bildungsrenditen eine Selektionskorrektur vorzunehmen, die der Selektion in die Erwerbstätigkeit Rechnung trägt (siehe unten). Da keine signifikante Selektionsverzerrung der geschätzten Koeffizienten vorliegt, werden wir zunächst die ohne Selektionskorrektur geschätzten Koeffizienten ausweisen, und später auf die Selektion eingehen.

Abbildung 34 zeigt die Entwicklung der Bildungsrenditen für die west- und ostdeutsche Erwerbsbevölkerung getrennt für Männer und Frauen und gibt Trendlinien für die Entwicklung an. Die den Abbildungen zu Grunde liegenden Werte sind, zusammen mit den Werten für Gesamtdeutschland, in Tabelle 167 im Anhang ausgewiesen. Die Koeffizienten der Lohngleichung, auf der die dargestellten Bildungsrenditen beruhen, sind alle hoch signifikant. Tabelle 168 im Anhang enthält exemplarisch die Ergebnisse der Schätzung der zu Grunde liegenden Lohngleichung für das Jahr 2002.

Insgesamt schwankte die Rendite in Westdeutschland zwischen acht und zehn Prozent, in Ostdeutschland zwischen sieben und acht Prozent. Während die Renditen der Frauen in Westdeutschland im Zeitverlauf zunächst über den Renditen der Männer lagen, scheint zur Jahrtausendwende eine Änderung eingetreten zu sein, sodass Männer in Westdeutschland eine leicht (aber signifikant) höhere Rendite als Frauen verzeichneten. Für das letzte Jahr des Beobachtungszeitraums berechneten wir allerdings für Frauen wieder eine leicht höhere Rendite. Die hier geschätzten Renditen stimmen in ihrer Höhe

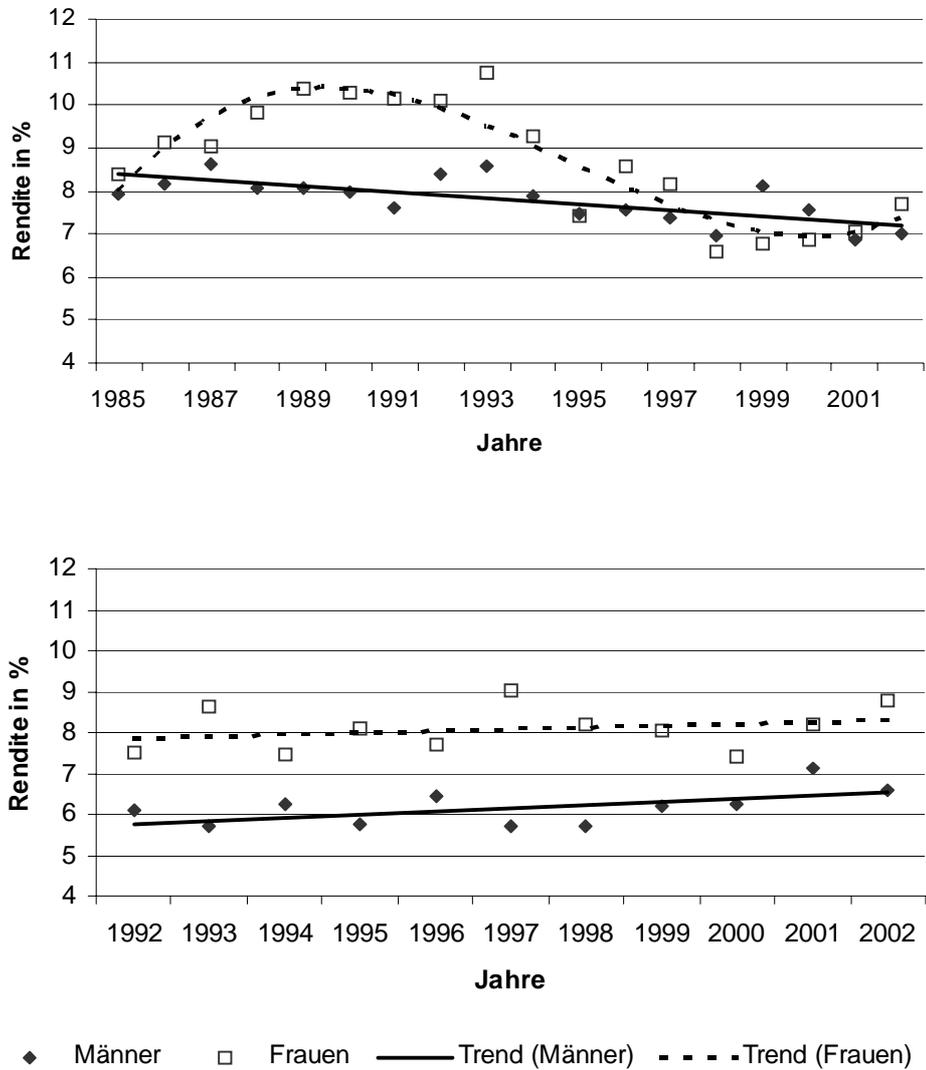
mit den Ergebnissen früherer Studien überein (vgl. die Studie von Lauer und Steiner (2000), die die Entwicklung für Westdeutschland bis zum Jahr 1997 betrachtet).¹⁰⁴

In Ostdeutschland lagen die Bildungsrenditen für Frauen im gesamten Beobachtungszeitraum signifikant über jenen der männlichen Erwerbstätigen. Im gesamten Beobachtungszeitraum sind die Renditen hier tendenziell sowohl für Männer als auch für Frauen leicht gestiegen, während die Bildungsrenditen in Westdeutschland in den neunziger Jahren einen fallenden Trend aufwiesen. Im Jahr 2002 liegt die Bildungsrendite für westdeutsche Männer (Frauen) bei etwa 7,0 Prozent (7,7 Prozent), die der ostdeutschen Männer (Frauen) bei etwa 6,5 Prozent (8,8 Prozent). Die Renditen der westdeutschen Männer lagen im Beobachtungszeitraum grundsätzlich über den Renditen der ostdeutschen Männer. Westdeutsche Frauen wiesen zu Beginn des Beobachtungszeitraums eine höhere Rendite auf als ostdeutsche Frauen; seit 1997 liegt die Rendite der ostdeutschen Frauen jedoch permanent über jener der westdeutschen Frauen.

Die Ergebnisse der Renditen, die mittels des Mikrozensus für das Jahr 2000 berechnet worden sind, sind in Tabelle 169 im Anhang dargestellt. Diese Renditen beruhen jedoch auf der im Mikrozensus verfügbaren, ungenaueren Information über das Nettoeinkommen in Einkommensklassen. Insgesamt ergeben die Auswertungen mit dem Mikrozensus, dass die Bildungsrenditen für Frauen in den Alten Bundesländern im Jahr 2000 etwas höher als in den Neuen Bundesländern sind, während sie sich für Männer nicht unterscheiden. In den Alten Bundesländern liegt zudem die Rendite für Frauen auch im Jahr 2000 noch leicht über der der Männer.

¹⁰⁴ So schätzen Lauer und Steiner (2000) für den Zeitraum 1984-1997 mittels des SOEP für westdeutsche Männer eine durchschnittliche Rendite von 8,3 Prozent und für Frauen eine durchschnittliche Rendite von 10,5 Prozent.

Abbildung 34: Entwicklung der Bildungsrenditen
 (oben: Alte Bundesländer, unten: Neue Bundesländer)



Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen.

Renditen nach Abschlüssen

In diesem Ansatz wird dem nach formalen Abschlüssen strukturierten deutschen Bildungssystem Rechnung getragen, da nicht die Ausbildungsjahre, sondern die formellen Abschlüsse in die geschätzte Lohngleichung einfließen. Die Rendite des Bildungsabschlusses wird durch die Anzahl der durchschnittlichen Ausbildungsjahre geteilt, die zum Erwerb des Abschlusses benötigt werden. Dadurch erhält man eine vergleichbare jährliche Rendite, die jedoch nach Abschluss variieren kann. Folglich wird davon ausgegangen, dass das erworbene Humankapital innerhalb eines Jahres von dem Inhalt und dem Niveau der jeweiligen Ausbildung abhängt.

Tabelle 116: Jährliche Durchschnittsrendite nach Qualifikationsniveau im Jahr 2002

Abschluss	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Lehre und vergleichbar	5,33	7,06	7,16	9,09	6,37	4,42
Abitur und vergleichbar	8,28	10,08	8,84	11,43	9,55	10,22
Akademisch	9,67	10,44	10,45	11,31	9,20	10,88

Quelle: SOEP 2002, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Rendite in Prozent. Die Referenzgruppe umfasst die Kategorien kein Schulabschluss, Haupt- oder Realschulabschluss. Bildungsrenditen je Abschluss werden durch die durchschnittlichen zusätzlichen Jahre geteilt, die im Vergleich zur Referenzgruppe zum angegebenen Abschluss benötigt werden. Die Berechnungen beziehen sich auf Erwerbstätige (ohne Selbständige) im Alter von 30-60 Jahren.

Wie in Tabelle 116 erkennbar ist, erbringt ein zusätzliches Ausbildungsjahr eines Akademikers eine Rendite von etwa zehn Prozent, wohingegen Erwerbstätige mit einem Abschluss auf dem Niveau des Abiturs oder einer Lehre jeweils eine geringere Rendite erwirtschaften. Die jährliche Rendite eines Abschlusses ist generell um so höher, je höher das Abschlussniveau ist. Die Renditen für jede Kategorie nach Geschlecht und Region untereinander lassen sich nur unter Vorbehalt in ihrer Höhe vergleichen, da die jährliche Bildungsrendite für die Referenzgruppe (ohne berufsqualifizierenden Abschluss) in jeder Kategorie unterschiedlich sein kann. Generell zeigt sich, dass die weiblichen Erwerbstätigen im Jahr 2002 besonders stark (im Vergleich zu den Männern) von einem höheren qualifikatorischen Abschluss profitieren. Zudem erbringt eine zusätzliche Investition in einen höheren Bildungsabschluss (im Vergleich zur Referenzkategorie) in Westdeutschland eine höhere Rendite als in Ostdeutschland. Dabei ist auch zu beachten, dass der Anteil der Personen ohne Berufsabschluss in Ostdeutschland niedriger ist als in Westdeutschland. Generell ist (bezogen auf Gesamtdeutschland) die Gruppe der Personen mit Lehre oder vergleichbarem Abschluss mit einem Anteil von 48

Prozent am höchsten, gefolgt von akademischen Abschlüssen und dem Abitur (vgl. Tabelle 111).

Renditen nach Hauptfachrichtungen

Eine Besonderheit des Mikrozensus 2000 ist die Erhebung der Hauptfachrichtung des Studiums. Daher kann bei der Berechnung der Bildungsrenditen neben den formalen Abschlüssen nach der Art des Abschlusses im Falle des Hochschulstudiums unterschieden werden. Da verschiedene Studienfächer auch unterschiedliche Verdienstmöglichkeiten bieten, selbst wenn wie hier gleiche Studienzeiten angenommen werden, ist diese weitere Differenzierung sinnvoll. Sie hilft, die finanziellen Erträge der einzelnen Studienfächer untereinander zu vergleichen und stellt somit eine Bewertung von speziellen Ausbildungsinhalten auf dem Arbeitsmarkt dar.

Zunächst werden die Bildungsrenditen getrennt nach Geschlecht und Region für sieben aggregierte Hauptfachrichtungen in Tabelle 117 angegeben.¹⁰⁵ Die niedrigste Bildungsrendite erzielen Studenten von künstlerischen Studienfächern sowie von Sprachen und kulturellen Fächern von sieben bis acht Prozent jährlich. Mediziner hingegen erreichen die höchste Rendite von über zwölf Prozent, gefolgt von den Naturwissenschaftlern.¹⁰⁶ Lehramtsstudenten und Gesellschaftswissenschaftler haben eine Rendite von zehn bis zwölf Prozent, die über der Rendite von Ingenieuren liegt. Es ist zu beachten, dass die Gruppe der Ingenieure am größten ist, gefolgt von den Gesellschaftswissenschaftlern. Mediziner und Naturwissenschaftler stellen zusammen nur ein Sechstel der Gruppe der Hochschulabsolventen (vgl. Tabelle 114).

Männer haben besonders in den Gesellschafts-, Natur- und auch in den Ingenieurwissenschaften eine höhere Bildungsrendite als Frauen, wenn man von gleicher Studiedauer ausgeht. Diese haben jedoch in den bisher überwiegend von Frauen studierten Fächern wie im Lehramt und in den Sprach- und Kulturwissenschaften eine höhere Rendite als Männer. Die Bildungsrendite scheint daher in dem vom jeweiligen Geschlecht dominierten Studiengang für dieses höher zu sein.¹⁰⁷ Zwischen den Alten und Neuen Bundesländern gibt es für Männer keine stärkeren Unterschiede, jedoch sind für

¹⁰⁵ Bei den Berechnungen von Bildungsrenditen auf Basis des Mikrozensus ist zu beachten, dass es nur Angaben zu den Netto-Monatseinkommensklassen gibt. Diese werden auf das Einkommen je Stunde heruntergerechnet und Personen, deren überwiegender Lebensunterhalt nicht das Erwerbseinkommen ist, wird kein Einkommen zugewiesen. Daher kann die absolute Höhe der berechneten Renditen angezweifelt werden, während ein Vergleich zwischen den Studiengängen in jedem Fall sinnvoll erscheint.

¹⁰⁶ Jedoch ist bei Medizinern und Juristen zu beachten, dass diese zusätzlich zum Studium Erfahrung als Arzt im Praktikum bzw. Referendar sammeln müssen, sodass Ihre Bildungsrenditen überschätzt sein könnten.

¹⁰⁷ Dies kann jedoch auch an der Selektion der Studenten in die Studienfächer liegen.

Frauen die Bildungsrenditen in den Alten Bundesländern erheblich höher als in den Neuen Bundesländern.

Tabelle 117: Jährliche Bildungsrendite nach Kategorien von Hauptfachrichtungen im Jahr 2000

Hauptstudien- fachrichtung	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Sprach. / Kultur.	6,95*	8,55*	7,51*	9,33*	8,83*	8,93*
Lehramt	9,93*	11,95*	10,01*	12,81*	10,12*	10,06*
Gesellschaftswiss.	10,80*	8,00*	11,71*	9,78*	10,99*	7,09*
Naturwissen.	10,93*	8,67*	12,54*	10,24*	10,50*	7,87*
Medizin	12,68*	11,15*	14,02*	12,24*	13,27*	11,47*
Ingenieurwesen	8,96*	5,38*	10,94*	7,88	7,95	4,89
Kunst, Musik	6,56*	7,02	7,49*	8,22	7,08	6,12

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Rendite in Prozent. Referenzgruppe ist kein Schulabschluss, Haupt- oder Realschulabschluss. Bildungsrenditen je Abschluss wurden durch die durchschnittlichen zusätzlichen Jahre geteilt, die im Vergleich zur Referenzgruppe zum angegebenen Abschluss benötigt werden. Es wird eine Studierendauer von fünf Jahren angenommen. Neue Bundesländer mit Berlin. Die Berechnungen beziehen sich auf Erwerbstätige ohne Selbständige im Alter von 30-60 Jahren. Ein * zeigt an, dass die Rendite zum 5-Prozent-Signifikanz-Niveau unterschiedlich zur Rendite eines Hochschulabschlusses ist, die für das gesamte Bundesgebiet für Männer bei 8,01 und für Frauen bei 6,88 Prozent liegt.

Da die zusammengefassten Studienrichtungen in Tabelle 117 noch sehr heterogen sind, wird zusätzlich eine Unterteilung nach den genauen Studienrichtungen im Hauptfach vorgenommen.¹⁰⁸ Tabelle 118 zeigt die Ergebnisse. Demnach sind die Renditen für Humanmediziner, Chemiker und Juristen am höchsten. Andere naturwissenschaftliche Studiengänge wie Informatik, Physik und Mathematik erreichen ebenfalls eine sehr hohe Rendite, ebenso Zahn- und Veterinärmedizin, das Lehramtsstudium, Elektrotechnik und Maschinenbau. Die niedrigsten Bildungsrenditen beziehen sich auf die Agrarwissenschaften und die Theologie. Während in den Alten Bundesländern medizinische und naturwissenschaftliche Studiengänge durchweg die höchsten Renditen erzielen, sind es in den Neuen Bundesländern medizinische Studiengänge, Jura und Pharmazie. Auch bei der Betrachtung der genauen Studiengänge fällt auf, dass die Bildungsrenditen für Frauen in Ostdeutschland zumeist niedriger sind als in Westdeutschland, besonders für technische und naturwissenschaftliche Studiengänge.

¹⁰⁸ Jedoch wird bei einer genauen Unterteilung der Hauptfachrichtungen die Anzahl der Beobachtungen für kleinere Studiengänge sehr gering, sodass die Ergebnisse nicht immer repräsentativ sind.

Tabelle 118: Jährliche Bildungsrendite nach genauen Hauptfachrichtungen im Jahr 2000

Hauptstudien- fachrichtung	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Pädagogik	7,12*	8,26	8,12*	8,86	8,09	8,97*
Sprachen	9,27	9,73*	9,39	10,50*	12,65*	10,11*
Theologie	4,66*	7,34	4,81*	7,86	7,44	8,52
Lehramt	9,93*	11,95*	10,02*	12,81*	10,13	10,08*
Jura	11,54*	10,18*	12,02*	11,48*	14,87*	9,12*
Wirtschaftswiss.	11,05*	7,33	12,22*	9,41	9,84	6,51
Sozialpolitik	7,04*	8,31	8,24	8,59	8,84	10,49
Mathematik	10,65*	11,01*	12,33*	13,32*	11,29*	9,53*
Informatik	11,20*	8,87	13,05*	10,66	9,84	7,28
Physik	11,23*	6,25	13,11*	6,10	10,28	10,01
Biologie	9,34	9,28	9,60	10,21	12,95*	9,32
Chemie	12,28*	6,42	14,46*	8,76	9,48	5,92
Pharmazie	11,25*	7,68	11,62	9,07	14,84	6,91
Geologie	9,04	8,59	10,13	9,79	10,70	8,92
Humanmedizin	12,97*	11,42*	14,27*	12,38*	13,46*	12,01*
Zahnmedizin	8,03	12,32	8,38*	13,33	-	12,71
Veterinärmedizin	10,88	7,91	13,77*	9,83	12,45	7,30
Agrarwissensch.	6,14*	3,58*	9,22	6,57	5,29*	2,60*
Elektrotechnik	9,62*	6,59	11,66*	9,49	7,87	5,87
Bauingenieursw.	8,05	4,60*	9,53	5,64*	8,88	5,10*
Verkehrsing.	7,84	5,15	10,36	4,39	9,25	7,11
Architektur	8,22	6,24	8,63	7,23	9,36	5,87
Maschinentechn.	9,54*	5,02*	11,77*	10,07	7,35*	4,16*
Sonstige Ingen.	8,08	5,28*	10,56*	9,03	7,45*	4,25*
Kunst, Musik	6,58*	7,02	7,51*	8,22	7,10	6,13

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Rendite in Prozent. Referenzgruppe ist kein Schulabschluss, Haupt- oder Realschulabschluss. Bildungsrenditen je Abschluss wurden durch die durchschnittlichen zusätzlichen Jahre geteilt, die im Vergleich zur Referenzgruppe zum angegebenen Abschluss benötigt werden. Es wird eine Studierendauer von fünf Jahren angenommen. Neue Bundesländer mit Berlin. Die Berechnungen beziehen sich auf Erwerbstätige ohne Selbständige im Alter von 30-60 Jahren. Ein * zeigt an, dass die Rendite zum 5-Prozent-Signifikanz-Niveau unterschiedlich zur Rendite eines Hochschulabschlusses ist, die für das gesamte Bundesgebiet für Männer bei 8,01 und für Frauen bei 6,88 Prozent liegt.

Bildungsrenditen und die Selektion in die Erwerbstätigkeit

Bei den bisherigen Berechnungen der Bildungsrenditen wurde nur die Stichprobe der Erwerbstätigen zu Grunde gelegt, für die man realisierte Löhne aus Erwerbstätigkeit beobachtet. Darüber hinaus ist es möglich, für die Selektion der Erwerbstätigen zu korrigieren und Renditen zu berechnen, die für die gesamte Bevölkerung (also auch für die Nicht-Erwerbstätigen) repräsentativ sind. Hierfür wird zunächst die Selektion in die Erwerbstätigkeit modelliert, und in einem zweiten Schritt werden die Bildungsrenditen neu geschätzt, wobei in die Lohngleichung nun auch die Wahrscheinlichkeit eingeht, erwerbstätig zu sein (vgl. Heckman, 1976, 1979). Modelliert man diese Selektion nicht, so kann das ökonometrische Problem einer Selektionsverzerrung bestehen; in diesem

Fall wären die bisher ausgewiesenen Bildungsrenditen eventuell „verzerrt“ geschätzt worden.

Tabelle 119: Vergleich der Ergebnisse der Schätzungen der Bildungsrenditen mit und ohne Selektionskorrektur, 2002

	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Rendite, mit Selektionskorrektur	7,85 %	7,74 %	6,67 %
Rendite, ohne Selektionskorrektur	7,49 %	7,70 %	7,57 %
T-Test auf Gleichheit der Koeffizienten	0,7136	0,0478	0,8698
inverser Millsfaktor	0,1048	0,0107	-0,2110
(Standardfehler)	(0,0540)	(0,1690)	(0,0644)
Wald-Test, Unabhängigkeit der Gleichungen	3,74	0,00	9,33
(Wahrscheinlichkeit $> \chi^2$)	(0,0532)	(0,9493)	(0,0022)
Kollinearitäts-Test: R^2	0,6768	0,5932	0,6235

Quelle: SOEP 2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Der T-Test testet die Hypothese, dass die Koeffizienten (mit statistischer Signifikanz) gleich sind. Ein Wert von mindestens 1,96 würde bedeuten, dass man auf dem 5 Prozent-Signifikanzniveau die Hypothese verwerfen kann, dass die Koeffizienten gleich sind. Der inverse Millsfaktor ergibt sich aus der Schätzung der Selektionsgleichung der Erwerbstätigkeit und wird gemäß der Selektionskorrektur nach Heckman (1976, 1979) als Regressor in der Lohngleichung verwendet. Der Wald-Test testet die Unabhängigkeit der Lohn- und der Erwerbstätigengleichung. Das Signifikanzniveau, auf dem die Hypothese der Unabhängigkeit verworfen wird, ist in Klammern angegeben. Der Kollinearitäts-Test bezieht sich auf die Regression des inversen Millsfaktors auf die Regressoren der Lohngleichung und kann als Indiz für die Güte der Instrumente der Selektionsgleichung interpretiert werden, die um so schwächer sind, je näher der Wert bei 1 liegt.

Tabelle 119 enthält die Ergebnisse aus den Schätzungen der Bildungsrenditen mit Selektionskorrektur für das aktuellste Beobachtungsjahr (2002) und vergleicht diese Ergebnisse mit jenen der Schätzungen ohne Selektionskorrektur. Bei der Schätzung mit Selektionskorrektur wird der Selektion in die Erwerbstätigkeit Rechnung getragen. Tabelle 120 weist zudem die Renditen für Männer und Frauen aus.

Tabelle 120: Vergleich der Ergebnisse der Schätzungen der Bildungsrenditen mit und ohne Selektionskorrektur, 2002 (nach Geschlecht)

	Gesamt	Männer	Frauen
Rendite, mit Selektionskorrektur	7,85 %	6,59 %	6,74 %
Rendite, ohne Selektionskorrektur	7,49 %	6,89 %	7,64 %
T-Test auf Gleichheit der Koeffizienten	0,7136	-0,4561	-1,297
inverser Millsfaktor	0,1048	-0,1776	-0,4705
(Standardfehler)	(0,0540)	(0,1054)	(0,0314)
Wald-Test, Unabhängigkeit der Gleichungen	3,74	2,48	121,64
(Wahrscheinlichkeit $> \chi^2$)	(0,0532)	(0,1151)	(0,0000)
Kollinearitäts-Test: R^2	0,6768	0,6179	0,4557

Quelle: SOEP 2002, eigene Berechnungen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Koeffizienten sich grundsätzlich nicht statistisch signifikant von den bisher geschätzten Koeffizienten unterscheiden, wenn für eine mögliche Selektion korrigiert wird. Dies gilt auch, wenn man die Renditen nach Geschlecht getrennt schätzt. Folglich kann man nicht sagen, dass die Bildungsrenditen sich in einer Schätzung mit Selektionskorrektur von den bisher gezeigten Ergebnissen unterscheiden (vgl. hierzu auch die identische Schlussfolgerung in Lauer und Steiner, 2000). Wie der Wald-Test auf Unabhängigkeit der Haupt- und der Selektionsgleichung zeigt, scheint zwar eine Selektion zu bestehen, d.h. die Individuen, für die Löhne beobachtet werden, unterscheiden sich von jenen, für die keine Löhne beobachtet werden, diese Selektion hat jedoch keine verzerrende Auswirkung auf die geschätzten Bildungsrenditen.¹⁰⁹

4.4 Kostenbasierte Bewertung des Humankapitals

Bisher haben wir den rein kostenbasierten Ansatz der Humankapitalbewertung, der neben der Renditebetrachtung möglich ist, nicht verfolgt. So kann das Humankapital alternativ zur Ertragsseite (Bildungsrenditen) auch auf Basis der Aufwendungen, also der Bildungsausgaben bewertet werden. Grundlage hierfür sind die direkten Kosten der Bildung, zu denen insbesondere die staatlichen Bildungsaufwendungen zählen.

Untersucht werden zunächst die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Bildung und deren Entwicklung in den Jahren 2000 und 2001, wobei zwischen Ausgaben für den eigentlichen Bildungsprozess und Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmern differenziert wird. Die nähere Betrachtung der Bildungskosten im Schul- und Hochschulbereich zeigt dann Unterschiede zwischen den angebotenen formalen Bildungsabschlüssen auf. Abschließend werden die Kosten je Bildungsabschluss berechnet, und die Verteilung des so bewerteten Humankapitals wird dargestellt.

4.4.1 Gesamtwirtschaftliche Kosten der Bildung

In Tabelle 121 sind die gesamtwirtschaftlichen Bildungsausgaben für die Jahre 2000 und 2001 sowie die zugehörigen Wachstumsraten¹¹⁰ dargestellt. Die Darstellung der Ausgaben erfolgt nach der Durchführungsbetrachtung.¹¹¹

¹⁰⁹ Für Westdeutschland im Jahr 2002 ergibt der Wald-Test zudem, dass kein Selektionsproblem zu bestehen scheint.

¹¹⁰ Zur Berechnung wurden die auf 100 Mio. Euro gerundeten absoluten Werte für 2000 und 2001 herangezogen. Genauere Daten liegen nicht vor.

Die gesamten Bildungs- oder Budgetausgaben der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und der privaten Haushalte fließen in das Bildungsbudget ein.¹¹² Zahlungen des Auslandes im Rahmen von Förderprogrammen (z.B. SOKRATES) sind jedoch in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt. Die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Bildung sind von 128,5 Mrd. Euro in 2000 auf 131,7 Mrd. Euro in 2001 gestiegen, was einer nominalen Steigerung von 2,5 Prozent entspricht. Die realen Steigerungsraten fallen bei einer Inflationsrate von 1,3 Prozent im Bildungswesen in 2001 entsprechend geringer aus.¹¹³ Setzt man die Ausgaben für Bildung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), ergibt sich für 2000 ein Anteil von 5,3 Prozent.¹¹⁴ Deutschland liegt damit leicht unter dem Durchschnitt der OECD-Mitgliedsstaaten (5,5 Prozent). Vergleichswerte für 2001 liegen noch nicht vor.

Tabelle 121 zeigt, dass die Ausgaben für den eigentlichen Bildungsprozess mit 115,8 Mrd. Euro (118,3 Mrd. Euro) in 2000 (2001) etwa 90 Prozent der Gesamtausgaben darstellen. Der größte Kostenanteil innerhalb dieses Bereichs entfällt mit 78,4 Mrd. Euro in 2000 beziehungsweise 80,0 Mrd. Euro in 2001 auf die Vorschulen, Schulen und Hochschulen. Den Kernbereich bilden hier die allgemeinbildenden Schulen mit Ausgaben von 46,3 Mrd. Euro (2000) beziehungsweise 47,1 Mrd. Euro (2001). Die Aufwendungen für vorschulische Erziehung und für Hochschulen sind mit jeweils circa elf bis zwölf Milliarden Euro im Jahr etwa gleich hoch. Der relativ geringe Anteil der beruflichen Schulen (etwa neun Milliarden Euro p.a.) ist auf den Teilzeitunterricht im Rahmen der dualen Ausbildung zurückzuführen. Die Ausgaben je Teilnehmer für die einzelnen Schulformen werden später betrachtet.

¹¹¹ Im Gegensatz zur Finanzierungsbetrachtung, bei der stets demjenigen die Ausgaben zugerechnet werden, der deren Finanzierung trägt, werden bei der Durchführungsbetrachtung einem Sektor lediglich die Ausgaben zugerechnet, die mit der Wahrnehmung seiner Aufgaben einhergehen.

¹¹² Vgl. BLK (2003), Glossar und Legende.

¹¹³ Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2004), S.58. Das Wägungsschema setzt sich dabei aus folgenden Posten zusammen: Dienstleistungen der Bildungseinrichtungen des Elementar- und Primärbereichs, Dienstleistungen der Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs und Dienstleistungen nicht einstuftbarer Bildungseinrichtungen.

¹¹⁴ Vgl. OECD (2003), die von der OECD verwendete Abgrenzung der Bildungsausgaben unterscheidet sich in einigen Punkten von den nationalen Ansätzen.

Tabelle 121: Gesamtwirtschaftliche Bildungsausgaben der Jahre 2000 und 2001 nach der Durchführungsbetrachtung

Bereiche	Ausgaben [Mrd. Euro]		Veränderungs- rate in %
	2000	2001	
<i>Teil I: Ausgaben für den Bildungsprozess insgesamt</i>	<i>115,8</i>	<i>118,3</i>	<i>2,2</i>
A. Vorschulen, Schulen und Hochschulen*	78,4	80,0	2,0
Vorschulische Erziehung	11,3	11,6	2,7
Allgemeinbildende Schulen	46,3	47,1	1,7
Berufliche Schulen	9,3	9,5	2,2
Hochschulen	11,5	11,8	2,6
B. Betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Bildung**	13,9	14,1	1,4
C. Betriebliche Weiterbildung der Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der Gebietskörperschaften	9,3	9,8	5,4
D. Sonstige Bildungseinrichtungen	9,6	9,8	2,1
Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung	0,8	0,9	12,5
Einrichtungen der Jugendarbeit	1,4	1,4	0,0
Sonstige öffentliche Bildungseinrichtungen	1,4	1,4	0,0
Sonstige private Bildungseinrichtungen	6,1	6,2	1,6
E. Ausgaben von Schülern und Studierenden für Nachhilfe, Lernmaterial etc.	4,6	4,7	2,2
<i>Teil II: Förderung von Bildungsteilnehmern insgesamt</i>	<i>12,7</i>	<i>13,4</i>	<i>5,5</i>
A. Bildungsförderung durch Gebietskörperschaften	4,4	5,1	15,9
Schülerförderung (BAföG, Stipendien, sonstige Zuschüsse)***	2,1	2,2	4,8
Förderung der Studierenden	2,3	2,8	21,7
Zuschüsse an Teilnehmer von Weiterbildungsmaßnahmen	0,0	0,1	k.A.
B. Förderung von Bildungsteilnehmern durch die Bundesanstalt für Arbeit	5,2	5,2	0,0
C. Kindergeld für kindergeldberechtigte Bildungsteilnehmer ab 19 Jahren	3,1	3,1	0,0
<i>Summe aller Ausgaben (Bildungsbudget)</i>	<i>128,5</i>	<i>131,7</i>	<i>2,5</i>

Quelle: BLK (2003), S.10.

* öffentliche und private Einrichtungen; **praktische Ausbildung in den Betrieben und paralleler Besuch der Berufsschule; ***ohne Zuschüsse für Schülerförderung.

Bei den betrieblichen Aufwendungen im Rahmen der dualen Ausbildung wird die besondere Rolle dieser Ausbildungsform für das deutsche Bildungssystem deutlich. Sie stellen mit etwa 14 Mrd. Euro jährlich den größten Kostenblock hinter den Vorschulen, Schulen und Hochschulen dar. Die Erwachsenenbildung findet vor allem im Rahmen betrieblicher Weiterbildung statt. Durchgeführt von Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Gebietskörperschaften, liegt ihr Anteil bei fast zehn Milliarden Euro. Ähnlich hoch ist der Anteil sonstiger Bildungseinrichtungen, zu denen neben den – überwiegend privaten – sonstigen Bildungseinrichtungen auch die Einrichtungen der Jugendarbeit und die Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung zählen.

Betrachtet man die (nominalen) Veränderungsraten, fällt der mit 5,4 Prozent relativ hohe Zuwachs bei der betrieblichen Weiterbildung auf. Eine Begründung hierfür könnte in der wachsenden Bedeutung des sogenannten lebenslangen Lernens liegen, sodass diese Investitionen in das Humankapital für Unternehmen und Mitarbeiter immer wichtiger werden. Die Wachstumsraten bei den sonstigen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen hingegen bestätigen diesen Trend nicht; die Ausgaben für (Weiter-)Bildung in der Freizeit bleiben in 2000 und 2001 relativ konstant.

Der Bereich der Vorschulen, Schulen und Hochschulen liegt mit einem nominalen Wachstum von 2,0 Prozent unter der Steigerungsrate der Ausgaben für den gesamten Bildungsprozess (2,2 Prozent). Insbesondere die Ausgaben für allgemeinbildende Schulen steigen relativ gering an (1,7 Prozent), während die Ausgaben für vorschulische Erziehung und für Hochschulen überdurchschnittlich um 2,7 Prozent beziehungsweise 2,6 Prozent wachsen. Der auffällig hoch erscheinende Zuwachs bei den Ausgaben für Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung (12,5 Prozent) kann auch auf die Rundung der Werte auf 100 Mio. Euro zurückzuführen sein.

Die in Teil II der Tabelle 121 ausgewiesenen Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmern sind von insgesamt 12,7 Mrd. Euro in 2000 auf 13,4 Mrd. Euro in 2001 gestiegen. Der größte Kostenanteil entfällt mit je 5,2 Mrd. Euro in 2000 und 2001 auf die Förderung von Bildungsteilnehmern durch die Bundesanstalt für Arbeit. Es handelt sich hier um Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit an private überbetriebliche Aus- und Weiterbildungsstätten sowie der staatlichen und kommunalen Haushalte an private Einrichtungen der Erwachsenenbildung.¹¹⁵

Ähnlich hoch sind die von 4,4 Mrd. Euro (2000) auf 5,1 Mrd. Euro (2001) angestiegenen Ausgaben der Bildungsförderung durch Gebietskörperschaften. Die hohen Zuwachsraten in diesem Bereich (15,9 Prozent) erklären sich insbesondere durch die von

¹¹⁵ Vgl. BLK (2003), S. 12; eventuelle Doppelzählungen (Duale Ausbildung, Weiterbildung) konnten nicht bereinigt werden.

2,3 Mrd. Euro auf 2,8 Mrd. Euro um mehr als ein Fünftel gestiegenen Ausgaben für die Förderung von Studierenden, ausgelöst vor allem durch die 2001 von Bund und Ländern vereinbarte Reform der Ausbildungsförderung.¹¹⁶ Vergleichsweise gering stiegen die Aufwendungen für die Schülerförderung von 2,1 Mrd. Euro auf 2,2 Mrd. Euro an. Die Ausgaben für Kindergeld für kindergeldberechtigte Bildungsteilnehmer ab 19 Jahren sind mit 3,1 Mrd. Euro p.a. in 2000 und 2001 konstant.

Im beobachteten Zeitraum stiegen die Ausgaben für die Förderung der Bildungsteilnehmer deutlich stärker an als die Ausgaben für den eigentlichen Bildungsprozess, was vor allem durch einen relativ starken Anstieg der Förderung von Studierenden bedingt ist.

4.4.2 Verteilung der Kosten nach Bildungsabschlüssen

Anhand der Bildungsausgaben je Schüler lassen sich strukturelle Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungsabschlüssen verdeutlichen. Nach dem kostenbasierten Ansatz der Humankapitalbewertung kann die Höhe der Ausgaben die Qualität der Ausbildung widerspiegeln, sofern die eingesetzten Ressourcen effizient genutzt werden. Die Schul- und Hochschulbereiche werden hierbei separat betrachtet.

Die Bildungsausgaben im Schulbereich

In Tabelle 122 sind die jährlichen Bildungsausgaben je Schüler (an öffentlichen Schulen) sowie die Teilnehmerzahlen für das Jahr 2000 dargestellt, differenziert nach allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Im Durchschnitt aller öffentlichen Schularten liegen die Ausgaben je Schüler im Jahr 2000 bei 4.300 Euro, wobei die Ausgaben an allgemeinbildenden Schulen mit 4.600 Euro im Mittel höher liegen als an beruflichen Schulen mit durchschnittlich 3.200 Euro.¹¹⁷ Betrachtet man die allgemeinbildenden Schulen, sind die Ausgaben je Schüler an Grundschulen mit 3.600 Euro am geringsten. Während die Ausgaben pro Schüler für Orientierungsstufen, Realschulen und Schulen mit mehreren Bildungsgängen etwa 4.300 Euro betragen, werden für Hauptschulen, Gesamtschulen und Gymnasien zwischen 5.100 Euro und 5.400 Euro jährlich aufgewendet. Die hohen Pro-Kopf-Ausgaben für Sonderschulen (10.900 Euro) resultieren aus dem höheren Betreuungsaufwand. Betrachtet man die Teilnehmerzahlen, fällt der mit 23 Prozent trotz längerer Schuldauer relativ hohe Anteil der Schüler an Gymnasien auf, der etwa dem kumulierten Anteil von Schülern an Haupt- und Realschulen entspricht (24 Prozent).

¹¹⁶ Vgl. ibidem, S. 26

¹¹⁷ Vgl. BLK (2003), S. 70.

Tabelle 122: Teilnehmer und jährliche Bildungsausgaben im schulischen Bereich im Jahr 2000

	Dauer in Jahren ¹¹⁸	Ausgaben je Teilnehmer und Jahr ¹¹⁹ (in Euro)	Teilnehmer in 1000 ¹²⁰		Gesamtkosten im Jahre 2000 ¹²¹ (in Mrd. Euro)	
			absolut	%	absolut	%
Allgemeinbildende Schulen			9761,4	100,00	45,9	100,00
Grundschule	4	3.600	3.352,9	34,35	12,1	26,36
Unabhängige Orientierungsstufe	2	4.400	404,2	4,14	1,8	3,92
Hauptschule	6	5.100	1.103,9	11,31	5,6	12,20
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	k.A.	4.300	428,6	4,39	1,8	3,92
Realschule ¹²²	6	4.300	1.263,4	12,94	5,4	11,76
Gymnasium ¹²³	9	5.200	2.256,9	23,12	11,7	25,49
Integrierte Gesamtschule ¹²⁴	9	5.400	531,1	5,44	2,9	6,32
Sonderschule	6	10.900	420,4	4,31	4,6	10,02
Berufliche Schulen			2.681,8	100,00	k.A.	
Berufsvorbereitende Maßnahmen ¹²⁵	2	k.A.	114,6	4,28	k.A.	
Berufsfachschulen	3	5.900	415,3	15,49	2,5	
Fachgymnasien	3	6.000	98,1	3,66	0,6	
Berufsschulen im dualen System	3	2.100	1.796,9	67,00	3,8	
Fachoberschulen	2	4.300	96,4	3,59	0,4	
Kollegschulen	2	k.A.	0,4	0,01	k.A.	
Berufs- / Techn. Oberschulen	3	k.A.	10,4	0,39	k.A.	
Fachschulen	2	5.200	142,2	5,30	0,7	
Fachakademien	2	k.A.	7,5	0,28	k.A.	
Universität			<i>nach Fachrichtung</i>			
Kunsthochschulen			<i>nach Fachrichtung</i>			
Fachhochschule			<i>nach Fachrichtung</i>			
Verwaltungsfachhochschulen			<i>nach Fachrichtung</i>			

¹¹⁸ Vgl. Oeckl (2002).

¹¹⁹ Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen; vgl. Statistisches Bundesamt (2003a), S. 167.

¹²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2002a), S. 13.

¹²¹ Spalte 2 * Spalte 3.

¹²² Kosten u. Anzahl der Teilnehmer beziehen sich auf die Klassen 5 bis 10, vgl. Oeckl (2002), S. 991.

¹²³ Kosten u. Anzahl der Teilnehmer beziehen sich auf die Klassen 5 bis 13, vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2002) sowie Statistisches Bundesamt (2002a).

¹²⁴ Kosten u. Anzahl Teilnehmer beziehen sich auf die Klassen 5 bis 13, vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2002) sowie Statistisches Bundesamt (2002a).

¹²⁵ Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr sowie Berufsaufbauschulen.

Nachrichtlich: Allgemeinbildende Schulformen, deren Bildungsausgaben je Teilnehmer nicht bekannt sind.

	Dauer in Jahren	Teilnehmer in 1000 ²⁸
Allgemeinbildende Schulen		199,2
Vorschulbereich		64,7
Primarbereich ohne Grundschulen		41,7
Freie Waldorfschulen ¹²⁶	9	46,6
Abendhaupt- und -realschule	3	16,4
Abendgymnasium	3	15,9
Kollegs	3	13,9

Der verhältnismäßig niedrige Durchschnittsaufwand je Schüler an beruflichen Schulen erklärt sich durch die mit 2.100 Euro relativ geringen Ausgaben je Schüler an Berufsschulen im dualen System. Etwa zwei Drittel aller Berufsschüler nehmen am Teilzeitunterricht dieser Schulform teil. Die Ausgaben für die in Vollzeit unterrichtenden beruflichen Schulen liegen im Bereich der Ausgaben für allgemeinbildende Schulen. Relativ hoch sind die Aufwendungen für Berufsfachschulen und Fachgymnasien mit etwa 6.000 Euro je Schüler.

Unterschiede gibt es auch zwischen den Bundesländern. Tabelle 123 zeigt die Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler im Jahr 2000 nach Ländern und Ausgabearten. Die Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen im Jahr 2000 liegen zwischen 3.700 Euro in Brandenburg und 6.100 Euro in Hamburg, wobei die Ausgaben in den Neuen Flächenländern mit 4.000 Euro im Durchschnitt geringer sind als in den Alten Flächenländern mit 4.300 Euro. Deutlich höher sind die Ausgaben je Schüler in den Stadtstaaten mit durchschnittlich 5.200 Euro. Diese Streuung resultiert vor allem aus Unterschieden bei den Personalausgaben (Hamburg: 4.800 Euro, Brandenburg: 2.900 Euro), während der laufende Sachaufwand (Bundesdurchschnitt: 400 Euro) und die Investitionsausgaben (300 Euro) in nahezu allen Ländern vergleichbar sind.

¹²⁶ Anzahl der Teilnehmer bezieht sich auf die Klassen 5 bis 13.

Tabelle 123: Ausgaben (einschließlich Schulverwaltung) für öffentliche Schulen je Schüler im Jahr 2000 nach Ländern und Ausgabearten (in Euro)

	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Investitions- ausgaben	Gesamt- ausgaben
Brandenburg	2.900	400	400	3.700
Mecklenburg-Vorpommern	3.000	400	400	3.800
Sachsen	3.000	400	400	3.800
Hessen	3.500	400	300	4.200
Nordrhein-Westfalen	3.500	500	300	4.200
Rheinland-Pfalz	3.400	400	400	4.200
Saarland	3.500	500	200	4.200
Niedersachsen	3.600	400	300	4.300
Sachsen-Anhalt	3.500	400	400	4.300
Schleswig-Holstein	3.500	500	300	4.300
Thüringen	3.600	500	300	4.400
Baden-Württemberg	3.700	500	300	4.500
Bayern	3.600	500	400	4.500
Berlin	4.200	400	200	4.900
Bremen	4.300	400	300	5.000
Hamburg	4.800	700	600	6.100
Deutschland	3.600	400	300	4.300
Alte Flächenländer	3.600	500	300	4.300
Neue Flächenländer	3.200	400	400	4.000
Stadtstaaten	4.400	500	300	5.200

Quelle: BLK (2003), S. 72.

Die Bildungsausgaben im Hochschulbereich

Die laufenden Grundmittel¹²⁷ an deutschen Hochschulen insgesamt betragen im Jahr 2001 13,36 Mrd. Euro,¹²⁸ wobei die aufgewendeten Grundmittel pro Studierendem nach Art der Hochschule, dem Bundesland und insbesondere der Fachrichtung variieren. Tabelle 124 zeigt die laufenden Grundmittel je Student und je Absolvent, unterteilt nach Hochschularten und Fächergruppen sowie jeweils die Durchschnittswerte.

¹²⁷ Laufende Grundmittel: Bruttoausgaben – empfangene Zahlungen vom nichtöffentlichen und vom öffentlichen Bereich..

¹²⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2003b), S. 59.

Tabelle 124: Laufende Grundmittel je Student und je Absolvent nach Hochschularten und Fächergruppen im Jahr 2001 (in Euro)

Fächergruppe	Universitäten	Kunst- hochschulen	Fach- hochschulen	Verwaltungs- hochschulen	Hoch- schulen ins- gesamt
Sprach- und Kulturwissen- schaften	2.800 40.320	820 10.490	3.480 32.960	---	2.810 39.940
Sport	3.470 35.600	---	---	---	3.470 35.600
Rechts-, Wirtschafts- und Sozi- alwissenschaften	1.990 25.510	---	1.880 15.940	4.210 14.510	2.070 20.270
Mathematik, Naturwissen- schaften	7.060 108.710	---	2.440 38.450	---	6.290 97.250
Humanmedizin (einschl. der ZE der HS-Kliniken)	28.360 253.210	---	---	---	28.360 253.210
Veterinärmedizin	13.520 120.340	---	---	---	13.520 120.340
Agrar-, Forst- und Ernäh- rungswissenschaften	10.000 88.910	---	3.730 24.350	12.950 36.180	7.460 57.510
Ingenieurwissenschaften	7.690 81.110	5.270 46.510	4.020 30.790	---	5.590 48.580
Kunst, Kunstwissenschaft	2.740 34.780	9.830 88.120	3.920 30.270	---	5.390 53.660
Zusammen	5.820 74.730	9.190 83.530	2.900 24.690	4.240 14.590	5.140 56.120
Zentrale Einrichtungen	2.210 28.440	3.200 29.130	1.380 11.700	2.190 7.550	2.030 22.130
Insgesamt	8.030 103.180	12.390 112.660	4.280 36.390	6.430 22.140	7.170 78.250

Quelle: Statistisches Bundesamt (2003a), S. 71., oben jeweils laufende Grundmittel je Student, unten (kursiv) laufende Grundmittel je Absolvent.

Die Fachhochschulen weisen mit etwa 4.300 Euro je Studierendem die geringsten laufenden Grundmittel auf. Für Universitäten¹²⁹ (ohne den Bereich der Humanmedizin) und Verwaltungsfachhochschulen beträgt dieser Wert je etwa 6.500 Euro, während die Grundmittel je Studierendem an Kunsthochschulen mit circa 12.000 Euro und insbesondere an den medizinischen Einrichtungen der Hochschulen mit circa 28.000 Euro deutlich höher liegen. Betrachtet man die Grundmittel pro Absolvent, liegen die Aufwendungen für einen Universitäts- oder Kunsthochschulabschluss mit je über 100.000 Euro im Durchschnitt deutlich höher als an Fach- und Verwaltungshochschulen mit etwa 36.000 Euro beziehungsweise 22.000 Euro.

Diese Differenzen sind zum einen auf die jeweils angebotenen Fächergruppen und die relativ großen Unterschiede zwischen diesen zurückzuführen. So sind die Grundmittel je Studierendem in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und den Sprach-

¹²⁹ Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogische und Theologische Hochschulen, ohne medizinische Einrichtungen.

und Kulturwissenschaften und damit in den Fächergruppen mit den höchsten Studierendenzahlen (vgl. Tabelle 125) am geringsten. Die deutlich höheren Aufwendungen für die anderen Fächergruppen erklären sich insbesondere durch höhere Personalausgaben (je Studierendem). Der Anteil der übrigen laufenden Ausgaben an den laufenden Grundmitteln liegt je nach Fächergruppe zwischen 10 und 19 Prozent (Ausnahmen: Humanmedizin mit 40 Prozent und Veterinärmedizin mit 23 Prozent).¹³⁰

Auch innerhalb der Fächergruppen variieren die Aufwendungen je nach Hochschulart. So sind an Universitäten die Grundmittel je Absolvent in allen Fächergruppen jeweils höher als an Fachhochschulen. Hingegen sind in einigen Fächergruppen die Grundmittel je Studierendem an Fach- und Verwaltungshochschulen durchschnittlich höher als an Universitäten, trotz niedrigerer Aufwendungen je Absolvent. Dies hängt auch mit der durchschnittlichen Studiendauer bis zum Erreichen des jeweiligen Abschlusses zusammen.

In Tabelle 125 sind die an deutschen Hochschulen in den jeweiligen Fächergruppen eingeschriebenen Studenten und – sofern bekannt – die durchschnittliche Fachstudienzeit aufgeführt. Mehr als zwei Drittel aller etwa 1,9 Mio. Studenten in Deutschland studieren an einer Universität, etwa 450.000 Studenten sind an einer Fachhochschule eingeschrieben. An Kunst- und Verwaltungshochschulen sind die Studierendenzahlen mit je etwa 30.000 Studenten relativ gering. Die Fachstudienzeit ist an Universitäten mit 12,1 Semestern durchschnittlich mehr als drei Semester höher als an Fachhochschulen (9,0). Auch in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und in den Ingenieurwissenschaften und somit in den Fächergruppen, die den Kernbereich des Fachhochschulangebots darstellen, ist die Fachstudienzeit an Fachhochschulen jeweils knapp drei Semester niedriger als an Universitäten.

Betrachtet man die Aufwendungen der einzelnen Bundesländer, sind die laufenden Grundmittel je Studierendem im Jahr 2001 in Sachsen-Anhalt mit 9.800 Euro am höchsten, in Bremen und Nordrhein-Westfalen mit etwa 5.500 Euro am geringsten. Allgemein sind diese Aufwendungen in den Neuen Flächenländern mit 8.200 Euro im Durchschnitt höher als in den Alten Flächenländern (7.000 Euro) und auch als in den Stadtstaaten (7.150 Euro). Betrachtet man die Hochschulen ohne die kostenintensiven medizinischen Einrichtungen, ergibt sich ein vergleichbares Bild.¹³¹

Die Ergebnisse der kostenbasierten Bewertung von Hochschulabschlüssen weichen zum Teil deutlich von den zuvor ermittelten Bildungsrenditen ab. Vergleicht man die in den einzelnen Fächergruppen durchschnittlich je Absolvent aufgewendeten Grundmittel

¹³⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2003b), S. 65.

¹³¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2003b), S. 64.

(Tabelle 124) mit den in Tabelle 117 dargestellten jährlichen Bildungsrenditen, fallen die vor allem bei Männern relativ hohen Bildungsrenditen bei den Gesellschaftswissenschaften (Männer: 10,8 Prozent, Frauen: 8,0 Prozent) auf, die im Gegensatz zu den geringen Aufwendungen für Absolventen der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stehen. Den relativ hohen Ausgaben für Absolventen im Bereich Medizin stehen auch relativ hohe Bildungsrenditen gegenüber (Männer: 12,68 Prozent, Frauen: 11,15 Prozent). Im Bereich der Kunst und Kunstwissenschaft hingegen entsprechen die vor allem an Kunsthochschulen relativ hohen Aufwendungen je Absolvent nicht den vergleichsweise geringen Bildungsrenditen für die Fachrichtungen Kunst und Musik (Männer: 6,56 Prozent, Frauen: 7,02 Prozent). Jedoch ist zu beachten, dass die Bildungsrenditen und die Kosten der Ausbildung nicht direkt vergleichbar sind, da die Bildungsrenditen sich auf die bereits abgeschlossene Ausbildungen beziehen, deren Kosten von den heutigen Kosten der Ausbildungsabschlüsse abweichen können.

Tabelle 125: Anzahl Studierende¹³² und – sofern bekannt – Fachstudienzeit (in Semestern)¹³³ nach Hochschularten und Fächergruppen im Jahr 2001

	Universitäten	Kunst- hochschulen	Fach- hochschulen	Verwaltungs- hochschulen	Hoch- schulen insgesamt
Sprach- und Kulturwissen- schaften	406.266 <i>12,5</i>	1.493 <i>11,3</i>	9.940 <i>8,3</i>	---	417.699
Sport	26.980 <i>12,4</i>	---	---	---	26.980
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	368.081 <i>10,9</i>	---	191.717 <i>8,1</i>	31.377	591.175
Mathematik, Naturwissenschaften	266.035 <i>12,3</i>	---	53.156 <i>9,6</i>	26	319.217
Humanmedizin (einschl. der ZE der HS-Kliniken)	93.237 <i>13,2</i>	---	---	---	93.237
Veterinärmedizin	7.752 <i>11,5</i>	---	---	---	7.752
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	21.358 <i>11,6</i>	---	14.703 <i>9,7</i>	95	36.156
Ingenieurwissenschaften	124.896 <i>13,1</i>	1.289 <i>8,8</i>	165.817 <i>10,2</i>	---	292.002
Kunst, Kunstwissenschaft	36.422 <i>13,0</i>	27.100 <i>9,8</i>	16.468 <i>10,1</i>	---	79.990
Insgesamt	1.310.852 <i>12,1</i>	29.883 <i>9,8</i>	451.829 <i>9,0</i>	31.498	1.864.865 <i>10,7</i>

Oben jeweils: Anzahl Studierende, unten (kursiv) : Fachstudienzeit in Semestern.

¹³² Vgl. ibidem, S. 65.

¹³³ Vgl. Statistisches Bundesamt (2003a), S. 155.

4.4.3 Verteilung der Kosten des Humankapitals

Dieser Abschnitt befasst sich mit der Verteilung des Humankapitals, gemessen an den öffentlichen Bildungsausgaben und den entgangenen Einkommen, und orientiert sich eng an der Studie von Schüssler (2001). Es wird zunächst für jeden Bildungsabschluss eine Bildungsbiographie mit den zu Grunde liegenden Bildungsgängen aufgelistet. Für diese einzelnen Bildungsabschnitte werden die öffentlichen Bildungsausgaben berechnet und in den Gesamtkosten zusammengeführt (Spalten 2-4 in Tabelle 126). Um die gesamte Investition in den Bildungsabschluss darzustellen, wird zusätzlich das entgangene Einkommen während der Ausbildungszeit in Form der Lohnkosten mit den in Tabelle 170 im Anhang aufgeführten Lohnkosten berechnet und hinzuaddiert. Die Lohnkosten berücksichtigen neben dem entgangenen Einkommen auch die entgangenen Steuern und Abgaben. Daraus ergibt sich die in Tabelle 126 dargestellte Bewertung des Humankapitals in Euro.

Wie bereits erwähnt, wird nochmals darauf hingewiesen, dass diese rein kostenbasierte Betrachtung des Wertes des Humankapitals sehr unvollständig ist und den wirklichen Wert einer Ausbildung nur unzureichend widerspiegelt. Dieser wird besser durch die vorher berechneten Bildungsrenditen geschätzt. Vielmehr stellt das in Tabelle 127 berechnete Humankapital die Investitionskosten bestimmter Abschlüsse dar. Für die Messung des Humankapitalbestandes scheint es jedoch nicht geeignet und wird daher auch nicht ausführlich diskutiert. Zudem werden in der an Schüssler (2001) angelehnten Berechnung viele vereinfachende Annahmen gemacht, die fragwürdig sind. So werden z.B. die entgangenen Einkommen mit den Lohnkosten des Jahres 2000 berechnet, selbst wenn die Zeit der Ausbildung 40 Jahre zurückliegt.

Tabelle 126: Humankapital nach Bildungsniveau, 2000

Abschlussniveau	Zu Grunde liegende Bildungsgänge	Öffentliche Bildungsausgaben je Bildungsabschnitt (in Euro)	Gesamte öffentliche Bildungsausgaben (in Euro)	Entgangenes Einkommen, Steuern und Abgaben (in Euro)	Human-kapital (in Euro)
<i>Kein berufsqualifizierender Abschluss</i>					
kein Abschluss	Grundschule	14.400	14.400	0	14.400
Hauptschule	Grundschule & Hauptschule (5 Jahre)	14.400 + 25.500	39.900	0	39.900
Realschule	Grundschule & Realschule	14.400 + 25.800	40.200	0	40.200
<i>Lehre und vergleichbare Abschlüsse</i>					
Hauptschule + Lehre/ Berufsfachschule	Grundschule & Hauptschule & Berufsausbildung (duales System)	14.400 + 25.500 + 29.500	69.400	67.230	136.630
Realschule + Lehre/ Berufsfachschule	Grundschule & Realschule & Berufsausbildung (duales System)	14.400 + 25.800 + 29.500	69.700	67.230	136.930
<i>Abitur und ähnliches Abschlussniveau</i>					
Fachschule	Grundschule & Hauptschule & Fachschule	14.400 + 25.500 + 10.400	50.300	56.660	106.960
Fachoberschule	Grundschule & Realschule & Fachoberschule	14.400 + 25.800 + 8.600	48.800	44.820	93.620
Hochschulreife (Abitur)	Grundschule & Gymnasium	14.400 + 46.800	61.200	67.230	128.430
Hochschulreife + Lehre	Grundschule & Gymnasium & Berufsausbildung (duales System)	14.400 + 46.800 + 29.500	90.700	157.996	248.696
<i>Akademischer Abschluss – nach Hochschularten</i>					
Fachhochschule	Grundschule & Gymnasium (8 Jahre) & Fachhochschule	14.400 + 41.600 + 35.090	91.090	188.251	279.341
(Technische) Universität	Grundschule & Gymnasium & Universität	14.400 + 46.800 + 97.550	158.750	218.506	377.256

Noch Tabelle 126

<i>Akademischer Abschluss – nach Fächergruppen</i>					
Sprach- und Kulturwissenschaften	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	100.710	218.506	319.216
	& Hochschulabschluss	+ 39.510			
Sport	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	97.740	218.506	316.246
	& Hochschulabschluss	+ 36.540			
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	80.510	218.506	299.016
	& Hochschulabschluss	+ 19.310			
Mathematik, Naturwissenschaften	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	153.190	218.506	371.696
	& Hochschulabschluss	+ 91.990			
Humanmedizin (einschl. der ZE der HS-Kliniken)	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	309.530	218.506	528.036
	& Hochschulabschluss	+ 248.330			
Veterinärmedizin	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	172.710	218.506	391.216
	& Hochschulabschluss	+ 111.510			
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	120.190	218.506	338.696
	& Hochschulabschluss	+ 58.990			
Ingenieurwissenschaften	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	107.350	218.506	325.856
	& Hochschulabschluss	+ 46.150			
Kunst, Kunstwissenschaft	Grundschule	14.400			
	& Gymnasium	+ 46.800	115.810	218.506	334.316
	& Hochschulabschluss	+ 54.610			

Quelle: vorstehende Tabellen und Tabelle 170 im Anhang.

Die Gesamtkosten je Teilnehmer der einzelnen Bildungsabschnitte ergeben sich aus den in Tabelle 122 aufgeführten Ausgaben je Teilnehmer und Jahr und der jeweiligen Dauer des Bildungsgangs. Die Kosten der – dreijährigen – Berufsausbildung setzen sich aus den Ausgaben für Berufsschulen im dualen System und den Ausgaben für betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Bildung¹³⁴ zusammen. Die Gesamtausgaben der Betriebe im Jahr 2000 wurden auf die Gesamtzahl der Teilnehmer an der dualen Ausbildung¹³⁵ umgelegt.

Bei den Kosten der aufgeführten akademischen Abschlüsse handelt es sich um die in den Jahren 1999, 2000 und 2001 durchschnittlich aufgewendeten laufenden Grundmittel je Absolvent.¹³⁶ Die aufgeführten Gesamtkosten sind aufgrund der zum Teil unterschiedlichen Kostendefinitionen der einzelnen Quellen nicht direkt vergleichbar.

¹³⁴ Vgl. Tabelle 121, Teil I, B.

¹³⁵ Vgl. Tabelle 123, Teilnehmer an Berufsschulen im dualen System.

¹³⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (2003b), S. 71 und Statistisches Bundesamt (2002c), S. 71.

Das so gemessene „Humankapital“ variiert zwischen 14.400 Euro für Personen, die nur die Grundschule besucht haben und 528.000 Euro für Humanmediziner. Personen mit einer Lehrausbildung besitzen nach dieser Berechnung ein Humankapital von 137.000 Euro.

Tabelle 127 gibt die Verteilungsmaße des Humankapitals in der kostenbasierten Definition für die gesamte Bevölkerung, die erwerbstätige und erwerbslose Bevölkerung an, wobei jeweils nur Personen zwischen 30 und 60 Jahren berücksichtigt werden. Der durchschnittliche Wert des Humankapitals liegt in dieser kostenbasierten Definition für die gesamte betrachtete Bevölkerung bei 148.800 Euro. Für Erwerbstätige liegt dieser Wert erwartungsgemäß höher bei 158.050 Euro und für Erwerbslose bei 120.500 Euro.

Tabelle 127: Verteilungsmaße des Humankapitals (2000)

Merkmal		Öffentliche Bildungsaus- gaben	Entgangenes Einkommen, Steuern, Ab- gaben	Zusammen
<i>Gesamt</i>				
Gini-Koeffizient	(%)	19,51	39,53	30,10
Minimum	Euro	14.400	0	14.400
Maximum	Euro	309.530	218.506	528.036
Median	Euro	69.400	67.230	136.630
Mittelwert	Euro	69.554	79.235	148.789
<i>Erwerbstätige Personen</i>				
Gini-Koeffizient	(%)	19,45	37,47	29,16
Minimum	Euro	14.400	0	14.400
Maximum	Euro	309.530	218.506	528.036
Median	Euro	69.400	67.230	136.630
Mittelwert	Euro	72.181	85.872	158.053
<i>Nicht erwerbstätige Personen</i>				
Gini-Koeffizient	(%)	18,60	44,17	31,09
Minimum	Euro	14.400	0	14.400
Maximum	Euro	309.530	218.506	528.036
Median	Euro	69.400	67.230	136.630
Mittelwert	Euro	61.544	58.992	120.536

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen. *Anmerkungen:* Berechnet für die Bevölkerung zwischen 30 und 60 Jahren.

Demnach ist das entgangene Einkommen ungleicher verteilt als die öffentlichen Bildungsausgaben. Für das berechnete Humankapital liegt der Gini-Koeffizient zwischen 29,2 für die Gruppe der Erwerbstätigen und 31,1 für die Gruppe der Erwerbslosen. Bei Schüssler (2001) wird ein Wert von 36,8 für die Bevölkerung angegeben, die jedoch alle Personen über 5 Jahren einschließt. Da die zu Grunde liegende Berechnung der Kosten des Humankapitals nach unserer Auffassung kritisch zu sehen ist, können die Abbildung 31 bis Abbildung 34 ein informativeres Bild der Verteilung des Humankapitals geben.

Tabelle 128 zeigt das durchschnittliche über die Kosten bewertete Humankapital getrennt nach Alter, Geschlecht, Region und Erwerbsstatus. Das Humankapital ist höher für jüngere Personen, da diese durchschnittlich ein höheres Bildungsniveau haben. Zugleich ist es höher in den Neuen Bundesländern, in denen es weniger gering qualifizierte Personen gibt, sowie für Männer, die durchschnittlich besser qualifiziert sind. Wie in Tabelle 127 ist das hier ausgewiesene Humankapital für Erwerbstätige höher als für Erwerbslose. Für die Bevölkerung der 30- bis 60-Jährigen ergibt sich insgesamt ein Humankapitalbestand im Wert von 5.494 Mrd. Euro.

Tabelle 128: Humankapital je Person nach Alter, Geschlecht, Region und Erwerbsstatus (in 1.000 Euro)

Altersgruppe	D e u t s c h l a n d			A l t e B u n d e s - l ä n d e r			N e u e B u n d e s - l ä n d e r		
	Gesamt	Män- ner	Frauen	Ge- samt	Män- ner	Frauen	Gesamt	Män- ner	Frauen
<i>Gesamt</i>									
30- bis 39-Jährige	156,6	161,6	151,6	156,4	162,0	150,7	157,7	160,0	155,3
40- bis 49-Jährige	150,4	159,8	141,3	148,1	159,0	137,5	158,3	162,4	154,2
50- bis 60-Jährige	138,0	154,3	122,0	134,2	151,4	117,1	151,3	164,1	138,8
<i>Zusammen</i>	148,8	158,7	138,9	146,8	157,7	135,9	155,9	162,1	149,6
<i>Erwerbstätige Personen</i>									
30- bis 39-Jährige	163,1	165,3	160,3	162,8	165,2	159,7	164,1	165,7	162,3
40- bis 49-Jährige	156,6	164,2	147,9	154,1	162,9	143,7	165,2	168,9	161,3
50- bis 60-Jährige	152,4	164,5	135,9	148,5	161,1	130,6	167,4	178,3	154,1
<i>Zusammen</i>	158,1	164,7	149,7	156,1	163,3	146,7	165,4	170,1	159,9
<i>Nicht erwerbstätige Personen</i>									
30- bis 39-Jährige	128,5	126,2	129,3	126,9	123,2	127,9	133,7	131,5	135,1
40- bis 49-Jährige	122,9	124,8	122,1	119,7	119,2	119,9	132,0	133,7	130,6
50- bis 60-Jährige	114,9	128,6	106,9	110,0	124,0	102,4	129,8	139,8	122,2
<i>Zusammen</i>	120,5	127,2	117,3	117,0	122,9	114,6	131,3	136,2	127,7

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen. *Anmerkungen:* Berechnet für die Bevölkerung zwischen 30 und 60 Jahren.

4.5 Zusammenfassung

Die Studie befasst sich mit der Entwicklung und Verteilung des Humankapitals in Deutschland, die getrennt nach Geschlecht, Region, Nationalität und Alter betrachtet werden. Dabei wird auch nach den einzelnen Fachrichtungen im Hochschulstudium differenziert, und der Einfluss des individuellen Hintergrunds auf den Humankapitalerwerb wird untersucht. In einem zweiten Schritt werden die formalen Qualifikationen durch die geschätzten Bildungsrenditen einerseits und die Kosten der Ausbildung andererseits bewertet.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Verteilung der Bildungsabschlüsse nach verschiedenen Faktoren, wie dem Geschlecht, der Region (Ost- und Westdeutschland) und Nationalität variiert. Männer erreichen ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. In der westdeutschen Bevölkerung sind die Anteile der Personen in den unteren Bildungskategorien tendenziell höher als in der ostdeutschen Bevölkerung, während die Ostdeutschen stärker auf dem Qualifikationsniveau der Lehre und des Abiturs vertreten sind. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind in den Alten Bundesländern größer als in den Neuen Bundesländern. Weiterhin unterscheidet sich das Bildungsniveau nach der Nationalität. Bei den fünf größten Bevölkerungsgruppen mit einer anderen Nationalität ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten, während bei Deutschen die Lehre der häufigste Abschluss ist.

Betrachtet man die Entwicklung über die Zeit, so wird die sich vollziehende Bildungsexpansion deutlich. Der Anteil der akademischen Abschlüsse nimmt kontinuierlich zu, während der Anteil der Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss sinkt. Dabei nehmen die Unterschiede bezüglich der Bildungsabschlüsse zwischen männlichen und weiblichen Personen im Zeitablauf ab. Die starke Bildungsexpansion bei Frauen, die hier für den Zeitraum 1985-2002 beobachtet wurde, ist stimmig mit der Schätzung einer höheren jährlichen Bildungsrendite für Frauen im Beobachtungszeitraum. Demnach hatten Frauen einen höheren Anreiz, in Bildung zu investieren, da diese Investition eine relativ hohe Rendite auf dem Arbeitsmarkt erwirtschaftet. Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, dass die Bildungsexpansion vorwiegend in Westdeutschland stattfindet. Jedoch bleibt das Bildungsniveau in Ostdeutschland auf einem relativ hohen Niveau stabil, an das sich Westdeutschland in den vergangenen Jahrzehnten annähert. Eine getrennte Betrachtung nach Geburtskohorten spiegelt die Bildungsexpansion wider, da jüngere Geburtskohorten ein höheres Bildungsniveau als ältere Kohorten aufweisen.

Die Betrachtung der Verteilung der Hauptfachrichtungen von Hochschulabschlüssen zeigt, dass der größte Anteil der Absolventen (fast ein Viertel) Fächer aus dem Bereich des Ingenieurwesens studiert hat. Weiterhin sind die Absolventenanteile in den Gesellschaftswissenschaften und in Studiengängen mit einer sprachlichen oder kulturellen Ausrichtung relativ hoch. Bei Frauen ist die letztgenannte Studienausrichtung am häufigsten, gefolgt vom Lehramt. Der größte Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland liegt im Anteil der Ingenieure, der in Ostdeutschland deutlich größer ist, sowohl bei den Männern als bei den Frauen.

Der Einfluss des individuellen Hintergrundes auf den Humankapitalerwerb ist bedeutend, sodass es signifikante Unterschiede im Humankapitalerwerb unterschiedlicher sozialer Gruppen gibt. Jedoch scheint sich die soziale Ungleichheit im Bildungserwerb über die Zeit hinweg abzuschwächen. Auch wenn der Humankapitalerwerb durch Schülerleistungen gemessen wird, ergeben sich Unterschiede zwischen Gruppen. So erzielen Mädchen bessere Leistungen als Jungen, zumindest im Teilbereich der Lesefähigkeiten. Schüler ohne Immigrationshintergrund und Schüler deren Eltern einen hohen Bildungsabschluss haben, zeigen bessere Leistungen. Die Unterschiede zwischen den Gruppen scheinen sich mit zunehmendem Alter der Schüler zu verstärken.

Bezüglich der Bewertung des Humankapitals auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich, dass die realen Bruttoeinkommen und Stundenlöhne sich stark nach der Qualifikation unterscheiden. Die Löhne sind dabei höher für Männer als für Frauen und in West- als in Ostdeutschland. Über die letzten zehn Jahre hinweg lässt sich ein genereller Aufwärtstrend in den Löhnen aller Qualifikationsgruppen erkennen. Die Lohnrelationen zwischen den Gruppen verändern sich jedoch nur gering.

Insgesamt schwankte die Bildungsrendite in Westdeutschland im Zeitverlauf zwischen acht und zehn Prozent (1985-2002), in Ostdeutschland zwischen sieben und acht Prozent (1992-2002). Während die Renditen der Frauen in Westdeutschland im Zeitverlauf zunächst über den Renditen der Männer lagen, scheint zur Jahrtausendwende eine Änderung eingetreten zu sein, sodass Männer in Westdeutschland eine leicht (aber signifikant) höhere Rendite als Frauen verzeichneten. Für das letzte Jahr des Beobachtungszeitraums berechneten wir allerdings für Frauen wieder eine leicht höhere Rendite.

Vergleicht man Bildungsrenditen für Ost- und Westdeutschland, so liegen die Renditen der westdeutschen Erwerbsbevölkerung über jenen der Ostdeutschen. Dabei ist es auffällig, dass die qualifikatorische Rendite für den Lehrabschluss in den Neuen Bundesländern deutlich unter der in den Alten Bundesländern liegt, zugleich aber ein größerer Anteil der ostdeutschen Bevölkerung in diese Qualifikation investiert hat. Die Schätzung von Bildungsrenditen nach Hauptfachrichtungen im Studium ist mit dem bestehenden Muster der geschlechtsspezifischen Verteilung von Studenten in diesen Stu-

diengängen im Einklang, da weibliche Studierende in den von ihnen bevorzugten Studienfächern (Lehramt, Sprach- und Kulturwissenschaften), männliche Studierende in anderen Fachgebieten (z.B. Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften) eine höhere Bildungsrendite aufweisen. Ferner ergeben die Berechnungen der Renditen nach Hauptfachrichtungen, dass die Bildungsrenditen besonders für Frauen in Westdeutschland höher sind als in Ostdeutschland.

Die Ergebnisse der kostenbasierten Bewertung von Hochschulabschlüssen weichen zum Teil deutlich von den ermittelten Bildungsrenditen ab, wobei beide Ansätze allerdings nicht direkt miteinander vergleichbar sind. So fallen die vor allem bei Männern relativ hohen Bildungsrenditen bei den Gesellschaftswissenschaften auf, die im Gegensatz zu den mitunter geringen Aufwendungen stehen. Im Bereich der Kunst und Kunstwissenschaft hingegen entsprechen die vor allem an Kunsthochschulen relativ hohen Aufwendungen je Absolvent nicht den vergleichsweise geringen Bildungsrenditen für die Fachrichtungen Kunst und Musik.

Ferner wird nach dem Ansatz von Schüssler (2001) die Verteilung des Humankapitals, gemessen an den öffentlichen Bildungsausgaben und den entgangenen Einkommen, ausgewiesen. Dabei werden über die Lohnkosten neben dem entgangenen Einkommen auch die entgangenen Steuern und Abgaben berücksichtigt. Das so gemessene „Humankapital“ variiert zwischen 14.400 Euro für Personen, die nur die Grundschule besucht haben und 528.000 Euro für Humanmediziner. Personen mit einer Lehrausbildung besitzen nach dieser Berechnung ein Humankapital von 137.000 Euro. Der durchschnittliche Wert des Humankapitals für die gesamte betrachtete Bevölkerung liegt bei 148.800 Euro. Für Erwerbstätige liegt dieser Wert erwartungsgemäß höher bei 158.050 Euro und für Erwerbslose bei 120.500 Euro.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass über die letzten beiden Jahrzehnte eine Bildungsexpansion hauptsächlich in Westdeutschland beobachtet wird, wobei vor allem Frauen stärker am Bildungserwerb partizipieren. Dies geht einher mit relativ stabilen Bildungsrenditen auf einem angemessenen Niveau. Es sei jedoch zum Schluss darauf hingewiesen, dass die Bildungsexpansion in Deutschland im Lichte einer mitunter wesentlich stärkeren Expansion in anderen Industrienationen zu sehen ist.

5 Anhang

5.1 Ergänzende Tabellen Materielles Vermögen

Übersicht 1: Erläuterungen in den Fragebogen zur Definition von Geldvermögenskategorien in der EVS

	1993 ¹³⁷	1998 ¹³⁸	2003 ¹³⁹
Bausparguthaben	– Summe der zum 31. Dezember 1993 erbrachten Bausparbeiträge sowie der vom Staat gewährten Prämien und der gutgeschriebenen Zinsen	– Guthaben aufgrund noch nicht ausgezahlter Bausparverträge, einschließlich aller sonstigen privaten Guthaben bei Bausparkassen	– Angesparte Bausparguthaben (ohne Prämien und Zinsen für 2002) – Prämien für 2002 – Zinsen für 2002
Wertpapiere/ Vermögensbeteiligungen	– Sparbriefe – Pfandbriefe, – Kommunalobligationen, – sonstige Bankschuldverschreibungen, – Staatsschuldpapiere, – Aktien – Zertifikate von Immobilienfonds – Zertifikate von übrigen Investmentfonds – Sonstige Wertp. (Industrieobligationen, Wandelschuldverschreibungen, Genoss.anteile, Anleihen ausländ. Emittenten, Zero-Bonds, Kuxe u.ä., jedoch keine GmbH-Anteile	– Rentenwerte (Pfandbriefe, Kommunalobligationen, sonstige Bankschuldverschreibungen, staatliche Schuldtitel, Industrieobligationen – Aktien – Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen (Zertifikate in- und ausländischer Immobilien-, Wertpapier- und Geldmarktfonds, Anteile an geschlossenen Immobilienfonds und „Kapitalgesellschaften, soweit diese keine Aktiengesellschaften sind (also Anteile an Personengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung), auch Timesharing“ ¹⁴⁰	– Aktien – Rentenwerte (Pfandbriefe, Kommunalobl., sonstige Bankschuldverschreibungen, staatl. Schuldtitel, Industrieobligationen – Aktienfonds – Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen (Immobilien, Wertpapier- und Geldmarktfonds, Altersvorsorgefonds, Dachfonds, Anteile an geschlossen Immobilienfonds und „an Kapitalgesellschaften, soweit diese keine Aktiengesellschaften sind (also Anteile an Personengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung)“ ¹⁴⁰
Sparguthaben/ Einzahlung auf Sparbücher	– Sparbücher jeglicher Art, auch Postspargbücher	– Sparbücher (unbefristet bei Banken/ Postbank angelegte Gelder, die durch Ausfertigung einer Urkunde (Sparbuch kennzeichnet und nicht für den Zahlungsverkehr bestimmt sind	– Sparbücher (unbefristet bei Banken/ Postbank angelegte Gelder, die durch Ausfertigung einer Urkunde (Sparbuch kennzeichnet und nicht für den Zahlungsverkehr bestimmt sind

¹³⁷ Siehe Erläuterungen laut Fachserie 15. H2, S. 351 ff.

¹³⁸ Siehe Erläuterungen im Haushaltsbuch EVS 1998.

¹³⁹ Siehe Erläuterungen im Fragebogen „Anlage zum Einführungsinterview 2003“

¹⁴⁰ Siehe Haushaltsbuch EVS 1998, S. 32 sowie Anlage zum Einführungsinterview 2003, S. 4. Hier besteht ein offensichtlicher Widerspruch in den Erläuterungen, da unter Kapitalgesellschaften auch Personengesellschaften subsumiert werden.

	1993 ¹³⁷	1998 ¹³⁸	2003 ¹³⁹
Sonstiges Geldvermögen	– Festgelder, Berlin-Darlehen, Bauherrenmodell, Reedereimodell, sonstige Kapitalanteile u.ä., soweit nicht den Wertpapieren zuzuordnen		
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen		– Festgelder, Termingelder (einschließlich Sparbriefe) in- und ausländischer Kreditinstitute	– Festgelder, Termingelder (einschließlich Sparbriefe) in- und ausländischer Kreditinstitute (auch Tagesgeldkonten) – Guthaben ohne Zinsen für 2002 – Zinsen für 2002
		– An Privatpersonen verliehenes Geld	– Ausleihungen an Privatpersonen außerhalb des eigenen Haushalts
Konsumentenkredite	– Aufnahme von persönl. Kleinkrediten, persönlichen Anschaffungsdarlehen, Überziehungskrediten und Krediten zu besonderen Anlässen (Hochzeit, Umzug, Geburt u.ä.) von Banken, Sparkassen, Versand- und anderen Unternehmen, vom Arbeitgeber, dem Staat oder anderen privaten Haushalten		– Kredite an Privatpersonen zur Beschaffung von Konsumgütern (z.B. PKW, Möbel, Urlaubsreise). Nicht eingeschlossen: Dispositionskredite
Sonstige Kredite		– Alle Kredite, die nicht zur Finanzierung des Erwerbs von Grundstücken und Gebäuden bzw. deren Instandsetzung aufgenommen worden sind (persönliche Kleinkredite, Konsumentenkredite, persönl. Anschaffungsdarlehen von Banken, Sparkassen, Versandhandel oder anderen Unternehmen, Arbeitgebern, Staat und privaten Haushalten). Nicht eingeschlossen: Dispositionskredite und Kreditkartenkäufe	

Übersicht 2: Zusammensetzung der in der vergleichenden Betrachtung verwendeten Geldvermögensaggregate nach Erhebungsjahr

	1993	1998	2003
Bausparguthaben	Bausparguthaben inkl. Zinsen und Prämien 31.12.1993	Bausparguthaben inkl. Zinsen und Prämien Ende Befragungsquartal	Bausparguthaben inkl. Zinsen und Prämien Jahresende 1.1.2003
Aktien	Aktien Kurs am Tag vor Schlussinterview (Ende 1993)	Aktien Wert Ende Befragungsquartal	Aktien Tageskurs 1.1.2003
Rentenwerte	Aktien Kurs am Tag vor Schlussinterview (Ende 1993)	Renten Wert Ende Befragungsquartal	Renten Tageskurs 1.1.2003
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen	Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen außer Aktien und Renten, Kurs/Wert am Tag vor Schlussinterview (Ende 1993)	Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen außer Aktien und Renten, Kurs/Wert Ende Befragungsquartal	Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen außer Aktien und Renten, Tageskurs/Wert 1.1.2003
Bankeinlagen und sonstiges Geldvermögen	Sparbücher, Sparbriefe, Festgelder, Berlindarlehen, Bauherrenmodell, Reedereimodell, sonstige Kapitalanteile (31.12.1993)	Festgelder, Termingelder, Sparbriefe Ende Befragungsquartal	Festgelder, Termingelder, Sparbriefe (einschließlich Tagesgeldkonten inkl. Zinsen 1.1.2003
Versicherungen	Lebens-, Sterbegeld-, Aussteuer-, Ausbildungsversicherung, im Simulationsmodell errechneter Verkehrswert 1993	Lebens-, Sterbegeld-, Aussteuer-, Ausbildungsversicherung, angegebener oder über Simulation imputierter Rückkaufswert 1998	Lebens-, Sterbegeld-, Aussteuer-, Ausbildungsversicherung, angegebener oder über Simulation imputierter Rückkaufswert 1.1.2003
Konsumentenkredite	alle sonstigen Kredite inkl. Überziehungskredite 31.12.1993	alle sonstigen Kredite ohne Überziehungskredite Ende Befragungsquartal	alle sonstigen Kredite ohne Überziehungskredite zur Beschaffung von Konsumgütern 1.1.2003

Nicht berücksichtigt: Bargeld und Sichteinlagen (in 1998 und 2003 erhoben, aber nicht ausgewiesen), an Privatpersonen verliehenes Geld (in 1993 nicht erhoben).

Tabelle 129: Wohneigentumsquoten in der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 sowie im Mikrozensus 1998 und 2002

		Deutschland			Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
		Haushalte	Eigentümer	Eigentumsquote	Haushalte	Eigentümer	Eigentumsquote	Haushalte	Eigentümer	Eigentumsquote
	Haushaltsnettoeinkommen	1000	1000	%	1000	1000		1000	1000	%
1993	<400	591,2	120,8	20	400,5	96,2	24	190,7	24,6	13
	400-750	3622,4	716,8	20	2487,7	543,2	22	1134,7	173,6	15
	750-1500	11278	3284,5	29	8789,1	2641	30	2488,9	645,5	26
	1500-3000	11889,9	5424,7	46	9878,1	4782,6	48	2011,8	642,1	32
	>3000	3069,4	2106,8	69	2875	2025,5	70	194,4	81,3	42
	gesamt	30451	11655,6	38	24430,5	10088,6	41	6020,5	1567,1	26
1998	<300	319	63	19,8	269	56	20,8	50	7	14,20
	300-700	3031	546	18,0	2330	461	19,8	702	85	12,1
	700-1500	12159	3438	28,3	9476	2792	29,5	2682	645	24,0
	1500-3000	13591	6366	46,8	11127	5392	48,5	2464	974	39,5
	>3000	3934	2764	70,3	3576	2556	71,5	359	208	57,9
	sonstige*	1556	821	52,8	1380	747	54,2	176	73	41,80
	gesamt	34591	13998	40,5	28159	12005	42,6	6432	1993	31,00
2002	<300	197	34	17,2	155	30	19,0	41	n.a.	n.a.
	300-700	2526	418	16,5	1873	344	18,4	653	74	11,3
	700-1500	10662	2944	27,6	8235	2396	29,1	2427	548	22,6
	1500-3200	13703	6268	45,7	11242	5260	46,8	2460	1008	41,0
	>3200	4647	3163	68,1	4174	2859	68,5	474	307	64,8
	sonstige*	4137	2300	55,6	3523	1987	56,4	614	314	51,10
	gesamt	35873	15128,0	42,2	29203	12874,0	44,1	6670	2254,00	33,80

Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebung „Bautätigkeit und Wohnungen“ 1998 und 2002, 1 %-Gebäude und Wohnungsstichprobe 1993, ZEW-Berechnungen * Haushalte mit mindestens einer Person in ihrer Haupttätigkeit Selbstständiger in der Landwirtschaft sowie Haushalte ohne Angabe.

Tabelle 130: Überblick über die Zusammensetzung des Privatvermögens nach Quintilen des Nettogesamtvermögens 2003 (ohne negative Immobilienvermögen, 1.000 Euro)

	Alte Bundesländer						Neue Bundesländer					
	Alle	1	2	3	4	5	Alle	1	2	3	4	5
	Fünftel der nach ihrem Nettovermögen Geordneten Haushalte						Fünftel der nach ihrem Nettovermögen Geordneten Haushalte					
Bruttovermögen	179,4	4,1	23,5	105,8	226,7	537,1	76,7	3,9	11,7	33,5	94,5	240,2
Schulden	30,2	6,0	9,8	38,3	43,5	53,3	16,6	5,5	4,9	10,3	27,0	35,3
Nettovermögen	149,2	-2,0	13,7	67,5	183,2	483,8	60,2	-1,6	6,8	23,2	67,6	204,8
Bruttoimmobilienvermögen	134,3	2,7	9,6	65,7	179,5	413,9	52,6	2,6	4,3	12,3	58,8	185,3
Hypotheken	28,7	2,6	8,8	37,1	42,5	52,4	15,2	2,5	3,9	9,5	25,9	34,4
Nettoimmobilienvermögen	105,6	0,1	0,8	28,6	137,0	361,5	37,4	0,1	0,4	2,8	32,9	150,8
Bruttogeldvermögen	45,2	1,3	13,9	40,2	47,2	123,2	24,1	1,3	7,4	21,2	35,7	54,9
Konsumentenkredite	1,5	3,4	1,0	1,3	1,0	0,8	1,4	3,0	1,0	0,8	1,1	0,9
Nettogeldvermögen	43,7	-2,0	12,9	38,9	46,2	122,3	22,7	-1,7	6,4	20,4	34,6	54,0
Bankeinlagen*	20,4	0,7	7,9	20,9	23,0	49,3	13,6	0,7	4,3	13,3	21,0	28,8
Wertpapiere	11,6	0,1	1,8	8,0	9,0	39,0	4,4	0,2	0,7	2,6	6,9	11,7
Versicherungen	13,2	0,5	4,2	11,2	15,2	34,8	6,1	0,5	2,4	5,2	7,8	14,4
Anteile am Bruttovermögen												
Immobilien	74,8%	66,8%	40,8%	62,0%	79,2%	77,1%	68,6%	66,2%	36,4%	36,7%	62,2%	77,1%
Geldvermögen	25,2%	33,2%	59,2%	38,0%	20,8%	22,9%	31,4%	33,8%	63,6%	63,3%	37,8%	22,9%
Bankeinlagen*	11,4%	17,7%	33,8%	19,8%	10,1%	9,2%	17,7%	17,0%	36,4%	39,8%	22,2%	12,0%
Wertpapiere	6,5%	3,2%	7,7%	7,6%	4,0%	7,3%	5,8%	3,9%	6,3%	7,8%	7,3%	4,9%
Versicherungen	7,3%	12,2%	17,7%	10,6%	6,7%	6,5%	7,9%	12,9%	20,8%	15,6%	8,2%	6,0%
Schulden	16,8%	148,5%	41,9%	36,2%	19,2%	9,9%	21,6%	141,5%	41,6%	30,7%	28,5%	14,7%
Konsumentenkredite	0,8%	83,3%	4,4%	1,2%	0,4%	0,2%	1,8%	77,8%	8,4%	2,4%	1,1%	0,4%
Hypotheken	16,0%	65,1%	37,5%	35,0%	18,8%	9,8%	19,8%	63,8%	33,2%	28,3%	27,4%	14,3%
Nettovermögen	83,2%	-48,5%	58,1%	63,8%	80,8%	90,1%	78,4%	-41,5%	58,4%	69,3%	71,5%	85,3%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen, * inkl. Bauspareinlagen, ohne Sichteinlagen.

Tabelle 131: Deskriptive Statistiken Vermögenswerte – Basisdaten

	Mittelwert	Median	Perzentile				Standard abweichung	Variations koeff.
			10	25	75	99		
EVS 1993								
Bruttovermögen	121.149	35.637	1.714	7.044	185.734	853.320	184.351	1,52
Schulden	14.977	0	0	0	5.424	196.234	45.818	3,06
Nettovermögen	106.172	32.432	767	6.288	160.032	794.817	165.093	1,55
Bruttoimmobilienvermögen	93.024	0	0	0	161.057	759.268	159.490	1,71
Hypothekenschulden	14.016	0	0	0	0	193.360	45.404	3,24
Nettoimmobilienvermögen	79.008	0	0	0	129.609	709.673	140.274	1,78
Bruttogeldvermögen	28.124	14.268	1.252	4.806	33.234	207.699	48.098	1,71
Konsumentenkredite	961	0	0	0	0	14.459	3.956	4,12
Nettogeldvermögen	27.164	13.484	388	4.080	32.628	205.302	48.242	1,78
Bausparguthaben	2.155	0	0	0	2.301	25.056	5.283	2,45
Aktien	1.290	0	0	0	0	25.565	14.954	11,59
Renten	2.487	0	0	0	0	45.556	12.375	4,98
Sonst. Wertp.	2.276	0	0	0	0	40.903	12.120	5,33
Bankeinlagen	11.159	5.113	52	1.278	13.430	82.625	19.824	1,78
Versicherungen	8.758	825	0	0	7.274	103.730	26.097	2,98
EVS 1998 Basisdaten								
Bruttovermögen	133.036	45.151	516	6.300	206.048	886.319	206.003	1,55
Schulden	19.908	0	0	0	9.009	226.599	56.953	2,86
Nettovermögen	113.128	38.133	0	5.136	169.115	775.374	179.944	1,59
Bruttoimmobilienvermögen	101.135	0	0	0	173.839	759.268	176.908	1,75
Hypothekenschulden	18.598	0	0	0	0	218.439	56.336	3,03
Nettoimmobilienvermögen	82.537	0	0	0	132.936	607.415	149.592	1,81
Bruttogeldvermögen	31.901	14.493	155	3.807	37.402	251.553	59.454	1,86
Konsumentenkredite	1.310	0	0	0	0	20.452	6.346	4,85
Nettogeldvermögen	30.591	13.594	0	2.774	36.588	249.914	59.643	1,95
Bausparguthaben	2.450	0	0	0	2.360	28.627	7.806	3,19
Aktein	2.714	0	0	0	0	51.537	22.881	8,43
Renten	1.757	0	0	0	0	46.016	12.016	6,84
Sonst. Wertp.	3.161	0	0	0	0	58.211	20.542	6,50
Bankeinlagen	12.365	4.415	0	486	14.012	105.541	24.456	1,98
Versicherungen	9.453	715	0	0	8.444	112.280	25.496	2,70
Privat verlieh. Geld*	511	0	0	0	0	12.782	4.516	8,85

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. *Aggregate ohne privat verliehenes Geld Alle Werte in Euro.

	Mittelwert	Median	Perzentile				Standard abweichung	Variations koeff.
			10	25	75	99		
EVS 2003 Basisdaten								
Bruttovermögen	149.940	48.975	3	5.365	215.829	1.062.519	300.977	2,01
Schulden	27.043	0	0	0	13.000	305.423	80.846	2,99
Nettovermögen	122.897	37.395	0	3.783	167.757	915.619	269.539	2,19
Bruttoimmobilienvermögen	109.812	0	0	0	170.000	864.537	265.580	2,42
Hypothekenschulden	25.666	0	0	0	4.526	303.000	80.293	3,13
Nettoimmobilienvermögen	84.147	0	0	0	120.000	707.000	233.846	2,78
Bruttogeldvermögen	40.128	16.820	0	3.252	46.552	336.575	82.675	2,06
Konsumentenkredite	1.378	0	0	0	0	24.240	6.183	4,49
Nettogeldvermögen	38.750	15.744	0	2.200	45.948	336.271	83.061	2,14
Bausparguthaben	2.542	0	0	0	2.440	30.103	6.631	2,61
Aktein	2.765	0	0	0	0	54.000	26.469	9,57
Renten	1.882	0	0	0	0	50.000	15.779	8,39
Sonst. Wertp.	5.665	0	0	0	1.200	90.700	36.805	6,50
Bankeinlagen	15.604	4.036	0	102	16.240	156.000	39.076	2,50
Versicherungen	11.671	720	0	0	10.540	135.029	32.179	2,76
Privat verlieh. Geld*	726	0	0	0	0	15.300	7.880	10,86

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. *Aggregate ohne privat verliehenes Geld. Alle Werte in Euro.

Tabelle 132: Deskriptive Statistiken Vermögenswerte – imputierte Daten

	Mittelwert	Median	Perzentile				Standard abweichung	Variations koeff.
			10	25	75	99		
EVS 1998 aufbereitete Daten								
Bruttovermögen	133.708	45.556	731	6.954	206.957	887.442	206.334	1,54
Schulden	20.011	0	0	0	9.245	227.218	56.975	2,85
Nettovermögen	113.697	38.496	0	5.743	169.842	776.525	180.261	1,59
Bruttoimmobilienvermögen	101.135	0	0	0	173.839	759.268	176.908	1,75
Hypothekenschulden	18.598	0	0	0	0	218.439	56.336	3,03
Nettoimmobilienvermögen	82.537	0	0	0	132.936	607.415	149.592	1,81
Bruttogeldvermögen	32.574	15.342	329	4.372	38.323	251.676	59.528	1,83
Konsumentenkredite	1.413	0	0	0	0	20.452	6.393	4,52
Nettogeldvermögen	31.160	14.336	0	3.204	37.387	249.914	59.726	1,92
Bausparguthaben	2.472	0	0	0	2.454	28.627	7.805	3,16
Aktein	2.743	0	0	0	0	51.537	22.883	8,34
Renten	1.777	0	0	0	0	46.016	12.017	6,76
Sonst. Wertp.	3.194	0	0	0	0	58.211	20.542	6,43
Bankeinlagen	12.494	4.602	0	522	14.316	105.541	24.444	1,96
Versicherungen	9.893	1.250	0	0	9.581	112.280	25.525	2,58
Privat verlieh. Geld*	516	0	0	0	0	12.782	4.516	8,75
EVS 2003 aufbereitete Daten (mit vollständiger Ersetzung)								
Bruttovermögen	161.259	66.983	205	7.645	233.814	1.088.498	305.192	1,89
Schulden	27.886	0	0	0	15.486	306.405	80.967	2,90
Nettovermögen	133.390	49.773	0	5.880	189.672	944.432	273.453	2,05
Bruttoimmobilienvermögen	93.103	0	0	0	142.000	727.200	237.770	2,55
Hypothekenschulden	26.404	0	0	0	8.443	303.000	80.417	3,05
Nettoimmobilienvermögen	119.494	0	0	0	194.000	891.000	269.872	2,26
Bruttogeldvermögen	40.284	17.893	0	3.123	48.392	336.601	83.267	2,07
Konsumentenkredite	1.481	0	0	0	0	24.240	6.234	4,21
Nettogeldvermögen	41.765	19.000	11	4.354	49.133	336.601	82.910	1,99
Bausparguthaben	2.620	0	0	0	2.755	30.103	6.634	2,53
Aktien	2.844	0	0	0	0	54.000	26.478	9,31
Renten	1.952	0	0	0	0	50.000	15.791	8,09
Sonst. Wertp.	5.848	0	0	0	1.600	90.700	36.821	6,30
Bankeinlagen	16.562	5.030	0	260	18.612	157.128	39.241	2,37
Versicherungen	11.939	1.080	0	0	11.333	135.029	32.184	2,70
Privat verlieh. Geld*	1.075	0	0	0	0	24.490	8.201	7,63

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. *Aggregate ohne privat verliehenes Geld. Alle Werte in Euro.

Tabelle 133: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (18-29 Jahre), Alte Bundesländer

Typ	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte					2. Fünftel	5. Fünftel
1	1993	8.661	-2.265	1.753	4.711	11.230	27.954	-63%	493%
	1998	9.621	(-2.274)	(363)	3.670	11.309	35.297	(-90%)	862%
	2003	8.488	(-2.294)	287	2.851	9.729	32.191	-90%	1029%
2	1993	7.450	-1.429	1.416	3.949	9.215	24.245	-64%	514%
	1998	6.603	-1.222	482	2.672	7.659	23.477	-82%	779%
	2003	6.718	-1.627	476	2.658	8.444	23.726	-82%	793%
3	1993	(3.157)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(1.450)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	(3.227)	/	/	/	/	/	/	/
4	1993	17.183	-1.799	6.154	15.487	29.844	36.450	-60%	135%
	1998	14.511	(-5.262)	2.062	9.087	25.315	41.573	-77%	358%
	2003	13.886	-3.911	1.670	7.543	22.977	41.266	-78%	447%
5	1993	11.148	(-5.520)	/	(8.899)	(22.627)	(27.823)	/	(213%)
	1998	(6.919)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	(6.758)	/	/	/	/	/	/	/
6	1993	(15.492)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(15.366)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	/	/	/	/	/	/	/	/

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 134: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (30-49 Jahre), Alte Bundesländer

Haus- haltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte					2. Fünftel	5. Fünftel
7	1993	16.657	-3.389	1.927	11.158	30.533	43.384	-83%	289%
	1998	22.037	-6.025	1.438	11.030	32.049	72.065	-87%	553%
	2003	23.629	-6.365	1.343	13.834	37.304	72.158	-90%	422%
8	1993	16.694	-1.875	3.545	10.615	27.170	44.142	-67%	316%
	1998	14.252	-2.984	1.622	9.082	24.817	38.806	-82%	327%
	2003	19.304	-2.877	2.739	12.408	31.433	53.113	-78%	328%
9	1993	14.393	-1.655	1.889	8.336	25.541	37.971	-77%	356%
	1998	9.689	-3.027	304	4.316	18.023	28.961	-93%	571%
	2003	10.653	-5.651	583	5.047	20.641	33.028	-88%	554%
10	1993	35.073	961	20.154	40.564	38.755	75.041	-50%	85%
	1998	33.559	-2.628	13.700	33.852	40.312	82.624	-60%	144%
	2003	39.942	-3.260	14.161	39.801	56.070	93.084	-64%	134%
11	1993	29.247	3.402	27.149	27.803	32.802	55.135	-2%	98%
	1998	30.043	-241	18.173	36.438	31.472	64.379	-50%	77%
	2003	34.561	-697	22.750	33.371	36.938	80.659	-32%	142%
12	1993	40.006	7.999	32.433	34.765	43.305	81.622	-7%	135%
	1998	39.378	5.333	32.212	33.226	43.278	82.984	-3%	150%
	2003	45.769	6.105	30.258	37.053	50.981	104.513	-18%	182%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 135: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (50 Jahre und älter),
Alte Bundesländer

Haus- haltstyp	Stichprobe	Ge- samt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen ge- ordneten Haushalte						
13	1993	31.584	(-1.776)	(4.364)	27.139	49.870	78.505	(-84%)	(189%)
	1998	37.993	-1.762	5.410	31.027	38.179	117.837	-83%	280%
	2003	36.668	-4.013	1.452	18.761	46.764	120.511	-92%	542%
14	1993	21.036	-930	8.238	25.741	26.771	45.532	-68%	77%
	1998	26.050	-668	7.480	28.840	25.983	68.625	-74%	138%
	2003	29.675	-1.836	8.433	31.984	42.531	67.590	-74%	111%
15	1993	48.557	9.980	38.742	34.459	48.890	110.811	12%	222%
	1998	58.429	10.180	38.412	41.229	60.342	142.076	-7%	245%
	2003	75.931	9.372	44.455	53.058	80.406	192.506	-16%	263%
16	1993	29.942	(626)	(8.099)	29.911	26.586	84.677	(-73%)	183%
	1998	36.632	(-42)	(8.117)	34.290	39.754	101.806	(-76%)	197%
	2003	48.622	-482	8.705	36.468	50.001	149.178	-76%	309%
17	1993	16.110	970	5.791	17.848	23.626	32.342	-68%	81%
	1998	20.807	617	6.071	19.543	30.650	47.176	-69%	141%
	2003	33.562	-14	8.627	30.540	46.469	82.458	-72%	170%
18	1993	40.471	8.528	32.762	26.409	38.848	95.901	24%	263%
	1998	45.382	7.951	35.967	31.507	42.144	109.457	14%	247%
	2003	67.781	10.632	44.291	40.788	63.925	179.344	9%	340%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 136: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (18-29 Jahre),
Neue Bundesländer

Typ	Stichpro- be	Ge- samt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
1	1993	(2.645)	/	/	/	/	(9.522)	/	/
	1998	(4.631)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	6.144	/	/	/	(6.765)	/	/	/
2	1993	(2.565)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	3.465	(-1.138)	/	(1.057)	(3.112)	(14.393)	/	(1261%)
	2003	3.539	(-1.834)	(194)	(2.057)	(4.640)	(13.228)	(-91%)	(543%)
3	1993	(2.510)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(2.065)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	(85)	/	/	/	/	/	/	/
4	1993	6.180	(-354)	(2.825)	/	(12.184)	(12.268)	/	/
	1998	6.041	(-4.465)	(1.036)	(4.630)	(10.209)	(19.784)	(-78%)	(327%)
	2003	7.813	(-3.699)	(822)	(4.160)	(11.340)	(26.603)	(-80%)	(539%)
5	1993	(4.560)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	/	/	/	/	/	/	/	/
	2003	/	/	/	/	/	/	/	/
6	1993	(6.103)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(12.664)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	/	/	/	/	/	/	/	/

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 137: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (30-49 Jahre),
 Neue Bundesländer

Haus- haltstyp	Stichpro- be	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geord- neten Haushalte					2. Fünftel	5. Fünftel
7	1993	(6.803)	(-1.509)	/	(4.100)	(12.701)	18.572	/	(353%)
	1998	(6.788)	(-2.146)	696	(3.179)	(7.422)	(25.053)	(-78%)	(688%)
	2003	10.734	(-3.279)	(393)	(4.205)	(15.105)	(38.007)	(-91%)	(804%)
8	1993	5.474	/	(388)	(3.125)	(7.696)	(16.903)	(-88%)	(441%)
	1998	7.459	(-662)	(1.642)	(5.256)	(11.000)	(20.452)	(-69%)	(289%)
	2003	8.432	(-6.201)	(720)	(4.810)	(14.327)	(28.828)	(-85%)	(499%)
9	1993	4.857	(-958)	(1.202)	3.(641)	(6.701)	13.767	(-67%)	(278%)
	1998	5.357	(-2.945)	(735)	(3.152)	8.129	17.833	(-77%)	(466%)
	2003	7.482	(-2.093)	(567)	(3.312)	(8.792)	(27.112)	(-83%)	(719%)
10	1993	12.028	(-1.141)	(5.401)	(14.296)	(21.264)	(20.515)	(-62%)	(44%)
	1998	17.961	-744	(7.976)	(19.355)	(29.799)	(33.542)	(-59%)	(73%)
	2003	25.478	-986	(7.532)	24.963	31.821	64.299	(-70%)	158%
11	1993	10.773	(-459)	(4.237)	(11.523)	(21.548)	(17.254)	(-63%)	(50%)
	1998	11.854	(-3.194)	(5.762)	(16.865)	(20.567)	(19.522)	(-66%)	(16%)
	2003	34.302	(-1.285)	(6.176)	(21.480)	(26.036)	(121.226)	(-71%)	(464%)
12	1993	13.254	159	7.611	18.200	21.358	18.974	-58%	4%
	1998	18.098	292	12.507	24.919	22.554	30.275	-50%	21%
	2003	29.599	4.416	24.853	33.516	34.065	51.256	-26%	53%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewie-
 sen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 138: Nettogeldvermögen nach Haushaltstypen (50 Jahre und älter)
 Neue Bundesländer

Haus- haltstyp	Stichprobe	Ge- samt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
			Fünftel der nach dem Nettovermögen ge- ordneten Haushalte					2. Fünftel	5. Fünftel
13	1993	(11.004)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	15.014	/	/	(12.800)	(29.513)	(31.326)	/	(145%)
	2003	14.759	/	(784)	(7.441)	(20.177)	(55.160)	(-89%)	(641%)
14	1993	6.335	(602)	(2.657)	(5.447)	(9.649)	(13.440)	(-51%)	(147%)
	1998	10.441	(-608)	(2.013)	6.876	14.863	29.340	(-71%)	327%
	2003	15.269	(-1.849)	(2.952)	10.695	24.317	40.385	(-72%)	278%
15	1993	15.412	3.139	9.669	18.994	24.929	20.612	-49%	9%
	1998	24.501	3.567	15.440	27.480	37.398	38.701	-44%	41%
	2003	37.507	2.955	20.876	40.991	42.015	80.851	-49%	97%
16	1993	(8.603)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	10.468	/	/	/	/	24.719	/	/
	2003	17.469	/	/	/	(29.382)	/	/	/
17	1993	6.621	(1.450)	(3.653)	(5.622)	(8.894)	(13.753)	(-35%)	(145%)
	1998	8.695	(387)	(3.021)	(6.460)	12.973	20.840	(-53%)	(223%)
	2003	14.361	(822)	(4.642)	9.717	19.617	37.192	(-52%)	283%
18	1993	12.638	3.291	8.355	15.297	21.742	14.640	-45%	-4%
	1998	19.393	3.348	12.485	22.143	27.506	31.593	-44%	43%
	2003	33.752	6.823	20.349	34.306	42.269	66.110	-41%	93%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewie-
 sen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 139: Nettoimmobilienvermögen nach Haushaltstypen, Alte Bundesländer (alle Haushalte)

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
10	1993	87.293	196	2.541	31.309	121.545	281.081	-92%	798%
	1998	68.903	74	830	15.699	87.610	240.494	-95%	1432%
	2003	80.248	-5.197	1.540	16.557	84.776	303.957	-91%	1736%
11	1993	104.402	57	5.558	76.344	148.347	292.316	-93%	283%
	1998	89.574	87	2.764	50.518	138.570	257.207	-95%	409%
	2003	116.749	-3.416	8.291	71.102	152.726	355.278	-88%	400%
12	1993	129.947	31	26.973	103.631	171.241	348.356	-74%	236%
	1998	125.017	956	22.839	95.850	168.238	337.736	-76%	252%
	2003	136.796	-2.202	30.058	104.616	175.080	376.718	-71%	260%
15	1993	138.507	177	27.338	119.850	177.852	367.524	-77%	207%
	1998	163.350	706	47.610	139.727	208.428	420.642	-66%	201%
	2003	177.299	-1.347	40.054	141.485	219.713	487.019	-72%	244%
18	1993	131.507	44	17.707	112.196	168.295	359.614	-84%	221%
	1998	134.171	27	10.942	114.295	188.469	357.428	-90%	213%
	2003	163.918	-200	22.766	133.094	206.148	457.938	-83%	244%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 140: Nettoimmobilienvermögen nach Haushaltstypen, Neue Bundesländer (alle Haushalte)

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
10	1993	32.513	(22)	(61)	(750)	(26.629)	(137.475)	(-92%)	(18237%)
	1998	37.881	(7)	(161)	(3.520)	(28.123)	(158.280)	(-95%)	(4396%)
	2003	43.126	-5.192	(2.457)	6.974	50.927	161.106	(-65%)	2210%
11	1993	38.209	(45)	(133)	(1.080)	(27.230)	(163.827)	(-88%)	(15069%)
	1998	42.387	(0)	(77)	(1.520)	(53.200)	(160.074)	(-95%)	(10430%)
	2003	46.795	(-2.787)	(2.438)	(4.392)	(61.270)	(172.853)	(-44%)	(3836%)
12	1993	43.265	19	658	2.599	39.791	174.624	-75%	6618%
	1998	53.141	58	2.331	18.647	73.829	171.112	-88%	818%
	2003	75.713	-9.320	10.767	48.605	95.771	233.660	-78%	381%
15	1993	31.572	133	446	1.792	20.369	135.373	-75%	7455%
	1998	44.606	138	967	8.057	45.119	169.130	-88%	1999%
	2003	61.660	-1.846	2.516	20.182	82.038	205.687	-88%	919%
18	1993	23.520	70	602	1.083	9.603	106.431	-44%	9729%
	1998	24.675	121	421	1.719	18.168	103.158	-76%	5901%
	2003	38.698	-2.474	2.292	7.727	46.765	141.907	-70%	1737%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 141: Nettoimmobilienvermögen nach Haushaltstypen, Alte Bundesländer (Haushalte mit Immobilien)

Haus- haltstyp	Stich- probe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittlere- ren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
10	1993	161.636	/	(18.553)	52.865	128.105	281.930	(-65%)	433%
	1998	/	/	(10.306)	38.835	99.218	245.650	(-73%)	533%
	2003	/	/	(8.121)	34.897	95.562	301.872	(-77%)	765%
11	1993	168.591	/	(26.819)	86.166	149.745	292.316	(-69%)	239%
	1998	156.499	/	(17.872)	70.395	141.009	258.041	(-75%)	267%
	2003	169.029	(-27.199)	(21.490)	72.617	143.976	335.594	(-70%)	362%
12	1993	180.727	(355)	48.805	106.832	173.132	349.789	-54%	227%
	1998	177.028	(9.871)	44.979	101.995	170.111	338.690	-56%	232%
	2003	175.553	(-13.111)	38.007	102.131	173.788	364.430	-63%	257%
15	1993	204.394	/	63.750	125.414	179.414	368.746	-49%	194%
	1998	227.503	16.770	78.746	145.383	211.070	422.179	-46%	190%
	2003	246.596	(-21.769)	59.797	137.739	214.508	485.592	-57%	253%
18	1993	204.038	/	61.862	118.253	170.241	361.633	-48%	206%
	1998	217.518	/	58.990	124.100	191.284	361.638	-52%	191%
	2003	250.899	/	51.983	127.874	203.324	454.746	-59%	256%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 142: Nettoimmobilienvermögen nach Haushaltstypen, Neue Bundesländer (Haushalte mit Immobilien)

Haus- haltstyp	Stich- probe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittlere- ren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
10	1993	89.543	/	/	/	(39.035)	(140.504)	/	/
	1998	95.559	/	/	/	43.512	161.352	/	/
	2003	84.001	/	/	(16.432)	54.847	169.151		(929%)
11	1993	(109.081)	/	/	/	(47.851)	(163.827)	/	/
	1998	105.657	/	/	/	(63.523)	(160.074)	/	/
	2003	95.314	/	/	/	(62.414)	(171.995)	/	/
12	1993	104.602	/	/	12.295	51.631	178.117	/	1349%
	1998	94.890	/	(9.060)	30.690	77.343	177.303	(-70%)	478%
	2003	103.584	(-28.419)	(17.028)	52.123	97.691	240.391	(-67%)	361%
15	1993	87.423	/	(5.654)	(10.827)	36.635	136.641	(-48%)	(1162%)
	1998	94.792	/	(5.648)	20.288	60.609	172.509	(-72%)	750%
	2003	114.689	(-24.162)	(9.170)	32.156	89.489	208.948	(-71%)	550%
18	1993	71.294	/	/	/	(21.986)	107.511	/	/
	1998	73.137	/	/	(10.197)	(34.253)	113.724	/	(1015%)
	2003	81.045	/	(6.169)	(15.862)	55.554	145.604	(-61%)	(818%)

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 143: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (18-29 Jahre), Alte Bundesländer

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
1	1993	16480	-2265	1768	5198	11282	66536	-66%	1180%
	1998	19231	(-2274)	(364)	3670	12248	82708	(-90%)	2153%
	2003	17778	(-2590)	287	2851	9729	79300	-90%	2682%
2	1993	12137	-1429	1416	3949	9302	47776	-64%	1110%
	1998	10490	-1222	482	2714	7706	42830	-82%	1478%
	2003	16546	-1785	476	2677	8449	73150	-82%	2633%
3	1993	(11435)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(7179)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	(8294)	/	/	/	/	/	/	/
4	1993	36852	-1711	6263	15594	35028	129551	-60%	731%
	1998	31600	(-5265)	2061	9088	26952	125571	-77%	1282%
	2003	31375	-8490	1670	7600	23983	132273	-78%	1640%
5	1993	28151	(-5520)	/	(9206)	(23195)	(112716)		(1124%)
	1998	(19916)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	(22105)	/	/	/	/	/	/	/
6	1993	(66317)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(47758)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	/	/	/	/	/	/	/	/

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 144: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (30-49 Jahre), Alte Bundesländer

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
7	1993	46177	-3389	1950	11709	36493	185266	-83%	1482%
	1998	52829	-6018	1445	11457	42340	216219	-87%	1787%
	2003	64492	-7184	1339	14577	53349	260798	-91%	1689%
8	1993	42005	-1873	3595	10845	30354	167518	-67%	1445%
	1998	39007	-3047	1622	9312	33081	154185	-83%	1556%
	2003	50547	-4249	2752	12622	41158	200874	-78%	1491%
9	1993	58970	-1655	1922	8422	39187	247423	-77%	2838%
	1998	46821	-3027	321	4353	23483	209406	-93%	4711%
	2003	39500	-7043	594	5040	24482	175310	-88%	3378%
10	1993	122366	1157	22695	71873	160300	356122	-68%	395%
	1998	102463	-2554	14531	49552	127922	323118	-71%	552%
	2003	120190	-8458	15701	56358	140846	397042	-72%	604%
11	1993	133649	3460	32707	104147	181150	347451	-69%	234%
	1998	119618	-153	20937	86956	170042	321586	-76%	270%
	2003	151311	-4113	31041	104474	189664	435937	-70%	317%
12	1993	169953	8030	59406	138396	214546	429978	-57%	211%
	1998	164395	6290	55050	129075	211516	420720	-57%	226%
	2003	182565	3903	60315	141669	226061	481231	-57%	240%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 145: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (50 Jahre und älter), Alte Bundesländer

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
13	1993	104552	(-1749)	(4361)	33627	128346	358675	(-87%)	967%
	1998	115914	-1762	5438	36643	129485	411739	-85%	1024%
	2003	125469	-6456	1454	20306	96884	515523	-93%	2439%
14	1993	80543	-930	8275	28583	101038	266275	-71%	832%
	1998	90986	-661	7584	33550	111821	303035	-77%	803%
	2003	98719	-2522	8665	42252	125004	322720	-79%	664%
15	1993	187064	10157	66080	154309	226741	478335	-57%	210%
	1998	221780	10886	86021	180956	268770	562719	-52%	211%
	2003	253230	8025	84509	194542	300119	679525	-57%	249%
16	1993	108734	(626)	(8568)	44761	147345	343929	(-81%)	668%
	1998	127562	(-42)	(8117)	53396	165632	415169	(-85%)	678%
	2003	135651	-888	8710	44861	163445	465810	-81%	938%
17	1993	72849	970	5797	18293	86322	253166	-68%	1284%
	1998	76806	614	6082	19969	89430	268065	-70%	1242%
	2003	103614	9	8667	35426	115380	360166	-76%	917%
18	1993	171977	8572	50470	138605	207143	455516	-64%	229%
	1998	179553	7979	46909	145802	230613	466886	-68%	220%
	2003	231699	10433	67057	173882	270073	637283	-61%	267%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 146: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (18-29 Jahre), Neue Bundesländer

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
1	1993	(4032)	/	/	/	/	(16460)	/	/
	1998	(6581)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	7175	/	/	/	(6971)	/	/	/
2	1993	(2565)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	4512	(-1138)	/	(1057)	(3161)	(19791)	/	(1772%)
	2003	3790	(-1884)	(194)	(2057)	(4640)	(14581)	(-91%)	(609%)
3	1993	(3590)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(2404)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	1496	/	/	/	/	/	/	/
4	1993	15119	(-354)	(2825)	/	(12222)	(64071)	/	/
	1998	16613	(-4404)	(1216)	(4630)	(12728)	(74536)	(-74%)	(1510%)
	2003	16719	(-4715)	(822)	(4232)	(11588)	(71966)	(-81%)	(1600%)
5	1993	(11046)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	/	/	/	/	/	/	/	/
	2003	/	/	/	/	/	/	/	/
6	1993	(24264)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(20750)	/	/	/	/	/	/	/
	2003	/	/	/	/	/	/	/	/

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 147: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (30-49 Jahre), Neue Bundesländer

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
7	1993	13868	(-1509)	/	(4164)	(13520)	(54174)		(1201%)
	1998	16740	(-2077)	(696)	(3239)	(11794)	(70843)	(-78%)	(2087%)
	2003	22275	(-3863)	(393)	(4341)	(17709)	(94102)	(-91%)	(2068%)
8	1993	9876	/	(388)	(3125)	(7696)	(39225)	(-88%)	(1155%)
	1998	14177	(-685)	(1771)	(5359)	(11447)	(54136)	(-67%)	(910%)
	2003	19853	(-6320)	(720)	(4824)	(15810)	(86110)	(-85%)	(1685%)
9	1993	13179	(-958)	(1202)	(3641)	(7979)	54114	(-67%)	(1386%)
	1998	14021	(-2893)	(757)	(3176)	8708	60666	(-76%)	(1810%)
	2003	16880	(-4307)	(493)	(3312)	(9384)	(75921)	(-85%)	(2193%)
10	1993	44541	(-1118)	(5462)	(15045)	(47892)	(157990)	(-64%)	(950%)
	1998	55842	(-737)	(8137)	(22875)	57922	(191823)	(-64%)	(739%)
	2003	68603	-6178	(9989)	31937	82748	225405	(-69%)	606%
11	1993	48982	(-413)	(4370)	(12603)	(48778)	(181081)	(-65%)	(1337%)
	1998	54241	(-3194)	(5839)	(18385)	(73767)	(179596)	(-68%)	(877%)
	2003	81097	(-4072)	(8614)	(25872)	(87306)	(294079)	(-67%)	(1037%)
12	1993	56519	179	8269	20799	61149	193598	-60%	831%
	1998	71239	349	14837	43565	96382	201387	-66%	362%
	2003	105312	-4904	35619	82121	129835	284916	-57%	247%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 148: Höhe des Nettovermögens nach Haushaltstypen und Quintilen (50 Jahre und älter), Neue Bundesländer

Haushaltstyp	Stichprobe	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	Abstand vom mittleren Fünftel	
								2. Fünftel	5. Fünftel
			Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte						
13	1993	(34280)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	(38925)	/	/	(14206)	(37856)	(141332)	/	(895%)
	2003	33524	/	(784)	(7441)	(27084)	(143959)	(-89%)	(1835%)
14	1993	16404	(602)	(2665)	(5447)	10516	(63026)	(-51%)	(1057%)
	1998	21594	(-608)	(2058)	7131	16075	83800	(-71%)	1075%
	2003	30119	(-1861)	(2954)	11430	32232	106104	(-74%)	828%
15	1993	46985	3272	10114	20785	45297	155985	-51%	650%
	1998	69107	3705	16407	35536	82516	207832	-54%	485%
	2003	99167	1109	23392	61173	124053	286538	-62%	368%
16	1993	(26124)	/	/	/	/	/	/	/
	1998	21553	/	/	/	/	(82243)	/	/
	2003	35666	/	/	/	(36910)	/	/	/
17	1993	15181	(1450)	(3653)	(5856)	(9332)	(56565)	(-38%)	(866%)
	1998	16126	(387)	(3044)	(6462)	13709	57374	(-53%)	(788%)
	2003	22478	(822)	(4745)	9836	20149	77152	(-52%)	684%
18	1993	36158	3361	8958	16380	31345	121071	-45%	639%
	1998	44069	3469	12906	23862	45674	134751	-46%	465%
	2003	72529	4349	22641	42032	89034	208018	-46%	395%

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Alle Werte in Euro, Werte mit Fallzahlen kleiner 25 nicht ausgewiesen, Werte mit Fallzahlen zwischen 25 und 100 in Klammern. Alle Werte in Euro.

Tabelle 149: Haushaltsstruktur nach sozialen Gruppen

	1993		1998		2003	
	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)
Deutschland						
Landwirte	0,26	0,7	0,19	0,5	0,21	0,6
Gewerbtr./Handwerker	2,03	5,7	2,04	5,6	2,41	6,5
Beamte	1,67	4,7	1,73	4,7	1,59	4,3
Angestellte	8,48	23,8	10,46	28,4	10,55	28,4
Arbeiter	7,80	21,9	7,24	19,7	6,91	18,6
Arbeitslose	1,86	5,2	1,98	5,4	2,21	6,0
Rentner	9,61	27,0	10,30	28,0	10,84	29,2
Pensionäre	1,14	3,2	1,14	3,1	1,28	3,4
Studierende	1,18	3,3	0,53	1,4	0,52	1,4
sonst. Nichterwerbstätige	1,56	4,4	1,17	3,2	0,65	1,7
Summe	35,60	100	36,78	100	37,18	100
Alte Bundesländer						
Landwirte	0,26	0,89	0,19	0,6	0,20	0,7
Gewerbtr./Handwerker	1,74	6,03	1,73	5,8	2,06	6,8
Beamte	1,60	5,54	1,58	5,3	1,40	4,6
Angestellte	7,04	24,35	8,61	28,7	8,87	29,3
Arbeiter	6,17	21,35	5,79	19,3	5,50	18,2
Arbeitslose	1,25	4,31	1,39	4,6	1,51	5,0
Rentner	8,15	28,18	7,95	26,6	8,45	27,9
Pensionäre	1,01	3,48	1,15	3,9	1,24	4,1
Studierende	0,85	2,94	0,45	1,5	0,43	1,4
sonst. Nichterwerbstätige	0,85	2,93	1,11	3,7	0,59	2,0
	28,92	100	29,95	100	30,25	100
Neue Bundesländer						
Landwirte	0,01	0,12	0,00		0,01	0,2
Gewerbtr./Handwerker	0,29	4,35	0,28	4,1	0,35	5,1
Beamte	0,07	1,04	0,15	2,2	0,19	2,8
Angestellte	1,44	21,50	1,91	28,0	1,71	24,6
Arbeiter	1,63	24,40	1,45	21,3	1,39	20,1
Arbeitslose	0,61	9,12	0,59	8,7	0,74	10,6
Rentner	1,85	27,71	2,32	33,9	2,39	34,4
Pensionäre	0,02	0,24	0,00		0,01	0,1
Studierende	0,36	5,32	0,07	1,1	0,09	1,3
sonst. Nichterwerbstätige	0,42	6,21	0,05	0,76	0,06	0,8
Summe	6,68	100	6,83	100	6,94	100

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

Tabelle 150: Haushaltsstruktur nach sozialen Gruppen - zusammengefasst

	1993		1998		2003	
	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)	Anzahl (Mio.)	Anteil (%)
Deutschland						
Selbständige	2,30	6,45	2,23	6,08	2,63	7,06
Arbeitnehmer	17,95	50,44	19,43	52,82	19,05	51,26
Nicht-Erwerbstätige	15,35	43,11	15,12	41,10	15,49	41,67
Alte Bundesländer						
Selbständige	2,00	6,92	1,92	6,41	2,26	7,48
Arbeitnehmer	14,82	51,24	15,97	53,33	15,77	52,11
Nicht-Erwerbstätige	12,10	41,84	12,06	40,26	12,22	40,41
Neue Bundesländer						
Selbständige	0,30	4,47	0,28	4,10	0,37	5,28
Arbeitnehmer	3,14	46,94	3,51	51,46	3,29	47,46
Nicht-Erwerbstätige	3,25	48,60	3,03	44,44	3,28	47,27

Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen.

5.2 Exkurs Korrekturrechnung für Restschulden von Hypotheken

In der EVS 2003 wurde die Restschuld von Hypothekenkrediten als „Summe der tatsächlich zu leistenden Gesamtilgungen (einschließlich Zinsen)“ definiert, während in den Erhebungen 1993 und 1998 – nach konventioneller Definition – lediglich der Restbetrag des noch zu tilgenden Darlehens angegeben werden sollte. Da im verfügbaren Datenmaterial keinerlei Angaben zur Höhe des Zinssatzes, zur Laufzeit und zur anfänglichen Tilgungsrate vorliegen, konnte diese Bereinigung nur auf der Basis typisierender Annahmen durchgeführt werden. Dazu wurde ein Hypothekendarlehen mit anfänglicher Tilgung von 1 Prozent p.a. mit einem Kreditzinssatz von 6 Prozent p.a. und einem Beleihungssatz der Immobilie von 70 Prozent (inkl. also eines über den erstrangigen Beleihungsraum von üblicherweise 60 Prozent hinausgehenden kleineren zweitrangigen Darlehens) unterstellt. Aus diesen Annahmen lässt sich aus der Relation von Verkehrswert der Immobilie zur Summe der verbleibenden Annuitätenzahlungen eine Relation zwischen verbleibendem Darlehensbetrag und Summe der verbleibenden Annuitätenzahlungen ableiten. Es wurden zunächst keine Wertsteigerungen bei Immobilien berücksichtigt.

Vereinfachend wurde der Korrekturfaktor nicht über die finanzmathematisch exakte Formel implementiert, sondern der Zusammenhang aus einer Regression geschätzt. Die oben genannten Relationen wurden dazu in einer Simulation über die gesamte Laufzeit der Hypothek berechnet. Anschließend wurde die Relation der Summe der ausstehenden Annuitäten zum Verkehrswert auf die Relation von Annuitätensumme zu Restschuld regressiert. Unter den oben beschriebenen Annahme ergibt sich mit A_t = Verbleibende Annuitätensumme, Verkehrswert = VW_t und R_t = Restschuld jeweils im Zeitpunkt t aus der Regression der Zusammenhang:

$$A_t/RS_t = 46,42 - 45,45 * 0,98^{A_t/VW_t}$$

Nach Umformung errechnet sich die geschätzte Restschuld als

$$RSS_t = A_t / (46,42 - 45,45 * 0,98^{A_t/VW_t})$$

Abbildung 35 stellt die Anpassungsgüte des geschätzten Korrekturfaktors dar. Tabelle 151 stellt den Zusammenhang für ein Darlehen von 100.000 Euro beispielhaft dar. Der geschätzte Korrekturfaktor korreliert positiv dem Zinssatz, dagegen negativ mit dem angenommenen Tilgungssatz. und dem Beleihungssatz der Immobilie. Er ist ebenfalls positiv mit angenommenen Steigerungen des Verkehrswerts über die Tilgungsdauer korreliert. Die Ergebnisse zeigen (vgl. Abbildung 36) – selbst bei einer angenommenen Wertsteigerung von Null – dass starke Änderungen in der Verteilung eintreten, die nicht plausibel sind. Dies deutet darauf hin, dass diese Frage nicht einheitlich im Sinne der Fragestellung beantwortet wurde oder dass die hier zugrundeliegenden Annahmen die

durchschnittlichen Kreditkonditionen nicht widerspiegeln. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass bei Vorhandensein mehrerer Immobilien keine Zuordnung zwischen Verkehrswerten und Hypothekendarlehen für einzelne Objekte vorgenommen werden kann.

Tabelle 151: Tilgungsverlauf eines Beispieldarlehens

Verkehrswert: 142857
 Beleihungssatz: 70%
 Tilgung p.a.: 1,0%
 Zins p.a.: 6,0%

Periode	Restschuld	Tilgung	Zins	Annuität	A_t	A_t/RS_t	A_t/Vw_t	Korrekturfaktor	RSS_s
1	100.000	1.000	6.000	7.000	233.816	2,34	1,64	2,293	1019726
2	99.000	1.060	5.940	7.000	226.816	2,29	1,59	2,254	1006320
3	97.940	1.124	5.876	7.000	219.816	2,24	1,54	2,215	992457
4	96.816	1.191	5.809	7.000	212.816	2,20	1,49	2,176	978111
5	95.625	1.262	5.738	7.000	205.816	2,15	1,44	2,137	963257
6	94.363	1.338	5.662	7.000	198.816	2,11	1,39	2,098	947864
7	93.025	1.419	5.581	7.000	191.816	2,06	1,34	2,058	931901
8	91.606	1.504	5.496	7.000	184.816	2,02	1,29	2,019	915334
9	90.103	1.594	5.406	7.000	177.816	1,97	1,24	1,980	898126
10	88.509	1.689	5.311	7.000	170.816	1,93	1,20	1,941	880238
11	86.819	1.791	5.209	7.000	163.816	1,89	1,15	1,901	861627
12	85.028	1.898	5.102	7.000	156.816	1,84	1,10	1,862	842245
13	83.130	2.012	4.988	7.000	149.816	1,80	1,05	1,822	822042
14	81.118	2.133	4.867	7.000	142.816	1,76	1,00	1,783	800961
15	78.985	2.261	4.739	7.000	135.816	1,72	0,95	1,744	778943
16	76.724	2.397	4.603	7.000	128.816	1,68	0,90	1,704	755921
17	74.327	2.540	4.460	7.000	121.816	1,64	0,85	1,665	731821
18	71.787	2.693	4.307	7.000	114.816	1,60	0,80	1,625	706564
19	69.094	2.854	4.146	7.000	107.816	1,56	0,75	1,585	680061
20	66.240	3.026	3.974	7.000	100.816	1,52	0,71	1,546	652215
21	63.214	3.207	3.793	7.000	93.816	1,48	0,66	1,506	622917
22	60.007	3.400	3.600	7.000	86.816	1,45	0,61	1,466	592049
23	56.608	3.604	3.396	7.000	79.816	1,41	0,56	1,427	559476
24	53.004	3.820	3.180	7.000	72.816	1,37	0,51	1,387	525049
25	49.184	4.049	2.951	7.000	65.816	1,34	0,46	1,347	488602
26	45.135	4.292	2.708	7.000	58.816	1,30	0,41	1,307	449947
27	40.844	4.549	2.451	7.000	51.816	1,27	0,36	1,267	408872
28	36.294	4.822	2.178	7.000	44.816	1,23	0,31	1,227	365138
29	31.472	5.112	1.888	7.000	37.816	1,20	0,26	1,187	318473
30	26.360	5.418	1.582	7.000	30.816	1,17	0,22	1,147	268567
31	20.942	5.743	1.257	7.000	23.816	1,14	0,17	1,107	215063
32	15.198	6.088	912	7.000	16.816	1,11	0,12	1,067	157552
33	9.110	6.453	547	7.000	9.816	1,08	0,07	1,027	95559
34	2.657	2.657	159	2.816	0	0%	0,00	0,971	0

Abbildung 35: Zusammenhang zwischen geschätztem Korrekturfaktor und Relation Annuitätensumme zu Darlehensschuld

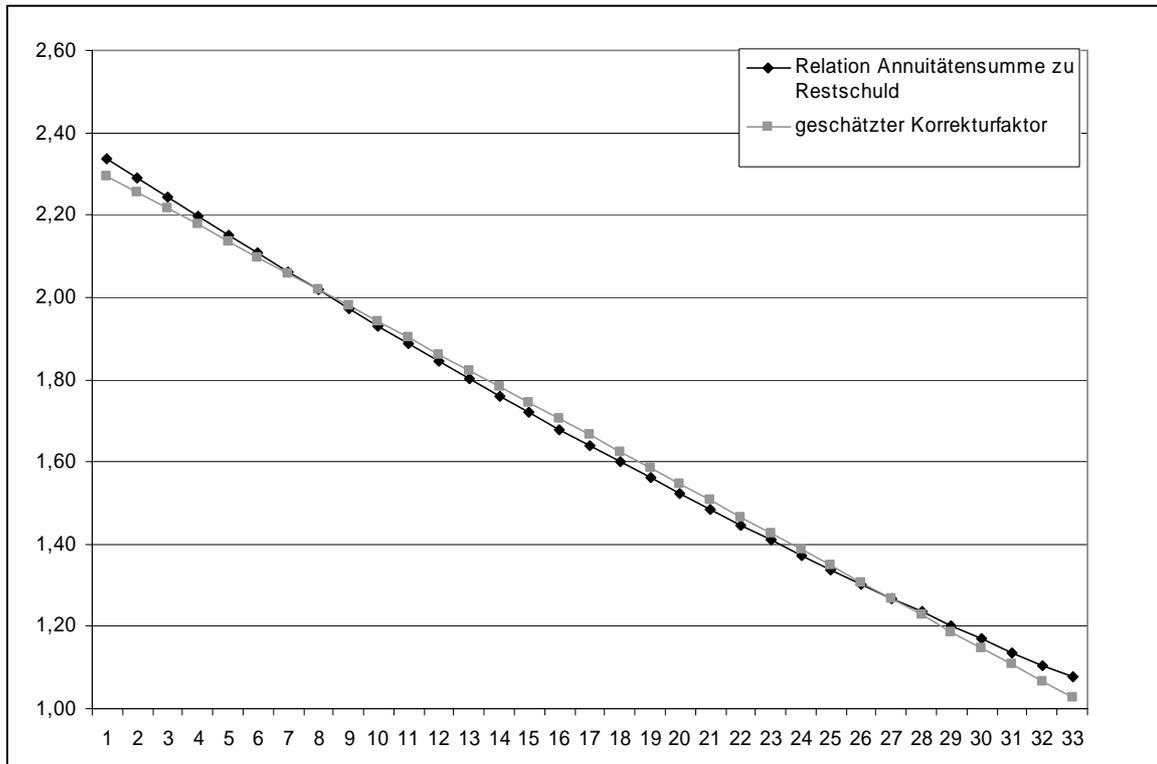
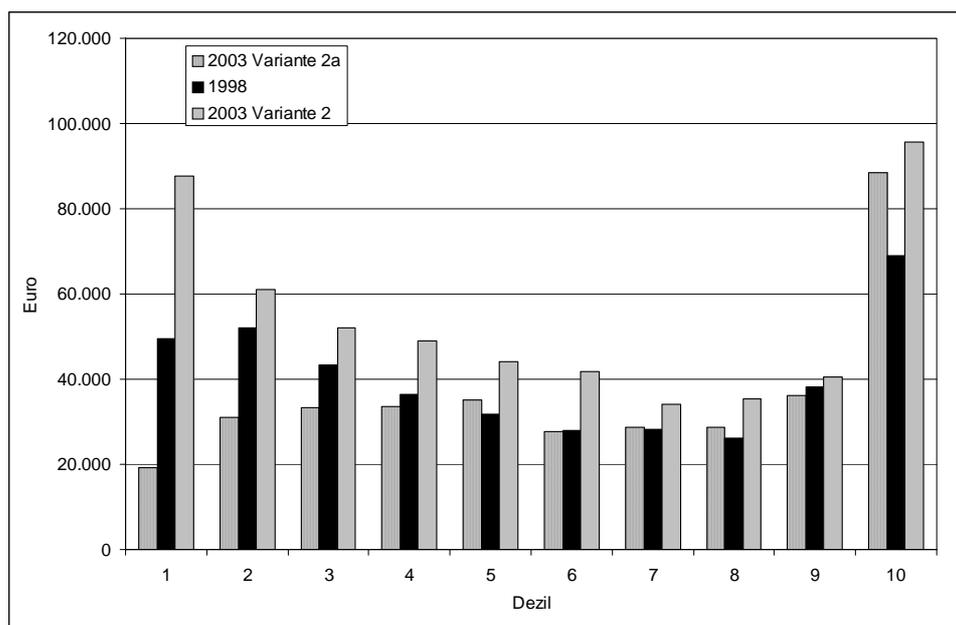
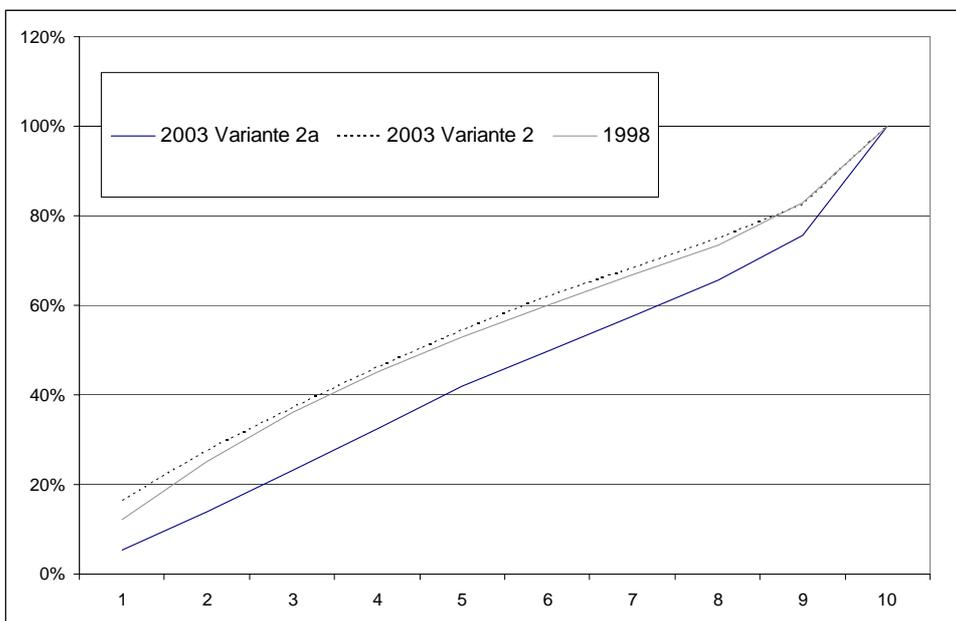


Abbildung 36: Dezilverteilung der Hypothekenschulden 1998 und 2003 (Variante 2 und 2a) im Vergleich



Quelle: EVS, ZEW-Berechnungen. Haushalte nach der Höhe ihres Nettovermögens geordnet. Nur Haushalte mit Immobilienvermögen.

5.3 Ergänzende Tabellen Sozialvermögen

Tabelle 152: Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung 2002
(in 1.000 Euro) nach Alter am 31.12.2002

Alter	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
59	176	139	173	124	193	201
58	175	136	173	124	185	190
57	160	131	157	121	175	181
56	157	124	157	118	158	169
55	155	126	154	118	158	166
54	150	124	150	117	151	163
53	145	126	145	119	148	163
52	144	124	144	117	144	154
51	141	122	141	116	139	149
50	134	118	134	111	133	148
49	126	120	126	114	127	143
48	124	114	125	110	123	134
47	120	113	121	109	117	133
46	119	110	120	105	114	132
45	111	107	112	103	104	126
44	108	102	110	99	99	121
43	105	100	105	97	101	115
42	102	96	103	93	96	110
41	97	94	98	91	90	107
40	94	92	95	89	86	106
39	87	90	88	88	85	100
38	84	88	85	86	80	102
37	79	83	81	82	72	88
36	73	78	74	76	69	86
35	70	74	70	73	65	78
34	63	70	64	69	60	77
33	59	64	59	64	56	67
32	53	61	53	60	52	67
31	48	55	49	54	47	57
30	45	52	46	52	42	52

Quelle: VDR, IBS, ZEW-Berechnungen. Berechnet auf der Basis bereits erworbener Rentenanswartschaften, ohne Berücksichtigung von Zurechnungszeiten und Wartezeiterfüllung. Annahme einer fernerer Lebenserwartung ab 65 nach mittlerer Variante des Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Uni Bielefeld, aktiv und latent Versicherte, Kontenklärungsstand mindestens 12 Jahre.

Tabelle 153: Gini-Koeffizienten Rentenanwartschaften und Nettovermögen SOEP nach Alter am 31.12.2002

Alter	Rentenanwartschaften				Nettovermögen SOEP			
	Männer West	Frauen West	Männer Ost	Frauen Ost	Männer West	Frauen West	Männer Ost	Frauen Ost
30	0,25	0,26	0,21	0,26	0,78	0,83	0,83	0,81
31	0,24	0,25	0,22	0,26	0,78	0,80	0,73	0,72
32	0,23	0,25	0,22	0,24	0,80	0,80	0,86	0,85
33	0,24	0,25	0,22	0,26	0,78	0,74	0,77	0,63
34	0,24	0,25	0,23	0,23	0,80	0,74	0,65	0,82
35	0,24	0,25	0,21	0,24	0,76	0,77	0,78	0,71
36	0,25	0,25	0,22	0,23	0,71	0,77	0,77	0,70
37	0,25	0,26	0,22	0,26	0,80	0,73	0,70	0,65
38	0,25	0,26	0,23	0,25	0,71	0,75	0,70	0,79
39	0,26	0,26	0,23	0,23	0,80	0,66	0,68	0,64
40	0,25	0,27	0,23	0,23	0,76	0,70	0,75	0,68
41	0,26	0,27	0,24	0,25	0,69	0,71	0,79	0,69
42	0,26	0,28	0,22	0,24	0,74	0,67	0,69	0,73
43	0,27	0,29	0,23	0,28	0,64	0,75	0,67	0,68
44	0,26	0,29	0,23	0,22	0,69	0,67	0,72	0,65
45	0,27	0,30	0,23	0,25	0,66	0,74	0,75	0,73
46	0,27	0,31	0,22	0,23	0,67	0,73	0,76	0,62
47	0,27	0,31	0,23	0,23	0,70	0,70	0,71	0,74
48	0,27	0,32	0,22	0,23	0,76	0,70	0,72	0,70
49	0,27	0,31	0,23	0,21	0,65	0,81	0,62	0,68
50	0,27	0,33	0,23	0,23	0,67	0,71	0,71	0,71
51	0,28	0,33	0,23	0,22	0,70	0,73	0,77	0,65
52	0,27	0,34	0,22	0,22	0,85	0,68	0,73	0,67
53	0,29	0,35	0,21	0,21	0,71	0,67	0,64	0,68
54	0,29	0,35	0,20	0,20	0,69	0,69	0,73	0,69
55	0,29	0,36	0,21	0,21	0,63	0,60	0,68	0,68
56	0,29	0,36	0,19	0,18	0,75	0,70	0,71	0,64
57	0,29	0,35	0,17	0,19	0,70	0,72	0,61	0,60
58	0,28	0,35	0,16	0,17	0,65	0,66	0,60	0,68
59	0,28	0,36	0,13	0,16	0,68	0,65	0,76	0,72

Quelle: SOEP, VDR, ZEW-Berechnungen.

5.4 Ergänzende Tabellen Humankapital

Tabelle 154: Status Quo der Bildungsverteilung, 2000, getrennt nach Geschlecht und Region (Angaben in %)									
Abschlussniveau	Gesamt - deutschland			Alte Bundes - länder			Neue Bundes - länder		
	Ge- samt	Män- ner	Frauen	Ge- samt	Män- ner	Frauen	Ge- samt	Män- ner	Frauen
<i>Kein berufsqualifizierender Abschluss</i>									
kein Abschluss	2,32	2,16	2,47	2,57	2,38	2,76	1,42	1,39	1,46
Hauptschule	12,39	9,15	15,64	14,67	10,80	18,53	4,33	3,33	5,35
Realschule	3,29	2,27	4,31	3,21	2,00	4,42	3,58	3,21	3,94
<i>Summe</i>	18,00	13,58	22,42	20,45	15,18	25,71	9,33	7,93	10,75
<i>Lehre und vergleichbare Abschlüsse</i>									
Hauptschule + Lehre/ Berufsfachschule	27,37	29,95	24,79	31,21	34,37	28,06	13,78	14,45	13,11
Realschule + Lehre/ Berufsfachschule	21,85	19,03	24,67	16,75	12,99	20,49	39,92	40,25	39,58
<i>Summe</i>	49,22	48,98	49,46	47,96	47,36	48,55	53,70	54,70	52,69
<i>Abitur und ähnliches Abschlussniveau</i>									
Fach(ober)schule	11,03	12,50	9,56	9,69	12,10	7,28	15,79	13,90	17,70
Hochschulreife (Abitur)	1,97	2,00	1,93	1,93	2,01	5,28	2,08	1,96	2,21
Hochschulreife + Lehre/ Fachschule	4,59	4,16	5,01	5,06	4,52	2,17	2,91	2,91	2,91
<i>Summe</i>	17,59	18,67	16,49	16,68	18,64	14,73	20,78	18,77	22,81
<i>Akademischer Abschluss</i>									
Fachhochschule/ In- genieurschule	6,19	8,25	4,13	6,04	8,35	3,74	6,72	7,89	5,53
(Technische) Univer- sität	7,71	8,70	6,72	7,55	8,57	6,53	8,30	9,18	7,41
Promotion	1,29	1,82	0,76	1,32	1,91	0,74	1,17	1,53	0,80
<i>Summe</i>	15,19	18,77	11,61	14,91	18,83	11,01	16,19	18,60	13,75

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die Berechnungen beziehen sich auf die Bevölkerung zwischen 30 und 60 Jahren. Neue Bundesländer mit Berlin.

Tabelle 155: Entwicklung der Bildungsverteilung in Westdeutschland (in %)

Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert	Lehre	Abitur	Akademischer Abschluss
1985	24,82	47,80	15,93	11,46
1986	23,90	48,14	15,82	12,14
1987	23,52	47,97	16,09	12,42
1988	23,11	47,73	16,48	12,68
1989	22,23	48,00	16,79	12,97
1990	22,08	48,10	16,69	13,13
1991	22,36	46,57	17,15	13,92
1992	21,56	46,30	18,28	13,86
1993	20,13	46,54	19,03	14,31
1994	19,39	46,28	19,04	15,29
1995	18,83	44,04	20,67	16,45
1996	18,07	44,80	20,57	16,56
1997	17,54	45,16	20,64	16,66
1998	17,39	44,67	20,67	17,27
1999	17,43	44,22	20,77	17,58
2000	15,27	46,01	18,79	19,93
2001	13,78	46,22	18,79	21,21
2002	13,51	46,31	18,83	21,36

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Verteilung für Westdeutsche im Alter von 30 bis 60 Jahren.

Tabelle 156: Entwicklung der Bildungsverteilung in Westdeutschland nach Geschlecht (in %)

Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert		Lehre		Abitur		Akademischer Abschluss	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1985	12,95	36,53	50,17	45,45	20,75	11,17	16,13	6,85
1986	12,95	34,71	50,28	46,02	20,19	11,51	16,58	7,77
1987	12,79	34,25	49,56	46,38	20,75	11,43	16,90	7,95
1988	12,74	33,23	49,22	46,27	20,87	12,20	17,17	8,31
1989	12,64	31,57	49,02	47,01	20,88	12,81	17,46	8,61
1990	13,14	31,00	49,09	47,10	20,42	12,97	17,34	8,93
1991	14,16	30,63	47,12	46,02	20,40	13,87	18,32	9,49
1992	14,05	29,00	46,30	46,29	21,00	15,58	18,65	9,13
1993	13,53	26,73	45,58	47,50	21,44	16,60	19,45	9,17
1994	13,37	25,38	44,58	47,97	21,65	16,44	20,40	10,21
1995	13,17	24,50	42,66	45,41	22,75	18,59	21,40	11,50
1996	12,70	23,43	43,13	46,46	22,59	18,55	21,57	11,56
1997	12,84	22,22	42,96	47,35	22,65	18,63	21,55	11,79
1998	13,11	21,56	42,65	46,63	22,57	18,82	21,67	12,99
1999	12,55	22,25	43,34	45,08	21,78	19,78	22,34	12,89
2000	11,39	19,07	43,93	48,04	20,35	17,28	24,33	15,62
2001	10,20	17,26	43,84	48,53	20,61	17,01	25,34	17,20
2002	10,07	16,84	43,53	49,01	20,68	17,03	25,72	17,12

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Verteilung für Westdeutsche im Alter von 30 bis 60 Jahren.

Tabelle 157: Entwicklung der Bildungsverteilung in Ostdeutschland (in %)

Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert		Lehre		Abitur		Akademischer Abschluss	
	1992	5,49		56,42		17,98		20,11
1993	4,79		56,40		18,52		20,29	
1994	4,29		56,91		18,80		19,99	
1995	3,36		57,46		19,05		20,14	
1996	3,09		56,50		18,91		21,49	
1997	3,01		55,67		19,62		21,70	
1998	3,97		56,72		18,49		20,82	
1999	3,98		56,06		19,37		20,59	
2000	5,87		54,91		18,59		20,63	
2001	5,62		54,16		18,50		21,71	
2002	5,02		55,12		19,20		20,67	

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Verteilung für Ostdeutsche im Alter von 30 bis 60 Jahren.

Tabelle 158: Entwicklung der Bildungsverteilung in Ostdeutschland nach Geschlecht (in %)

Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert		Lehre		Abitur		Akademischer Abschluss	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1992	3,01	7,84	55,19	57,58	22,97	13,28	18,84
1993	2,58	6,99	55,14	57,64	23,11	13,96	19,17	21,41
1994	1,80	6,71	55,75	58,04	23,53	14,22	18,92	21,03
1995	1,93	4,77	55,61	59,30	23,24	14,89	19,22	21,05
1996	1,60	4,57	55,69	57,31	22,3	15,55	20,41	22,57
1997	1,56	4,52	54,35	57,04	22,99	16,13	21,11	22,31
1998	2,52	5,47	56,85	56,58	20,82	16,08	19,81	21,87
1999	2,79	5,22	56,54	55,55	21,57	17,1	19,11	22,13
2000	4,80	6,96	56,02	53,78	18,66	18,51	20,51	20,74
2001	4,87	6,38	55,62	52,70	18,07	18,93	21,44	21,99
2002	4,66	5,37	56,20	54,05	19,52	18,88	19,62	21,70

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Verteilung für Ostdeutsche im Alter von 30 bis 60 Jahren.

Tabelle 159: Einflussfaktoren des Sekundarschulabschlusses

Geschätzter Einflussfaktor	Erhaltene Einflussrichtung	Statistische Signifikanz?
<i>Individuelle Charakteristika</i>		
Geschlecht: männlich	Negativ	nein
Nationalität: Ausländer	Negativ	ja
<i>Herkunftsart: (Referenzkategorie: Stadt)</i>		
in der Kleinstadt aufgewachsen	Negativ	nein
auf dem Lande aufgewachsen	Negativ	ja
Herkunftsart unbekannt	Positiv	nein
<i>Bildung des Vaters (Referenzkategorie: kein berufsqualifizierender Abschluss)</i>		
Bildung des Vaters: Lehre	Positiv	nein
Bildung des Vaters: Abitur	Positiv	ja
Bildung des Vaters: Akademisch	Positiv	ja
Bildung des Vaters unbekannt	Negativ	nein
<i>Bildung der Mutter (Referenzkategorie: kein berufsqualifizierender Abschluss)</i>		
Bildung der Mutter: Lehre	Positiv	nein
Bildung der Mutter: Abitur	Positiv	ja
Bildung der Mutter: Akademisch	Positiv	ja
Bildung der Mutter unbekannt	Negativ	nein
<i>Berufliche Stellung des Vaters (Referenzkategorie: Vater nicht erwerbstätig)</i>		
Berufliche Stellung Vater: Arbeiter	Negativ	nein
Berufliche Stellung Vater: Selbständig	Positiv	ja
Berufliche Stellung Vater: Angestellter	Positiv	ja
Berufliche Stellung Vater: Beamter	Positiv	ja
Berufliche Stellung Vater unbekannt	Positiv	nein

Quelle: SOEP 2002, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die abhängige Variable rangiert von 0 bis 3 (0 = kein Abschluss, 1 = Hauptschulabschluss, 2 = Realschulabschluss, 3 = Abitur oder gleichwertiger Abschluss. Statistische Signifikanz bezieht sich hier auf ein Signifikanzniveau von mindestens 10 %.

Tabelle 160: Koeffizienten aus der geordneten Probitschätzung zu den Einflussfaktoren des Sekundarschulabschlusses		
Erklärende Variable	Koeffizient	Standardfehler
<i>Individuelle Charakteristika</i>		
Geschlecht: männlich	-0,0191	0,0299
Nationalität: Ausländer	-0,4325*	0,0753
<i>Herkunftsort: (Referenzkategorie: Stadt)</i>		
in der Kleinstadt aufgewachsen	-0,0427	0,0396
auf dem Lande aufgewachsen	-0,1003*	0,0352
Herkunftsort unbekannt	0,1503	0,0969
<i>Bildung des Vaters (Referenzkategorie: kein berufsqualifizierender Abschluss)</i>		
Bildung des Vaters: Lehre	0,0584	0,0448
Bildung des Vaters: Abitur	0,4452*	0,0594
Bildung des Vaters: Akademisch	0,6333*	0,0825
Bildung des Vaters unbekannt	-0,0128	0,0785
<i>Bildung der Mutter (Referenzkategorie: kein berufsqualifizierender Abschluss)</i>		
Bildung der Mutter: Lehre	0,0978	0,0478
Bildung der Mutter: Abitur	0,5260*	0,0875
Bildung der Mutter: Akademisch	0,5627*	0,1233
Bildung der Mutter unbekannt	-0,1094	0,0751
<i>Berufliche Stellung des Vaters (Referenzkategorie: Vater nicht erwerbstätig)</i>		
Berufliche Stellung Vater: Arbeiter	-0,0669	0,0667
Berufliche Stellung Vater: Selbständig	0,3604*	0,0796
Berufliche Stellung Vater: Angestellter	0,6051*	0,0736
Berufliche Stellung Vater: Beamter	0,5774*	0,0882
Berufliche Stellung Vater unbekannt	0,0569	0,0800
<i>Schwellenwerte</i>		
Schwellenwert 1	-1,9346	0,0778
Schwellenwert 2	-0,0891	0,0696
Schwellenwert 3	1,1213	0,0713
Beobachtungszahl	11515	

Quelle: SOEP 2002, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die abhängige Variable rangiert von 0 bis 3 (0 = kein Abschluss, 1 = Hauptschulabschluss, 2 = Realschulabschluss, 3 = Abitur oder gleichwertiger Abschluss. *Statistische Signifikanz auf einem Signifikanzniveau von mindestens 10 %.

Tabelle 161: Entwicklung des realen Bruttoerwerbseinkommen (in DM) nach Qualifikation

Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert	Lehre	Abitur	Akademischer Abschluss
1992	2561,56	3066,43	3643,15	4987,81
1993	2629,49	3283,55	3860,50	5437,17
1994	2705,78	3403,05	3884,25	5538,37
1995	2761,55	3516,91	4005,91	5562,41
1996	2850,41	3697,23	4033,45	5734,43
1997	2919,30	3644,06	4208,00	5820,27
1998	2953,63	3674,75	4184,59	5809,68
1999	2925,00	3730,30	4074,64	6030,11
2000	3083,44	3698,53	4450,89	6067,99
2001	3211,89	3689,10	4394,99	6183,24
2002	3054,73	3836,51	4463,24	6200,20

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen

Anmerkungen: Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30-60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

Tabelle 162: Entwicklung des realen Stundenlohns* (in DM) nach Qualifikation

Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert	Lehre	Abitur	Akademischer Abschluss
1992	19,38	21,21	25,34	36,81
1993	18,68	22,92	27,63	38,85
1994	20,13	23,44	26,80	39,78
1995	20,67	24,94	28,42	39,94
1996	20,61	25,37	28,40	41,20
1997	21,18	25,56	29,77	40,46
1998	21,10	25,99	29,61	39,63
1999	20,85	26,14	28,51	41,28
2000	22,43	25,66	31,56	41,44
2001	23,30	25,93	31,20	43,05
2002	22,26	26,26	32,65	42,70

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen

Anmerkungen: *Der Stundenlohn wurde auf Basis des Jahreseinkommens (inklusive 13. und 14. Monatsgehalt und Boni) berechnet. Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30- bis 60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

Tabelle 163: Entwicklung des realen Stundenlohns* (in DM) nach Qualifikation, Frauen				
Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert	Lehre	Abitur	Akademischer Abschluss
1992	22,53	23,77	27,41	40,43
1993	22,79	25,33	29,85	43,34
1994	23,49	26,25	28,75	43,06
1995	24,37	27,96	29,80	44,33
1996	24,20	28,56	30,10	44,25
1997	25,67	28,85	30,96	44,46
1998	24,08	29,21	30,94	43,46
1999	23,57	28,61	30,89	46,24
2000	25,41	28,07	34,76	46,50
2001	27,58	28,54	34,63	48,42
2002	26,80	29,20	36,95	47,21

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen

Anmerkungen: *Der Stundenlohn wurde auf Basis des Jahreseinkommens (inklusive 13. und 14. Monatsgehalt und Boni) berechnet. Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30- bis 60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

Tabelle 164: Entwicklung des realen Stundenlohns* (in DM) nach Qualifikation, Männer				
Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert	Lehre	Abitur	Akademischer Abschluss
1992	17,14	17,78	21,48	30,52
1993	15,74	19,69	23,74	30,73
1994	17,72	19,75	23,25	33,99
1995	18,03	20,95	26,10	32,35
1996	17,94	21,39	25,80	36,01
1997	18,02	21,64	27,92	33,5
1998	18,76	22,15	27,62	33,51
1999	18,57	22,88	25,63	33,51
2000	19,93	22,65	27,79	33,27
2001	19,59	22,90	27,52	35,26
2002	18,03	22,90	27,86	35,96

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen

Anmerkungen: *Der Stundenlohn wurde auf Basis des Jahreseinkommens (inklusive 13. und 14. Monatsgehalt und Boni) berechnet. Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30- bis 60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

Tabelle 165: Entwicklung des realen Stundenlohns* (in DM) nach Qualifikation, Alte Bundesländer				
Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert	Lehre	Abitur	Akademischer Abschluss
1985	15,94	20,67	24,61	34,81
1986	16,60	21,94	24,95	36,75
1987	16,73	22,02	25,42	38,24
1988	17,65	22,75	26,36	39,19
1989	17,94	23,33	26,00	38,53
1990	18,33	23,46	26,06	41,13
1991	18,73	23,63	27,25	40,45
1992	19,82	24,30	28,13	43,84
1993	18,86	25,53	30,02	45,41
1994	20,32	25,78	28,50	45,40
1995	20,83	27,27	30,34	44,42
1996	20,79	27,72	29,76	45,70
1997	21,35	27,38	31,09	44,76
1998	21,39	28,19	31,06	43,15
1999	21,04	28,36	29,79	44,62
2000	22,88	27,48	33,57	44,42
2001	23,91	27,67	32,87	45,76
2002	22,72	28,19	34,20	45,50

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen

Anmerkungen: *Der Stundenlohn wurde auf Basis des Jahreseinkommens (inklusive 13. und 14. Monatsgehalt und Boni) berechnet. Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30- bis 60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

Tabelle 166: Entwicklung des realen Stundenlohns* (in DM) nach Qualifikation, Neue Bundesländer				
Abschlussniveau / Jahr	nicht berufsqualifiziert	Lehre	Abitur	Akademischer Abschluss
1992	8,48	11,46	14,57	17,94
1993	11,19	13,96	17,22	20,98
1994	11,06	15,53	19,57	23,19
1995	12,11	17,23	21,02	25,20
1996	12,51	17,11	22,73	26,58
1997	12,22	18,94	23,92	26,95
1998	10,99	18,42	22,33	27,53
1999	15,27	17,87	22,64	28,12
2000	17,21	18,28	22,38	28,63
2001	17,28	18,78	23,20	32,21
2002	17,29	18,72	25,64	30,46

Quelle: SOEP, Wellen 1992-2002, eigene Berechnungen

Anmerkungen: *Der Stundenlohn wurde auf Basis des Jahreseinkommens (inklusive 13. und 14. Monatsgehalt und Boni) berechnet. Verwendet werden vier aggregierte Bildungsniveaus. Die Berechnungen beziehen sich auf 30- bis 60-jährige Erwerbstätige (ohne Selbständige). Deflationiert wurde mit dem Konsumentenpreisindex (Basis: 1991).

Tabelle 167: Die Entwicklung der jährlichen Bildungsrenditen (in %)						
	Gesamtes Bundesgebiet		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1985	n.a.	n.a.	7,95	8,41	n.a.	n.a.
1986	n.a.	n.a.	8,14	9,15	n.a.	n.a.
1987	n.a.	n.a.	8,63	9,04	n.a.	n.a.
1988	n.a.	n.a.	8,06	9,81	n.a.	n.a.
1989	n.a.	n.a.	8,06	10,36	n.a.	n.a.
1990	n.a.	n.a.	8,00	10,27	n.a.	n.a.
1991	n.a.	n.a.	7,59	10,17	n.a.	n.a.
1992	7,60	7,03	8,39	10,12	6,08	7,52
1993	7,86	8,16	8,59	10,73	5,68	8,63
1994	7,40	7,40	7,90	9,25	6,24	7,45
1995	7,01	6,75	7,45	7,44	5,74	8,08
1996	7,22	7,53	7,58	8,58	6,45	7,71
1997	6,75	7,54	7,37	8,14	5,71	9,01
1998	6,67	6,35	6,94	6,60	5,71	8,21
1999	7,70	6,49	8,11	6,77	6,22	8,07
2000	7,16	6,63	7,58	6,88	6,25	7,40
2001	6,79	7,02	6,86	7,07	7,11	8,19
2002	6,89	7,64	7,02	7,68	6,56	8,78

Quelle: SOEP, Wellen 1985-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: (n.a. = nicht ausgewiesen) Renditen auf Basis des Stundenlohnes in Prozent für westdeutsche Erwerbstätige (ohne Selbständige) im Alter von 30 bis 60 Jahren.

Tabelle 168: Exemplarisch: Ergebnisse für die Schätzung der Lohngleichung für das Jahr 2002 (Kleinstquadrat-Schätzung, abhängige Variable: logarithmierter Stundenlohn)		
Variable	geschätzter Koeffizient	Standardfehler
Anzahl der Schuljahre	0,07	0,00
Potenzielle Berufserfahrung in Jahren	0,02	0,00
Quadrat der potenziellen Berufserfahrung in Jahren	0,00	0,00
Konstante	2,12	0,00
Beobachtungszahl	7072	
R ²	0,15	

Quelle: SOEP, Wellen 1985-2002, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: (n.a. = nicht ausgewiesen) Renditen auf Basis des Stundenlohnes in Prozent für westdeutsche Erwerbstätige (ohne Selbständige) im Alter von 30 bis 60 Jahren. Alle Koeffizienten sind auf dem 5 Prozent-Niveau signifikant.

Tabelle 169: Jährliche private Bildungsrenditen nach Geschlecht und Region

	Gesamtes Bundesgebiet	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
männlich	7,14	7,48	7,48
weiblich	7,04	7,64	6,57

Quelle: Mikrozensus 2000, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Rendite auf Basis des Nettoeinkommens in Klassen in Prozent für Erwerbstätige (ohne Selbständige) im Alter von 30 bis 60 Jahren. Neue Bundesländer mit Berlin.

Tabelle 170: Lohnkosten nach Qualifikationsstufen 2000 (in Euro)

Abschlussniveau	Lohnkosten je Person und Jahr
Haupt- oder Realschule	22.410
Haupt- oder Realschule und Lehre	28.330
Abitur	30.255
Akademische Abschlüsse	45.784

Quelle: Statistisches Bundesamt (2002b), Fachserie 18, Reihe 1.3 (Konten und Standardtabellen 2000, Tabelle 3.1.2); SOEP (Welle 2002).

Anmerkungen: Die durchschnittlichen Lohnkosten werden mit den Einkommensrelationen der aus dem SOEP berechneten Brutto-Jahreseinkommen für die Qualifikationsgruppen gewichtet.

5.5 Theoretischer Hintergrund zu den Bildungsrenditen

Um die Rentabilität von Bildung zu messen, werden die jeweiligen Kosten und Erträge gegenübergestellt und eine Rendite wie bei sonstigen Investitionen berechnet. Zur Schätzung der Bildungsrenditen wird hier der Ansatz von Mincer (1974) verwendet. Dieser beruht auf der klassischen Humankapitaltheorie von Becker (1964), nach welcher eine rationale Person i den Barwert des zu erwartenden Einkommens abzüglich den Kosten der Ausbildung c_S maximiert. Das Optimum ist daher wie folgt definiert:

$$(1) \sum_{t=1}^{t-S} \frac{w_S - w_{S-1}}{(1+r_S)^t} = w_{S-1} + c_S,$$

Hierbei ist t das Datum der Pensionierung und r_S der interne Zinsfuß, der den Barwert der Investition in Bildung Null werden lässt. Das heißt, dass die Kosten und die mit r_S diskontierten Erträge vor der Entscheidung für ein weiteres Jahr der Ausbildung gleich sind. Die Person investiert weiter in Bildung, wenn der interne Zinsfuß r_S größer ist als die Rendite alternativer Investitionen. Wenn man davon ausgeht, dass die Person bis ins hohe Alter hinein Einkommensströme erhält und somit t relativ groß ist, kann man Gleichung (1) vereinfachen zu:

$$(2) \frac{w_S - w_{S-1}}{r_S} = w_{S-1} + c_S.$$

Diese Gleichung besagt, dass die Differenz der Einkommen dividiert durch die Rendite gleich den Kosten der Ausbildung ist. Eine weitere Vereinfachung ist möglich, wenn die direkten Kosten c_S relativ klein sind. Dann ergibt sich der Ausdruck:

$$(3) r_S \approx \frac{w_S - w_{S-1}}{w_{S-1}} \approx \ln w_S - \ln w_{S-1}.$$

Dieser besagt, dass die Renditen des s -ten Ausbildungsjahres ungefähr der Differenz der logarithmierten Löhne mit s Ausbildungsjahren und mit $S-1$ Ausbildungsjahren entsprechen. Um nun die Bildungsrenditen eines Ausbildungsjahres S zu erfassen, muss man schätzen, wie die logarithmierten Löhne $\ln w$ mit verschiedenen Ausbildungsjahren s

variieren. Dies führt zu der folgenden Mincer-Gleichung mit den Angaben einer Person i zu ihrem Lohn w , der Anzahl der Ausbildungsjahre S und der Berufserfahrung X , wobei α die zu schätzenden Koeffizienten sind und ε ein Störterm ist:

$$(4) \ln w_i = \alpha_0 + \alpha_1 S_i + \alpha_2 X_i + \alpha_3 X_i^2 + \varepsilon_i$$

Der Koeffizient α_1 stellt dabei die private Bildungsrendite eines Ausbildungsjahres S dar, die die Investition in Form der eingesetzten Zeit (Opportunitätskosten) mit dem höheren Lohn über die gesamte Lebenszeit vergleicht.

Ein großer Vorteil dieser Methode, der durch die Vereinfachungen der Gleichungen entsteht, ist die Möglichkeit der Schätzung von Bildungsrenditen mit den vorhandenen Querschnittsdaten, ohne die genauen Einkommens- und Kostenströme über die gesamte Lebenszeit zu kennen.

Literatur:

Altonji, J. G. und R.M. Blank (1999), Race and Gender in the Labor Market, in: Ashenfelter, O. and Card, D. (Hrsg.), *Handbook of Labor Economics*, Volume 3, Elsevier Science B.V.

Ammermüller, A. und A. Weber (2003), Education and Wage Inequality in Germany – A Review of the Empirical Literature, ZEW Discussion Paper No. 03-29, Mannheim.

Bach, S. et al. (2004): Modelle für die Vermögensbesteuerung von natürlichen Personen und Kapitalgesellschaften - Konzept, Aufkommen, wirtschaftliche Wirkungen, Berlin, http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diwkompakt/docs/diwkompakt_2004-001.pdf.

Bartholmai, B und S. Bach (2002), Verteilung des Produktivvermögens auf private Haushalte und Personen, Hrsg.: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn.

Bartholmai, B und S. Bach (1995), Immobilienvermögen privater Haushalte. Erhebungen nach §7 BStatG. Projektbericht, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Becker, G. (1964/1993), *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education*, Third Edition, University of Chicago Press, Chicago and London.

Becker, I. et al. (2003), A comparison of the main household income surveys for Germany: EVS and SOEP, in: Irene Becker/Richard Hauser (Hrsg.): Reporting on income distribution and poverty : perspectives from a German and a European point of view, Berlin.

Blossfeld, H. (1993), Höherqualifizierung und Verdrängung - Konsequenzen der Bildungsexpansion in den Siebziger Jahren, in: Müller, W. and M. Haller (Eds), *Beschäftigungssystem im gesellschaftlichen Wandel*, 184-240, Frankfurt am Main.

Bos, W., E.-M. Lankes, M. Prenzel, K. Schwippert, G. Walther und R. Valtin (2003), *Erste Ergebnisse aus IGLU – Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich*, Münster.

Braun, R., U. Pfeiffer und H. Simons (1999), Vermögensbildung im Lebenszyklus, Studien zur Wohnungs- und Vermögenspolitik, Bonn.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001), Alterssicherung in Deutschland 1999 (ASID `99) Forschungsbericht 289/Z und 289/T. Bonn.

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003), Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in Privatwirtschaft und öffentlichem

Dienst 2001 – 2003, Forschungsbericht 304,

http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/p_forschung.cfm.

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (2003), *BLK-Bildungsfinanzbericht 2001/2002, Heft 108-II*, Bonn.

Deckl, Silvia/Krebs, Thomas (2004), Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation der Haushalte. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, in: *Wirtschaft- und Statistik 2/2004*, S. 207-227.

Dustmann, C. (2001), Parental Background. Primary to Secondary School Transitions and Wages, IZA Discussion Paper No. 367, Bonn.

Deutsche Bundesbank (2003), Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2002, Frankfurt.

Engels, W./Slabotny, H./Zickler, D. (1974), Das Volksvermögen. Seine verteilungspolitische Bedeutung, Frankfurt/New York 1974.

Frerk, Carsten (2002), Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland. Aschaffenburg.

Haisken-DeNew, J. und J. Frick (2003), *Desktop Companion to the German Socio-Economic Panel Study*, DIW Berlin, Version 7.

Hauser, R./Stein, H. (2001), Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland. Reihe Stiftung der Private Haushalt Band 37, Frankfurt, New York.

Heckman, J. (1976), The Common Structure of Statistical Models of Truncation, Sample Selection and Limited Dependent Variables and a Simple Estimator for Such Models, *Annals of Economic Social Measurement*, Vol. 5, No. 4, 475-492.

Heckman, J. (1979), Sample Selection Bias as a Specification Error, *Econometrica*, Vol. 47, No. 1, 153-161.

Henz, U. und U. Maas (1995), Chancengleichheit durch die Bildungsexpansion?, *KZfSS* 47 (4), 605-33.

Hober, Rolf-Jürgen/Mierheim, Horst (1981), Die Bedeutung des Versorgungsvermögens für die Vermögensverteilung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik 1973, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 1981 Bd. 196/5, S. 385-419.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2002), *Deutschland in Zahlen 2002*, Köln.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2004), *Deutschland in Zahlen 2004*, Köln.

Kortmann, Klaus/Pupeter, Monika (2002), Betriebliche Altersversorgung in der Privatwirtschaft – Wer profitiert davon? Ergebnisse der Untersuchung „Alterssicherung in

Deutschland 1999 (ASID `999)“, in *Betriebliche Altersversorgung* 4/2002, S. 363 – 372.

Lauer, C. (2002a), A Model of Educational Attainment. Application to the German Case, ZEW Discussion Paper No. 02-06, Mannheim.

Lauer, C. (2002b), Enrolments in Higher Education in West Germany: Do Economic Incentives Matter? *Education and Training* 44 (4/5), 179-185.

Lauer, C. (2003), Family Background, Cohort and Education. A French-German Comparison based on a multivariate ordered probit model of educational attainment, *Labour Economics*, 10, 231-251.

Lauer, C. und V. Steiner (2000), Returns to Education in West Germany – An Empirical Assessment, ZEW Discussion Paper No. 00-04, Mannheim.

Mincer, J. (1974), *Schooling, Experience, and Earnings*, National Bureau of Economic Research, New York.

Müller, W. (1994), Bildungsungleichheit im sozialen Wandel, *KZfSS* 46 (1), 1-42.

Münnich, Margot (1999), Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, in: *Wirtschaft- und Statistik* 3/1999, S. 210-220.

Münnich, Margot (2001), Einkommens - und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2, Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, In *Wirtschaft- und Statistik* 2/2001, S. 121- 137.

Oeckl, A. (2002), *Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Deutschland 2002/2003*, Bonn.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2003), *Education at a Glance 2003*, OECD, Paris.

Schäfer, D./Bolleyer, R. (1993), Gebrauchsvermögen privater Haushalte. Bestände und Käufe 1970 bis 1983, in: *Wirtschaft und Statistik* 8/1993, S. 527 – 537.

Schimpl-Neimanns, B. (2000), Hat die Bildungsexpansion zum Abbau der sozialen Ungleichheit in der Bildungsbeteiligung geführt? Methodische Überlegungen zum Analyseverfahren und Ergebnisse multinomialer Logit-Modelle für den Zeitraum 1950-1989, *ZUMA Arbeitsbericht*, 02, Mannheim.

Schupp, J./Wagner, G. (2003), Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte, Herausgeber: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn.

- Schüssler, R. (2001), Die Verteilung des Humankapitals, Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn.
- Schüssler, R./Buslei, H./Lang, O. (2000), Wohlstandsverteilung in Deutschland 1978 – 1993, Edition der Hans-Böckler-Stiftung 34, Düsseldorf.
- Schüssler, R./Funke, C. (2002), Vermögensbildung und Vermögensverteilung, Edition der Hans-Böckler-Stiftung 74, Düsseldorf.
- Statistisches Bundesamt (2002a), *Fachserie 11, Reihe 2, Bildung und Kultur, Berufliche Schulen, Schuljahr 2001/02*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2002b), *Fachserie 18, Reihe 1.3, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Konten und Standardtabellen 2001*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2002c), *Fachserie 11, Reihe 4.3.2, Bildung und Kultur, Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2000*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003), *Fachserie 15 R. 2 Wirtschaftsrechnungen, Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgüter 1998 – 2002*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003a), *Bildung im Zahlenspiegel 2003*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003b), *Fachserie 11, Reihe 4.3.2, Bildung und Kultur, Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2001*, Wiesbaden.
- Stein, Holger (2003), Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland von 1983 bis 1998, Diss. Universität Frankfurt a.M. mimeo (erschieden 2004 unter dem Titel: Anatomie der Vermögensverteilung: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983 – 1998, Berlin).
- Thiele, Silke (1998), Das Vermögen privater Haushalte und dessen Einfluss auf die soziale Lage, Studien zur Haushaltsökonomie Band 17, Frankfurt a.M. u.a.
- Verband deutscher Rentenversicherungsträger (1999), Altersvorsorge in Deutschland, Lebensläufe und künftige Einkommen im Alter, Forschungsbericht Band 277/DRV-Schriften Band 19, Frankfurt a.M.
- Westerheide, Peter (2004), Auswirkungen von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensbildung privater Personen und Haushalte, ZEW Discussion Paper No. 04-28, Mannheim, Download: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp0428.pdf>.
- Westerheide, Peter (1999), Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, Münster.